



# HESSISCHER LANDTAG

14. 12. 2006

## 120. Sitzung

Wiesbaden, den 14. Dezember 2006

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	8331	<i>Abgehalten</i> . . . . .	8351
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	8331	Heike Habermann . . . . .	8345
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	8331	Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	8346
49. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Blockadehaltung der Kultusbürokratie gegen Selbstverantwortung plus beenden)</b> – Drucks. 16/6633 – . . . . .	8331	Hans-Jürgen Irmer . . . . .	8347
<i>Abgehalten</i> . . . . .	8337	Dorothea Henzler . . . . .	8348
44. Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend <b>verlässliche Rahmenbedingungen für das Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ schaffen</b> – Drucks. 16/6565 – . . . . .	8331	Ministerin Karin Wolff . . . . .	8350
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	8337	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	8351
69. Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>verlässliche Rahmenbedingungen für das Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ schaffen</b> – Drucks. 16/6697 – . . . . .	8331	40. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend die <b>verlässliche Schule: Wo Unterricht draufsteht, muss auch Unterricht drin sein</b> – Drucks. 16/6559 – . . . . .	8351
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	8337	<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	8351
Dorothea Henzler . . . . .	8331	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	8351
Hugo Klein (Freigericht) . . . . .	8332	52. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Beitrittsverhandlungen mit Türkei aussetzen)</b> – Drucks. 16/6664 – . . . . .	8351
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	8333	<i>Abgehalten</i> . . . . .	8356
Bernd Riege . . . . .	8334	Armin Klein (Wiesbaden) . . . . .	8351
Ministerin Karin Wolff . . . . .	8336	Christel Hoffmann . . . . .	8352
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	8337	Tarek Al-Wazir . . . . .	8353
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	8337	Jörg-Uwe Hahn . . . . .	8354
50. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Koch behindert Weltniveau – Kultur darf mehr erwarten)</b> – Drucks. 16/6662 – . . . . .	8337	Minister Volker Hoff . . . . .	8356
<i>Abgehalten</i> . . . . .	8344	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	8356
Sarah Sorge . . . . .	8337	37. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Lotteriestatsvertrag stoppen</b> – Drucks. 16/6555 – . . . . .	8356
Axel Wintermeyer . . . . .	8338	<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i> . . . . .	8369
Nicola Beer . . . . .	8339	Jörg-Uwe Hahn . . . . .	8356, 8361, 8362
Jürgen Walter . . . . .	8340,	Karin Hartmann . . . . .	8359
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	8341	Peter Beuth . . . . .	8362
Ruth Wagner (Darmstadt) . . . . .	8343	Jürgen Frömmrich . . . . .	8364
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	8344	Minister Volker Bouffier . . . . .	8366
51. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Unterrichtsgarantie Bluff – Kultuministerin Wolff verliert Realitätsbezug)</b> – Drucks. 16/6663 – . . . . .	8344	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	8369
In zweiter Lesung angenommen: <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	8373	14. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen</b> – Drucks. 16/6722 zu Drucks. 16/6068 neu – . . . . .	8369

<p>81. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen vom 10. März 1992, geändert durch Staatsvertrag vom 29. April 2002</b></p> <p>– Drucks. 16/6723 zu Drucks. 16/6688 – . . . . . 8369  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8373</p> <p>Clemens Reif . . . . . 8369, 8370  Uwe Frankenberger . . . . . 8370  Sigrid Erfurth . . . . . 8371  Dieter Posch . . . . . 8372  Minister Dr. Alois Rhiel . . . . . 8373  Reinhard Kahl . . . . . 8373  Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 8373</p>	<p>17. a) Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)</b>  – Drucks. 16/6711 zu Drucks. 16/6338 zu Drucks. 16/6011 – . . . . . 8379  <i>In dritter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8392</p> <p>b) Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007</b>  – Drucks. 16/6636 zu Drucks. 16/6339 zu Drucks. 16/6012 – . . . . . 8380  <i>In dritter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8392</p> <p>c) Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend <b>Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010</b>  – Drucks. 16/6342 zu Drucks. 16/6044 – . . . . . 8380  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8392</p>
<p>7. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Errichtung der „Landestreuhandstelle Hessen – Bank für Infrastruktur – rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ (LTH – Bank für Infrastruktur-Gesetz)</b>  – Drucks. 16/6340 zu Drucks. 16/6062 – . . . . . 8374  <i>In zweiter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8374  Gottfried Milde (Griesheim) . . . . . 8374  Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 8374</p>	<p>42. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>bei der Umsetzung der Doppik in der Landeshaushaltsrechnung das Budgetrecht des Parlaments wahren</b>  – Drucks. 16/6561 – . . . . . 8380  <i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . . 8392  Mark Weinmeister . . . . . 8380  Gottfried Milde (Griesheim) . . . . . 8380  Norbert Schmitt . . . . . 8382  Frank-Peter Kaufmann . . . . . 8385, 8392  Roland von Hunnius . . . . . 8388  Minister Karlheinz Weimar . . . . . 8389  Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 8392</p>
<p>15. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder</b>  – Drucks. 16/6712 zu Drucks. 16/6556 – . . . . . 8374  <i>In zweiter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8374  Nicola Beer . . . . . 8374  Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 8374</p>	<p>72. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Zusammenführung und Änderung von Vorschriften der Kinder- und Jugendhilfe</b>  – Drucks. 16/6713 zu Drucks. 16/6655 zu Drucks. 16/6059 – . . . . . 8392  <i>In dritter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8399</p>
<p>53. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Ausführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz</b>  – Drucks. 16/6643 zu Drucks. 16/6188 – . . . . . 8374  <i>In zweiter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8374  Frank-Peter Kaufmann . . . . . 8374  Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 8374</p>	<p>74. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Hessisches Ausführungsgesetz zum Tagesbetreuungsausbau-gesetz (HAG-TAG)</b>  – Drucks. 16/6715 zu Drucks. 16/4542 zu Drucks. 16/4341 – . . . . . 8392  <i>In dritter Lesung für erledigt erklärt</i> . . . . . 8399  Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . . 8392  Rafael Reißer . . . . . 8393, 8395  Kordula Schulz-Asche . . . . . 8393  Hannelore Eckhardt . . . . . 8394  Florian Rentsch . . . . . 8396  Ministerin Silke Lautenschläger . . . . . 8397  Axel Wintermeyer . . . . . 8398, 8399  Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8398, 8399</p>
<p>16. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)</b>  – Drucks. 16/6710 zu Drucks. 16/6635 zu Drucks. 16/6201 – . . . . . 8374  <i>In dritter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8379  Mark Weinmeister . . . . . 8374  Frank Williges . . . . . 8375  Marco Pighetti . . . . . 8375  Frank-Peter Kaufmann . . . . . 8376  Roland von Hunnius . . . . . 8377  Minister Karlheinz Weimar . . . . . 8378  Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 8379</p>	<p>73. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes</b>  – Drucks. 16/6714 zu Drucks. 16/6656 zu Drucks. 16/6060 – . . . . . 8399  <i>In dritter Lesung angenommen:</i>  <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 8405  Claudia Ravensburg . . . . . 8399, 8401</p>

<p>Dr. Judith Pauly-Bender . . . . . 8399, 8404      Florian Rentsch . . . . . 8400      Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . . 8401, 8404      Ministerin Silke Lautenschläger . . . . . 8403      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8404</p> <p>59. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend <b>Durchführung der Immobilientransaktion 2006 „Leo II“, Verkauf und Rückmietung eines Portfolios von 36 landeseigenen Immobilien; hier: Genehmigung der Veräußerung durch den Hessischen Landtag nach § 64 Abs. 2 LHO</b>      – Drucks. 16/6642 zu Drucks. 16/6376 – . . . . . 8405  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8412      Ulrich Caspar . . . . . 8405      Roland von Hunnius . . . . . 8405      Sigrid Erfurth . . . . . 8406      Marco Pighetti . . . . . 8408      Minister Karlheinz Weimar . . . . . 8410      Tarek Al-Wazir . . . . . 8411      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8412</p> <p>82. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend <b>Verzicht des Landes Hessen auf die Rückübertragung der kreiseigenen Liegenschaft Darmstädter Straße 269 in Bensheim-Auerbach; hier: Zustimmung des Hessischen Landtags nach § 64 LHO</b>      – Drucks. 16/6726 zu Drucks. 16/6372 – . . . . . 8412  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8415      Norbert Schmitt . . . . . 8412      Roland von Hunnius . . . . . 8413      Ulrich Caspar . . . . . 8414      Sigrid Erfurth . . . . . 8414      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8412, 8415</p> <p>45. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Rücknahme der Rundfunkgebühr auf Internet-PCs</b>      – Drucks. 16/6416 zu Drucks. 16/5906 – . . . . . 8415  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8415      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8415</p> <p>46. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>keine Rundfunkgebührenpflicht für Internet-PCs</b>      – Drucks. 16/6417 zu Drucks. 16/5962 – . . . . . 8415  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8415      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8415</p> <p>54. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Verwendung steigender Einnahmen</b>      – Drucks. 16/6637 zu Drucks. 16/6229 – . . . . . 8415  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8415      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8415</p> <p>55. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Wiedereinführung der Vermögensteuer in Hessen</b>      – Drucks. 16/6638 zu Drucks. 16/6292 – . . . . . 8415  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8416      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8415</p>	<p>56. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Verwendung der Steuermehreinnahmen einzig zur Absenkung der Nettoeuverschuldung</b>      – Drucks. 16/6639 zu Drucks. 16/6293 – . . . . . 8416  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8416      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8416</p> <p>57. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>sofortige Weitergabe der den Kommunen zustehenden Steuermehreinnahmen</b>      – Drucks. 16/6640 zu Drucks. 16/6295 – . . . . . 8416  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8416      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8416</p> <p>58. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>konjunkturelle Erholung greift – Einnahmen der Kommunen steigen</b>      – Drucks. 16/6641 zu Drucks. 16/6371 – . . . . . 8416  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8416      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8416</p> <p>60. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Modellversuch der heroingestützten Behandlung</b>      – Drucks. 16/6659 zu Drucks. 16/6167 – . . . . . 8416  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8416      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8416</p> <p>61. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Hessen sagt Nein zur Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in Deutschland und zum Eintritt in die Staatsmedizin</b>      – Drucks. 16/6660 zu Drucks. 16/6303 – . . . . . 8416  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8416      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8416</p> <p>62. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hessen wehrt sich gegen die Gesundheitsreform 2006</b>      – Drucks. 16/6661 zu Drucks. 16/6364 – . . . . . 8416  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8417      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>75. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Novellierung des Hessischen Kindergartengesetzes dringend notwendig</b>      – Drucks. 16/6716 zu Drucks. 16/4388 – . . . . . 8417  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8417      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>76. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>verbesserte Betreuung von Kindern als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe – Elternwille berücksichtigen</b>      – Drucks. 16/6717 zu Drucks. 16/5296 – . . . . . 8417  <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8417      Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p>
--	---

<p>77. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Kleinkind- und Hortbetreuung verbessern statt Mittel streichen</b> – Drucks. 16/6718 zu Drucks. 16/5385 – . . . . . 8417 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>78. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>mit den richtigen familienpolitischen Rahmenbedingungen das „Ja“ zu Kindern erleichtern</b> – Drucks. 16/6719 zu Drucks. 16/5439 – . . . . . 8417 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>79. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Rechentricks der Landesregierung beimbeitragsfreien dritten Kindergartenjahr und dem Ausbau der Kleinkinderbetreuung</b> – Drucks. 16/6720 zu Drucks. 16/5766 – . . . . . 8417 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>80. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>BAMBINI haben in Hessen Vorfahrt</b> – Drucks. 16/6721 zu Drucks. 16/5774 – . . . . . 8417 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>22. Große Anfrage der Abg. Hölldobler-Heumüller, Dr. Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion betreffend <b>strafrechtlicher Umgang mit Tätern und Schutz von Opfern bei Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Hessen</b> – Drucks. 16/5881 zu Drucks. 16/5001 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>23. Große Anfrage der Abg. Siebel, Gottschalck, Holzapfel, Hofmeyer, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Kunst für alle</b> – Drucks. 16/5886 zu Drucks. 16/5428 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>24. Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>richterliche Unabhängigkeit in einer modernen Justiz</b> – Drucks. 16/5946 zu Drucks. 16/5178 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>26. Große Anfrage der Abg. Hartmann, Quanz, Dr. Reuter, Riege, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Erprobungsphase des Bildungs- und Erziehungsplans</b> – Drucks. 16/6179 zu Drucks. 16/5776 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p>	<p>27. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>grundlegende Korrektur des innovationsfeindlichen Gentechnikgesetzes</b> – Drucks. 16/5961 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>30. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Moratorium für Gentechnik in der Landwirtschaft</b> – Drucks. 16/6107 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>39. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Gentechnikgesetz überarbeiten</b> – Drucks. 16/6558 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>28. Antrag der Fraktion der SPD betreffend die <b>Schaffung eines „Hauses für Jugendrecht“ in Hessen</b> – Drucks. 16/6071 – . . . . . 8417 <i>Dem Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>29. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Senkung des Mehrwertsteuersatzes von Arzneimitteln auf 7 %</b> – Drucks. 16/6073 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>31. Antrag der Abg. Waschke, Rudolph, Eckhardt, Faeßer, Gottschalck, Hartmann, Hofmeyer, Pighetti, Siebel, Tesch (SPD) und Fraktion betreffend <b>Veränderung der Verordnung zur Errichtung der Härtefallkommission</b> – Drucks. 16/6136 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>32. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz</b> – Drucks. 16/6169 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>33. Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Sprachtest im Herkunftsland</b> – Drucks. 16/6321 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>34. Große Anfrage der Abg. Fuhrmann, Schäfer-Gümbel, Eckhardt, Habermann, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Situation und Perspektiven von Familien in Hessen</b> – Drucks. 16/6297 zu Drucks. 16/5476 – . . . . . 8417 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p>
---	---

<p>35. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Ablehnung einer Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens</b> – Drucks. 16/6357 – . . . . . 8417 <i>Dem Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>36. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>soziale Ausgrenzung in Hessen verhindern – Programm Soziale Stadt fortführen, weiterentwickeln, öffnen</b> – Drucks. 16/6409 – . . . . . 8417 <i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>43. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>bürgerschaftliches Engagement stärken – keine Umsatzsteuerpflicht für Freiwilliges Soziales und Ökologisches Jahr (FSJ/FÖJ)</b> – Drucks. 16/6563 – . . . . . 8417</p>	<p><i>Dem Haushaltsausschuss zur abschließenden Beratung, federführend, und dem Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 8417 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8417</p> <p>47. Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend die <b>Geschäftsordnung des Hessischen Landtags</b> – Drucks. 16/6571 zu Drucks. 16/6039 – . . . . . 8418 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8418 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8418</p> <p>65. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>drohende Schließung von hessischen Standorten der Bundespolizei</b> – Drucks. 16/6693 – . . . . . 8418 <i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . . 8418 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 8418</p>
--	---

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsidentin Sarah Sorge  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Bökel  
Michael Denzin



(Beginn: 9.00 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung am letzten Plenartag des Jahres 2006, heiße Sie alle sehr herzlich willkommen und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung ist festzuhalten: Noch offen sind die Punkte 7, 14 bis 17, 22 bis 24, 26 bis 37, 39, 40, 42 bis 47, 49 bis 62, 69 und 72 bis 82. Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde.

Wir beginnen mit den Anträgen auf Aktuelle Stunden. Das sind die Tagesordnungspunkte 49 bis 52. Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion geeinigt. Nach Tagesordnungspunkt 49 werden die Tagesordnungspunkte 44 und 69, ein Antrag und ein Dringlicher Antrag zum Thema, ohne Aussprache aufgerufen und sofort abgestimmt. Nach Tagesordnungspunkt 51 wird Tagesordnungspunkt 40, ein Antrag zum Thema, ohne Aussprache aufgerufen und sofort abgestimmt. Nach der Aktuellen Stunde kommen wir zu Tagesordnungspunkt 37.

Entschuldigt fehlt heute Herr Staatsminister Volker Hoff.

(Heiterkeit – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sitzt er doch!)

– Das ist offensichtlich eine Kopie von ihm, denn hier steht: „Entschuldigt fehlt: Herr Staatsminister Volker Hoff“.

(Große Heiterkeit)

Er hat gesagt, er bleibt noch ein bisschen da. Wenn er dann geht, ist er entschuldigt.

Ich rufe nun die **Tagesordnungspunkte 49, 44 und 69** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Blockadehaltung der Kultusbürokratie gegen Selbstverantwortung plus beenden) – Drucks. 16/6633 –**

**Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend verlässliche Rahmenbedingungen für das Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ schaffen – Drucks. 16/6565 –**

**Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend verlässliche Rahmenbedingungen für das Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ schaffen – Drucks. 16/6697 –**

Redezeit: fünf Minuten je Fraktion. Es beginnt Frau Kollegin Henzler für die FDP-Fraktion.

**Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt und einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereicht, weil ein großes Projekt in diesem Land, das von allen Fraktionen in diesem Hause gewünscht und auch angestoßen wurde, zu scheitern droht.

Die Schulpolitiker reden immer von Eigenverantwortung von Schule, sehen das als großes Ziel an. Die Kultusministerin hat sogar eine Kampagne zu diesem Thema durchgeführt. Das heißt, wir reden zwar immer darüber, aber es wurde im Grunde nicht genügend gehandelt.

(Beifall bei der FDP)

Ein einziges Mal kam es zu einer Ausnahme. Im August 2003 wurde in diesem Hause ein einstimmiger Beschluss aller vier Fraktionen mit dem Ziel gefasst, zehn berufliche Schulen Selbstverantwortung, Selbstständigkeit erproben zu lassen. Das wurde den Schulen angeboten, und es haben sich 17 berufliche Schulen für den Versuch „Selbstverantwortung plus“ beworben. Das ist eine große, eine stolze Leistung, denn die Schulen mussten das in ihren Gesamtkonferenzen beschließen lassen. Es gab Schulen, die das einstimmig beschlossen und gesagt haben: Wir machen uns auf diesen wichtigen Weg.

Die Schulen haben Arbeitskreise gebildet und sechs Handlungsfelder erarbeitet, die in diesen Versuch einfließen sollten: Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung, Organisationsstruktur der jeweiligen Schule – eine selbstständige Schule muss eine andere Organisationsstruktur haben als eine Schule, die von oben geführt und gesteuert wird, die Schulleitung hat eine ganz andere Stellung –, Personalgewinnung – eine selbstständige Schule muss ihr Personal selber rekrutieren können, denn es sind besondere Lehrer, die an solchen Schulen tätig werden.

(Unruhe)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit. Seien Sie am letzten Plenartag bitte so höflich. Frau Henzler hat das Wort.

**Dorothea Henzler (FDP):**

Es geht außerdem um die Finanzen. Eigenverantwortliche Schulen brauchen ein eigenes Budget, in dem Mittel des Schulträgers und Mittel des Kultusministeriums zusammenfließen. Außerdem wollen diese Schulen regionale Bildungsnetzwerke bilden. Das heißt, die beruflichen Schulen wollen ihre Ressourcen besser einsetzen können und sich auch nach außen hin öffnen, um möglichst viele Menschen in ihren Räumen unterrichten und weiterbilden zu können.

Ziel und Inhalt des Ganzen war die Verbesserung der Qualität von Schule. Alle Schulen waren mit Begeisterung dabei. Das war für sie viel, viel Arbeit. Sie haben sich neue Strukturen gegeben, und sie haben von Grund auf ein Konzept erarbeitet, wie es aussehen kann, wenn sie in die Selbstständigkeit gehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Schulen haben Schulverfassungen erarbeitet, in denen z. B. die Leitungsstruktur festgelegt werden sollte. Sie haben Kooperationsverträge zwischen Schule und Schulträger erarbeitet, um Mittel zu budgetieren und den Schulen zur Verfügung zu stellen. Interessanterweise kam von Seiten der Schulträger überwiegend Unterstützung. Sie haben sehr, sehr aktiv daran mitgearbeitet. Alles war auf einem guten Weg. Es gab Unterstützung von der Politik, von den Fraktionen und auch von der Hausspitze des Kultusministeriums.

Bei der Umsetzung war aber ständig Sand im Getriebe. Zweierlei lief schlicht und ergreifend schief. Die Kultusbürokratie kam nicht damit zurecht, dass es plötzlich Schulen gab, die in die Selbstständigkeit entlassen werden und Freiheiten bekommen sollten. Wenn Schulen die Frei-

heit bekommen, über Geld und Personal selber zu entscheiden, dann müssen andere Leute Aufgaben abgeben und diese Freiheiten gewähren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißtt, diese Schulen mussten aus der Verfügungsmasse der Staatlichen Schulämter herausgelöst werden. Sie standen nicht mehr zur Verfügung, wenn sich anderswo Lücken auftaten. Auf das Personal und die Mittel selbstständiger Schulen konnte nicht mehr zurückgegriffen werden. Das haben manche Schulämter akzeptiert, andere haben es nicht akzeptiert.

Das zweite Problem war, endlich zu definieren, wohin die Reise eigentlich gehen sollte, das heißtt, welche Rechtsstellung eine selbstständige Schule am Ende dieses Weges eigentlich haben sollte. Zwei Jahre hat es gedauert, die Fragen zusammenzutragen, die zu klären waren, um ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, das die zukünftige Rechtsstellung formulieren sollte. Zwei Jahre hat man also gebraucht, um überhaupt die Fragen aufzuwerfen, die geklärt werden müssen, um Festlegungen über die Rechtsstellung zu treffen. Das Bundesland Schleswig-Holstein war da deutlich schneller. Dort liegt bereits ein Gesetzentwurf vor. Er wird auch beschlossen werden. In Schleswig-Holstein ist die Rechtsstellung der selbstständigen Schulen klar.

Die Probleme wurden in der Zwischenzeit immer deutlicher. Die Schulleiter haben sich an die Fraktionen gewandt, und die Obleute der Fraktionen haben ihnen Unterstützung zugesagt. Noch im letzten Gespräch hat der Kollege Irmer gesagt: „Das kann ja wohl nicht wahr sein. Wenn der politische Wille da ist, dann muss er auch umgesetzt werden. Es muss einen Ukas vom Kultusministerium geben, damit die Staatlichen Schulämter endlich handeln.“

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Henzler, seien Sie bitte so lieb.

### **Dorothea Henzler (FDP):**

Wir haben vereinbart, dass es dazu einen Antrag aller Fraktionen geben wird. Die FDP hat Vorarbeit geleistet. Wir haben den Antrag mit allen Fraktionen abgestimmt. Leider war die CDU-Fraktion in der letzten Woche nicht in der Lage, diesen Antrag zu unterschreiben. Sie war nicht entscheidungsfähig. Deshalb gibt es jetzt zwei Anträge, einen Antrag von drei Fraktionen und einen Antrag der CDU-Fraktion. Ich hoffe trotzdem, dass wir uns auf einen Antrag einigen können. Die Zielrichtung unseres Handelns sollte gleich sein. Das sollten wir noch einmal klar zum Ausdruck bringen – und zwar heute, noch in diesem Jahr.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Hugo Klein, CDU-Fraktion.

### **Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion in Person von Frau Kollegin Henzler konstruiert heute Vormittag eine gekünstelte Aktuelle Stunde.

(Zurufe von der FDP)

Der vorgetragene pauschale Vorwurf, die Kultusbürokratie nehme eine Blockadehaltung gegen das Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ ein, ist eine in dieser Form unbegründete und nicht nachvollziehbare Unterstellung, die ich im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich zurückweise.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Frau Kollegin Henzler, Ihre Aussage, das Projekt drohe zu scheitern, ist abenteuerlich.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Vor sechs Jahren haben Sie von der CDU das genauso gesagt!)

Seit Beginn des Modellprojekts, das seinerzeit von allen vier im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam beschlossen wurde, haben wir uns im Kulturpolitischen Ausschuss immer wieder mit der Fort- und Weiterentwicklung der Projektinhalte beschäftigt. Selbstverständlich haben wir im Rahmen der zahlreichen Gespräche auch erkannt, dass es den einen oder anderen Stolperstein auf dem Weg zu mehr Selbstverantwortung und Eigenverantwortung im Rahmen des Modellprojekts gibt. Allein schon die Komplexität der Inhalte der verschiedenen Handlungsfelder und die damit verbundene rechtliche Würdigung hat uns die eine oder andere Schwierigkeit bei der gewünschten zeitnahen Umsetzung aufgezeigt.

Solche Stolpersteine und Probleme aufzuzeigen ist aber gerade der Sinn einer modellhaften Erprobung. Natürlich ist da Sand im Getriebe, denn es handelt sich ja um ein Modell, das erst erprobt werden soll.

Vonseiten des Kultusministeriums wurde in allen Gesprächen immer wieder betont, dass die zeitnahe und erfolgreiche Umsetzung des Modellprojekts unterstützt und gefördert wird. Ich erinnere hier nur an den umfassenden Bericht der Frau Ministerin zu den Meilensteinen des Modellprojekts „Selbstverantwortung plus“. Frau Kollegin, wenn Sie jetzt von einer „Blockadehaltung der Kultusbürokratie gegen das Modellprojekt“ sprechen, ist das nicht nachvollziehbar und trifft auch bei den beteiligten Modellschulen auf wenig Verständnis.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Diese haben in der Zwischenzeit bereits große Fortschritte auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gemacht und eine hervorragende Arbeit zur Schaffung ihres Schulprofils geleistet.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Warum hat das zwei Jahre gedauert?)

Im Namen der CDU-Fraktion bedanke ich mich sehr herzlich bei den beteiligten Schulen für diese großartige Leistung.

(Beifall bei der CDU)

Was mich persönlich sehr ärgert, ist die Tatsache, dass auf Betreiben der Kollegin Henzler die bisherige unangetastete, gemeinsame Allianz aller vier Fraktionen bei dem Modellprojekt grundlos und ohne Notwendigkeit zerstört worden ist.

**(Widerspruch bei der FDP)**

Nach der vergangenen Besprechung der Obleute mit den Sprechern der Modellprojektschulen am 30. November wollten wir erneut gemeinsam ein Signal setzen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber Sie haben sich ausgeklinkt!)

– Frau Wagner, Sie reden von Berufsschule, ich verstehe etwas davon.

**(Beifall bei der CDU)**

Zur Unterstützung und zügigen Umsetzung der erforderlichen weiteren Verfahren in den Bereichen Budget und Personal haben wir vereinbart, einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen zu stellen. Frau Kollegin Henzler, der von Ihnen sehr oberflächlich und stümperhaft formulierte Textvorschlag und eine leicht verbesserte modifizierte Fassung der SPD-Fraktion konnten nach unserer Auffassung allerdings in der Form nicht eingebracht werden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Heute Nacht schlecht geschlafen?)

Im festen Glauben an die gemeinsame Zielsetzung, das Modellprojekt erfolgreich zu begleiten, habe ich gebeten, am Rande dieses Plenums ein weiteres Obleutegespräch zu führen, um danach einen gemeinsamen Antragstext zu formulieren. Frau Kollegin Henzler, im Gegensatz zu Herrn Kollegen Riege waren Sie dazu aber nicht bereit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Musterschüler Riege!)

Sie haben ohne zwingenden Grund die gemeinsame Linie verlassen und ohne Beteiligung der CDU einen Antrag eingebracht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was ist heute los mit Ihnen, Herr Kollege? Sie sind doch sonst so friedlich!)

Frau Kollegin Henzler, damit dieser Antrag, der am Ende der Tagesordnung steht, noch in dieser Woche behandelt werden kann, haben Sie künstlich diese Aktuelle Stunde initiiert, um den Antrag aufrufen zu lassen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So wird das nichts mit dem Lagerwahlkampf!)

Seitens der CDU-Fraktion haben wir aufgrund Ihres Vorgehens ebenfalls einen Antrag vorgelegt, der die Schwachstellen des Oppositionsantrags deutlich benennt. Lassen Sie mich dies aufgrund der kurzen Redezeit anhand von nur zwei Punkten kurz begründen.

Wir sind uns einig, dass die Modellschulen bis zu 5 % des Personalalets als disponibile Mittel vollständig und ohne gesonderte Antragstellung erhalten sollen. Im Gegensatz zu Ihrem Antrag wollen wir aber sicherstellen, dass das Haushaltrecht beachtet wird und dass insbesondere die vollständige Abdeckung des Unterrichts gewährleistet ist.

Für die Modellprojektschulen fordern Sie in Ihrem Antrag die unverzügliche Einführung der Rechtstellung nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Hierzu ist festzustellen, dass dieses Gesetz in Schleswig-Holstein in seiner endgültigen Fassung noch gar nicht vorliegt. Nach dem heutigen Zeitplan ist eine Beschlussfassung erst für Februar 2007 vorgesehen.

Wozu haben wir in Hessen ein umfassendes Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, wenn wir die daraus gewonnenen Erkenntnisse anschließend nicht zur Klärung der Rechtstellung verwenden wollen? Folgerichtig fordern wir daher in unserem Antrag, dass über die künftige Rechtstellung der Modellschulen auf der Grundlage dieses Rechtsgutachtens zu entscheiden ist.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass Sie aufgrund der gegebenen vorweihnachtlichen Stimmung mit der Redezeit etwas großzügiger umgehen.

Frau Kollegin Henzler, Herr Kollege Riege, Herr Kollege Wagner, lassen Sie uns zu einer gemeinsamen Linie zurückkehren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nach dieser Rede nicht mehr! Vergiftetes Klima!)

Lassen Sie uns im Ausschuss auf der Grundlage unseres Antrags einen gemeinsamen Antrag formulieren.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Klein, verspielen Sie nicht die Sympathie des weihnachtlich gestimmten Präsidiums.

**Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Lassen Sie uns gemeinsam die beruflichen Schulen auf dem Weg zu mehr Selbstverantwortung und Eigenständigkeit zielorientiert nach vorn bringen. – Ich danke Ihnen.

**(Beifall bei der CDU)**

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Wir danken Ihnen auch, Herr Kollege Klein. – Das Wort hat Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Klein, so kann man die Tatsachen nun wirklich nicht verdrehen, wie Sie es getan haben.

**(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)**

Die Fraktionen haben sich im Kulturpolitischen Ausschuss darauf verständigt, bis zu dieser Plenarsitzung einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. SPD, FDP und GRÜNE waren in der Lage, einen gemeinsamen Antrag zu erstellen. Sie waren nicht geschäftsfähig, Herr Klein. Das ist der Grund, weshalb Sie diesen Antrag nicht unterschrieben haben.

**(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)**

Unterstellen Sie deshalb bitte nicht den Kollegen der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sie hätten einen Konsens verlassen, Herr Kollege Klein. Sie waren nicht in der Lage, innerhalb einer Woche einen Antrag zu formulieren. Das zeigt, welchen Stellenwert die CDU-Fraktion diesem Projekt beimisst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Die Wahrheit ist doch viel einfacher: Ob Unterrichtsgarantie plus oder Selbstverantwortung plus, die Ministerin hat ihre vielen Reformbaustellen nicht mehr im Griff. Das ist doch die einfache Wahrheit, Herr Kollege Klein. Mit Ihrer Rede können Sie davon nicht ablenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Henzler hat bereits darauf hingewiesen, dass im Jahr 2003 der Landtag dieses Projekt mit einem Antrag auf den Weg gebracht hat. Das ist mittlerweile bereits drei Jahre her. Im Mai 2004 hat die Kultusministerin dieses Projekt in einer kraftvollen Presseerklärung vorgestellt, es in höchsten Tönen gelobt und die Bedeutung des Projekts hervorgehoben. Dieses Projekt sei ein Meilenstein hin zu mehr Eigenverantwortlichkeit der Schulen. Dieses Projekt sollte zunächst an beruflichen Schulen erprobt und dann auf andere Schulen ausgeweitet werden. Dieses Projekt wurde im Mai 2004 von der Frau Ministerin in wunderbaren Worten vorgestellt.

Am 01.01.2005 startete endlich das Projekt mit 17 Schulen. 17 Schulen wollten sich auf den Weg machen zu mehr Eigenverantwortung, zu mehr Selbstbestimmung und zu mehr pädagogischer Freiheit machen. Diese Schulen sind sehr engagiert an die Sache herangegangen. Die Prozesse an diesen Schulen waren aber nicht immer unumstritten, sodass an den Schulen heiße Diskussionen geführt wurden. Die Schulen erwarteten die uneingeschränkte Unterstützung der Kultusbürokratie, wenn sie sich auf den Weg machen, wenn sie sich anstrengen und etwas an den Schulen leisten. Die Schulen mussten aber leider feststellen, dass dem Engagement der einzelnen Schule nicht das volle Engagement und nicht die volle Unterstützung der Kultusbürokratie gegenüberstanden. So können wir jedoch nicht mit den Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, umgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Am 9. Februar dieses Jahres haben sich die Schulleiterinnen und Schulleiter der Modellprojektschulen zum ersten Mal an den Kulturpolitischen Ausschuss gewandt und auf massive Probleme bei der Umsetzung dieses Projekts hingewiesen. Daraufhin haben uns die Schulleiterinnen und Schulleiter dankenswerterweise am 11. April dieses Jahres einen Bericht zur Verfügung gestellt, in dem sie detailliert dargestellt haben, was sich ändern muss, damit die Schulen so arbeiten können.

Die Frau Ministerin hat dann vier Monate benötigt, um zu den Äußerungen der Schulleiterinnen und Schulleiter Stellung zu nehmen. Leider hat sich seither nichts geändert.

(Zuruf der Ministerin Karin Wolff)

Die Schulleiterinnen und Schulleiter teilten uns in der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 30. November mit: Nach fast zwei Jahren des Modellversuchs Selbstverantwortung plus muss die Konferenz der Schulleiterinnen und Schulleiter bedauernd feststellen, dass den Modell-

projektschulen eine gesicherte Stellenzuweisung nicht zur Verfügung steht. Ein transparentes und gesichertes Landesbudget steht den Modellprojektschulen ebenfalls nicht zur Verfügung. Außerdem stehen den Schulen die disponiblen Mittel nur partiell und nach intransparenten Verfahren einer Einzelgenehmigung zur Verfügung.

Frau Ministerin, so wird es mit der Selbstverantwortung der Schulen sicher nicht klappen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Frau Ministerin, jetzt richtet sich an Sie eine einfache Frage: Wollen Sie nicht, dass dieses Projekt erfolgreich wird, oder können Sie das Projekt nicht zum Erfolg führen? Beides ist gleich schlimm.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wenn eine Ministerin nicht mehr in der Lage ist, den politischen Willen des Parlaments und ihren eigenen erklärten politischen Willen gegenüber der eigenen Verwaltung durchzusetzen, dann stimmt etwas nicht in unserem Land. Dann sind Sie mit Ihren Aufgaben überfordert, Frau Ministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen.

### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Sie sind gut darin, Anforderungen an die Schulen zu stellen. Sie sind gut darin, zu sagen, was die Schulen alles tun müssen. Es wäre schön, wenn Sie diesen Anspruch auch gegenüber sich selbst gelten lassen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Riege für die SPD-Fraktion.

### **Bernd Riege (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Titel der Aktuellen Stunde – Blockadehaltung der Kultusbürokratie gegen Selbstverantwortung plus beenden – hat die FDP-Fraktion den Nagel auf den Kopf getroffen, Herr Klein. Daran gibt es nichts zu deuteln.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Es geht nicht darum, die Hausspitze zu verdächtigen, das seit fast drei Jahren laufende Modellprojekt zu blockieren, sondern es geht um die nachgeordneten Dienststellen dieses Hauses, die offensichtlich nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, das umzusetzen, was wir vor drei Jahren beschlossen haben. Wir waren uns alle einig, dass es ein Bottom-up-Projekt werden soll. Das heißt, es soll etwas wach-

sen. Jeder, der etwas wachsen lassen will, weiß aber, dass eine Bodenvorbereitung, ein bisschen Dünger und vielleicht auch ein bisschen Licht erforderlich sind.

All das hat es nicht gegeben, obwohl wir vier Fraktionen sehr genau wussten, auf was wir uns einlassen, wenn wir den Schulen ein zeitlich befristetes Modellvorhaben – verbunden mit bestimmten Versprechungen – anbieten. Wir waren überrascht, dass so viele Schulen Gebrauch davon gemacht haben. Jetzt stellen wir fest, dass die Kultusbürokratie nach drei Jahren noch nicht begriffen hat, welche Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieses Projekts erforderlich sind.

Die Schulen haben mehrmals schriftlich auf dieses Problem hingewiesen. Es ist ein recht ungewöhnlicher Vorgang, dass sich die Schulen an das Parlament wenden, um darüber Klage zu führen, dass ihnen gegenüber die in der Ausschreibung zugesagten Bedingungen nicht eingehalten worden sind.

Herr Klein, das ist die Wahrheit, die im Übrigen schriftlich vorliegt. Was Sie stümperhaft nennen, das ist der Duktus der Projektleitenden dieses Versuchs. Sie haben die Forderungen so aufgeschrieben, wie sie Frau Henzler nun ins Parlament eingebracht hat. Diese Forderungen sind so zutreffend, dass Sie sie in Ihren eigenen Antrag übernommen haben.

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Der Antrag ist stümperhaft formuliert!)

Alle vier Punkte, die sich auf die Rahmenbedingungen des Projekts beziehen, sind Gegenstand sowohl unseres als auch Ihres Antrags.

Ich habe überhaupt keine Bedenken, dass es uns in der nächsten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses gelingen wird, die Nachsätze, die Sie geschrieben haben, damit zwischen diesen beiden Anträgen noch ein Unterschied besteht, wieder hinauszuverhandeln, weil sie Selbstverständlichkeiten beinhalten. Natürlich müssen die Modellschulen das Haushaltsrecht beachten. Natürlich müssen sie ihren Unterrichtsverpflichtungen nachkommen. Das ist Bedingung bei der Bewerbung zu diesem Verfahren gewesen. Das wissen die Schulen auch. Das müssen wir ihnen als Parlament nicht noch einmal ins Gedächtnis rufen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Aber eines ist auch klar: Wenn Selbstverantwortung übernommen werden soll, dann muss es auch welche geben, die Verantwortung abgeben. Daran hängt es.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Niemand will Verantwortung abgeben. Deswegen können die Schulen auch keine bekommen.

Ich will die fünf Punkte vortragen, die in unseren beiden Anträgen stehen, zunächst vier. Den Modellschulen muss eine gesicherte Stellenzuweisung zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, wer mit gesundem Menschenverstand selbstverantwortlich eine Schule führen will, für den ist das eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Sie müssen das nun drei Jahre nach Beginn des Projekts schriftlich fordern, weil ihnen das bisher verweigert worden ist.

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Das ist doch vorhanden! – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

– Nein, das ist eben nicht so. Auf dem Papier, im Haushaltsplan des Landes Hessen, steht das so. Aber die Schulen haben das Geld nicht zur freien Verfügung. Die Modellschulen müssen über alles, was sie beantragen, einen einzelnen Antrag einreichen. Dann hängt es vom Wohlwollen des Schulamts oder der Kassenlage ab, ob diesen Wünschen entsprochen wird.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Genau!)

„Die Modellschulen müssen über ein gesichertes Budget verfügen können“, steht in unseren beiden Anträgen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Modellschulen müssen über die vereinbarten disponiblen Mittel, die sogenannten 5 % des Personalests, verfügen können. Nicht nur, dass sie ihnen zustehen, sie müssen auch darüber verfügen können. Das ist in der Praxis ein Unterschied.

Viertens. Sie müssen Personalentscheidungen in eigener Verantwortung treffen können. – Alles das ist in unseren Anträgen gleich.

Letzter Punkt. Ich bin durchaus dafür, dass wir in der nächsten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses noch einmal verhandeln, ob wir das Ministerium bitten können, die Zusage aus der letzten Ausschusssitzung zu wiederholen und an dem Gutachten über die rechtliche Frage, die eine ganz entscheidende Frage ist, aber sehr schwierig, weiter arbeiten zu lassen. Dann können wir den Monat ruhig noch verstreichen lassen. Aber die Schulen sollen wissen: Das Parlament steht hinter diesen Forderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Denn es ist wahr: Die Kollegen in den Schulen arbeiten seit drei Jahren in diesem Modellvorhaben. 17 von 118 beruflichen Schulen in Hessen, das ist eine nennenswerte Zahl. Sie haben sich damit zusätzliche Arbeit aufgeladen und keine Lust, die für den Papierkorb zu machen,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Es wäre auch schade!)

sondern sie wollen jetzt endlich die Bedingungen haben, die ihnen versprochen worden sind.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Kollege Riege, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Bernd Riege (SPD):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Ich halte es für selbstverständlich, dass jeder noch im Kopf hat, dass das Ganze ein zeitlich befristetes Modellprojekt war, an dessen Ende geprüft werden soll, ob man das so machen kann. Das heißt, dort sollte etwas ausprobier werden. Wenn aber niemand Kordel gibt, dann kann man nichts ausprobieren. Darum suchen wir dringend nach, dass endlich so viel Platz geschaffen wird, dass die Schulen Erfolg haben können, denn den brauchen wir.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir wollen das, was herauskommt – nicht nur für die 17 Schulen, sondern für alle Schulen in Hessen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat die Kultusministerin, Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe schon den Eindruck, dass in der Sache der Fortentwicklung der eigenverantwortlichen Schule – was alle Fraktionen gemeinsam mit der Landesregierung begonnen haben, was immer wieder gemeinsam betont und auch formuliert worden ist – bis zum heutigen Tage kein Streit besteht. Heute werden aber ganz offensichtlich Kleinigkeiten und durchaus auch Dinge, die in einzelnen Verwaltungen noch auszumerzen sind, aufgepumpt und zu einer Landtagsdebatte entwickelt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat dieses Thema nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Ich will sehr deutlich sagen: Es ist notwendig und es ist wichtig, dass alle Fraktionen wieder zu einer Gemeinsamkeit, auch im Antragsverfahren, zurückkehren. Denn es gibt letztendlich in der Sache keinen Streit.

Ich darf auf den Beginn und den Verlauf dieses Jahres zurückkommen. Wir haben in diesen Monaten auf Grundlage von Meilensteinen Aussagen des Ministeriums entwickelt, die auf ausdrückliche Zustimmung der Schulleiter – das sind alles Männer – gestoßen sind, die auch auf ausdrückliche Zustimmung, Herr Riege, von Ihnen gestoßen sind. Sie werden durchgeführt und haben ihren Niederschlag in Erlassen gefunden: im Einstellungserlass, im Auswahlerlass für Beförderungsstellen und in der Lehrerzuweisung. – Das sind ganz klare rechtliche Grundlagen, nicht nur für die Schulen hinsichtlich der Verlässlichkeit darauf, was sie dürfen, sondern auch hinsichtlich des Anspruchs an die Schulverwaltung, dies vor Ort in jedem Detail durchzuführen.

Deswegen ist doch klar, dass im Zuweisungserlass dieses Jahres die Schulen „Selbstverantwortung plus“ mit ihren Stellen separat ausgewiesen sind. Deswegen ist es klar und richtig, dass wir mit den Schulen in einem positiven Gespräch über die Verteilung von Eingangsstellen und Beförderungsstellen sind und dass sie diesen Weg akzeptieren. Wir haben in der Frage des Budgets Klarheit. Dies wurde ausverhandelt. In Vereinbarungen mit den Schulleitern haben wir für 2007 hervorragende Grundlagen geschaffen. Dort sind wir auch zu Zielvereinbarungen gekommen.

Meine Damen und Herren, ich halte es für falsch, wenn sich Fraktionen dann von einem Schulleiter aufsatteln lassen, der ganz offensichtlich Probleme mit seiner Schulverwaltung hat. Lassen Sie uns differenzieren. Herr Riege, Sie wissen, von was wir reden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schuld sind immer die anderen!)

Sie wissen, wovon wir reden, wenn es darum geht, die Schulaufsicht für ein solches Projekt nicht zu zentralisieren, sondern die Schulaufsicht auf dem Weg zur eigenver-

antwortlichen Schule mitzunehmen und die Schulaufsicht vor Ort in allen 15 Staatlichen Schulämtern auf dem Weg, diese Aufsicht der eigenverantwortlichen Schule zu wollen, mitzunehmen. Diesen Weg wollen wir gehen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das heißt eben auch, die letzten zwei Staatlichen Schulämter, die diesen Weg noch nicht in jedem Detail mitgehen, mitzunehmen und sehr nachdrücklich aufzufordern. Sie können sich darauf verlassen, dass wir dies auch tun.

(Beifall bei der CDU)

Es hat auch eine gemeinsame Erkundung der Schulleiter mit Vertretern des Kultusministeriums in Schleswig-Holstein hinsichtlich der Frage gegeben: Sind die wirklich weiter als wir? – Die gemeinsame Erkenntnis war: Sie sind nicht weiter als wir,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sondern brauchen noch bis 2012, bis sie diese Ziele erreicht haben, die in einem Gesetz angedacht sind. Die Rechtsfähigkeit erstreckt sich noch nicht einmal auf das, was unsere hessischen Schulen bereits jetzt in der Budgetierung zwischen kommunaler und Landesebene haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Rechtsfähigkeit beschränkt sich auf eine Kommunalisierung der Schulen. Hören Sie auf mit dem Fetisch Schleswig-Holstein. Dort ist das, was hier hinsichtlich Rechtsfähigkeit durch ein Rechtsgutachten pilotmäßig für Deutschland angestrebt wird, noch nicht einmal von Ferne angedacht und auch nicht für die Schulen auf dem Weg zu ihrer Eigenverantwortung realisiert.

Die 17 Schulen in Hessen sind als Piloten in Deutschland unterwegs, anerkanntermaßen mit positiver Begleitung durch das Hessische Kultusministerium, die immer und immer wieder gelobt wird, gerade die juristische Seite. Sie sind mit außerordentlichem Einsatz unterwegs, mit sehr viel Kraftaufwand. Aber sie sind auch mit sehr viel Erfolg in der Sache unterwegs, wo vor wenigen Jahren noch niemand gedacht hätte, dass die eigenverantwortliche Schule hier agiert:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

bei Stellen, bei dem Budget, bei der Weiterbildung in der Region, bei einer eigenen Schulverfassung, die zwischen den 17 Schulen und dem Ministerium in einer Form weiterentwickelt und verabredet ist, dass wir davon ausgehen können, dass die Entwicklung einer eigenen Schulverfassung als Schritt hin zur Rechtsfähigkeit auf außerordentlich gutem Wege ist.

Meine Damen und Herren, wir werden das weiter begleiten. Wir werden auch die neuerlichen Meilensteine der Schulleiterinnen und Schulleiter erstens daraufhin überprüfen, ob das eine Regelaussage oder ein Einzelfall ist. Wir werden das Projekt weiterentwickeln. Wir werden mit den Fragen des Rechtsgutachtens, die die Schulleiterinnen und Schulleiter für die richtigen Fragen halten, in kürzestmöglicher Zeit vorankommen.

Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir rechtlichen Sachverstand, denn wir sind die Ersten in der Republik, die diese Frage in dieser Dimension aufwerfen und beantwortet haben wollen. Ich weiß sehr wohl, dass dieses Projekt ein schwieriges, ein komplexes Projekt ist. Wer sich aber heute hierhin stellt und sagt, man könne die rechtlichen Fragen gerade einmal so hinwerfen, der achtet

diese Komplexität nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren davon müssen wir ausgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, die Schulen sind auf einem ausgezeichneten Weg. Sie sind schon sehr weit vorangekommen. Wir sind mittlerweile hinsichtlich der rechtlichen und fachlichen Begleitung in einer Art und Weise bundesweit Gesprächspartner, die beispielgebend ist. Ich glaube, es ist möglich, sinnvoll und auch lohnend, dass wir in diesem Hause zu gemeinsamen Anträgen und zu einem gemeinsamen Voranschreiten von Legislative und Exekutive kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist beendet. Ich rufe die beiden Anträge zur Abstimmung auf.

(Wortmeldung des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Kaufmann, was gibt es?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur Geschäftsordnung!)

Sie haben das Wort.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, da Sie die Formulierung wählen: „Ich rufe zur Abstimmung auf“, habe ich mich gemeldet, um darauf hinzuweisen, dass es einen übereinstimmenden Wunsch der Fraktionen gibt, die beiden Anträge noch einmal an den Kulturpolitischen Ausschuss zu überweisen. Das haben wir aus den Diskussionen auch gehört. Ich bitte darum.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Wenn Sie so bitten, dann werden wir, nachdem wir uns überzeugt haben, dass das so ist, so verfahren. – Dann werden die beiden Anträge Drucks. 16/6565 und Drucks. 16/6697 an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen. Das war ein guter Beginn. Danke schön.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 50** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Koch behindert Weltniveau – Kultur darf mehr erwarten) – Drucks. 16/6662 –**

Das Wort hat Frau Kollegin Sorge, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kulturmediation hat nun über ein Jahr gekreist und wahrlich kein Weltwunder als Lösung geboren. Das ist aber nicht Schuld der Mediation und auch nicht Schuld der Mediatoren, sondern die Rahmenbedingungen, um eine gute und funktionierende Lösung zur Förderung und Entwicklung der Kultur in der Rhein-Main-Region zu entwickeln, waren von Anfang an nicht gegeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schuld daran ist einzig und allein die Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Erstens hat sie während der Mediation immer das Damoklesschwert „Kulturzwangsverband“ geschwungen, sobald irgend einer anfing, aufzumucken.

Zweitens ist deutlich geworden, dass die durch das Ballungsraumgesetz gezogenen Grenzen völlig absurd sind, gerade was die Kultur betrifft, wenn solch wichtige Partner wie die Städte Darmstadt und Wiesbaden nicht von vornherein einbezogen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Drittens – Herr Koch, das betrifft insbesondere Sie – haben Sie selbst zunächst einen sehr hohen, aber meiner Meinung nach durchaus berechtigten Anspruch formuliert. Von diesem Ziel ist das bisherige Ergebnis der Kulturmediation meilenweit entfernt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei gab es selbst aus Ihren eigenen Reihen von Anfang an harte Kritik. Ich erinnere gern daran, dass Herr Grüttner während der Entscheidung im Stadtparlament Offenbach „für kleine Jungs“ gegangen ist, statt sich, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, heroisch vor seinen Ministerpräsidenten zu stellen. Auch Jürgen Banzer musste einmal irgendwohin; ich habe das beobachtet, als die Debatte losging. Jürgen Banzer sitzt heute nur im Kabinett – das wissen alle in diesem Haus und auch draußen –, weil seine Kritik am „Zwangsvorband“ nicht nur hart, sondern vor allem sehr berechtigt war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Als er noch Landrat war, sagte Herr Banzer laut und deutlich, dass das Land zunächst einmal selbst zahlen müsse. Aus Zeitmangel will ich hier nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus dem „FAZ“-Interview vom 9. Juli 2005 zitieren:

Es ist nicht einzusehen, warum das Land andere Städte wie Gießen, Darmstadt, Kassel usw. fördert, Frankfurt aber nicht in gleichem Maße. Zum anderen: Was an hessischer Kultur wirklich Strahlkraft hat, wird zu einem erheblichen Anteil in Frankfurt produziert. Wenn also das Gutachten fordert, Frankfurt müsse in seinen kulturellen Anstrengungen unterstützt werden, dann müsste das Land Hessen mit mindestens der Hälfte, also mit 60 Millionen €, dabei sein ...

So weit Herr Banzer. Das waren klare Worte in einem klugen Interview, das ich jedem nachzulesen empfehle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie waren von Anfang an nicht bereit, selbst Verantwortung zu übernehmen, sondern Sie haben immer nur mit dem Finger in Richtung Kommunen gedeutet und mit Zwang gedroht. Das Schlimme aber ist – genau das werfe ich Ihnen heute hier vor –, dass Ihre Bereitschaft, selbst etwas für die Kultur zu tun, im Laufe dieser Debatte immer weiter gesunken ist.

Am Anfang der Debatte hat der Herr Ministerpräsident noch angekündigt, für die Kulturförderung Rhein-Main 7 bis 12 Millionen € aus Landesmitteln bereitzustellen. Dieser Betrag war ohnehin recht kläglich, wenn man be-

denkt, dass es in anderen Ländern, wie etwa Bayern oder Baden-Württemberg – den Ländern, mit denen der Herr Ministerpräsident Hessen gern vergleicht –, völlig selbstverständlich ist, dass die Kultur mit überregionaler oder gar internationaler Strahlkraft aus Landesmitteln gefördert wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt, nach der Mediation, sind wir bei 5,5 Millionen € aus Landesmitteln gelandet, und das auch nur, wenn alle Kommunen des Ballungsraums die Vereinbarung mittragen. Aber so, wie Sie sich verhalten, ist es kein Wunder, dass sich z. B. der Kreis Groß-Gerau schon ausgeklinkt hat. Sie haben nämlich den Beitrag immer weiter gesenkt und, quasi als Gipfel der Verhöhnung der Kommunen, auch noch darauf beharrt, dass die Hälfte dieses kläglichen Betrags von 5,5 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich, also wieder mit Mitteln der Kommunen, gezahlt wird. Herr Corts, dass Sie im Laufe der Diskussion weitere klägliche 3 Millionen €, aber auf Jahre verteilt und allerhöchstens über den Investitionsshaushalt zu zahlen, angeboten haben, war wirklich eine Lachnummer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Corts, Sie haben erreicht, dass Herrn Kochs großspurig angekündigter Tiger, nämlich die Region für den internationalen Wettbewerb mit New York, London und Paris fit zu machen, noch nicht einmal zu dem sprichwörtlichen Bettvorleger, sondern allenfalls zu einem Bettvorlegerchen geworden ist.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Sorge, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Dass die grundlegenden Probleme der Kulturregion mit dem Ergebnis der Kulturmediation nicht gelöst werden, ist allen Beteiligten klar; denn das Ergebnis der Mediation bedeutet: für die Kultur viel zu wenig, für die Kommunen viel zu viel.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Stimmt!)

Zudem haben Sie sich bisher noch nicht einmal dazu durchgerungen, zu erklären, ob der „Kulturzwangsvorband“ durch das Ergebnis der Mediation obsolet geworden ist oder nicht. Dabei ist dies das Mindeste, was die Kommunen verlangen können. Erklären Sie wenigstens hier und heute, dass der „Kulturzwangsvorband“ vom Tisch ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Sorge, bitte.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Letzter Satz, Herr Präsident. – Wie allen in diesem Hause bekannt ist, haben wir GRÜNE ein eigenes Konzept vorgelegt. Aufgrund unseres Konzepts käme es zu einer gerechteren Verteilung der Landesausgaben, und wir würden zudem weitere 60 Millionen € für innovative Kultur zusammenbringen. Wir erheben hier keinen Urheberan-

spruch, sondern wir fordern Sie auf, Vernunft einkehren zu lassen und sich diesem Konzept allmählich anzuschließen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Wintermeyer, CDU-Fraktion.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Sorge, da Sie heute Morgen über Weltniveau geredet haben, muss ich feststellen: Ihre Rede hatte selbstverständlich kein Weltniveau, sondern sie war von Kleingestigkeit bezüglich der Kultur in dieser Region geprägt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Ihnen geht es bei dieser Frage doch nur um Obstruktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war jetzt Kreisklasse C!)

Sie rechnen – vom Prinzip her gesehen – in Ihrem Antrag und auch in Ihrer Vorstellung mit Geld, das gar nicht vorhanden ist. Ich habe auf die Obstruktion hingewiesen. Dabei ist es auch wichtig, zu wissen, dass Sie während des Mediationsverfahrens Pressekonferenzen geben, obwohl in Bezug auf die Frage, welche Richtung wir in der Mediation einschlagen, Stillschweigen vereinbart worden ist.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Sorge, das können Sie wohl nicht bestreiten.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie Ihren Kollegen Gall, was er dazu sagt!)

Das Mediationsverfahren ist noch nicht beendet. Die nächste Veranstaltung findet am Dienstag, dem 19.12., statt. Dort werden weitere Vereinbarungen getroffen werden. Sie haben heute das Mediationsverfahren – obwohl es noch nicht beendet ist – wiederum zum Anlass genommen, um eine Aktuelle Stunde zu beantragen. Das bedeutet, dass Sie in der Politik wieder breit über dieses Thema diskutieren, obwohl noch keine endgültige Lösung gefunden ist.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Sorge, das wissen Sie auch. Wenn Sie gesagt hätten: „Wir, die GRÜNEN, wollen den Erfolg der Region, den Erfolg der Mediatoren kaputt reden, um die Landesregierung zu treffen und ihr zu schaden“, wären Sie heute Morgen wenigstens ehrlich gewesen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie machen die Mediation kaputt!)

Die Kultur der GRÜNEN ist es, Pessimismus und Untergangsstimmung zu verbreiten. Sie erkennen dabei den zukunftsweisenden Charakter des Mediationsergebnisses.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine Rede auf Weltniveau!)

Sie schaden damit dem permanenten Standortkampf der Rhein-Main-Region, und Sie schaden damit auch dem wichtigen Anliegen der regionalen Kulturarbeit. Frau Sorge und die anderen Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie schaden damit der Kultur der Mediation.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Eieiei!)

30 Jahre lang wurde auf hohem Niveau über die regionale Kultur diskutiert. Es ging hin und her; es wurde abgewogen und gemacht und getan. Aber 30 Jahre lang ist nichts als heiße Luft dabei herausgekommen.

Ich stelle hier fest: Durch das Ballungsraumgesetz, verbunden mit der Möglichkeit, einen Pflichtverband zu gründen, kam erstmals Bewegung in die Diskussion. Die Kulturförderung in der Rhein-Main-Region steht nunmehr vor der großen Chance, eine gesicherte Zukunft zu haben – dank der Mediatoren, die gemeinsam mit allen Betroffenen, den Kulturschaffenden und selbstverständlich auch den Vertretern aus Politik und Wirtschaft das komplexe Thema aufgearbeitet haben und einen Lösungsvorschlag vorlegen können.

Zwei große Probleme sind gelöst worden. Erstens, wer wie viel Geld gibt. Das Zweischielenmodell ist ein guter Lösungsansatz. Es sieht moderat steigende Beiträge von 2,50 € auf zunächst 5 € vor. Darüber hinaus werden die Beiträge von den Landkreisen erhoben. Nicht vergessen werden darf auch die Kofinanzierung und damit, inklusive der Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich, die Verdoppelung des Betrags durch das Land.

Zunächst gibt das Land eine Anschubfinanzierung in Höhe von 3 Millionen €. Vergessen Sie nicht, dass sich die Unternehmen im bürgerschaftlichen Sinne an der Kulturförderung der Region beteiligen werden. Ich bin sicher, dass bereits 2008, also im ersten Jahr, mehr als 10 Millionen € – mit steigender Tendenz – zur Verfügung stehen werden.

Auch das zweite Problem – wer mitspricht – ist gelöst. Natürlich können die Geldgeber mitreden. Dazu zählen die Kommunen, also die Städte und Gemeinden.

Ferner wurde ein weiteres Problem gelöst. Die Frankfurter Kulturaktivität wird nicht nach dem Gießkannenprinzip finanziert. Stattdessen werden einzelne Projekte herausgezogen, um neue Projekte zu schaffen und sie, was die Aufgaben und die Mitbestimmung betrifft, in die Zuständigkeit der Kultur GmbH und des Kulturfonds zu überführen.

Frankfurt macht mit, und Frankfurt zahlt mit. Wollen Sie allen Ernstes von einem Misserfolg sprechen? Nein, das Mediationsergebnis wird vielmehr der Startschuss für den Wettkampf unserer regionalen Kultur in eine Zukunft der Internationalität sein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ei, ei, ei!)

Ich stelle fest: Es ist ein Anfang gemacht worden. Wir sind auf dem richtigen Weg. Das Ziel ist selbstverständlich noch nicht erreicht. Aber der Grundstein für eine beachtenswerte Kultur in der Region Frankfurt-Rhein-Main ist gelegt worden. Wir, die CDU-Fraktion, wollen gemeinsam mit den Kommunen, der Stadt Frankfurt und den Unternehmen der Region diesen Standortfaktor so nutzen, dass es zum Erfolg führt. Der Erfolg ist notwendig, um der internationalen Ausprägung der Region gerecht zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt Weltniveau? Das war Kreisklasse C! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Aber nur Reserve! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war Offenbach!)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Beer, FDP-Fraktion.

### Nicola Beer (FDP):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann den Optimismus des Kollegen Wintermeyer nicht ganz teilen. Allerdings teile ich das Unverständnis, das er über die Debatte, die wir heute auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führen, geäußert hat. Frau Kollegin Sorge, vor allem teile ich auch das Unverständnis darüber, wie hier diskutiert wird.

Als Mitglied der Kulturmediationsgruppe wissen Sie, dass die sensibelsten Punkte auf der letzten Sitzung noch nicht in trockene Tücher gebracht werden konnten. Der Punkt, wie das Geld eingesammelt werden soll – Stichwort: Landkreise oder Kommunen? –, und der Punkt, wer wie wo mitentscheidet, sind noch nicht geklärt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen habe ich wenig Verständnis dafür, dass Sie dies jetzt in eine politische Debatte ziehen, zumal wir, gerade wegen der notwendig gewordenen kurzfristigen Vertagung, vereinbart hatten – Frau Kollegin Sorge, Sie waren anwesend –, den Ball flach zu halten. Wenn Sie weiter so auftreten, wie Sie das heute Morgen getan haben, fände ich es ehrlicher, wenn Sie an der Mediation nicht weiter teilnehmen würden.

(Beifall bei der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Herr Kollege Wintermeyer, inhaltlich ist es aber richtig, dass das, was jetzt möglicherweise erreicht werden kann, wenn die heutige Debatte dem nicht entgegensteht, kein großer Wurf, sondern eine Kulturzwangsverbandverhindungslösung ist.

(Beifall bei der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Ein Anfang!)

Das, was die Kulturmediation im Idealfall noch erreichen kann, ist weit davon entfernt, den Idealvorstellungen auch der FDP in diesem Hause zu entsprechen. Herr Ministerpräsident, es ist auch weit davon entfernt, dem zu entsprechen, was Sie einmal mit großen Ankündigungen vor über einem Jahr an die Öffentlichkeit gegeben haben.

(Beifall bei der FDP)

Eines muss uns klar sein, wenn wir ehrlich sind. Mit 10 Millionen € gibt es keine neue Finanzierung für die großen Kultureinrichtungen im Rhein-Main-Gebiet, Stichwort: städtische Bühnen.

(Beifall bei der FDP)

Mit 10 Millionen € kann man auch nicht kulturell auf Weltniveau mit Metropolen wie Paris, London oder New York gleichziehen, Herr Ministerpräsident.

Ich sage aber auch, dass hier der falsche Problemlöser angesprochen ist. Wenn man einmal ins Ausland blickt, ge-

rade auf die Metropolen, die Sie, Herr Ministerpräsident, als Weltniveau identifiziert haben, dann sieht man, dass sich dort der Staat, in unserem Fall das Land, viel stärker engagiert, und zwar prozentual genauso wie in absoluten Beträgen.

In London ist es klar, dass fast 50 % der kulturellen Ausgaben vom Staat und nur ein Drittel von der Kommune getätigt werden. In Wien sind sogar 80 % staatlich, und mit 670 Millionen € ist das ein wesentlich größerer Anteil als die 190 Millionen €, die das Land hessenweit auszugeben bereit ist. Wenn man einmal in Relation zu den 190 Millionen € des Landeskulturetats alleine die 267 Millionen € Kulturinvestitionen der Stadt Frankfurt anschaut – das sind 267 Millionen € ohne das Umland, ohne die Investitionen der anderen Kommunen und Gebietskörperschaften im Rhein-Main-Gebiet –, dann sieht man auch, dass es für eine große Lösung notwendig wäre, dass das Land viel stärker einsteigt und das Problem nicht alleine auf die Schultern der Kommunen verlagert.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Für die FDP sage ich Ihnen aber auch, dass wir an diesem Punkt auch ein stärkeres Engagement der Wirtschaft brauchen. Aber es geht nicht an, nur zu sagen: Hallo Wirtschaft, komme einmal her und zahle für die kulturellen Investitionen in diesem Land. – Das sage ich gerade in Richtung SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bei diesen Sachen müssen wir an das Stiftungsrecht herangehen. Wir müssen an das Stiftungssteuerrecht herangehen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Es hilft nicht, wenn Sie heute Nachmittag bei der Verabschiedung des Haushalts wieder mit Vermögensteuer oder Reichensteuer kommen.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn das gemacht? – Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Wintermeyer, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, diese Lösung, die möglicherweise nächste Woche noch erreicht werden kann, ist kein großer Wurf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch 50 Jahre nichts hingekriegt!)

Aber es ist wenigstens eine kleine Lösung mit Potenzial. Sie kann den Kulturzwangsverband verhindern. Herr Ministerpräsident, eine entsprechende Erklärung Ihrerseits heute wäre sehr hilfreich.

Es ist auch das erste Mal, dass es – unter der Leitung von Herrn von Harbou, das ist wirklich sein Verdienst – gelungen ist, die Beteiligten der Region miteinander konstruktiv über die Verbesserung der Kultursituation im Rhein-Main-Gebiet sprechen zu lassen. Sie haben gerungen, sie haben sich alle miteinander ein Stück weit bewegt und sind über ihren Schatten gesprungen. Sie sind bereit, erstmals gemeinsam Geld in kulturelle Institutionen zu investieren. Das heißt, es wird erstmals gemeinsam finanziert, und es wird erstmals gemeinsam entschieden.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Beer, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Nicola Beer (FDP):**

Ich komme zum Schluss. – Es wird auch erreicht, dass erstmals in Ansätzen ein gemeinsames kulturelles Leitbild der Region entwickelt worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, dies nicht zu unterschätzen.

Fazit für die FDP-Fraktion: Kein Enthusiasmus, aber wir sind der Meinung, dass alles besser ist als der Kulturzwangsverband. Von daher sehen wir in dem sich abzeichnenden Ergebnis einen Schritt in die richtige Richtung. Wir als FDP wollen helfen, diesen Schritt weiterzuentwickeln und ihn nicht kaputtzumachen wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Walter, Fraktionsvorsitzender der SPD.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wintermeyer, ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, dass wir die letzten 30 Jahre in unserer Region Frankfurt/Rhein-Main nur über Kultur geredet haben, aber bislang nichts passiert ist. Ich gebe Ihnen nicht recht, wenn Sie sagen, dass jetzt etwas Positives passiert ist. Tatsächlich ist gar nichts passiert. Sie sind nach wie vor in dem Zustand, dass nur geredet wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was heute passiert – ich nenne es einmal vorsichtig: Ergebnisse der Mediation –, und die Diskussionen, die geführt werden, zeigen doch, dass wir nach wie vor keine regionale Identität, keine regionale Gesamtverantwortung und keine regionale Organisation haben. Das Einzige, was man Ihnen zugute halten kann, Herr Ministerpräsident und meine sehr verehrten Damen von der Regierung, ist, dass sich nicht nur in den letzten acht Jahren nichts bewegt hat, sondern dass sich in den 22 Jahren vorher, die Sie angesprochen haben, ebenfalls nichts bewegt hat. Sie sind in den acht Jahren keinen Schritt weiter gekommen. Es ist in der regionalen Organisation nichts passiert, und das kann man Ihnen nachweisen.

Es war vorher doch schon so. Sie haben den Umlandverband abgeschafft. Das war richtig. Der Umlandverband war nichts anderes als ein Gremium, in dem sich Kommunalpolitiker aller Parteien verabredet haben, dass nichts geschieht.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Dann kommen Sie einen Schritt weiter und legen das Ballungsraumgesetz vor. Sie sagen: Das Ballungsraumgesetz wird der Schlüssel für die Region Frankfurt/Rhein-Main sein. Wir warten erst einmal vier Jahre, bis der Staatsgerichtshof entscheidet, dass das Gesetz nicht verfassungswidrig ist. – Und dann sagen Sie: Jetzt können wir anfangen.

Herr Ministerpräsident, das war nach fünf Jahren in der Regierung. Dann kommt die erste Dringlichkeitserklärung, und Sie machen ein Standortmarketing. Der Erfolg dieses Standortmarketings hat sich nicht zuletzt in China gezeigt. Frankfurt/Rhein-Main fährt mit, und Frankfurt fängt an, zu maulen, und sagt: Wir sind nicht dabei. – Die

Erklärung ist, sie werden wieder ihr eigenes Standortmarketing aufbauen. Das Frankfurter Standortmarketing ist jetzt größer und personell besser ausgestattet, als es vorher der Fall war. Herr Ministerpräsident, das ist ein „größer“ Erfolg für die Region Frankfurt/Rhein-Main.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zum Kulturzwangsverband und zu den vorläufigen Ergebnissen der Region. Sie hatten – ich glaube, es war im Dezember 2004 – in einem Interview angesprochen, wir müssten es gemeinsam tragen, und haben die Zahl von 120 Millionen € genannt, der zunächst niemand widersprochen hat. Dann haben wir vor einem Jahr, im Juli 2005, über die Dringlichkeitserklärung debattiert. Damals waren es noch 70 Millionen €, weil Sie den Frankfurter Anteil draußen hatten. Heute reden wir über 10 Millionen €, die die Kommunen gemeinsam mit dem Land zur – man muss auf den Wortlaut achten – Verhinderung des Zwangsverbands aufbringen sollen.

Frau Kollegin Beer, deshalb haben Sie völlig recht: Es ist kein Kulturthema, sondern das ist ein Abwehrthema der Region und kein positives.

Hier stellen sich Fragen. Herr Ministerpräsident und Herr Corts, ich weiß nicht, wer von Ihnen sie beantwortet. Die erste Frage ist klar: Reicht Ihnen das? Am Dienstag sollen die Ergebnisse festgelegt werden. Die Mediatoren, die sich Mühe gegeben haben, haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, ob dieses Volumen von 10 Millionen € den Zwangsverband tatsächlich verhindern kann.

Es stellt sich eine zweite Frage. Herr Corts, Sie sind Mitglied der Mediation. Mediation bedeutet, dass alle Ja sagen müssen. Ich habe hier die Aussage von Groß-Gerau auf dem Tisch liegen: Inhalte stehen im Vordergrund, die Groß-Gerauer waren nicht dabei. Das heißt, die Kommune und der Landkreis Groß-Gerau werden sich nicht beteiligen. Bedeutet das, dass die Mediation damit gescheitert ist?

Herr von Harbou ist IHK-Präsident. Er kann möglicherweise die IHK-Beiträge anheben, aber er kann nicht die Kommunen im Kreis Groß-Gerau zwingen, sich gegen ihren Willen zu beteiligen. Was heißt es also, wenn nicht alle Kommunen in dem Ballungsraum mitmachen?

Herr Ministerpräsident, auch daran sieht man, dass Ihr Gesetz nicht wirkt. Wir haben doch ein Parlament, in dem alle vertreten sind, den Rat der Region. Den haben Sie mit Ihrem Gesetz gegründet. Aber der Rat der Region ist genau wie der Umlandverband nicht dazu in der Lage, über diese Fragen auch nur zu debattieren. Also lagern wir es aus in ein Mediationsverfahren, und zwar mit dem Ergebnis, dass diejenigen, die wie die Groß-Gerauer bei dem Mediationsverfahren nicht dabei sind, aber im Rat der Region vertreten sind, im Nachhinein alles scheitern lassen. Wenn Ihre Instrumente wie der Rat der Region halbwegs ernst gemeint wären, hätte man es im Rat der Region diskutieren müssen und wäre jetzt nicht in der schwierigen Situation, dass Sie beantworten müssen, Herr Corts: Was heißt es, wenn Kommunen aus dem Verband nicht mitmachen werden?

Ein dritter Punkt, den Sie beantworten sollten, ist die Frage, was mit diesen 10 Millionen € überhaupt finanziert werden soll. Ich lese: „kulturelle Einzelereignisse der Region“, „vorrangig neue, zusätzliche Projekte mit internationaler Ausstrahlung“ und die Absicht, „bestehende Projekte auf ein höheres, internationales Niveau anzuheben“.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Und das alles für 10 Millionen €!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Budget der Alten Oper beträgt 45 Millionen €. Davon bezahlt die Stadt Frankfurt 40 Millionen €. Mit 10 Millionen € können Sie das Städel finanzieren. Das hat einen Etat von 9.700.000 €. Was machen wir also mit diesen 10 Millionen €? Wer soll darüber entscheiden?

Wenn Sie sagen, diese 10 Millionen sind dazu geeignet, dass wir neue Projekte von Weltruhm und von Weltbedeutung in unserer Region einführen, dann machen Sie sich im internationalen Vergleich lächerlich, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Walter, Sie müssen zum Schluss kommen.

### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Ministerpräsident, man sieht auch an dieser Stelle wieder: Das Problem – ich glaube, Herr Stölzl hat es in seinem Gutachten geschrieben – ist, dass man die Probleme unserer Region nicht monothematisch lösen kann, sondern dass wir ein Gremium brauchen, in dem ein Ausgleich unterschiedlicher Themen stattfindet. Um es einmal flapsig zu formulieren: Du bekommst Kultur, wenn ich mein Gewerbegebiet mit dem Investor bekomme. – Dafür hat die SPD einen Vorschlag gemacht, und dieser Vorschlag lautet: Regionalkreis. Das ist die Antwort für die Region Frankfurt/Rhein-Main.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zitate der Abg. Axel Wintermeyer und Michael Boddenberg (CDU))

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Walter. – Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine aktuelle Stunde zu dem Thema Kultur ist nach meiner Ansicht nicht geeignet, wieder alle Grundsatzdebatten über die regionale Gliederung zu führen. Herr Kollege Walter, eines muss man schon sagen: Kollegen von Ihnen, den GRÜNEN und auch von der FDP wettern – ob zu Recht oder Unrecht, lasse ich dahingestellt – über das Wort Zwangsverband oder Pflichtverband. Das, was Sie wollen, ist eine Zwangsrégion.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Ja!)

Ich bleibe dabei, dass das der falsche Ansatz ist. Darüber können wir auch weiter streiten. Aber ich glaube nicht, dass die Region durch ein neues Gesetz, das sie zu einer Region per Gesetz definiert, ihre Identität findet. Ich glaube, dass Landespolitik die Verpflichtung hat, eine Region zu provozieren, zu zwingen und gelegentlich auch zu kündern, sodass sie im Laufe der Zeit im Kopf begreift, dass sie eine Region ist, statt nur im Gesetz zu lesen, dass sie eine Region ist. Das ist die Auseinandersetzung. Das

ist auch der Grund, warum das so lange nicht funktioniert hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben über eine endlose Zahl von Jahren versucht, das Regionalbewusstsein per Gesetz anzugeben. Ich kümmere mich darum, den Menschen begreiflich zu machen, dass sie an einem Strang ziehen und nicht jeweils mit dem Finger auf den anderen zeigen können. Das ist offenkundig verdammt schwierig. Das ist ein sehr beschwerlicher Weg.

Deshalb stellt sich auch die Frage – das müssen das Parlament und alle Beteiligten entscheiden –, ob das Thema wirklich geeignet ist, sich nur dabei an den jeweiligen Spitzen, der Regierung und der Opposition abzuarbeiten. Wenn Sie das wollen, ist das in Ordnung. Ich habe, als ich diese Formulierungen und Strukturen gewählt habe, sehr wohl gesehen, dass daraus natürlich auch eine politische Frage unter dem Gesichtspunkt von Erfolgsmessung wird.

Ich persönlich glaube, dass das, was Herr von Harbou und andere jetzt gemacht haben, ein wichtiger Beitrag zu dem ist, worüber ich gerade gesprochen habe, nämlich Menschen in den Köpfen dazu zu bringen, darüber nachzudenken, ob sie nicht entgegen ihrem bisherigen Verhalten wirklich eine gemeinsame Mission haben. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich glaube, dass ohne das Ballungsraumgesetz und ohne die Anordnung des Kabinetts im letzten Jahr Herr von Harbou gar nicht eingeladen hätte und – das ist viel wichtiger – dass, wenn er eingeladen hätte, keiner gekommen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Die Beteiligten hätten mit Abscheu und Empörung erklärt, dass sie sich an der Diskussion gar nicht beteiligen wollen. Denn es gehört natürlich zu den bequemen Strukturen dieser Zeit, dass ein Teil der Kommunen auf Kosten einer anderen Kommune lebt. Deshalb reden wir über einen Umverteilungsprozess innerhalb kommunaler Verantwortung.

(Jürgen Walter (SPD): Unstrittig!)

Natürlich ist es im Hessischen Landtag für eine Opposition vergleichsweise wohlfeil, solange sie nicht das Budget und die Strukturen insgesamt betrachten muss, zu sagen: Ihr seid schuld, weil Ihr nicht selbst das Geld bezahlt.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Sorge, ich sage Ihnen: Es bleibt dabei, dass das im Kern eine kommunale Aufgabe ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin bereit, für die Landesregierung zu erklären: Wir sind der Auffassung, dass es auch sinnvoll ist, an dieser Stelle zusätzliche Landesmittel in die Hand zu nehmen,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel denn?)

und zwar immer in einem prozentualen Verhältnis zum Engagement der Kommunen. Das soll niemals über eine absolute Summe geschehen. Wenn die Kommunen morgen früh 100 Millionen € auf den Tisch legen, dann legen wir 25 Millionen € dazu. Das ist nicht die Frage.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber wenn sie 10 Millionen € auf den Tisch legen, dann sind das 2,5 Millionen €. Wie beim Thema Zwangsverband sage ich klar: Dieses Verhältnis gebe ich nicht auf. Sonst erkläre ich faktisch die Übernahme einer kommunalen Aufgabe durch das Land. Das ist nicht sachgerecht, und das führt uns auch quer über das Land zu anderen Fragen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Sorge, ich will ausdrücklich erklären, dass das, was Sie in Ihrem Vorschlag darlegen, der sich sehr stark auf den KFA bezieht und der eine Chance hat, auch in anderen Regionen Entwicklungsprojekte mit überregionaler Strahlkraft zu ermöglichen, ein Gedanke ist, der mit dem, was die Mediation unter Mitwirkung von Herrn Kollegen Corts vorgeschlagen hat bzw. hinnimmt, und dem, was wir als Land im Bereich der KFA sagen, durchaus kompatibel ist. Ich glaube, dass man, wenn man KFA-Mittel in die Rhein-Main-Region gibt, einen Weg finden muss, bei kreisübergreifender – also überregionaler – Zusammenarbeit einen solchen Zuschuss auch an anderer Stelle zu geben. Sonst ist das nicht logisch.

Insofern werden wir über diese Frage in einer zweiten Stufe sehr viel entkrampfter reden können, als Sie vielleicht denken. Aber die Voraussetzung bleibt doch da. Der Anknüpfungspunkt muss das örtliche kommunale Engagement sein. Ich treffe zu viele Leute, die die Hand aufhalten, ohne selbst etwas dazu beitragen zu wollen. Solange das in der Region Rhein-Main möglich ist, wird es die alte Spannung zwischen Frankfurt und dem Umland geben.

Frau Kollegin Sorge, ich will auch Folgendes hinzufügen: Jeder muss dabei immer seine Aufgaben in einem Identitätsfindungsprozess definieren. Dass die Stadt Frankfurt am Main im letzten Jahr in dieser Debatte erklärt hat, sie brauche zur Finanzierung ihrer Kulturinstitutionen kein Geld aus der Region, hat natürlich die Debatte in der Region verändert. Darüber muss man doch gar nicht böse sein.

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Walter?

#### Roland Koch, Ministerpräsident:

Bitte gleich.

Aber das ist natürlich eine Erklärung, an die sich die Stadt Frankfurt binden lassen muss. Und ich sage Ihnen Folgendes. Die Stadt Frankfurt hat gesagt: Das gesamte Geld, das in unsere Institutionen in Frankfurt fließt, ist zusätzliches Geld, aber wir wollen keine Grundfinanzierung. – Man hat natürlich die 120 Millionen € zur Seite gelegt. Denn die 120 Millionen € waren eine Addition der Grundfinanzierung. Insofern war das ein wichtiger Beitrag der Stadt Frankfurt. Wir reden jetzt nur noch darüber, um wie viel Millionen wir Ausstellungsets und Gelder für Ausstellungsprojekte und anderes erhöhen, und wir reden nicht mehr über die Personalkosten eines Museums oder einer Institution. In diesem Sinne hat die Stadt Frankfurt aus meiner Sicht einen sehr konstruktiven Beitrag in Richtung einer Mediation geleistet. Auch das sollte man einmal anerkennen. Das soll man an dieser Stelle auch nicht unterschlagen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Aber verstehen Sie, wenn ich in dieser Weise darüber diskutiere und sage, das sind die Größenordnungen und das ist die Verpflichtung, dann muss ich jetzt eben auch versuchen zu erreichen, dass daraus eine Balance innerhalb der unterschiedlichen Verpflichtungen wird. Ich kann nicht das eine hinnehmen und etwas Zusätzliches „add on“ machen, aber die anderen bleiben in ihren Finanzstrukturen so, wie sie sind.

Jetzt mache ich eine Pause, sonst bin ich zu weit von der Frage weg.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Walter.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Ministerpräsident, ich teile Ihre Auffassung, dass wir als Landesparlament die Region nicht aus ihrer Verantwortung entlassen dürfen. Ich teile auch Ihre Auffassung, dass Landesmittel immer nur als Kofinanzierung gesehen werden dürfen. Aber warum sind Sie denn der Auffassung, dass es basisdemokratischer ist, wenn wir hier als Landesparlament der Region vorschreiben wollen, wie sie ihre Finanzströme organisieren soll, statt die Region organisatorisch so auszustatten, dass sie selbst entscheiden muss, wie ihre Finanzen ausgestattet werden? Auf Deutsch: Warum muss das Landesparlament und kein regionales Parlament über die regionale Frage entscheiden?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Kollege Walter, das kann ich Ihnen sehr einfach erklären. Jedermann weiß – das steht auch in den Gesetzesmotiven –: Der Gegenstand des Zwanges im Bereich des Ballungsraumgesetzes ist eine Ultima Ratio. Wir wollen, dass sich die Region zumindest zu einem großen Anteil – da müssen nicht immer alle zu 100 % mitmachen, dazu sage ich gleich einen Satz – verständigt, ohne dass wir ihnen vorgeben, in welcher Weise sie das tut.

(Jürgen Walter (SPD): Wir sehen doch, dass es nicht funktioniert!)

– Nein, ich sehe noch nicht, dass es nicht funktioniert. – Ich glaube, dass der Schaden der Zwangsregion, den Sie schaffen würden, für eine Vielzahl von Motivationsfragen größer als das langsame Entwickeln der regionalen Identität wäre, wie ich es sehe und wie es mir manchmal zu langsam geht. Das Einzige, was Landespolitik auf keinen Fall tun darf – jedenfalls in diesem Minimum sind wir uns wieder einig –, ist, tatenlos zuzusehen, wie die Region sich darüber freut, dass es sie nicht gibt.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Das ist richtig!)

Wir reden über folgende Frage, bei der wir grundsätzlich unterschiedlicher Meinung sind: Ordnen wir als Landesparlament an, dass sie eine Region sind, oder versuchen wir, unterschiedlichste Methoden zu nutzen, diese Region in einem Selbstfindungsprozess dahin zu treiben, und zwar unter Beibehaltung der Verantwortung des Landes, sodass wir nicht tatenlos zusehen werden, dass sie gar nichts tut?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Ministerpräsident, Frau Kollegin Wagner möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Diese Frage beantworte ich auch noch. Danach komme ich zum Interesse des Managements des Hauses. Dann mache ich Schluss und komme zu der Bemerkung, dass ich ja noch die Frage beantworten muss.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben angedeutet, dass die Grenzen der Kulturregion nicht unbedingt deckungsgleich mit dem Ballungsraumgesetz sein müssen. Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie deshalb vor allen Dingen auch den Prozess der Stadt Darmstadt mit einem einstimmigen Beschluss begrüßen, in die Kulturregion einzutreten, um genau das zu verstärken, was Sie offensichtlich meinen?

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Frau Kollegin Wagner, mir wäre lieber, dass Ihr Einfluss in Darmstadt in einer anderen politischen Konstellation gelten gemacht werden könnte.

(Heiterkeit bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Aber ich räume ein: Selbst in dieser Konstellation sind Sie für die Kultur hilfreich.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Natürlich ist es ein wichtiger und für den Oberbürgermeister und die Parlamentsfraktionen auch nicht ganz risikoloser Schritt, sich in einer solchen Weise dort hineinzugeben.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich würde mir wünschen, dass näher an der Stadtgrenze von Frankfurt gelegene große Städte die Fähigkeit hätten, sich in dieser Frage genauso zu entwickeln – inklusive der dort anwesenden Parlamentarier, Herr Kollege Al-Wazir, um einen davon zu nennen.

(Beifall und Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Wenn der Grüttner sich immer nur verdrückt! – Anhaltende Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Lassen Sie mich die gestellten Fragen etwas präziser mit der gebotenen Vorsicht beantworten. Ich möchte im Namen von Herrn Kollegen Corts und mir sagen: Wir haben bisher diese Gespräche geführt. Wir achten, dass die Mediation nicht zu Ende ist. Deshalb bewerte ich auch keine abschließenden Ergebnisse. Wir sprechen in diesen Tagen und Stunden mit den Beteiligten über das, was, so glaube ich, am 19. Dezember zu klären ist. Frau Kollegin Beer hat darauf hingewiesen, dass es dort einige für die Beurteilung des Projektes außerordentlich wichtige Fragen gibt.

Für die Frage, was aus der Anordnung nach dem Ballungsraumgesetz wird, ist nicht entscheidend, was auf Pressekonferenzen gesagt wird, sondern ob es Gremienbeschlüsse gibt. Denn nichts entsteht aus Pressekonferenzen. Sondern es entsteht nur etwas daraus, dass dann Gebietskörperschaften wie auch immer – das ist ein Gegen-

stand der Diskussion – daraus in einer überschaubaren Zeit Bereitschaften erklären, auf dieser Basis zusammenzuarbeiten. Das müssen alle tun. Über das Wort „alle“ will ich an dieser Stelle nicht diskutieren. Aber das müssen hinreichend viele sein, sodass das eine regionale Wirkung hat.

(Zuruf von der SPD: Wann denn?)

Es darf nicht eine kleine Entwicklung bleiben. Zu der Frage, die Sie gestellt haben, ob ich mit den finanziellen Mitteln zufrieden bin, sage ich sehr klar: Mit den Mitteln, die dort angegeben sind, kann man aus meiner Sicht beginnen. Ich mache niemandem die Illusion, und ich will nie damit zitiert werden, dass das, was ich für die Region für notwendig halte, damit abschließend aus kommunaler Sicht erledigt werden kann.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist das!)

Aber im Jahr 2011 wird man von den 2,50 € auf 5 € gekommen sein. Es muss also die verbindliche Absicht geben, diese 5 € zu erreichen. Dazu habe ich eine sehr klare Auffassung. Das muss man dann mit den 2 Millionen Menschen aus dem Ballungsraum multiplizieren. Da sind nicht alle Menschen des Ballungsraums dabei. Man kann das also berechnen.

Man sollte sich das anschauen. Dazu können auch Darmstadt und andere durchaus etwas beitragen. Man hat also den Betrag auf der Grundlage der 5 €. Das sind aber nur 50 %. Die anderen 50 % werden dazugegeben. Man erreicht damit dann etwa das Vierfache aller Ausstellungsetats und Projektetats.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es! – Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Da sind solche Projekte wie die Kulturachse einbezogen. Das betrifft auch freiwillige ausstellungsähnliche Projekte in der Region, also solche, die es zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Ballungsraum gibt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Das ist etwa ein Drittel von dem, was der Bund über mehrere Jahre hinweg der Stadt Bonn gegeben hat. Das ist also ein Anfang. Das ist durchaus etwas, insbesondere nach der Erklärung, die die Stadt Frankfurt abgegeben hat, dass diese Mittel nicht für den Bestand verwendet werden sollen, sondern dass mit all diesen Mitteln Zusätzliches entwickelt werden soll.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Es gibt eine beachtliche Perspektive. Meiner Ansicht nach darf diese Perspektive nicht zerredet werden.

Ich akzeptiere, was die Opposition im Landtag an Abarbeitungsbedarf hat. Aber für die Mehrheit des Landtags sage ich: Der Landtag hat die Menschen genötigt, darüber nachzudenken, gemeinsam zu arbeiten. Nun begeben sich die Menschen auf den Weg, gemeinsam zu arbeiten. Vielleicht ist es noch nicht ganz so weit wie das, was man sich erträumt hat. Man hat dann aber trotzdem, verdammt noch einmal, die Pflicht, dafür Danke zu sagen, dass sie sich auf den Weg gemacht haben. Danach kann man darüber reden, wie weit das geht. Man sollte sie aber nicht für die Art und Weise beschimpfen, wie sie sich auf den Weg gemacht haben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Nicola Beer und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich glaube, das muss mit gesehen werden.

Erlauben Sie mir eine abschließende Bemerkung. Frau Sorge, das spielt eine Rolle. Die Stadt Frankfurt befindet sich in einer besonderen Situation. Ich möchte dazu noch etwas sagen. Frau Kollegin Ruth Wagner und ich haben im April des Jahres 1999 einen im Januar 1999 zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der rot-grünen Landesregierung abgeschlossenen Kulturvertrag zur Ablösung der kulturellen Verpflichtungen des Landes Hessen gegenüber der Stadt Frankfurt vorgefunden. Wir reden also nicht über einen Vertrag aus dem Jahr 1937. Wir reden über einen Vertrag aus dem Jahr 1999.

In diesem Vertrag haben die damalige rot-grüne Landesregierung und die Stadt Frankfurt übereinstimmend festgehalten, dass es zu einem Austausch von Grundstücken, zu einer Verrechnung von Zahlungsverpflichtungen und vielem mehr kommt. Außerdem kam es zu einer Übernahmeverpflichtung des Landes gegenüber der Stadt, die das bisher nicht getragen hat. Man hat sich also darauf geeinigt, wie das gegenseitige Verhältnis Bestand haben soll.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja!)

Ich muss in aller Freundschaft sagen: Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr solche Verhandlungen neu führen. Ich akzeptiere das, was die rot-grüne Landesregierung und der damals in Frankfurt in diese Richtung durchaus auch beeinflusste Magistrat beschlossen haben. Natürlich werden wir versuchen, die Stadt Frankfurt bei wichtigen neuen Projekten zu unterstützen. Ein Stichwort dazu lautet: Museum für Weltkultur. Wir werden die Stadt Frankfurt nicht alleine lassen. Denn wir wissen, dass das in der Region eine Bedeutung hat. Das muss in die neue Struktur eingebunden werden. Es kann aber nicht sein, dass die Stadt eine Debatte mit der Stadt München führt und zuvor einen Vertrag mit dem Land Hessen in dieser Weise abgeschlossen hat.

Alle müssen schon auf der Basis dessen bleiben, was in den letzten Jahren beschlossen wurde. Das gilt für die GRÜNEN. Das gilt für die SPD. Sie waren damals hinreichend daran beteiligt. Das gilt für die Kommunen untereinander.

Man muss also auf dieser Geschäftsgrundlage arbeiten. Das tut die Stadt Frankfurt bisher in der Mediation auch. Ich habe daran nichts zu kritisieren. Das ist ein Spiel der Opposition hier im Landtag.

Wenn man auf dieser Basis arbeitet, kann man eine Menge erreichen. Das kann zu dem größten Schritt der Region hinsichtlich kultureller Dinge werden, den es in den letzten 50 Jahren gegeben hat. Jetzt gibt es einen Schritt, bei dem nach meiner Überzeugung alle Beteiligten gelernt haben, dass das der erste und nicht der letzte Schritt ist.

Wenn beides noch vor Weihnachten erreicht würde, hätten wir eine wirklich schöne Bescherung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Ministerpräsident, vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 51** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Unterrichtsgarantie Bluff – Kultusministerin Wolff verliert Realitätsbezug) – Drucks. 16/6663 –**

Ursprünglich war geplant, dass der Tagesordnungspunkt 40, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend die verlässliche Schule: Wo Unterricht draufsteht, muss auch Unterricht drin sein, direkt abgestimmt wird. Er soll jetzt aber auch dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden.

Das Wort erhält Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion.

**Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Unterrichtsgarantie plus besteht nunmehr seit 100 Tagen. Das ist ein Anlass, diesen größten bildungspolitischen Bluff des Jahres gebührend zu würdigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beim Kartenspiel wird Bluff als ein Verhalten definiert, das dazu dient, einen anderen Spieler zum eigenen Vorteil in die Irre zu führen. Ich glaube, besser kann man die Funktion der Unterrichtsgarantie plus eigentlich nicht charakterisieren. Mit der Verknüpfung des Schulbudgets für verlässliche Schulzeiten an die Garantie, dass es Fachunterricht gibt, sollen vor allem die Eltern und die Öffentlichkeit in die Irre geführt werden. Sie sollen damit darüber hinweggetäuscht werden, dass diese Landesregierung mit der Unterrichtsgarantie plus kein Trumpfass, sondern lediglich eine Lusche in der Hand hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen aber zunehmend fest: Die Eltern und die Öffentlichkeit lassen sich nicht blaffen. Trotz beharrlicher und regelmäßig wiederkehrender Erfolgsmeldungen und Bilanzen erreicht die Landesregierung dieses Ziel nicht. Der Realitätsverlust bei der Kultusministerin ist inzwischen so groß, dass sie nicht bemerkt, wie weit sie aus dem Bereich der Tatsachen in die Welt der Märchen und Sagen abgeglitten ist.

Frau Kultusministerin, die Schulleiter und Kollegen haben Sie inzwischen zwar recht erfolgreich davon abgeholt, ihre Bedenken öffentlich zu formulieren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Maulkorb! – Norbert Schmitt (SPD): Manche Schulleiter sind weiterhin mutig!)

Viele Eltern scheuen davor zurück, beim Kultusministerium manche bizarre Erfahrung mit der Unterrichtsgarantie plus zu kritisieren, da sie Repressalien für die Schule ihrer Kinder befürchten.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist unglaublich!  
– Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Ja, das ist wirklich unglaublich!)

Sie sollten nicht aus der Zahl der Anrufe bei der Hotline im Kultusministerium Rückschlüsse auf die Akzeptanz Ihres Konzepts ziehen.

In einer repräsentativen Umfrage, die die SPD-Fraktion in Auftrag gegeben hat, wird deutlich, was die Eltern wirklich von Ihrem Angriff auf die Qualität des Unterrichts halten. 68 % der Befragten mit schulpflichtigen Kindern im Haushalt halten die Idee nicht für sinnvoll, Fachunterricht durch Personen erteilen zu lassen, die keine Lehrkräfte sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Petra Fuhrmann (SPD): Zu Recht!)

Dieses Ergebnis deckt sich mit den Aussagen der Resolution des Landeselternbeirats vom 9. Dezember 2006, die dieser einstimmig beschlossen hat. Darin kann man lesen:

Die Eltern lehnen den Einsatz von nicht pädagogisch ausgebildeten Lehrkräften ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kurz gesagt: Worauf Unterricht steht, müssen Lehrer drin sein. Wo ausgefallener Unterricht durch Betreuung ersetzt wird, sollte niemand – vor allem nicht die Kultusministerin dieses Landes – von einer abgedeckten Stunden-tafel reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem Sündenfall „Operation düstere Zukunft“ haben Sie die 1.000 Lehrerstellen gestrichen, die für den Unterricht gebraucht werden. Ihre gesamte Zahlenakrobatik über die Zahl derer, die sich für den Vertretungspool gemeldet haben, täuscht nicht darüber hinweg, dass die wenigsten davon eine abgeschlossene Ausbildung für ein Lehramt haben. Frau Kultusministerin, Sie nehmen bewusst in Kauf, dass die Qualität des Unterrichts sinkt, um von Ihrem eigenen Versagen bei der Lehrerversorgung abzulenken.

Auch ohne die Aussagen der Mitglieder der Opposition dieses Hauses wird die Unterrichtsgarantie plus als der Offenbarungseid einer gescheiterten Bildungspolitik wahrgenommen. Sie haben es nicht geschafft, die von Ihnen vielfach versprochene Unterrichtsversorgung zu 100 % sicherzustellen. Sie wollen davon ablenken, indem Sie Hausmeister und Oberstufenschüler, von Arbeit überlastete Referendare und pädagogische Laien in Klassen schicken.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

– Das ist absolut kein Quatsch. Mein lieber Herr Williges, was dort passiert, ist viel eher Quatsch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was dort passiert und ob es die Schülerinnen und Schüler weiterbringt, ist nicht Gegenstand Ihrer Bilanz und offensichtlich auch für Ihre Kultusministerin nicht von Interesse.

(Zuruf von der CDU: Das ist immer noch Quatsch!)

Schließlich wurde die Verantwortung dafür erfolgreich auf die Schulen abgewälzt. Sie sollen die Rolle des Sündenbocks übernehmen, wenn die Aushilfskräfte mit ihrer Aufgabe, vor einer Klasse zu unterrichten, überfordert sind oder wenn der von Ihnen garantierte Unterricht trotzdem ausfällt.

Auch hier ist die Wahrnehmung der hessischen Bevölkerung eine andere als die Botschaft der wohlfeilen Parlamentsreden der Mitglieder der Mehrheit dieses Hauses. Auf die Frage, ob und wie sich der Unterrichtsausfall in der letzten Zeit verändert habe, sagen 51 % der hessischen Eltern, der Unterrichtsausfall sei gleich geblieben. 18 % haben sogar das Gefühl, es falle mehr Unterricht aus.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Fast 70 % der Bevölkerung haben also eine gänzlich andere Sicht hinsichtlich der Unterrichtsabdeckung als die Mitglieder der Mehrheit dieses Hauses, die die Unterrichtsgarantie plus immer propagieren.

(Zuruf von der CDU: Das war eine Umfrage bei der SPD-Fraktion!)

– Diese Umfrage wurde von einem seriösen Meinungsforschungsinstitut vorgenommen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Habermann, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

**Heike Habermann (SPD):**

Ich komme sofort zum Schluss meiner Rede. – Abschließend will ich sagen: Wer die Selbstverantwortung der Schulen stärken will und dafür ein Bürokratiemonster aufbaut, hält die Schulen davon ab, sich auf diesen Weg zu begeben, und zerstört auch die Motivation, das zu tun. Wer Selbstverantwortung will und der eigenen Verantwortung nicht gerecht wird, der will von den eigenen Fehlern ablenken und die mangelnde Versorgung mit Lehrern kaschieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute früh haben wir schon einmal über ein Plus-Projekt dieser Kultusministerin gesprochen, nämlich über die Selbstverantwortung plus. Jetzt sprechen wir über die Unterrichtsgarantie plus. Das ist ein weiteres Plus-Projekt mit Minus-Ergebnissen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es war einmal in unserem schönen Land eine Kultusministerin, die den Hessinnen und Hessen die Unterrichtsgarantie versprochen hat.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Es war einmal in unserem Land eine Kultusministerin, die den Hessinnen und Hessen versprochen hat, Qualität zu garantieren. Es war einmal eine Kultusministerin, die den Hessinnen und Hessen versprochen hat, Ruhe an die Schulen zu bringen, damit sich die Schulen auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Mit den Wörtern „Es war einmal“ beginnen alle Märchen. Auch die Politik der Frau Wolff ist ein Märchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Schauen wir uns doch einmal an, wie es nach siebeneinhalb Jahren Amtszeit um all die Versprechungen von Frau Wolff wirklich steht. Fangen wir mit der Unterrichtsgarantie an. Seit Jahren wird die Unterrichtsgarantie versprochen, und dann stellt die Kultusministerin Ende letzten Jahres fest: „Es klappt nicht wirklich, also muss ich jetzt eine Unterrichtsgarantie plus einführen.“ Frau Mi-

nisterin, wofür braucht es eigentlich ein Plus, wenn die Unterrichtsgarantie doch angeblich schon erfüllt ist?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sicher ist sicher!)

Nachdem die Ministerin festgestellt hat, dass auch die Unterrichtsgarantie plus nicht richtig funktioniert, kommt jetzt noch eine Steigerung. Wenn sie den Unterricht schon nicht garantieren kann, sagt die Ministerin jetzt – ich zitiere aus der „HNA“ vom 7. Dezember –: „Wir müssen darüber diskutieren, was als Unterricht verstanden wird.“ – Frau Ministerin, ein größeres Armutszeugnis kann man sich selbst gar nicht mehr ausstellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie treten vor die Hessinnen und Hessen und versprechen die Unterrichtsgarantie, und nach siebeneinhalb Jahren im Amt sagen Sie, Sie wollten darüber diskutieren, was Unterricht sei. Frau Ministerin, wir brauchen keine Sprechkreise darüber, was Unterricht ist. Es ist klar, was Unterricht ist. Unterricht ist, wenn ein ausgebildeter Lehrer vor einer Klasse steht und den Unterricht erteilt, der im Stundenplan steht. Das ist Unterricht. Frau Ministerin, da brauchen Sie keine Sprechkreise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich verstehe, dass mit Ihrem eigenen Konzept Verwirrung darüber eingetreten ist, was Unterricht ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie verwirren!)

Wenn man Laien in den Unterricht schicken will, wenn man sagt: „Im Prinzip kann an unseren Schulen jede und jeder unterrichten“, dann kommt allmählich durcheinander, was Unterricht ist. Genau das ist das Problem der Unterrichtsgarantie plus. Sie verwechseln und vermischen Betreuung und Unterricht, und das kann es nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, waren Sie es nicht, die den Hessinnen und Hessen zu Beginn der Legislaturperiode versprochen hat, Sie streben eine Qualitätsgarantie an? Was hat das Konzept der Unterrichtsgarantie plus mit Qualität zu tun? Was hat es mit Qualität zu tun, wenn Betreuung für Unterricht ausgegeben wird? Unsere Alternative ist ganz klar: Worauf Unterricht steht, muss auch Unterricht drin sein. Da brauchen wir keine Sprechkreise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war bis 1999 anders! – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Schauen wir uns das Versprechen der Ministerin an, Ruhe an die Schulen zu bringen, damit die Schulen sich auf ihre Arbeit konzentrieren können. Davon kann bei der Unterrichtsgarantie plus wirklich keine Rede sein. Ich habe Ihnen die Handreichung des Kultusministeriums zur Umsetzung der Unterrichtsgarantie plus mitgebracht – 68 Seiten zur Umsetzung dieses Konzepts für jede Schulleiterin und jeden Schulleiter. Ein einziger, ganz normaler Vertrag, an dem nichts kompliziert ist, hat einen Umfang von 22 Seiten. Frau Ministerin, dass Sie Ruhe an die Schulen gebracht hätten, kann nun wirklich keiner sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Noch besser ist, was im Anschreiben zu diesen 68 Seiten steht. Ich zitiere: „Es handelt sich aus Übertragungsgründen um eine Zipdatei, die entpackt werden muss. Bitte wenden Sie sich bei Problemen an den Support des Schulträgers.“

(Heiterkeit der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie stellen den Schulleitern die Informationen also noch nicht einmal so zur Verfügung, dass sie damit arbeiten können. Frau Ministerin, das kann es wirklich nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem haben Sie eine neue Kategorie in die bildungspolitische Debatte eingeführt, die sogenannte „gefühlte Zufriedenheit“. Wir kannten bisher nur die „gefühlte Temperatur“, und zwar aus Wetterberichten. Die Frau Ministerin hat jetzt die „gefühlte Zufriedenheit“ erfunden. Das geht so: Ich habe zwar keine Ahnung davon, wie die Unterrichtsgarantie plus wirklich umgesetzt ist, weil die Zahlen erst im Januar kommen. Aber ich behaupte einmal, die Leute sind zufrieden. – Frau Ministerin, so geht es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Gefühlte Redezeit“!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Sie haben eine Telefonhotline eingerichtet, die Sie mit großem Aufwand beworben haben. 200.000 € haben Sie dafür ausgegeben; 598 Menschen haben angerufen. Das entspricht 334 € pro Anruf. Das ist die teuerste Hotline, die es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland je gegeben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, dieses Geld wäre an unseren Schulen wirklich besser angelegt gewesen. Wir haben Ihnen einen Antrag dazu vorgelegt, wie Sie die Unterrichtsgarantie plus verbessern und eine wirklich verlässliche Schule schaffen könnten. Der Ministerpräsident hatte in der vorherigen Debatte die Größe, zu sagen, dass die Vorschläge vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gut sind. Hätten Sie auch in dieser Debatte die Größe, das zu sagen, dann kämen wir an unseren Schulen ein gutes Stück voran.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Abg. Irmer von der CDU-Fraktion.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wagner, es ist schon relativ mutig, dass diejenigen, die für den größten Unterrichtsausfall in der Geschichte

Hessens verantwortlich waren, es heute wagen, diejenigen zu kritisieren, die ihn besiegt haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Bei Ihnen stand „Unterricht“ drauf, und Unterrichtsausfall war drin. Das war der Unterschied im Vergleich zu uns.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im letzten Jahrhundert! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich möchte mich vorab im Namen der CDU-Landtagsfraktion sehr bewusst einmal vor die Menschen stellen, die Sie täglich beschimpfen, denen Sie öffentlich attestieren, keine Qualifikation zu haben und unzulänglich zu sein. Es sind 12.000 Menschen im Lande Hessen, deren Qualifikation Sie bezweifeln. Eine SPD-Abgeordnete im Landkreis Gießen hat sie als „Barfußpädagogen“ und „pädagogischen Volkssturm“ beschimpft. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sollten sich für diese Äußerung Ihrer Kollegin entschuldigen. Das haben diese 12.000 Menschen nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Es sind ehrenwerte Persönlichkeiten, die sich hier zur Verfügung gestellt haben: ehemalige Schulleiter, Diplom-Chemiker, Pfarrer, Tausende von Lehramtsstudenten in höheren Semestern, die in wenigen Jahren als Lehrer den Unterricht regulär erteilen werden, den sie heute als Studenten im höheren Semester bereits erteilen. Meine Damen und Herren, dass diese Personen nicht qualifiziert sein sollen, machen Sie den Betreffenden einmal klar. Nehmen Sie als weiteres Beispiel den Handwerksmeister, der vielleicht in einem halben Jahr die gleichen jungen Menschen als Lehrherr ausbildet und angeblich nicht in der Lage ist, sie jetzt in der Schule zu unterrichten oder zu betreuen. Denken Sie an Journalisten, Erzieher – man könnte das weiterführen, was ich an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht tun will.

Frau Kollegin Habermann hat gerade wieder gesagt, die Qualität sinke, weil angeblich Hausmeister oder Oberstufenschüler im Unterricht sind. Meine Damen und Herren, wir reden hier insgesamt über 700.000 Stunden. Wenn Sie dann von Ihrer nebulösen Umfrage berichten,

(Norbert Schmitt (SPD): Nebulös!)

dann fällt mir dazu Churchill ein, der einmal gesagt hat: „Ich traue nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe.“ Frau Kollegin, legen Sie diese Umfrage doch einmal vor.

(Norbert Schmitt (SPD): Dass Sie Statistiken fälschen, habe ich immer geglaubt!)

Mir ist die Umfrage des HR wesentlich sympathischer, weil sie an die Betroffenen ging, die mit dem, was tatsächlich geschieht, Erfahrung haben. Wenn 73 % der Befragten, der Hauptakteure, zu dem Ergebnis kommen, es sei positiv, dann können wir unterm Strich mit diesem Resümee zunächst einmal zufrieden sein. Ich erinnere an den SPD-Schulamtsdirektor Eifert in Frankfurt, der vor wenigen Wochen erst öffentlich erklärt hat: „Nach meinem Eindruck gibt es bei Schulleitung und Externen eine hohe Akzeptanz.“

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will Ihnen aus der regionalen Presse einige wenige Beispiele nennen. Die Textorschule in Haiger erklärt öffentlich – das ist alles nachzulesen –, alle gefährdeten Stunden seien gerettet worden, keine einzige sei ausgefallen. Johann-von-Nassau-Schule, Dillenburg: „noch keine Stunde ausgefallen“; Integrierte Gesamtschule Solms: „keine Stunde ausgefallen“; Driedorf: das Gleiche; Integrierte Gesamtschule Ehringshausen: „bisher keine Stunde ausgefallen“. Meine Damen und Herren, genau das wollen wir: dass keine Stunden mehr ausfallen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das öffentlich dokumentiert wird, sollten Sie froh und dankbar sein, dass das Erfolgsmodell in letzter Konsequenz so gut funktioniert. Insgesamt 700.000 Stunden werden wöchentlich angeboten. Wir diskutieren über eine Gesamtgrößenordnung von 2,5 %. Wenn Sie von 50, 70 oder 100 Stunden sprechen, bei denen es vielleicht nicht ganz geklappt hat, mag das im Einzelfall so sein. Das wird niemand ernstlich bestreiten. Sie machen sich doch lächerlich angesichts dieses 0,00-Promille-Wertes bei 700.000 Stunden.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Lassen Sie sich noch einmal kurz an die eigene Vergangenheit erinnern. Meine Damen und Herren, wir hatten unter Ihrer Regierungsverantwortung doch eine „Unterrichtsgarantie doppelt minus“. 85 % der Stunden sind erzielt worden. Abzüglich der Stunden, die ausgefallen sind, weil Sie keine Vertretungsmittel hatten, waren es 80 %. Diesen Wert haben Sie als 100 % hochgerechnet. Das war das Ergebnis Ihrer Politik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange ist das her, Herr Kollege?)

Lassen Sie mich das Ganze mit einem Beispiel beenden. Ich zitiere aus dem Protokoll einer Schulelternbeiratssitzung von 1997.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie leben ja im letzten Jahrhundert! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im letzten Jahrtausend! – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Das passt Ihnen nicht. Ich will Ihnen aber einmal zeigen, wie Sie den bildungspolitischen Ruf des Landes Hessen gnadenlos ruiniert haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das war Ihre Politik. Die Stundentafel der Grundschule: 1988 hatte ein Grundschüler in der 1. Klasse durchgängig 22 Stunden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welchem Jahrhundert befinden Sie sich gerade?)

Sie haben diese Zahl 1993 durchgängig auf 20 Stunden gekürzt. Im Schuljahr 1996/97 hatte der Schüler in Hessen 18 Stunden, und im Schuljahr 1997/98 – unter Ihrer Regierungsverantwortung – 17 Stunden. Das heißt, Sie haben die Stundentafel in der 1. Klasse der Grundschule von 22 auf 17 Stunden gekürzt.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Irmer, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Das Gleiche gilt für die Klassen 2, 3 und 4. Das Ergebnis: 1988 gab es in Hessen unter unserer Regierungsverantwortung in der Grundschule 95 Jahreswochenstunden; als Sie die Verantwortung – zum Glück – abgeben mussten, waren aus den 95 Jahreswochenstunden 76 geworden.

(Norbert Schmitt (SPD): Was denn jetzt?)

Meine Damen und Herren, das heißt im Klartext, Sie haben unter Ihrer Regierungsverantwortung hessischen Grundschülern ein komplettes Schuljahr gestrichen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist die Wahrheit!)

Hören Sie deshalb mit dem albernen Affentheater, das Sie hier machen, auf. Die Unterrichtsgarantie ist ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat die Frau Kollegin Henzler, FDP-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der 5-Jahres-Plan wird erfüllt! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir nehmen den Bericht des Zentralkomitees entgegen!)

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie uns wieder in das heutige Jahrhundert zurückkehren und uns mit 100 Tagen Unterrichtsgarantie plus befassen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu kann ich nur sagen: Die Meinung der FDP zu diesem Thema hat sich von Anfang an in den ersten 100 Tagen voll bestätigt – gut gedacht und schlecht gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte der Kultusministerin mit einem Zitat von Konfuzius raten: Wer einen Fehler gemacht hat und ihn nicht korrigiert, der begeht einen zweiten.

(Zurufe von der CDU)

– Wenn Sie einmal zuhören, würden Sie das Zitat richtig verstanden haben.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte noch einmal!)

– Noch einmal, damit Sie es verstehen: Wer einen Fehler gemacht hat und ihn nicht korrigiert, der begeht einen zweiten.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei sage ich Ihnen ehrlich, die Umfragen vom „Hessischen Rundfunk“ mit 70 % Zustimmung zur Unterrichtsgarantie

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

oder die Umfrage von „polis“ mit 60 % Ablehnung der Unterrichtsgarantie sind gar nicht so entscheidend und wichtig.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war die SPD-Umfrage!)

Entscheidend ist, dass die inhaltlichen Kritikpunkte aufgenommen, ernst genommen und verändert werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Bringt doch einmal eure eigene raus!)

Herr Kollege Irmer, ich darf Ihnen etwas zitieren, und zwar nicht von 1997, sondern aus der „Frankfurter Rundschau“ von heute:

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist wie „Bild“-Zeitung – das zählt nicht!)

Über die positive 100-Tage-Bilanz von Kultusministerin Karin Wolff zur Frage der Unterrichtsgarantie plus schütteln Schulleiter im Main-Taunus-Kreis nur den Kopf. Sie selbst bezeichnen die Vertretungspools als „Mogelpackung“ und bekommen immer mehr die Wut der Eltern zu spüren.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! – Demonstrativer Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

„Das ist ein absolutes Notsystem, und am schlimmsten ist das fachliche Defizit, das natürlich allein die Schüler auszubaden haben.“

(Michael Boddenberg (CDU): Nennen Sie doch wenigstens einmal eine andere Zeitung!)

Das war ein Zitat von heute. Sie können den Artikel in aller Ausführlichkeit nachlesen. Alles Schönreden der CDU und auch das Schlechtreden der anderen bringen die Schulen nicht weiter. Die Schulen bringt ausschließlich weiter, wenn nachgebessert wird. Bei SV plus haben Sie von Bottom-up geredet, bei Unterricht plus geht alles nur Top-down. Lassen Sie doch einmal bei der Unterrichtsgarantie plus die Schulen mitreden, und gehen Sie auf die Wünsche der Schulen ein.

(Beifall bei der FDP – Norbert Kartmann (CDU): Das machen wir doch auch!)

Der große Kritikpunkt an dem ganzen Projekt sind die Bürokratie und die überbordenden Vorschriften bei der Umsetzung. Es reicht nicht, wenn man bei den Schulen und Vertretungskräften jetzt ein paar Seiten weniger Formulare anbietet, wenn sie ihren Vertrag abschließen wollen, sondern Sie müssen das Konzept der Realität anpassen. Es gibt zwei ganz wichtige Punkte. Hören Sie zum einen endlich mit dem Begriff Unterrichtsgarantie auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Begriff ist falsch. Es ist kein Unterricht, wenn ich andere Menschen in die Schule schicke und die Klassen betreuen lasse, wenn die Schüler unter Aufsicht ihre Hausaufgaben machen. Dann ist es viel ehrlicher zu sagen: Es kann keinen 100-prozentigen Unterricht geben, denn der wird von Menschen gemacht, und Menschen werden nun einmal krank und fallen auch einmal aus. – Dann kann ich sie nicht einfach zu 100 % mit Fachkräften ersetzen. Sie müssten sonst 120 % Lehrer einstellen. Wir sind uns – glaube ich – darin einig, dass das zu teuer ist. Gehen Sie von dem Begriff Unterricht weg und nehmen Sie den Begriff garantierte Schulzeit, den die FDP geprägt hat, oder meinewegen Ihren eigenen Begriff verlässliche Schule.

Das Zweite ist, stellen Sie den Schulen endlich frei, wie sie das Problem lösen. Lassen Sie ihnen offen, ob sie Honorarverträge abschließen – dann bräuchten Sie auch dieses Vertragswerk nicht –, oder lassen Sie ihnen offen, ob sie jemanden fest anstellen, sei es ein Lehrer, sei es ein Sozialpädagoge. Viele große Schulen haben Konzepte, wie Unterricht nicht mehr ausfallen würde, wenn sie die Möglichkeit hätten, einen festen Vertrag mit einem Lehrer oder einem anderen abzuschließen.

(Beifall bei der FDP)

Gehen Sie auf die Wünsche der Schulen ein.

Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir in der Problemanalyse völlig zu. Wir würden auch den ersten drei Punkten zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings ist Ihr Lösungskonzept unserer Ansicht nach völlig falsch.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kommt auch noch!)

Wir wollen die selbstverantwortliche Schule. Also muss die Schule auch in die Lage versetzt werden, das Problem selbstverantwortlich zu lösen. Das geht sehr wohl. Die Schulen sind so weit, und sie wollen das auch machen. Fachlehrer kann auch das Staatliche Schulamt nicht bauen, denn der Fachlehrermangel ist ein landesweites Problem. Ich sage Ihnen: Das wird zunehmend ein sehr ernstes Problem. Da kann auch das Staatliche Schulamt nicht richtig eingreifen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es wäre wirklich wichtig, auf das FDP-Konzept einzuschwenken, und es ist noch nicht zu spät, darauf einzuschwenken, wenn man die Kritik ernst nimmt. Auch dieses ist ein Modellprojekt. Es ist einmalig in der Bundesrepublik. Wir probieren etwas aus, indem wir Schulen dafür die Eigenverantwortung geben, dass die Kinder nicht nach Hause geschickt, sondern vernünftig beschäftigt werden. Man muss Kritik ernst nehmen und aufnehmen. Man kann nicht einfach jemandem, der sich kritisch äußert, sagen: Bei VW wären Sie längst hinausgeflogen, wenn Sie hier kritisieren würden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Hätte man den Mund von Anfang an nicht so voll genommen, wäre das Akzeptanzproblem auch nicht vorhanden.

(Beifall bei der FDP)

Alle Verbände sagen: Die Idee ist im Grunde genommen richtig, wir begrüßen das Konzept; aber es ist kein Unterricht, und wir wollen es anders und in eigener Regie umsetzen. – Mein Fazit: Aus Fehlern kann man lernen, und aus Fehlern wird man klug. Man muss diese Fehler nur akzeptieren, und man muss das, was man ursprünglich gedacht hat, verändern und neu umsetzen. Diesen guten Rat gebe ich dem Kultusministerium.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. – Das Wort hat die Kultusministerin, Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei Frau Kollegin Henzler und anderen kam mir wieder in den Blick, dass sich im Moment ein Gesellschaftsspiel zu vollziehen scheint. Das heißt: Ändere den Begriff. – Frau Kollegin Henzler, in diese Richtung heißt das: Lösche möglichst aus dem Gedächtnis der Menschen, was vorher die Ausgangslage mit strukturellem und obendrein krankheitsbedingtem Unterrichtsausfall gewesen ist, und lösche auch aus dem Gedächtnis, dass es von Anfang an um zweierlei beim Programm Unterrichtsgarantie plus/verlässliche Schule ging, nämlich Qualität durch vollständig erteilten Unterricht und Verlässlichkeit für Schülerinnen und Schüler und für Eltern herzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses ist in den ersten Tagen in überraschend dichter Art und Weise gelungen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich nur einige Überschriften aus den Zeitungen nehme, dann heißt es dort etwa: Unterrichtsgarantie plus ist besser als ihr Ruf;

(Zurufe von der FDP: Das ist eine relative Aussage!)

Stundenausfall nahe null; Unterrichtsgarantie ist erreicht – jetzt wird die Krankheit angegangen; Schulamt: Auf die Garantie ist Verlass; Zielverlässlichkeit im Landkreis erreicht; Mehrheit der Aushilfe qualifiziert; Unterrichtsgarantie bleibt, aber Bürokratie – das ist eine Anzeige, klar –; Stundenausfall ist tabu; auf die Schule ist Verlass. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, in solchen Überschriften ist zusammengefasst, was wir mit diesem Programm wollten und was die Schulen durch ihre intensive Arbeit mit uns gemeinsam erreicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist hier in der Debatte von den Realitäten die Rede, von angeblich verlorenen Realitäten. Ich sage: Wer heute die Realitäten wirklich sehen will, der soll die Eltern fragen, wie oft in den letzten Wochen ihre Kinder zu früh nach Hause gekommen oder zu spät in die Schule gegangen sind. Der soll dieses sagen.

(Heike Habermann (SPD): Das ist eine andere Frage! – Zurufe von der SPD)

Der soll zugeben, dass die Stunden, die bisher ausgefallen sind, nicht mehr ausfallen. Der soll schlicht zur Kenntnis nehmen, dass nach den 100.000 Stunden jede Woche, die von den Stundentafeln gekürzt worden sind und die wir ausgeglichen haben, immer noch rund 17.500 Stunden im Durchschnitt durch Krankheit, Fortbildung und andere Maßnahmen ausgefallen sind. Der soll zur Kenntnis nehmen, dass diese wöchentlich 17.500 Stunden nicht mehr ausfallen, und das bereits seit 100 Tagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer die Realitäten sehen und wer ihnen begegnen will, der soll wahrnehmen, dass sich über 12.000 Menschen bereit erklärt haben, bei diesem Programm mitzumachen, und dieses überwiegend mit einem hohen Engagement und sehr guter Qualifikation tun.

(Beifall bei der CDU)

Wer den Realitäten begegnen will, der soll wahrnehmen, dass bei der Umfrage des „Hessischen Rundfunks“ fast

drei Viertel der Menschen gesagt haben: Das ist ein gutes Prinzip, und es ist gut, externe Menschen einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wer andere Umfragen hat, der mag sie offenlegen. Das ist bis zum heutigen Tag nicht geschehen. – Wer Realitäten begegnen will, der soll zur Kenntnis nehmen, dass für eine Geschichtsstunde, die kurzfristig ausfällt, auch einmal eine Musik- oder Englischstunde

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist alles egal?)

– gegebenenfalls dann im Jahresausgleich – erteilt werden kann und dass dieses Unterricht ist. Der soll wahrnehmen, dass drei Viertel der Vertretungskräfte aus dem Lehrfach und aus dem Studium des Lehramts kommen und dass auch die Externen, die nicht das Lehramt studiert haben oder studieren,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das denn?)

der Schule in vielen Bereich gut getan und Modernes und Innovatives in die Schulen hineingebracht haben.

(Beifall bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Die sind doch nur sauer, dass die keiner gefragt hat! – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind sauer, dass Sie es nicht richtig gemacht haben!)

Meine Damen und Herren, wer der Realität begegnen will, der soll Schulleiterinnen und Schulleiter in ihrer Qualifikation ernst nehmen und soll merken, dass sie aus den Pools die Kräfte austauschen können und ausgetauscht haben, die sich nicht bewährt haben, und dass sie weiter an den Pools mit Kräften bauen, die sich bewähren können und dieses sehr engagiert machen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das probieren wir jetzt an den Schülern aus!)

Meine Damen und Herren, die sind bei Weitem in der Überzahl. Deswegen sind die Pools auch stabil und werden immer noch weiter ausgebaut werden können.

Nein, meine Damen und Herren, der Unterricht fällt in Hessen nicht mehr aus. Die Schule ist verlässlich geworden. Es wird Unterricht gegeben. Es wird vermittelt, was die Schülerinnen und Schüler weiterführen. Das Schlechtreden, das die Oppositionsparteien hier im Hause probieren, wird nicht ziehen.

Wer die Bilder des letzten Schuljahres in der Öffentlichkeit und in der veröffentlichten Meinung studiert und die Realität sieht, wie sie sich langsam durch veröffentlichte Meinung und Briefe, bei Schulbesuchen und bei der Hotline widerspiegelt, der weiß: Realität kann man durch Anträge der Opposition nicht schwarzmalen, die einfach nicht zur Kenntnis nehmen will, dass es läuft. Die Realität muss man insgesamt wahrnehmen und an den Punkten, an denen etwas zu tun ist, nachsteuern.

Nachsteuern bei den kleinen Grundschulen – haben wir getan. Nachsteuern bei den Förderschulen – sind wir dabei. Nachsteuern, dass bei pensionierten Lehrkräften die Hinzuerdienstgrenze nicht zu niedrig angesetzt wird, wie das bisher noch der Fall ist – an diesem Gesetzentwurf ist die Landesregierung im Moment. Der wird den Landtag in allernächster Zukunft ereilen.

Meine Damen und Herren, das, was sich bewährt hat, auch als Bewährtes in der Realität festzustellen, darzustellen, beizubehalten, dass es anders ist, als man vorher behauptet hat, das ist die eigentliche Größe.

(Axel Wintermeyer (CDU): Dies haben die aber nicht!)

Dort etwas zu verbessern, wo etwas zu verbessern ist – das ist die Professionalität, die wir brauchen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt zu dieser Aktuellen Stunde keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Zu diesem Thema haben wir noch **Tagesordnungspunkt 40:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend die verlässliche Schule: Wo Unterricht draufsteht, muss auch Unterricht drin sein – Drucks. 16/6559 –**

Dieser Antrag soll dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden?

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Es besteht allgemeine Einigkeit.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 52** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Beitrittsverhandlungen mit Türkei aussetzen) – Drucks. 16/6664 –**

Das Wort hat der Kollege Klein, CDU-Fraktion.

### **Armin Klein (Wiesbaden) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Anlass dieser Aktuellen Stunde ist die Weigerung der Türkei, ihren Verpflichtungen aus dem Ankara-Protokoll nachzukommen, und die Reaktion der Europäischen Union darauf.

In diesem aktuellen Fall werden die beiden grundsätzlichen Probleme der Verhandlungen um den EU-Beitritt der Türkei deutlich – zum einen der Unwillen und auch die Unfähigkeit der Türkei, sich an europäische Regeln zu halten, sowie ihre politische und kulturelle Überforderung mit der Erfüllung der Voraussetzungen für eine Vollmitgliedschaft; zum anderen eine unscharfe, inkonsistente und insgesamt unglaublich Verhandlungsposition der Europäischen Union.

Die von den EU-Außenministern beschlossenen Maßnahmen sind unzureichend. Die Verhandlungen zu acht Kapiteln auszusetzen, heißt nämlich,

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

über die restlichen 27 Kapitel kann ab sofort verhandelt werden, als sei nichts geschehen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Eine solche wirkungslose Reaktion der EU auf die Missachtung der vor mehr als einem Jahr von der Türkei eingegangenen Verpflichtung ist unglaublich und schadet der Akzeptanz der EU in unserer Bevölkerung, ja in Europa.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb lautet unsere Forderung, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abgesehen von der fortgesetzten Verletzung der Verpflichtungen aus dem Ankara-Protokoll hat unsere Forderung sehr viel weitergehende Gründe. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich. Der jüngst vorgelegte Fortschrittsbericht der EU über den Stand der Reformbemühungen in der Türkei hat gezeigt: In der Türkei bewegt sich zurzeit fast nichts mehr. Der Reformprozess ist nahezu zum Stillstand gekommen. Ein Weiter-so ist also das falsche Signal.

Die Türkei muss verstehen, dass beispielsweise Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit und Menschenrechte keine Verhandlungsgegenstände sind.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kaufmann, hören Sie zu, sonst sage ich, was Herr Öger – der bekanntlich nicht meiner Partei angehört – gesagt hat, nämlich: Die Partei – – Die Türkei ist nicht beitreffähig. Das war im „Focus“ letzter Woche.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Partei ist auch nicht beitreffähig!)

– Verehrter Herr Al-Wazir, versuchen Sie nicht, es ins Lächerliche zu ziehen. Dazu neigen Sie.

(Axel Wintermeyer (CDU): Dazu ist dieses Thema viel zu ernst!)

Ganz offensichtlich ist die Türkei mit den Anforderungen des EU-Beitrittsprozesses überfordert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Einmal mehr zeigt sich: Die Beitrittsoption für die Türkei als Vollmitglied ist eine Schimäre, die falsche Hoffnungen weckt und große Enttäuschungen nach sich ziehen wird.

Viel ehrlicher ist dagegen, was die CDU seit langer Zeit und auch jetzt wieder vorschlägt, nämlich das Angebot einer privilegierten Partnerschaft.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine solche Partnerschaft entspricht auch dem Geist des Assoziierungsabkommens von 1963. Damals ging es um die Perspektive eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Meine Damen und Herren, die Europäische Union von heute ist etwas völlig anderes, ist weit mehr. Die Union ist eine Union mit gemeinsamen Werten, gemeinsam – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht es um den Beitritt der CDU zur Europäischen Union? – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist kindisch!)

– Ich spreche von der Europäischen Union. Sie sind häufig kindisch.

(Beifall bei der CDU)

Vor allem verbindet uns eine kulturelle Tradition. Die EWG des Jahres 1963 baute dagegen ausschließlich auf gemeinsame ökonomische Interessen, war also eine Wirt-

schaftsgemeinschaft. Daher haben wir immer die Auffassung vertreten, dass es ein schwerwiegender Fehler war, der Türkei die Option einer Vollmitgliedschaft anzubieten. Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass diese Option eine Zusammenarbeit mit der Türkei eher behindert als befördert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will ausdrücklich feststellen: Die Türkei ist ein bedeutender und verlässlicher Partner des Westens, ein wichtiges und verantwortungsbe wusstes Mitglied der Nato und bereits heute eng mit der EU verbunden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber?)

Sie ist eine wichtige Brücke zur islamischen Welt, zum Nahen und Mittleren Osten. Diese Brückenfunktion kann sie aber besser wahrnehmen, wenn sie nicht als Vollmitglied vollständig in die EU-Solidarität eingebunden ist und dann in der islamischen Welt mit der EU identifiziert wird.

Meine Damen und Herren, es wird immer wieder vorgebracht, die Türkei brauche die Beitrittsperspektive, weil anders für sie kein Anreiz bestehe, ihre erheblichen Defizite in Fragen der Demokratie und der Menschenrechte abzuarbeiten. Ich frage hier: Wollen wir ernsthaft allen Ländern, bei denen es Defizite in Fragen der Demokratie und der Menschenrechte gibt, den Status eines EU-Beitrittslandes geben? Das kann doch wohl nicht die Rechtfertigung für eine EU-Erweiterung sein.

(Beifall bei der CDU)

Wollen wir etwa zur Stabilisierung von Demokratie und Menschenrechten künftig auch mit den Maghreb-Staaten über einen EU-Beitritt verhandeln? Das müssen Sie beantworten.

Die Frage stellt sich hier also viel grundsätzlicher: Welches sind die Grenzen Europas? – Eine Antwort hierauf kann nicht über die Geografie hinweggehen. Das Staatsgebiet der Türkei gehört zu 95 % zu Asien, nicht zu Europa.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat in der Tertia aufgepasst!)

Daher versteht sich die Türkei auch ausdrücklich als asiatischer Staat. Sichtbar wurde das etwa bei der Gründung des zentralasiatischen Gipfels der türkischen Republiken im Oktober 1992 in Ankara.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das darf doch nicht wahr sein!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Klein, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Armin Klein (Wiesbaden) (CDU):**

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss.

Diese asiatische Organisation beruht auf der Gemeinschaft der Turkvölker, und die Türkei sieht sich dabei in der Vorreiterrolle einer zentralasiatischen Großmacht. Meine Damen und Herren, mit dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union würde die EU zu einer euro-asi-

atischen Union. Wie wollen wir dann Beitrittswünschen weiterer nicht europäischer Staaten begreifen?

Meine Damen und Herren, ich komme nicht mehr zu den ökonomischen Konsequenzen der Angelegenheit. Von den enormen EU-Subventionen für ein unterentwickeltes Land kann ich hier aus Zeitgründen nicht mehr reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorlage des Fortschrittsberichts der EU-Kommission und die Nichtbeachtung des Ankara-Protokolls durch die Türkei sollten für die EU der Anlass sein, den eingeschlagenen Weg der Beitrittsverhandlungen zu überdenken. Wir brauchen eine Atempause, um darüber nachzudenken, wie ein glaubwürdiges Angebot der Kooperation der EU mit der Türkei aussehen kann – nicht die Vollmitgliedschaft. Ich sage das zum Schluss ganz besonders akzentuiert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat die Frau Kollegin Hoffmann, SPD-Fraktion.

#### **Christel Hoffmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion möchte ich hier sehr deutlich erklären,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

dass wir die Einigung der europäischen Außenminister sehr begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Denn damit bleibt die Tür für den EU-Beitritt der Türkei offen. Dieser Kompromiss garantiert, dass die Beitrittsverhandlungen nicht ausgesetzt werden. Er erhöht gleichzeitig den Druck auf die Türkei, das Ankara-Protokoll umzusetzen. Und ein weiterer wichtiger Aspekt: Er verhindert die ethnische Spaltung Zyperns, die sonst im Raum gestanden hätte.

(Reinhard Kahl (SPD): Richtig!)

Meine Damen und Herren, schon die Titelgebung der Aktuellen Stunde zeigt, wie weit die CDU-Landtagsfraktion vom Geist der Europäischen Union entfernt ist.

(Beifall bei der SPD)

Denn die Politik der Europäischen Union war schon immer lösungsorientiert ausgerichtet. Dafür stehen die sonnenllen Worte des Kommissionspräsidenten Barroso kürzlich im Deutschen Bundestag, und dafür steht auch die Einigung der europäischen Außenminister.

Im Gegensatz dazu – und hier möchte ich doch einmal hessische Europapolitik in diese Diskussion einbeziehen – steht beispielsweise das vor einigen Wochen veröffentlichte 365-Tage-Programm dieses Europaministers, der übrigens hier noch nie zu einem europapolitischen Thema geredet hat. Dieses Programm ist von einer Abwehrhaltung gegen europäische Vorhaben gekennzeichnet, und es fand sich nicht ein einziger konstruktiver Punkt darin, in dem Hessen die europäischen Zukunftsthemen begleiten will.

Wir können feststellen: Durch die Einigung der Außenminister ist die Zeit über das Thema dieser Aktuellen Stunde hinweggegangen. Das gilt auch für die Erklärung des Hessischen Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche,

der vorschlag, gegenüber der Türkei eine härtere Gangart einzulegen.

Meine Damen und Herren, als die Beitragsverhandlungen mit der Türkei begannen, war klar, dies wird ein langer und schwieriger Prozess werden, schwierig auch für die Europäische Union. Denn wir wissen, die Ratifizierung des Verfassungsvertrags steht noch immer aus. Ich hoffe auf die deutsche Ratspräsidentschaft, damit diese Verfassungsdebatte wieder neu belebt wird.

Nun zur Türkei. Ich möchte die Probleme in der Türkei nicht kleinreden. In der Tat wies der Fortschrittsbericht einige sehr bedenkliche Momente aus. Wir kennen die Diskussionen zum Thema Justizvollzug in der Türkei,

(Demonstrativer Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

das Problem der Freiheit der Religionsausübung.

(Unruhe)

– Herr Kollege Klee, ich möchte doch die CDU-Fraktion bitten, etwas leiser zu sein. – Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Ich unterbreche so lange, bis die kleine Konferenz da hinten beendet ist.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, darf ich den Mittelgang darum bitten, dass wir friedlicher werden? – Ja, das sollten wir bei allen machen. Wenn hier gesprochen wird, sollte man auf jeden Fall dem Redner zuhören.

### **Christel Hoffmann (SPD):**

Meine Damen und Herren, die Türkei ist ein Land im Umbruch. Dabei ist die EU-Perspektive eine wichtige Kraft für die Modernisierung dieses Landes. Im September haben wir mit einer Delegation der SPD-Landtagsfraktion die Türkei besucht.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Wir hatten Gesprächspartner aus Politik, Wirtschaft, Hochschulen und Kultur. Sie alle haben uns versichert, wie wichtig diese Perspektive ist, und sie haben uns berichtet, dass in der Türkei die Zustimmung zum EU-Beitritt sinkt. Ihre große Sorge war, dass die Türkei nationalistischer und islamistischer werden wird, wenn das Projekt EU-Beitritt scheitern sollte. Deshalb gilt es, die politischen Kräfte in der Türkei zu stärken, die das Land europafähig machen wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion, das war der Rede des Kollegen Klein deutlich zu entnehmen, will genau diese Kräfte schwächen.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Das ist falsch!)

Wir wollen – auch im europäischen Interesse – erreichen, dass die Türkei ein Vollmitglied der Europäischen Union wird. Wir alle wissen, dass wir hier über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren reden. Wir alle wissen, dass ein tief greifender Transformationsprozess in der Türkei notwen-

dig sein wird, und wir wissen auch, dass die Europäische Union ihre eigenen Probleme bis zum Beitritt gelöst haben muss. Seit 40 Jahren gibt es Zusagen an die Türkei.

Die Türkei ist ein islamisch geprägtes Land. Über das Thema Brückenfunktion der Türkei müssen wir noch einmal diskutieren, Herr Kollege Klein. Wenn die Türkei als islamisch geprägtes Land vom christlich-humanistisch geprägten Europa aus eine Brücke in die arabisch-islamische Welt bilden soll, dann müssen wir uns darüber unterhalten, wie das funktionieren soll. Wir sind der Meinung, wenn der Transformationsprozess in der Türkei weitergeht, wenn die Türkei als Vollmitglied der Europäischen Union den Wertekanon dieser Gemeinschaft übernimmt, dann ist ungeheuer viel gewonnen, auch für die Diskussion mit Muslimen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Hoffmann, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

### **Christel Hoffmann (SPD):**

Dieser wichtige Aspekt ist eine Chance auch für unsere Gesellschaft. Die CDU-Fraktion sollte ihre beschränkte Sicht auf die Türkei endlich aufgeben. Das ist die Forderung der SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hoffmann. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir den Titel der Aktuellen Stunde gelesen haben, wussten wir nicht, ob wir lachen oder weinen sollten, weil sich schon die Frage stellt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wie ausgebrannt, wie ideenlos, wie sprachlos eine Landtagsfraktion mit absoluter Mehrheit sein muss, wenn ihr kein anderes Thema für ihre Aktuelle Stunde im Hessischen Landtag einfällt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Klein, wir haben uns in Föderalismusfragen sehr intensiv über die Zuständigkeiten des Bundes und der Länder auseinandergesetzt. Ein kurzer Blick in Art. 32 des Grundgesetzes hätte Ihnen sicherlich eröffnet, dass Sie mit Ihrer Bewerbungsrede zum außenpolitischen Sprecher im falschen Parlament gelandet sind.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Wollen Sie den Europaausschuss auflösen?)

– Ich will den Europaausschuss überhaupt nicht auflösen, aber mir ist aufgefallen – das ist der Punkt, wo man eher anfangen könnte, zu weinen, wo einem das Lachen im Halse stecken bleibt –, dass bei der hessischen CDU-Fraktion anscheinend immer noch nicht angekommen ist, dass die CDU die Bundesregierung stellt. Der Beschluss der

Außenminister, den Sie hier gerade kritisiert haben, wird von der Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzenden, die ab dem 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, umgesetzt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir GRÜNEN haben zwar lange gebraucht, aber wir waren in Hessen schon 1985 regierungsfähig. Ich dachte, die CDU-Fraktion habe diesen Prozess nicht nötig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So kann man sich täuschen!)

Zur Sache: Es gab einmal eine CDU, die von einem Mann namens Konrad Adenauer geprägt war, der es unter anderem geschafft hat, eine jahrhundertelang als sogenannte Erbeindschaft bestehende Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich in eine Freundschaft zu verwandeln.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Al-Wazir als Nachfolger Konrad Adenauers!)

Wenn Sie, Herr Kollege Wagner, nicht sehen, dass dieser Konflikt, um den es gerade geht, kein Konflikt zwischen der CDU und der Türkei und auch kein Konflikt zwischen der EU und der Türkei, sondern faktisch ein Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei bzw. Zyperns und der Türkei ist, dann sage ich: Was ist eigentlich aus der Europapartei CDU geworden? Es ist traurig, das hier mit anzusehen zu müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Unzweifelhaft kann es keinen EU-Beitritt der Türkei geben, wenn die Türkei nicht alle EU-Mitglieder uneingeschränkt und ohne jede Vorbedingung anerkennt. Darüber gibt es keine Sekunde lang Streit.

(Zurufe von der CDU)

Unzweifelhaft gehört aber zu einer Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei auch, dass der nördliche Teil Zyperns vom südlichen Teil Zyperns, von der Republik Zypern, nicht mehr blockiert wird. Das sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn man hier schon eine außenpolitische und historische Debatte führt, dann sollte man nicht vergessen, dass im Jahre 2004 ein UN-Plan, der faktisch die Wiedervereinigung Zyperns bedeutet hätte, vom nördlichen, also vom türkischen Teil Zyperns angenommen wurde und vom südlichen Teil, also dem griechischen Teil, von der Republik Zypern abgelehnt wurde. Wenn wir hier schon historisch und außenpolitisch diskutieren, dann bitte richtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie sich nur an Ihre eigenen Experten halten wollen, sage ich Ihnen: Thomas Kossendey, CDU-Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe, hat zu dem Beschluss der Außenminister gesagt:

Beide Seiten sind in der Pflicht. Die Türkei muss das Ankara-Protokoll einhalten, und Zypern darf die Finanz- und Wirtschaftshilfe für den Norden der Insel nicht mehr blockieren.

So ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das haben alle verstanden, nur die hessische CDU nicht. Das ist schade.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, es ist schade, dass der Vorsitz hinter mir gewechselt hat – nicht, weil Sie es sind, sondern wegen der Zugabe von Redezeit.

(Heiterkeit)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege, wenn das so war, dann bekommen auch Sie noch Redezeit.

### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich wollte sowieso zum letzten Satz kommen, Frau Präsidentin. – Deswegen sage ich: Für mich ist schon spannend, ob der zuständige Minister – wir haben in Hessen zwar keinen Außenminister, aber einen Europaminister – jetzt hier reden wird, ob er sich daran hält, was Linie der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland unter der Führung von Dr. Angela Merkel ist und ab dem 1. Januar in noch größerer Verantwortung umzusetzen sein wird, oder ob er versucht, sein eigenes hessisches CDU-Süppchen zu kochen. Ich kann ihm nur zu dem zuerst Ge-nannten raten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die FDP-Fraktion hat der Vorsitzende, Herr Hahn, das Wort.

### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die richtige Überschrift über der von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde wäre gewesen: Misstrauensantrag des Hessischen Landtags gegen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann hätten wir am Montag, als die Drucksache verteilt wurde, sofort gewusst, worum es geht. Am Montag gegen 11 Uhr, als die Frist abzulaufen begann, wussten nämlich alle Eingeweihten, was im Laufe des Montags passieren würde. Jedenfalls wusste das die Führung der FDP, denn wir haben bereits vor 11 Uhr in Berlin darüber gespro-

chen, dass das Verfahren so kommen wird, dass bei acht Punkten nicht und bei den anderen Punkten weiterverhandelt wird. Ich kann es eigentlich nicht akzeptieren, dass die hessische Union meint, sich mit einem derartigen Antrag aus der Gesamtverantwortung der Union in Deutschland herausmogeln zu können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Entweder sind Sie ein Teil der Bundes-Union, dann haben Sie das umzusetzen, was Ihre Parteivorsitzende für Ihre Partei in einer Koalition vereinbart, oder Sie gründen einen eingetragenen Verein der Gegen-Merkel-Kämpfer. Das passt ja teilweise zur hessischen CDU. Seien Sie dann aber bitte ehrlich. Tun Sie nicht auf der einen Seite so, als könnten Sie in Berlin mitbestimmen, wenn Sie auf der anderen Seite dann, wenn es anders läuft, als Sie es sich vorgestellt haben, hier in Hessen eine abweichende Position einnehmen. Das glaubt Ihnen im Übrigen keiner.

(Beifall bei der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahnatal) (CDU): Wo steht denn die FDP in der Sache? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Wir reden gerade über das Thema der Aktuellen Stunde, Herr Kollege Dr. Wagner. Die haben Sie am Montagmorgen unter dem Titel „Beitrittsverhandlungen mit Türkei aussetzen“ beantragt. Sie haben sie zu einem Zeitpunkt beantragt, als Sie wussten, dass das nicht geschehen wird, weil es nämlich mit der Bundeskanzlerin und dem Außenminister mit anderem Tenor erörtert worden ist.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wenn wir uns schon über dieses Thema unterhalten, dann sollten wir einmal darüber reden, wie sich der Stil der deutschen Außenpolitik in der letzten Zeit verändert hat. Ich finde, das ist ein innenpolitisches Thema, das den Hessischen Landtag sogar ein bisschen intensiver beschäftigen sollte. Es ist schon sehr bedenkenswert, darüber zu reden, was am vergangenen Wochenende zwischen Frau Merkel und dem Außenminister passiert ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage: So etwas macht man nicht. Wenn man Deutschland im Ausland wirklich gut vertreten will, dann hat man, jedenfalls nach außen, nur mit einer Stimme zu sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist unerträglich, wie der Außenminister am vergangenen Wochenende die Bundeskanzlerin öffentlich belehrt hat. Das tut man nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil man sich nämlich sonst selbst diskreditiert und die eigene Durchsetzungsfähigkeit beschneidet, die man nach außen hin als Bundeskanzlerin und als Außenminister haben muss.

(Beifall bei der FDP – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist ein Thema, über das wir uns in einer Aktuellen Stunde hier im Hessischen Landtag gern unterhalten können, weil es mit der Gesamtverantwortung des Staates zu tun hat.

(Dr. Christean Wagner (Lahnatal) (CDU): Jetzt zur Türkei!)

Eine letzte Bemerkung zum Inhalt.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahnatal) (CDU))

– Herr Kollege Dr. Wagner, ganz ruhig. Sie haben überhaupt nichts zu den Grunddingen gesagt, sondern Sie haben Ausführungen zu anderen Themen gemacht. Ich sage jetzt etwas zur Sache. Wenn – jetzt übernehme ich wortgleich, was vorhin Tarek Al-Wazir gesagt hat – jemand Mitglied einer Gruppe werden will, muss er sich an die Regeln der Gruppe halten. Übersetzt auf diesen Fall heißt das: Wenn die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden will, so hat sie sämtliche Pflichten eines EU-Mitglieds zu beachten, und zwar ausnahmslos und bedingungslos.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahnatal) (CDU))

Deshalb hat die Türkei nicht nur einen Hafen und nicht nur einen Flughafen, sondern alle Häfen und alle Flughäfen für alle zypriotischen Schiffe und für alle zypriotischen Flugzeuge zu öffnen. Darüber gibt es überhaupt keinen Streit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Eine weitere Bemerkung: Reisen bildet. Vor einigen Wochen waren wir mit dem Unterausschuss Justizvollzug in der Türkei. Der Vorsitzende Alfons Gerling wird hierzu sicherlich noch das Wort ergreifen. Ich habe das Gefühl, dass der Wille derjenigen, mit denen wir gesprochen haben, nicht so groß ist, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Das ist meine Antwort auf die Äußerungen von Frau Hoffmann. Ich bin der Auffassung, wir sollten nicht immer nur die Gutwilligen unterstützen und dabei von den Regeln Abstand nehmen, die wir uns innerhalb der Europäischen Union gegeben haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat sie nicht gesagt!)

– Ich habe den Beitrag so verstanden. Anders war der Beitrag nicht zu verstehen. Sie können das gern gleich noch einmal erklären. Wie wir bereits gestern erfahren haben, reden Sozialdemokratinnen oft missverständlich in diesem Plenum.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe den Eindruck, dass eine Vielzahl derjenigen, die derzeit das türkische Establishment stellen, kein Interesse mehr daran hat, in die Europäische Union aufgenommen zu werden, und zwar aus innenpolitischen Gründen. Es ist nicht so, dass sie etwas gegen die Europäische Union haben, sondern sie wollen das Land Türkei anders organisiert wissen, als es innerhalb einer EU-Mitgliedschaft organisiert werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich bemüht, über die innenpolitischen Auswirkungen und darüber zu reden, was wir selbst als Mitglieder des Landtags vor einigen Wochen in der Türkei erlebt haben.

Es kann nicht richtig sein, dass die Regierungsfraktion CDU in Hessen, die auch die Bundeskanzlerin mit trägt, heute eine Misstrauensdiskussion über ihre eigene Kanzlerin und Bundesvorsitzende initiiert. Das ist der hessischen Union nicht würdig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Hoff das Wort.

**Volker Hoff, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Kollegen Hahn sehr dankbar, dass er im zweiten Teil seiner Rede auf die Probleme eingegangen ist, über die wir in dieser Aktuellen Stunde sprechen wollen. Herr Kollege Al-Wazir, da Sie mich persönlich angesprochen haben, möchte ich Ihnen sagen: Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Mitglieder der Hessischen Landesregierung nur als Erfüllungsgehilfen einer Bundesregierung herhalten sollen, dann haben Sie ein etwas seltsames Verfassungsverständnis.

(Beifall bei der CDU)

Das war in der Vergangenheit nicht so, das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht so, und das wird auch in Zukunft nicht so sein. Ich würde aber auch von keinem Minister, der beispielsweise einer GRÜNEN-Fraktion angehört, verlangen, kritiklos das zu übernehmen, was in Berlin passiert. Das kann nicht die Aufgabe eines Ministers sein. Sie haben zwar sehr angenehm gesprochen, aber zur Sache wenig beigetragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hätte sich weitreichendere Konsequenzen seitens der Europäischen Union gewünscht, als dies erfolgt ist.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir – der Ministerpräsident und ich – an verschiedenen Stellen erklärt. Davon gibt es nichts zurückzunehmen, weil wir der Auffassung sind, dass es geboten ist, weitergehende Konsequenzen zu ziehen, als dies die EU-Außenminister gemacht haben, wenn jemand in Verhandlungen über einen Beitritt steht und bestimmte vertraglich vereinbarte Meilensteine nicht erfüllt. Das möchte ich vor die Klammer ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichwohl haben die EU-Außenminister am Montag vereinbart, wie sie in dieser Situation vorgehen. Hierzu möchte ich gern etwas sagen. Es ist nicht nur eine Frage der hessischen CDU, sondern es gibt eine Reihe von Außenministern von Mitgliedstaaten der Europäischen Union – ich nenne z. B. Holland, Griechenland, Zypern und Österreich –, die ebenfalls der Auffassung waren, dass die Konsequenzen, die in dieser Angelegenheit zu ziehen sind, umfangreicher sein sollten, als dies am vergangenen Montag der Fall war.

Meine Damen und Herren, zu den Konsequenzen, die von den EU-Außenministern am vergangenen Montag gezogen worden sind, ist aus unserer Sicht Folgendes festzuhalten: Es hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden; denn diese Konsequenzen machen deutlich, dass letztlich ergebnisoffene Verhandlungen geführt werden. Ich persönlich bin der Auffassung, dass es – wer auch immer austiegen wird – keinen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union geben wird.

Wir sollten uns frühzeitig damit beschäftigen, welche Konsequenzen das in Deutschland zur Folge hat. Das ist eine Frage, die das Parlament und die Hessische Landesregierung tangiert; denn die Bundesrepublik Deutschland ist das Land in Europa mit den meisten Menschen mit einem türkischen Pass oder mit türkischen Wurzeln. Das bedeutet, dass wir an dem Tag, an dem klar wird, dass ein Beitritt – aus welchen Gründen auch immer – nicht zu stande kommt, uns darum bemühen müssen, die dann ent-

stehende Enttäuschung zu kanalisieren und damit politisch umzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Das wird eine Aufgabe sein, um die wir uns sehr frühzeitig kümmern müssen. Mit dem Beschluss der EU-Außenminister vom vergangenen Montag ist jedoch deutlich geworden, dass ergebnisoffen diskutiert wird.

Zudem gibt es ein Monitoring, das in der Diskussion oft unterschlagen wird. Die EU-Außenminister haben nicht nur beschlossen, dass über acht Kapitel zunächst nicht weiterverhandelt werden kann, bis die Türkei die Vorgaben des Ankara-Protokolls erfüllt hat. Sondern darüber hinaus wurde vereinbart, dass in den Jahren 2007, 2008 und 2009 die Fortschritte innerhalb der Türkei stärker überprüft werden und es zu weiteren Konsequenzen in den Verhandlungen führt, wenn die Fortschritte weiter so langsam wie bisher vonstatten gehen.

Meine Damen und Herren, daher sind wir mit dem Beschluss der EU-Außenminister vom vergangenen Montag auf einem Weg, dass der Türkei gezeigt wird, dass sie erstens die vertraglichen Vereinbarungen in vollem Umfang erfüllen muss und zweitens das Tempo des Umbaus, insbesondere in Fragen des Rechtssystems, der Menschenrechte und in vielen anderen Bereichen, deutlich beschleunigen muss, wenn sie ernsthaft an einem Beitritt zur Europäischen Union interessiert ist. Diese Position hält die Hessische Landesregierung für sehr sinnvoll. Wir möchten gern diesen Druck aufbauen, damit wir am Ende zu Ergebnissen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich diese Aktuelle Stunde.

Sie werden natürlich überall auf die Frage des Türkei-Beitritts angesprochen, insbesondere in der jetzigen Situation, in der alle Zeitungen über die damit verbundenen Probleme berichten. Es wäre ein schwerwiegender Fehler der Politik, wenn sie auf diese Diskussion nicht im Rahmen einer Aktuellen Stunde des Hessischen Landtags reagieren würde. Deshalb ist es richtig, dass wir diese Debatte führen. Wir werden uns als Hessische Landesregierung wie in der Vergangenheit konstruktiv und sachlich an der Diskussion beteiligen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, damit ist diese Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 37** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Lotteriestaatsvertrag stoppen – Drucks. 16/6555 –**

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart worden. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion hat das Wort.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Sportwettenmonopol ist beendet. Sportwettenmonopol ade. Die Ministerpräsidenten haben gestern ein Suchtbekämpfungsmonopol auf die Schiene gelegt. Mit

dem neuen Suchtbekämpfungsmonopol, das die Ministerpräsidenten gestern angelegt haben, verspielen sie die Einnahmen sowohl für den Sport als auch für den Denkmalschutz und die politische Jugendarbeit. Somit wird Geld, das der Gesellschaft zur Verfügung zu stehen hat, schlicht verzockt.

(Beifall bei der FDP)

Leider weist in der öffentlichen Diskussion – heute vielleicht ein bisschen beginnend in der Zeitung „Die Welt“ – niemand auf die Probleme hin, mit denen wir uns tatsächlich auseinanderzusetzen haben. Es scheint – ich verwende bewusst den Begriff „scheint“ –, als würde eine Prolongierung des Sportwettenmonopols sicherstellen, dass die Einnahmen – allein in Hessen bewegen sie sich im zweistelligen Millionenbereich – für das Ehrenamt, für Sport, für Denkmalschutz und Kultur sowie für politische Jugendarbeit gerettet werden könnten. Mitnichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai dieses Jahres ist das Sportwettenmonopol beerdigt worden. Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf es kein Sportwettenmonopol mehr geben.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht!)

– Bitte lesen Sie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Das sehen selbst die Ministerpräsidenten so. Aus diesem Grunde haben sie einen Strohhalm genutzt, der in dem Urteil enthalten ist.

Die Ministerpräsidenten haben zum Ausdruck gebracht, dass sie das Sportwettenmonopol retten wollen, da sie nun nämlich beabsichtigten, die Sucht zu bekämpfen. Ein Monopol darf man aber nur dann erhalten – so die Rechtsprechung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts –, wenn es einen inhaltlich wichtigen Grund hierfür gibt. Dieser hätte z. B. die Bekämpfung der Sucht sein können, schreiben die Bundesverfassungsrichter. Nach diesem Strohhalm haben die Ministerpräsidenten bzw. die Minister, die für die Aufsicht über die Veranstaltungen des Glücksspiels und der Sportwetten zuständig sind, gegriffen.

Jetzt möchte ich Ihnen einmal schildern, was Dr. Theo Zwanziger vor wenigen Wochen auf einer Konferenz der FDP-Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder uns am Frankfurter Flughafen vorgetragen hat: Wenn der neue Vertrag in geltendes Recht umgesetzt wird, dann werden wir für das Produkt Sportwetten keine Werbung mehr machen dürfen. Das hat zur Folge, dass sich weniger Menschen mit den Sportwetten auseinandersetzen oder dort kaufen und einzahlen.

Zum Zweiten muss es eine Einschränkung der Verkaufsstellen geben. Es ist im Übrigen unstreitig – das sagen auch die jeweiligen Lottochefs der Länder –, dass sie mit der jetzigen Zahl der Verkaufsstellen gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verstoßen. Denn es ist klar: Je mehr Verkaufsstellen, desto mehr kann man der Sucht frönen. Wir machen dies ja gerade, um die Sucht zu bekämpfen. Also müssen es weniger Verkaufsstellen werden. Das geht nicht von heute auf morgen, weil Verträge einzuhalten sind. Das geht aber relativ flott. Innerhalb von zwei Jahren können sie die Zahl in Hessen auf jeden Fall um ein Drittel reduzieren, mit der Folge, dass weniger ODDSET spielen, weil sie gar nicht mehr die Möglichkeit haben, das zu tun. Im Übrigen wird

eine weitere Folge sein, dass gerade viele der Tante-Emma-Läden

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– ich nehme das Wort bewusst mit Gänsefußchen vorne und hinten –, die auf dem flachen Land teilweise nur noch deshalb leben, weil sie Verkaufsstellen von LOTTO und ODDSET sind, ebenfalls schließen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Mit der Umsetzung des neuen Vertrages ist also eine regionalpolitische Herkulestat verbunden.

Zusammenfassend ist festzustellen: Es wird weniger eingenommen werden können, weil nicht mehr geworben wird. Und es wird weniger eingenommen werden können, weil es weniger Verkaufsstellen gibt.

Zu dem dritten Thema Internet will ich jetzt nicht Stellung nehmen, weil keiner weiß, was eigentlich Absicht der Sportwettenveranstalter ist. Auf der einen Seite nehmen sie es heraus – es gibt zurzeit keine Möglichkeit der Internetnutzung. Auf der anderen Seite verabreden sie sich offensichtlich doch, dass es bundesweit gemacht werden soll. Letzteres halte ich für vernünftig, weiß aber nicht, wie es sich bis Januar endgültig entwickelt haben wird. Wir haben also weniger Einnahmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kommen wir zu den Ausgaben. Bisher ist das Geld ungefiltert zum Beispiel zum Landessportbund, an den Ring politischer Jugend oder an die Stiftung Denkmalschutz geflossen. Das darf jetzt nicht mehr sein. Bitte bedenken Sie: Wir haben kein Sportwettenmonopol mehr, sondern wir haben ein Suchtbekämpfungsmonopol.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

– Was heißt denn „Quatsch“? Herr Kollege Frömmrich, haben Sie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht verstanden, nicht gelesen oder wollen Sie sie ignorieren? Wir wollen sie nicht ignorieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen, dass dann ein Teil des Geldes zur aktiven Bekämpfung von Suchtproblematiken ausgegeben werden muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fasse zusammen. Die Ministerpräsidenten haben gestern gesagt, sie wollen das Geld für die Gesellschaft retten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, verzocken Sie das Geld für die Gesellschaft nicht.

(Beifall bei der FDP)

Denn das Geld kommt gar nicht mehr über ODDSET und andere staatliche Sportwettenveranstalter in den Sack hinein. Wenn es ausgegeben werden muss, muss mindestens eine Teilmenge von über 30 % – so sehen es die Richter in Karlsruhe – zusätzlich zur Suchtbekämpfung ausgegeben werden.

Das alles macht deutlich, wie absurd es ist, dass die Ministerpräsidenten und die zuständigen Minister meinen, sie müssten etwas verteidigen und retten, was es nicht mehr gibt. Herr Innenminister, das Sportwettenmonopol alter Zeiten gibt es nicht mehr – wir, eine gemeinsame Koalition, haben Hand in Hand dafür gekämpft, dass das noch verlängert worden ist –, sondern es gibt jetzt ein anderes Monopol mit verheerenden Folgen für die Einnahme-

seite, insbesondere für die Sportbünde, den Denkmalschutz und die politische Jugendarbeit.

Weitere Bemerkung. All das, was in diesem Vertragsentwurf steht, ist rechtlich höchst streitig. Ich kann mich daran erinnern – der Justizminister ist gerade nicht da –,

(Nicola Beer (FDP): Er weiß, warum!)

dass der Justizminister vor einigen Monaten, als Frau Beer und ich den Gesetzentwurf zum Jugendstrafvollzug vorgestellt haben, gesagt hat, es sei ein Schnellschuss. Man müsse in aller Ruhe einmal überlegen, wie die Problemlagen seien. Ich will Ihnen nur sagen, damit wir auch wissen, worüber wir reden – objektiver Bericht –: Beide Male hat das Bundesverfassungsgericht gesagt, es müsse ein Gesetz gemacht werden oder ein Vertrag abgeschlossen werden. Beide Male hat das Bundesverfassungsgericht gesagt: Er muss am 31.12.2007 stehen.

Wir legen einen qualifizierten Gesetzentwurf zum Jugendstrafvollzug in Hessen vor, da ruft der Justizminister: „Schnellschuss“. Auf der anderen Seite räsen die Ministerpräsidenten und Innenminister bei dem Thema Suchtbekämpfungsmonopol vorneweg. Beide Male geht es um das gleiche Datum. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man so etwas Wichtiges macht, wie Geld für die Gesellschaft zu sammeln und zu halten, dann darf man keinen Schnellschuss machen, sondern dann muss man sich mit den rechtlichen Problemlagen auseinandersetzen. Das haben Sie bisher nicht getan.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt auf drei Ebenen Probleme. Nun weiß ich, dass der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein von den Landtagskollegen dort fast einstimmig aufgefordert worden ist, diesen Vertrag jetzt nicht zu unterschreiben, weil sie die rechtlichen Problemlagen sehen, insbesondere wegen Europa auf zwei Ebenen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das eine ist die Frage: Monopol – ja oder nein? Das Zweite ist die Frage: Dienstleistungsfreiheit – ja oder nein?

Von beiden Punkten wissen wir, dass sie zurzeit beim EuGH anhängig sind, und zwar im Zusammenhang mit dem Sportwettensystem in Italien. Wir alle wissen, dass der Europäische Gerichtshof festgestellt hat, dass er spätestens im Frühjahr des nächsten Jahres – das heißt übersetzt auf die Brüsseler Sprache: im April – eine Entscheidung treffen wird. Diese Entscheidung wird für die Beurteilung sehr wichtig sein, wie wir das entsprechende Monopol in Deutschland organisieren können.

Sie hören aus meinen Worten: Wir möchten hier auch noch so etwas Ähnliches wie ein Monopol haben, aber eines, das dann auch das Geld in die Gesellschaft bringt und nicht, wo es Wildwest à la irgendwelchen Orten wie Las Vegas oder Reno in Amerika zugeht.

(Beifall bei der FDP)

Zweites Problem: Kartellrecht. Das Bundeskartellamt hat – auch in meinen Augen für viele überraschend – die Landeslotteriegesellschaften angewiesen, ihre Internetangebote nicht auf die Bundesländer, aus denen sie kommen, zu beschränken, sondern sie bundesweit zu öffnen. Da haben die Strategen aus den Lotteriegesellschaften zunächst alle laut gerufen: Das ist falsch, das ist nicht richtig. Das ist rechtswidrig. – Sie mussten dann zur Kenntnis nehmen, dass der zuständige Kartellsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf es genauso gesehen hat wie Herr Böge

und seine Leute und nicht wie die Landeslotterieveranstalter.

Es ist auch klar: Es gibt gerade kartellrechtlich überhaupt keinen Grund, warum Hessen-Lotto sein ODDSET nur in Hessen anbietet und nicht z. B. auch die Mainzer Hessen-Lotto ODDSET spielen dürfen. Die Folge davon war aber nicht gewesen, dass die Lotterie-Gesellschaften das umgesetzt haben, was das OLG Düsseldorf festgeschrieben hat, sondern sie haben schlicht und ergreifend Gegenmaßnahmen ergriffen und haben das ODDSET vollständig aus dem Internet herausgenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle, die sich ein bisschen mit Kartellrecht beschäftigen, wissen, dass das nicht die richtige Lösung ist. Nur weil der derzeitige Präsident, Herr Böge, das Thema für einige Monate zur Seite gelegt hat, ist das Problem noch nicht gelöst. Also auch hier besteht Klärungsbedarf.

Dritte Bemerkung: Verfassungsrecht. Wir werden vielleicht noch erfahren, was gestern gemacht worden ist. Es gibt verschiedenste Begriffe: zustimmend zur Kenntnis genommen, durchgereicht zur Entscheidung der Parlamente. – Die Pressekonferenz, die gestern veranstaltet wurde, hat ein breites Tableau abgeliefert. Herr Wulff hat die Formulierung gewählt: „zustimmend zur Kenntnis genommen“, was auch immer das bedeutet. Wenn ich eine Sitzung leite, bedeutet das für mich: Wenn der Bericht abgegeben worden ist, dann haben wir ihn zustimmend zur Kenntnis genommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich empfehle in diesem Zusammenhang – ich komme wieder zum Verfassungsrecht zurück – Herrn Scholz. Herr Scholz ist ein sehr angesehener und anerkannter Verfassungsrechtler in unserem Land. Er war auch einmal CDU-Bundestagsabgeordneter und Bundesverteidigungsminister der CDU. Er sagt heute in der „Welt“, dass Art. 12 diesem Staatsvertrag, wie er gestern zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist, eindeutig widerspricht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, er sagt eindeutig, dass die Berufs- und Gewerbefreiheit, die im Grundgesetz geschützt ist, mit diesem Vertrag ausgehebelt wird. Darüber hinaus sagt er – das ist besonders spannend –, ich zitiere: „Mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit lässt es sich aber nicht vereinbaren, das Lotto-Staatsmonopol faktisch zu verlängern und die Privaten völlig vom Markt zu verdrängen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer bei einer solch verworrenen Rechtslage meint, mit einem Schnellschuss durch die gesamte Thematik durchgaloppieren zu können und zu wollen, der – ich sage es noch einmal – verzockt das Geld, das der Gemeinschaft zur Verfügung steht und das sie auch dringend braucht.

(Beifall bei der FDP)

Ich will gar nicht das Thema Eigentumsrecht der DFL oder des DFB diskutieren. Es ist schon spannend, dass eine Veranstaltung durchgeführt wird – ODDSET, Sportwetten auf Bundesligaspiele –, dass aber diejenigen, die die Grundlage dafür liefern, nämlich der DFB und die DFL, davon überhaupt nichts haben. So etwas gab es in der Geschichte bisher noch nicht. Ich bin mir relativ sicher: Auch dazu wird das Bundesverfassungsgericht sagen, dass das so nicht funktioniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist deshalb in unseren Augen eindeutig, dass es keinerlei Sinn macht, das Problem jetzt mit einem Schnellschuss zu lösen. Wir

fordern die Ministerpräsidenten auf, wir fordern auch die Landeslotterieanstalten auf, sich schnellstmöglich auf den Hosenboden zu setzen und ein Konzessionsmodell zu entwerfen, bei dem bundesweit 4,5,6 – das ist mir relativ egal – Anbieter, egal ob staatliche oder private, Sportwetten auf gleicher Augenhöhe mit den gleichen Belastungen an den Mann und die Frau bringen können. Wir Liberale wollen nämlich, dass das Geld weiterhin für den ehrenamtlichen Sport, für den Denkmalschutz und für anderes zur Verfügung stehen kann.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb möchte ich ein Konzessionsmodell haben, in dem es nicht möglich ist, dass die bwins dieser Welt, oder wie sie auch immer heißen mögen, das Geld über Malta oder Cayman Islands waschen können. Nein, die müssen in Deutschland ihren Sitz haben. Sie müssen hier nicht nur die normalen Steuern, sondern auch die Lotterieabgaben zahlen, aus denen wir anderes, wie Sport und Denkmalschutz und RPJ, finanzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, also weg mit dem alten Kram des Sportwettenmonopols – das ist nicht mehr zu retten; das muss jeder kapieren –, hin zu einem Konzessionsmodell, bei dem es sichergestellt ist, dass die Gesellschaft weiterhin die Beträge bekommt, die sie aus den normalen Steuern nicht finanzieren kann und die wir alle für notwendig erachten.

(Beifall bei der FDP)

Letzte Bemerkung. Wie auch immer es ausgeht, sollte dieser Staatsvertrag tatsächlich Gültigkeit bekommen – ich sage bewusst: Gültigkeit bekommen –, er wird niemals verfassungsgemäß rechtsgültig sein können.

Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie ganz herzlich, die Rechte des Landes Hessen nicht zu verraten. Sie verraten die Rechte des Landes Hessen, wenn Sie zulassen, dass erstmals in der Geschichte ein Staatsvertrag abgeschlossen wird, dem nicht jedes Bundesland zustimmen muss, sondern bei dem die Zustimmung von 13 Bundesländern reicht.

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege.

### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Ich komme zum Schluss. – Ich möchte nicht – z. B. im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich –, dass letztlich nur 13 Bundesländer beschließen, dass Hessen im Rahmen eines Staatsvertrags verpflichtet ist, 2 Milliarden oder 5 Milliarden € mehr pro Jahr zu zahlen. Das ist die Folge, wenn man von dem Einstimmigkeitsprinzip abgeht.

Herr Innenminister, davon wollen Sie jetzt wegkommen. Allein aus diesem Grunde müssen Sie von diesem Pult aus sagen – Sie sind der Verfassungsminister –, dass der Staatsvertrag auf diese Art und Weise niemals rechtsgültig werden kann, schon gar nicht mit den Stimmen des Landes Hessen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Kollegin Hartmann hat für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

### **Karin Hartmann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zur FDP halten wir es für erfreulich, dass sich bei der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz alle Ministerpräsidenten – bis auf den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein – auf eine Verlängerung des staatlichen Glücksspielmonopols verständigt haben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Haben sie nicht!)

Herr Hahn, ich würde die Frage, wer hier bereit ist, wessen Geld zu verzocken, anders als Sie beantworten. Ich gehe davon aus, dass die avisierte Unterzeichnung des Staatsvertrags im Umlaufverfahren ebenso zeitnah erfolgen kann wie die Ratifizierung durch die Landtage. Deshalb zählen wir hierbei ausnahmsweise auf den Hessischen Ministerpräsidenten und hoffen, dass er nicht wie Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Carstensen abspringt oder, wie die CDU-Ministerpräsidenten Oettinger oder Wulff, kalte Füße bekommt.

(Zurufe von der CDU: Da haben Sie mit Sicherheit auf das richtige Pferd gesetzt!)

Die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz deckt sich weitgehend mit der Position der SPD-Landtagsfraktion. Wir halten im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils eine Regelung für sinnvoll, die ohne Wenn und Aber auf die Erhaltung des staatlichen Wettmonopols hinausläuft.

Wir verschließen nicht die Augen vor den Problemen, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bezüglich einer Neuorganisation des Wettmarktes aufgeworfen hat. Vor dem Hintergrund der im Vorfeld festgelegten Eckpunkte des Staatsvertrags hat in den zurückliegenden Wochen bereits eine Änderung der Werbestrategie der hessischen Lotteriegesellschaft stattgefunden. Viele von Ihnen werden das wahrgenommen haben.

Um die Vorgaben zu erfüllen, werden wohl weitere Einschränkungen bei den Werbeaktivitäten für das Glücksspiel greifen müssen, was auch mit einer Reduzierung der Erträge einhergehen kann. Die gerichtliche Vorgabe, dass gegen die Spielsucht ausreichend vorgegangen wird, wird nicht nur durch eine Reduzierung der Werbeaktivitäten zu erfüllen sein.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das kostet Geld!)

Trotzdem halte ich es zum jetzigen Zeitpunkt für angebracht, nicht in vorausilegendem Gehorsam, wie es bei Ihnen der Fall ist, einer uneingeschränkten Liberalisierung das Wort zu reden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist alles schon gemacht! Konzessionsmodell! Hören Sie doch zu! Mann, die SPD-Frauen im Plenum!)

Deshalb war es richtig, dass die Ministerpräsidenten mit breiter Mehrheit beschlossen haben, den Staatsvertrag als Grundlage zu nehmen, sodass das staatliche Glücksspielmonopol zumindest für die nächsten Jahre gesichert werden kann.

(Nicola Beer (FDP): Ich denke, es geht um die Suchtbekämpfung!)

Wichtig war in diesem Zusammenhang auch die Signalwirkung, die von dieser mit breiter Mehrheit getroffenen Entscheidung ausgeht. Unabhängig von der Parteizugehörigkeit ist es richtig, sich klar dazu zu bekennen, dass man nicht durch einen beliebigen Wettbewerb nationaler und internationaler Anbieter einer unkontrollierten Ausweitung der Glücksspiel- und Wettermöglichkeiten Tür und Tor öffnet.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hahn zu?

**Karin Hartmann (SPD):**

Ich weiß nicht, wie ich mit meiner Redezeit hinkomme.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh, wie schwach!)

Bei einer Marktoffnung wäre die Eindämmung der Glücksspielsucht und des damit verbundenen gesellschaftlichen Schadens schier unmöglich. Wir würden es begrüßen, wenn auch der Hessische Landtag ein klares Bekenntnis zur Aufrechterhaltung des bewährten staatlichen Angebots abgäbe.

(Beifall bei der SPD)

Die Unterzeichnung des Staatsvertrags im Interesse der privaten Anbieter weiter zu verzögern und zu verhindern – quasi in vorauselendem Gehorsam mit einem Hinweis auf Europa sowie auf verfassungsrechtliche und kartellrechtliche Bedenken –, wäre aus meiner Sicht das falsche Signal.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir den ersten Absatz des FDP-Antrags ablehnen. Wenn eine getrennte Abstimmung möglich wäre, könnten wir dem zweiten Absatz zustimmen, in dem gefordert wird, dass im Innenausschuss eine Beratung über die Stellungnahmen zu dem Staatsvertrag erfolgt.

Im Hinblick auf die im Landtag vorzunehmende Ratifizierung wäre es sinnvoll, schnellstmöglich die Unterlagen zu bekommen und in die Beratungen einzutreten. Ich betone, es geht um Beratungen, in denen nicht der Liberalisierung und Öffnung des Glückspielmarkts das Wort geredet wird, sondern die einen Staatsvertrag zum Ziel haben, der, unter Berücksichtigung der europa-, verfassungs- und ordnungspolitischen Gesichtspunkte, der Erhaltung des Glücksspielmonopols dient.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine Lösung, die auch in Zukunft eine Breitensportförderung gewährleistet und die der Jugendarbeit, der Wohlfahrtspflege und dem Denkmalschutz eine verlässliche Förderung garantiert. Wenn diese Forderung mit Formulierungen wie „Erhalt der eigenen Pfründe“ abgewertet wird, geht das an der Sache vorbei.

Auch das bringt mich wieder auf die Frage, wer eigentlich wem das Wort redet. Wenn ich mich umschau, stelle ich fest, dass einer der Hauptponsoren der FDP „Bet and Win“ zu sein scheint. Daher ist es nahe liegend, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion als Einzige im Landtag den privaten Anbietern das Wort reden.

(Petrina Fuhrmann (SPD): Ganz genau!)

148 Millionen €, die das Land Hessen in diesem Jahr aus Lotto-Toto-Mitteln als Zweckertrag für Sport, Kultur, Soziales und Denkmalpflege aufwendet, dienen sicherlich nicht, wie manche anderen Positionen, der Selbstbeweiherräucherung. 148 Millionen € sind keine Peanuts, und ich kann mir nicht vorstellen, dass private Anbieter auch nur annähernd dazu bereit sind, freiwillig, verbindlich und langfristig eine ähnlich hohe Summe zur Verfügung zu stellen, damit diese Förderung aufrechterhalten werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich rate auch dazu, sich nicht von Versprechungen oder von Hochglanzbroschüren, CDs und ähnlichem Werbematerial, das uns in den letzten Wochen und Monaten reichlich in die Fächer gelegt worden ist, beeindrucken zu lassen.

Wir wollen eine Regelung, die sicherstellt, dass nicht nur die Unterstützung einiger großer Fußballvereine sowie von FDP-Veranstaltungen gesichert ist. Wir wollen, dass auch in Zukunft Vereine und Aktionen unterstützt werden, die sich nicht so gut öffentlich vermarkten lassen. Die Breitensportförderung kann sich nicht aus den Erträgen der Bandenwerbung, die von den Einschaltquoten abhängig ist, finanzieren. Dasselbe gilt für die Kultur- und Jugendförderung.

(Beifall bei der SPD)

Die Argumente der privaten Anbieter werden durch Wiederholungen nicht besser.

(Beifall bei der SPD)

Im Unterschied zu staatlichen Lotterien betreiben private Anbieter keine Sportförderung, sondern ein gewinnorientiertes Sponsoring, das im Gegenzug entsprechende Marketingmaßnahmen erwartet. Mit dem wenigen Geld, das die Privaten in dieses Sponsoring fließen lassen, wird eine hohe Werbewirkung erreicht. Die Sportförderung, die derzeit mit Lotto-Toto-Mitteln betrieben wird, ist von der Summe her sehr hoch. Aber die öffentliche Wahrnehmung ist zum Teil sehr gering.

Die Mittel, die über Lotto-Toto verteilt werden, gehen auch an Vereine und Organisationen, die nicht im Rampenlicht stehen und deren Mitglieder nicht immer auf dem Siegertreppchen zu finden sind.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Auch wenn die FDP das Festhalten am staatlichen Glücksspielmonopol für konservativ und zukunftsfeindlich hält, bin ich der Auffassung, dass dies so lange wie möglich so bleiben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Eine Liberalisierung des Sportwettenmarktes wäre sicherlich im Interesse einiger prestigeträchtiger Fußballklubs. Auch für einige interessante Sportarten wäre sie vorteilhaft. Aber für kleinere Klubs bedeutet das mit Sicherheit einen Verlust. Ich weiß, dass es auch einige kleinere Klubs gibt, die sich z. B. Fußballtrikots oder ihre Jugendmannschaften sponsoren lassen. Aber ein kostenloser Satz Trikots kommt auch nicht annähernd an das heran, was vonseiten des Landessportbunds jährlich aus Lotto-Toto-Mitteln an die Vereine fließt.

(Heinrich Heidel (FDP): Wo ist eigentlich der Präsident des Landessportbunds?)

Ich wage zu bezweifeln, dass die Zuwendungen, die von privaten Anbietern kommen, die Summe, die aufgrund der geringeren Lotto-Toto-Mittel fehlt, auch nur annähernd kompensieren können.

(Nicola Beer (FDP): Das würde einfach festgelegt!)

Ein gewinnorientiertes Sponsoring nach Ermessen kann keine gemeinwohlorientierte Sport- und Kulturförderung ersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen uns auch nicht der Illusion hingeben, dass die staatlichen Anbieter in einem freien Wettbewerb so konkurrenzfähig sind wie die Privaten. Allein ein Vergleich der Ausschüttungsquote, die bei Oddset aufgrund der Konzessionsabgaben und der Lotteriesteuer auf 55 % reduziert ist und bei privaten Anbietern bei 90 % liegt, macht deutlich, dass eine massive Verschiebung zu erwarten wäre. Dort, wo es die größten Ausschüttungsquoten gibt, werden die Leute ihre Wetten tätigen. Deswegen ist zu erwarten, dass es zu einer weiteren Verschiebung käme und dass die Beträge, die aus Lotto-Toto-Mitteln kommen, immer geringer würden.

Eine Ausgabenbelastung der Privaten, die der Belastung der staatlichen Anbieter entspricht, wird im Hinblick auf das EU-Recht nicht für realisierbar gehalten. Um daselbe Geld mit den derzeit realisierbaren Steuersätzen hereinzuholen – Herr Hahn, auch Sie haben das sicherlich einmal durchgerechnet –, wäre eine massive Ausweitung der Glücksspielaktivitäten erforderlich, was unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten nicht wünschenswert wäre, ganz zu schweigen davon, dass Anbieter mit Sitz im Ausland wohl kaum zu Steuern oder Abgaben herangezogen werden könnten.

Was rechtliche Dinge anbelangt, ist die Einschätzung so, dass die Einführung eines begrenzten Konzessionsmodells, welches von Ihnen gefordert wird, welches die Zulassung einiger weniger privater Anbieter ermöglichen würde, europarechtlich zu wenig tragbar sein würde und sehr schnell auf eine Totalliberalisierung des Glücksspielmarktes hinausliefe. Das bedeutet, dass eine Ausweitung des Wettbewerbs unstrittig mit einer Ausweitung der Glücksspielsucht verbunden wäre.

Was diese rechtliche Dimension anbelangt, maße ich mir im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hahn – wenn Sie mir zuhören würden, wäre ich Ihnen sehr verbunden; ich hatte das auch bei Ihnen gemacht; und die Debatte über den Tisch hinweg könnten Sie auch draußen führen --

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Frau Hartmann, Sie könnten auch meine Fragen zulassen! Wir könnten uns wechselseitig Stil vorwerfen!)

Was die rechtliche Dimension anbelangt, maße ich mir als Nichtjuristin nicht an, dass ich mich in die Diskussion einmische, die von Verfassungsjuristen geführt wird. Aber als die für Sportpolitik zuständige Landtagsabgeordnete führe ich hier die politische Diskussion. Ich erwarte deshalb von den Verfassern des Staatsvertrages, dass das, was politisch offensichtlich von einer breiten Mehrheit so gewollt wird – das ist gestern deutlich geworden –, im Staatsvertrag so umgesetzt wird, dass es auf EU-Ebene und vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird.

(Beifall des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Heinrich Heidel (FDP): Herzlichen Glückwunsch!)

Wohl wissend, dass dieser Staatsvertrag nur eine begrenzte Lebensdauer haben kann, halten wir vorauseilenden Gehorsam im Interesse der privaten Wettanbieter nicht für sinnvoll und begrüßen deshalb die Entscheidung der Ministerpräsidenten. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir die Fachdebatte zu diesem Thema sinnvollerweise im Ausschuss fortsetzen sollten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie sollten sie erst einmal beginnen!)

– Herr Hahn, wenn Sie jetzt eine Kurzintervention planen: Ich hatte es eben gesagt, dass ich mich auf eine verfassungsrechtliche Diskussion mit Ihnen hier nicht einlassen werde.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für eine Kurzintervention hat Herr Hahn das Wort.

### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Günter Neugebauer, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein, hat am 29. November, d. h. vor nicht einmal 14 Tagen, Folgendes im Landtag in Kiel gesagt:

Ich habe für die SPD allerdings gesagt, dass wir am Zustandekommen dieses Staatsvertrages natürlich zwar interessiert sind, dass er aber auch europatauglich sein muss. Das heißt, er muss den Kriterien des europäischen Rechts entsprechen. Heute wissen wir nicht, ob das im Frühjahr des nächsten Jahres noch der Fall sein kann.

Deshalb macht der Staatsvertrag jetzt keinen Sinn.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat ein Sozialdemokrat gesagt, Günter Neugebauer, vor 14 Tagen im Landtag von Schleswig-Holstein.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 15 andere Länder sehen es nicht so!)

– Ich würde sagen, das hat nichts mit anderen Ländern zu tun, sondern er geht ganz offensichtlich von einer ganz anderen Art der Auseinandersetzung aus als Sie. Er geht davon aus, dass es nicht ein Streit zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten ist.

Frau Kollegin Hartmann, ich verwahre mich dagegen, dass Sie meinen, wir hätten ein Interesse, Private zu unterstützen. Wir haben das Interesse, dass das Geld, das bisher über die Sportwetten in Aktionen z. B. des Sportbundes, des Denkmalschutzes und von RPJ geflossen ist, weiter fließt.

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Interessenlage der FDP, und zwar die bundesweite Interessenlage der FDP. Wir möchten, dass uns das Geld nicht verloren geht, weil diese Gesellschaft auf das Geld angewiesen ist. Alle, die jetzt wie Sie, Frau Hartmann, auf einer vollkommen alten Wolke schweben und meinen, noch etwas konservieren zu können, was nicht zu konservieren ist, die verzocken dieses Geld. Die provozieren, dass wir hier Wildwest bekommen.

Stellen Sie sich einmal vor, der EuGH beschließt im nächsten April, dass dieses System nicht korrekt ist, und mit einer einstweiligen Verfügung, die dann relativ schnell vom Bundesverfassungsgericht zu bekommen ist, wird der Staatsvertrag aus den Angeln gehoben. Was passiert dann? Dann haben wir eine regelungsfreie Zeit, und dann kann wirklich jeder aus Malta oder von den Cayman Islands hierherkommen und Sportwetten veranstalten. Dann ist das Geld endgültig weg.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Die Redezeit ist um.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Seien Sie bitte nicht so vernagelt, in irgendwelchen Weltbildern herumzulaufen, Frau Hartmann. Wenn Sie mit mir der Auffassung sind, dass das Geld weiterhin der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden soll, dann müssen Sie mitspielen. Ansonsten verzocken Sie das Geld der Gesellschaft. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Hartmann, Sie wollen nicht antworten?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Kann sie nicht!)

Dann hat Herr Beuth für die Fraktion der Union das Wort.

**Peter Beuth (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht damit beginnen: Herr Hahn, zunächst einmal freut mich, dass Sie nicht der völligen Liberalisierung das Wort geredet haben. Das war zunächst dem Antrag nicht zu entnehmen. Insofern glaube ich, dass es zumindest eine Diskussionsbasis gibt,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Lesen Sie einmal die Begründung!)

sodass wir im Ausschuss die Gelegenheit haben --

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Lesen Sie die Begründung!)

– Herr Kollege Hahn, in aller Ruhe.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nee! Wenn Sie die Unwahrheit sagen!)

Es passiert schon einmal, dass man hier im Landtag alleine steht. Das ist nun einmal so. Damit müssen Sie jetzt umgehen. Das ist Ihr Problem. Daran kann ich nichts ändern.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es geht darum, dass Sie Mist erzählen!)

Herr Kollege Hahn, es erfreut mich, dass wir zumindest eine Basis gefunden haben, auf der wir im Ausschuss weitermachen können. Ich glaube nicht, dass sich die Ministerpräsidenten verzockt haben. Ich glaube nicht, dass sie auf weißen oder schwarzen Wolken geschwebt haben, als sie sich gestern auf den Staatsvertrag geeinigt haben, sondern dass Sie sich verrannt haben. Sie haben sich ver-

rannt. Sie haben geglaubt, dass aufgrund der durchaus immensen wirtschaftlichen Interessen, die natürlich bei diesem Spiel beteiligt sind, die Ministerpräsidenten und die Länder keine Einigung zustande bekommen. Sie haben es am gestrigen Tag aber getan, zumindest in der übergroßen Mehrheit. Das zeigt, mit welcher Besonnenheit die Länder vorgehen. Ich glaube, das sollten wir hier zur Kenntnis nehmen.

Lieber Herr Kollege Hahn, das, was Sie hier an markigen Worten wie „Suchtbekämpfungsmonopol“ usw. in die Runde geworfen haben, hilft in der Diskussion am Ende niemandem. Das ist auch klar. Am Ende konnte man den Eindruck gewinnen, dass Sie der relativ einseitigen Fußballprofiaargumentation aufgesessen sind.

Meine Damen und Herren, es hilft uns nicht, wenn wir hier darüber diskutieren, Bet and Win zum Gegenstand nehmen und das Trikotsponsoring für Schoppenmannschaften gegen die Sportbundförderung und die Förderung von Übungsleitern gegeneinander ausspielen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hat das hier jemand gemacht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich räume ein, einem Monopol das Wort zu reden, ist nicht ganz einfach. Aber es gibt gleichwohl ordentliche Rechtfertigungsgründe.

Ich glaube, der Kollege Hahn möchte gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege Hahn will das nachholen, was er gestern nicht gemacht hat! Er hat noch Nachspielzeit von gestern!)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank für den Hinweis, wir haben es gesehen. – Herr Hahn, Sie haben das Wort.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Ich war gestern im Kreistag. – Herr Kollege Beuth, könnten Sie mir helfen und mir sagen, wer vorhin – war das Frau Hartmann oder ich? – versucht hat, die Hemdchen der Schoppenmannschaften und die Unterstützung der Vereine gegeneinanderzustellen? Ich habe das nicht mitbekommen. Können Sie mir helfen und sagen, wer das gesagt hat?

**Peter Beuth (CDU):**

Ich kann mich sehr wohl an das erinnern, was Sie hier vorgetragen haben. Ich weiß nicht, in welcher Runde Sie zusammen gesessen haben, aber die Stichworte Frankfurter Flughafen, Deutscher Fußballbund und Theo Zwanziger habe ich mir gemerkt. Die Argumentation, die Sie daraus ableiten, ist für mich eindeutig. Dies habe ich mit der Bemerkung vorhin – Thekenmannschaften, Schoppenmannschaften und Trikotsponsoring im Gegensatz zur Landes-sportbundförderung – auf den Punkt gebracht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er lacht wenigstens!)

Meine Damen und Herren, ich war gerade dabei, einzuräumen, dass es mir nicht leicht fällt, am Ende einem Monopol das Wort zu reden. Gleichwohl meine ich, dass die Rechtfertigungsgründe sehr ordentlich sind. Herr Kol-

lege Hahn, vielleicht finden wir hier wieder zueinander; denn sogar Sie haben konstatiert, dass der Weltmarkt am Ende Beschränkungen unterliegen muss.

Ich glaube, dass das staatliche Monopol europarechtlich konform ist. Ansonsten hätten die Ministerpräsidenten gestern nicht die entsprechende Entscheidung getroffen. Darüber hinaus unterliegt der Glücksspielmarkt nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und auch in Übersee entsprechenden Beschränkungen, sodass es klug ist, dass man heute, ein halbes Jahr nach der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung, den Markt nicht völlig freigibt; denn die Kollateralschäden, die das am Ende haben könnte, wären zu groß, und am Ende will sie auch niemand.

Herr Kollege Hahn, niemand will Kollateralschäden. Ich glaube, dass das mit einer Begründung dafür war, dass die FDP-Kollegen in den Koalitionen der Länder bei der Zustimmung zu dem Staatsvertrag mitgemacht haben. Ich meine sogar, aus Nordrhein-Westfalen sei ein FDP-Innenminister mit dabei gewesen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat der Airbag nicht funktioniert beim Kollateralschaden! – Heiterkeit)

Ich glaube insofern, dass wir nicht Sorge haben müssen, dass FDP-Positionen nicht entsprechend bedacht worden sind.

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, dass es für das Sportwettenmonopol eine Rechtfertigung gibt, die in den legitimen Gemeinwohlzwecken begriffen ist. Das geht so weit, dass der staatliche Eingriff, dass die Normierung und die Kontrolle gerechtfertigt sind. Hierzu bietet das Bundesverfassungsgericht zwei Möglichkeiten an. Die eine hat die Kollegin Hartmann hier bereits vorgestellt. Für diese Möglichkeit haben sich die Ministerpräsidenten gestern entschieden: das Sportwettenmonopol. Die andere Möglichkeit wäre die Konzessionierung.

Jedenfalls ist aber eine Beschränkung zulässig. Herr Kollege Hahn, insofern glaube ich, dass wir in der Analyse des Urteils vom Bundesverfassungsgericht doch ein bisschen auseinander liegen. Es eröffnet nämlich dem Gesetzgeber vielmehr die Wahlfreiheit zwischen den zwei Alternativen: Entweder bleibt das Wettmonopol bestehen, wird aber verfassungskonform ausgestaltet, wie das in dem Staatsvertrag nunmehr versucht wird, oder die gewerbliche Veranstaltung von Sportwetten durch Private wird gesetzlich normiert und kontrolliert zugelassen. Entscheidet sich der Gesetzgeber für den Erhalt des Wettmonopols, so sind folgende Anforderungen zu erfüllen:

Art und Zuschnitt der Sportwetten müssen gesetzlich festgelegt sowie Vorgaben zur Beschränkung ihrer Vermarktung getroffen werden. Die Werbung hat sich auf eine Information und Aufklärung über Möglichkeiten zu Wetten zu beschränken. Vorkehrungen für den Einzelschutz des Spielers, z. B. die Selbst sperren, sollten eingeführt werden, und Maßnahmen zur Abwehr von Suchtgefahren, die über das bloße Bereithalten von Informationsmaterial hinausgehen, sind zu ergreifen.

Des Weiteren sind die Vertriebswege so zu wählen, dass Möglichkeiten des Spieler- und Jugendschutzes genutzt werden. Dabei läuft insbesondere eine Verknüpfung von Wettmöglichkeiten mit Fernsehübertragungen von Sportereignissen aus Sicht der Richter dem Ziel zuwider.

Diesen Vorgaben kommt unseres Erachtens der Staatsvertrag, der gestern zum Abschluss in Aussicht gestellt wurde, entgegen. Ich glaube auch, dass die Frage der Suchtprävention in der Tat ein starkes Argument ist. Kollegin Hartmann war so freundlich, die Argumente hier vorzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere im Bereich der Sportwetten ist das, so glaube ich, unbestritten. Denn die Sportbegeisterung nutzt am Ende noch viel intensiver Emotionen aus als andere Glücksspiele. Wenn ich insbesondere daran denke, dass Online-Live-Wetten mit angeboten wurden, bei denen durch zusätzlichen Nervenkitzel im Grunde eine erhöhte Gefahr bestanden hat, dann glaube ich, dass es richtig ist, dass man sich diesem Argument in der Tat vernünftig zuwendet.

Daher sind Suchtprävention und Jugendschutz ein sachlicher und nicht von der Hand zu weisender Grund. Dieser Punkt ist bereits von den staatlichen Anbietern entsprechend aufgegriffen worden. Frau Kollegin Hartmann war so freundlich, das hier bereits vorzutragen. Aber darüber hinaus hat das Wettmonopol natürlich auch noch eine weitere Aufgabe. Es bewahrt nämlich auch vor kriminellen Strukturen, die auftraten, wenn wir eine völlige Liberalisierung hätten.

Ich glaube, am Ende zählt aber – und das ist bei beiden Beiträgen deutlich geworden – natürlich auch die Frage des Geldes. Das wirtschaftliche Interesse, das hinter Sportwetten steht, ist natürlich immens. Es sind insgesamt 8,5 Milliarden €, die in dem Bereich des Glücksspiels zu verdienen sind. Das ist natürlich ein gewichtiges Argument. Bei den Sportwetten hatten wir in den vergangenen Jahren eine Steigerung von 400 % zu verzeichnen. Eine solche Zahl habe ich gelesen. Das ist am Ende ein hochinteressantes Geschäft. Daher kann man auch täglich in Zeitungen in großen Anzeigen nachlesen, dass die Wettlobby ein ganz anderes Interesse hat als das, was wir hier wahrzunehmen haben.

Aber ich glaube auch, dass es richtig ist, dass wir uns davon nicht unter Druck setzen lassen. – Der Kollege Klee ist so freundlich, die schwarz-rot-goldene Broschüre, die den Landtagsabgeordneten vorgestern zur Kenntnis gebracht wurde, hochzuhalten. – Ich glaube, dass wir mit dem Staatsvertrag, der ab 2008 gilt, am Ende auch eine ordentliche Übergangsfrist einräumen, sodass man sich danach richten kann.

Die Gemeinwohlorientierung ist schon dargestellt worden. Ich will das in folgendem Punkt noch einmal aufgreifen. Mit dem, was z. B. Lotto Hessen im Jahr 2005 umgesetzt hat, nämlich 630 Millionen €, wurde in ganz erheblichem Maße nicht nur der Sport gefördert, der hier in Rede stand, sondern darüber hinaus auch der Denkmalschutz, die freie Wohlfahrtspflege, die Jugendbildung, der Jugendring, der Deutsche Olympische Sportbund, der hier zu den Destinatären gehört. Insgesamt sind es fast 40 Millionen €, die hier für Zwecke des Gemeinwohls ausgeschüttet werden.

Wenn wir uns den Bereich des Sports ansehen, der sachnah an den Sportwetten ist, sollten wir uns noch einmal vergegenwärtigen, dass der Landessportbund damit nicht etwa Funktionäre bezahlt, sondern das kommt schlicht und ergreifend den Übungsleitern, den Zuschüssen für Übungsleiter in den Vereinen, den Versicherungen für die

Vereine, dem Sportstättenbau oder auch der Bezugssumme von langlebigen Sportgeräten zugute.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich finde, an dieser Stelle ist es klug, wenn wir besonnen damit umgehen. Denn am Ende fehlt zumindest mir die Vorstellung dafür, was passiert, wenn diese Einnahmen aus dem Lotto nicht mehr den jetzigen Destinatären zu kommen und wenn dann der FDP-Fraktionsvorsitzende oder der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion mir nichts, dir nichts sagt, dass wir dies in Zukunft aus dem Staatshaushalt bezahlen werden. Insofern glaube ich, es ist klug, dass wir wirklich sehr besonnen mit dieser Frage umgehen.

Ich denke, wir haben mit dem Staatsvertrag, der gestern zum Abschluss in Aussicht gestellt wurde, eine gegenwärtig richtige Maßnahme ergriffen. Ich glaube, das eröffnet uns auch die Zeit, zu überlegen, wie am Ende der Wettspielmarkt vernünftig organisiert werden kann. Es ist daher, Herr Kollege Hahn, weder ein Schnellschuss, noch ist es unüberlegt. Sondern es dient gerade dazu, dass man in Ruhe und Gelassenheit die Frage miteinander noch einmal erörtern kann und unter anderem auch die europarechtlichen Regelungen noch einmal miteinander diskutiert. Denn das, was Sie als Gegenpart zu dem Wettmonopol anzubieten haben, nämlich das Konzessionsmodell, ist genauso eine Marktbeschränkung und unterliegt genauso europäischen Regelungen. Wenn Sie das schon infrage stellen, dann ist es da genauso wenig sicher, dass am Ende diese Marktbeschränkung Gültigkeit haben wird.

Es ist klug, dass wir im Bereich der Sportwetten besonnen handeln. Das haben die Ministerpräsidenten gestern gemacht, indem sie den Staatsvertrag zumindest einmal ausgehandelt haben. Insofern ist es klug, dass wir auch weiter so besonnen handeln, indem wir den Antrag im Ausschuss weiter beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Frömmrich das Wort.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Beuth hat gerade noch einmal gesagt, dass wir in dieser Frage ruhig und besonnen diskutieren und argumentieren sollten. Das würde ich auch sagen. Wir hatten am Freitag letzter Woche – ich glaube, da war das – die Freude, dieses Thema auch bei der Landessportkonferenz anzusprechen. Die Freude darüber, dass wir im Hessischen Landtag an exponierter Stelle über dieses Thema als gesetzten Beitrag reden, ist dort nicht gerade auf Gegenliebe und Zuneigung gestoßen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir uns dafür in diesem Bereich, der in der Tat relativ komplex ist, der auch schwierig zu regeln ist und für den es auch nicht die einfache und schnelle Antwort gibt, Zeit genommen hätten und das intensiv in den Ausschüssen mit Sachverständigen hätten diskutieren können. Das ist nun nicht der Fall. Deswegen diskutieren wir es heute hier im Plenum des Hessischen Landtags.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ohne Sachverständigen!)

Aber ich glaube, dass das der Debatte nicht unbedingt guttut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Beuth hat auch gesagt, Ruhe und Besonnenheit sollten herrschen. Herr Kollege Beuth, ich glaube, dass das relativ schwierig ist, wenn es um richtig viel Kohle geht. Da ist man immer relativ schnell aufgeregt. Ich werde nachher ein paar Zahlen nennen.

(Zuruf von der CDU: Woher wissen Sie das? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ach, mein Gott. Ich spare mir das. – Wenn es um relativ viel Kohle geht, ist es nicht besonders einfach, ruhig und gelassen zu argumentieren.

(Zuruf von der CDU)

– Meine Güte, Sie kommen zu spät. Sie wissen gar nicht, was hier diskutiert wird. Also halten Sie sich doch heraus. Sie wissen doch gar nicht, auf was ich eingehe.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es geht um Kohle!)

Da kann ich dem Kollegen Beuth nur zustimmen. Es geht nämlich um viel Geld – auch für das Land Hessen. Und es geht auch um viel Geld für diejenigen, die hier aus den Toto-Lotto-Mitteln Geld bekommen.

Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Entscheidung über die Neufassung des Lotterievertrags erst nach gründlicher Auswertung der Stellungnahme aus der Anhörung bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über das Sportwetten- und Lotteriewesen zurückgestellt wird. Das kann nun nicht mehr erfolgen, weil sich die Ministerpräsidenten gestern offensichtlich geeinigt haben. Worin die Einigung genau besteht, wird vielleicht der Ministerpräsident wissen. Die Stellungnahmen in den Zeitungen waren ja sehr unterschiedlich.

Die FDP fordert auch, dass die Stellungnahmen den zuständigen Ausschüssen zugeleitet werden sollen. Dagegen ist meiner Auffassung nach grundsätzlich nichts einzuwenden – im Gegenteil. Dieser Themenbereich wird in allen Fraktionen sehr intensiv und zum Teil auch sehr kontrovers diskutiert. Deswegen habe ich vorhin gesagt, dass es mich durchaus wundert, dass man schon am Anfang eines solchen Prozesses die leichte Antwort hat.

Die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Parteien zeigen auch, wie strittig dieses Thema ist. Im Vorfeld der Konferenz der Ministerpräsidenten hat man auch gesehen, dass es durchaus in den gleichen Parteien unterschiedliche Auffassungen in der öffentlichen Debatte geben hat.

Wir können aber nicht nachvollziehen, dass Herr Hahn auf der einen Seite eine gründliche Prüfung fordert, sich aber auf der anderen Seite selbst sofort in der Pressekonferenz, die er gemacht hat, auf ein Verfahren festlegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ein Konzessionsmodell wird gefordert, und der vorgelegte Staatsvertrag wird von Herrn Kollegen Hahn als nicht verfassungsgemäß bezeichnet. Nun wissen wir alle, dass die Juristen bekanntlich zu allem fähig sind. Aber wie Sie, Herr Kollege Hahn, diesen so komplexen Sachverhalt so schnell einer rechtlichen Prüfung unterziehen können, erstaunt mich schon sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sie unterziehen das einer rechtlichen Prüfung. Da ist ein bisschen etwas an Rechtsmaterie zu prüfen. Da geht es um Europarecht,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein! Beim Verfassungsrecht geht es um Verfassungsrecht!)

da geht es um Verfassungsrecht, und da geht es um Kartellrecht. Herr Kollege Hahn bietet uns da sofort die Lösung an. Er sagt uns sofort, was nicht gehen kann und wie das Problem gelöst werden soll. Herr Hahn, ich bewundere Sie dafür.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht übertreiben! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Kollege, ich nehme die Bewunderung an!)

Herr Hahn, bei der Turboprüfung erkennen Sie, dass das Ziel, das Sie in den Vordergrund stellen, nämlich die fiskalischen Interessen des Staats, die Einnahmen zum Zwecke der Förderung des Sports zu verwenden, vom Bundesverfassungsgericht explizit nicht als eigenständiges Ziel zugelassen wurde. Herr Kollege Hahn, Sie bewegen sich hier auf sehr dünnem Eis.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und das bei meinem Gewicht!)

Von daher hätte ich mir gewünscht, dass Sie das etwas langsamer geprüft hätten und vielleicht auch ein bisschen intensiver in diese Debatte eingestiegen wären.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur der Kollege Hahn hat hier einen ziemlichen Quickie vorgelegt.

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Uii!)

Vielmehr war auch die Bundestagsfraktion der FDP bei dem Thema sehr schnell bei der Sache. Die Bundestagsfraktion der FDP hat schon am 31. Mai 2006 erklärt, dass das aufgrund des Rechts der Europäischen Union nicht zu halten und dass das auch wegen des Verfassungsrechts höchst problematisch sei. Das alles hat sie festgestellt, ohne dass der Staatsvertrag am 31. Mai 2006 schon vorgelegen hätte.

Die Bundestagsfraktion der FDP teilt in ihrem Antrag mit, dass der Deutsche Bundestag eine Neuordnung des Rechts der Sportwetten aus rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen für erforderlich hält.

(Beifall der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Roland von Hunnius (FDP))

Auch gelte es, internationalen Entwicklungen und der Fortentwicklung der Kommunikationstechnologie, insbesondere im Bereich Internet, Rechnung zu tragen. Die Rahmenbedingungen seien dabei wettbewerbsgerecht und auch im internationalen Vergleich konkurrenzfähig auszugestalten.

In dem Antrag steht noch, dass man natürlich auch Mittel zum Zwecke der Förderung der Sportverbände und für andere Zwecke haben will. Weiterhin steht in Ihrem Antrag, dass die Rechtsunsicherheit beendet werden sollte. In Punkt II des Antrags fordern Sie dann einiges. Das finde ich sehr interessant. Sie wollen das anders geregelt sehen. Die Einnahmen zur Förderung des Sports müssen Ihrer Vorstellung nach aber gleich bleiben.

Gleichzeitig soll die Spielsucht eingegrenzt werden. Außerdem sollen der Verbraucher- und Jugendschutz berücksichtigt werden. Man will auch nicht, dass Begleitkriminalität eintritt. Außerdem soll der Markteintritt nur Personen gewährt werden, die ihre persönliche Zuverlässigkeit nachgewiesen haben. Das, was die Bundestagsfraktion der FDP in ihrem Antrag fordert, gleicht der eierlegenden Wollmilchsau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen alle positiven Aspekte, die das Monopol auf der einen Seite bietet, mit den wirtschaftlichen Aspekten, die es auf der anderen Seite gibt, verbinden. Herr Kollege Hahn, da sind wir dann wirklich bei der eierlegenden Wollmilchsau.

Ich will auf ein paar Zahlen eingehen. Ich finde, in einer Debatte sollte man sich das auch immer vergegenwärtigen. Der kohlepolitische Sprecher der CDU ist jetzt weg. Von daher kann ich das jetzt tun. Es geht um relativ viel Geld.

Im Jahre 2005 wurden an den Landessportbund Hessen 19,1 Millionen € ausgeschüttet. Die Liga der freien Wohlfahrtsverbände erhielt 5,1 Millionen €. An den Hessischen Jugendring gingen 2,1 Millionen €. Die Träger der außerschulischen Jugendbildung erhielten 6,3 Millionen €. Der Ring politischer Jugend erhielt 550.000 €. An die Deutsche Stiftung Denkmalschutz gingen 1,82 Millionen €. An den Deutschen Sportbund gingen ebenfalls 1,82 Millionen €. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege erhielt gleichfalls 1,82 Millionen €. Das sind zusammen 38,61 Millionen €, die allein die Destinatäre davon bekommen. Es geht da in der Tat um richtig viel Geld.

Natürlich geht es auch um Steuern, die das Land Hessen vereinnahmt. Das sind 108,55 Millionen €. Auch das ist richtig viel Geld.

Es geht z. B. auch um zweckgebundene Mittel, die das Land Hessen zum Zwecke der Förderung des Sports, der Kultur, sozialer Angelegenheiten und des Denkmalschutzes ausgibt. Dabei geht es noch einmal um 109 Millionen €. Die sonstigen Steuern und der Jahresüberschuss machen auch noch einmal 1,42 Millionen € aus.

Es geht also in der Tat um relativ viel Geld. Ich denke, wir sollten uns deswegen nicht gegenseitig vorwerfen, dass sozusagen der eine der Monopolist und der andere der Liberalist sein will. Der Dritte stellt sich dann als derjenige dar, der den Stein der Weisen gefunden hat.

Ich denke, dass wir uns das, was zurzeit in der Diskussion ist, genauso angucken sollten wie das, was mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgeschrieben wurde und was demnächst unter Umständen durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs festgeschrieben werden soll. Auf dieser Basis sollten wir dann eine Lösung finden, mit der möglichst alle Probleme angegangen und auch beseitigt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Hahn, ich finde, dass Ihr Vorschlag mit der Konzession deshalb ein relativer Schnellschuss ist.

Ich will dazu auch Zahlen der Bundesebene nennen. Es gibt dazu zwei Unterschiede. Die Angabe, die ich habe, besagt, dass es in der Bundesrepublik Deutschland daraus Zweckabgaben in Höhe von 3,3 Milliarden € gibt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was schlägt denn Herr Frömmrich vor?)

Sie müssen von einem ausgehen: Wir haben zurzeit im Deutschen Toto- und Lotto-Block einen Umsatz in Höhe von 8,1 Milliarden €. Bei einem Umsatz von 8,1 Milliarden € ergibt sich eine zweckgebundene Abgabe in Höhe von 3,3 Milliarden €, deren Aufkommen für die genannten Zwecke ausgegeben wird. Das heißt, im Prinzip werden 40 % des Umsatzes für solche Zwecke ausgeschüttet.

Herr Hahn, Sie gehen davon aus, dass 50 % als Gewinn ausgeschüttet werden sollen. Dann ist aber die Hürde dafür, Mittel in der gleichen Höhe zu erhalten, relativ hoch. Sie müssen zu Ihrem Konzessionsmodell einmal erklären, wie hoch die Abgabe und wie hoch die Konzessionsgebühr sein müssen, um das zu erreichen, von dem Sie gesagt haben, dass Sie es auch wollen, nämlich sicherzustellen, dass diese Mittel weiterhin für die öffentlichen Zwecke zur Verfügung stehen. Herr Kollege Hahn, auf diese Frage haben Sie jedenfalls heute hier keine Antwort gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was wollt ihr denn?)

Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, dass das Sportwettenmonopol, so wie es jetzt gestaltet ist, nicht verfassungsgemäß ist. Es sagt, lediglich eine Ausrichtung des Gesetzes auf eine aktive Suchtbekämpfung könne die Aufrechterhaltung des Monopols und damit den Ausschluss privater Wettanbieter rechtfertigen. Ich finde, die Thematik Suchtprävention und Suchtbekämpfung sollte man sich auch einmal genauer anschauen.

Herr Kollege Hahn, ich glaube schon, dass man auf einem liberalisierten Markt, auf dem private Anbieter zugelassen sind, nicht mit dem auskommen wird, was wir zurzeit an Werbung für solche Spiele und für Toto und Lotto haben. Es wird dazu kommen, dass am Markt wesentlich aggressiver operiert werden wird. Es wird wesentlich stärker um die Kundinnen und Kunden gerungen werden.

Von daher erhebt sich schon die Frage, wie man das so ausgestaltet, dass man auch dem Anspruch der Suchtbekämpfung gerecht wird. Das ist der eine Punkt. Herr Kollege Beuth hat in seiner Rede noch etwas anderes angeprochen.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Herr Kollege Wintermeyer, natürlich soll den Leuten der Spaß nicht verdorben werden. Ich glaube aber schon, dass wir uns genauer angucken müssen, was das Verfassungsgericht gesagt hat. Das Verfassungsgericht sagt jedenfalls, dass die Suchtprävention ein wesentlicher Aspekt ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir bei diesem Punkt mit einem Monopol besser leben als mit einem liberalisierten Markt.

In Frankfurt und in Offenbach hat es Schließungsverfügungen gegeben. Der Innenminister hat das veranlasst. Boris Rhein hat das auch fleißig getan. Wenn man sich die Buden anschaut, in denen das Glücksspiel angeboten wurde, dann entsteht schon der Eindruck, dass das keine besonders vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen sind. Das hat auch eine ganze Menge mit Begleitkriminalität zu tun. Vielleicht hat ein staatliches Monopol da unter anderem auch einen regulierenden Charakter. Ich

glaube, dass man mit diesem staatlichen Monopol nicht schlecht gefahren ist.

Herr Kollege Hahn, ich will nicht verkennen, dass unter Umständen dieses Monopol aus Gründen des Rechts der Europäischen Union nicht gehalten werden kann. Dann muss man sich überlegen, wie man das regeln will.

Ich glaube aber nicht, dass wir jetzt schon an dem Punkt sind, wo wir sagen sollten, das Monopol muss fallen. Wir sollten nicht jetzt schon erklären, dass wir für ein Konzessionsmodell sind. Ich werbe für etwas anderes. Das steht zum Teil auch in Ihrem Antrag. Ich werbe dafür, dass wir uns zunächst einmal angucken, was die Ministerpräsidenten vereinbart haben.

Wir werden den Staatsvertrag beraten. Das entspricht dem ganz normalen Verfahren, das wir hier im Landtag haben. Wir werden die Landesregierung bitten, uns die Stellungnahmen vorzulegen, die zu dem Staatsvertrag abgegeben wurden. Wir können sie dann in die Diskussion, die es im Innenausschuss dazu geben wird, einbeziehen. Dabei können wir uns dann angucken, wie die Sache weitergehen kann.

Ich würde diesen Staatsvertrag sogar in Kraft setzen. Ich habe in einer Meldung der „dpa“ gelesen, dass die Ministerpräsidenten gesagt haben, dass das erst einmal nur für vier Jahre gelten soll. Bis dahin wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vorliegen. Bis dahin werden wir wissen, welche Anforderungen erfüllt werden müssen. Dann müssen wir die Debatte darüber führen, wie wir diesen Bereich neu regeln wollen.

Ich möchte am Schluss meiner Rede noch einmal darauf eingehen, dass wir uns wirklich auch darüber Gedanken machen müssen, um wie viel Geld es hier geht. Auch heute habe ich in mein Fach geschaut. Wir kriegen CDs zugeschickt, auf denen die Argumente der deutschen Buchmacher bzw. des Deutschen Buchmacherverbands dargestellt werden. Wir bekommen damit die Argumentationen der Wettanbieter in Deutschland vorgelegt. Daran kann man erkennen, dass es hier um relativ viel Geld geht.

Es geht hier auch um relativ viel Geld, auf das der Staat unter Umständen verzichten muss. Das würde dann für die karitativen Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehen. Deswegen werbe ich dafür, dass wir bei diesem Thema keine Schnellschüsse machen und auch keine Vorfestlegungen treffen. Vielmehr sollten wir darüber im zuständigen Ausschuss eine intensive Debatte führen. Wir sollten auf der Grundlage dessen, was uns dann vorliegt, eine vernünftige Entscheidung treffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Staatsminister Bouffier das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich denke, die Debatte hat deutlich gemacht, dass diese Diskussion nicht ganz einfach ist, weil es um vielfältige juristische Aspekte geht und weil sie auch interessengeleitet ist.

Das ist weder außergewöhnlich, noch ist es schlimm, aber man muss es einmal sagen: Hier werden viele Interessen – wir haben es bei dem Kollegen Frömmrich gerade gesehen – auch werblich unterstützt, und es wird wirklich ein-

drucksvooll versucht, eine Entscheidung zu beeinflussen. Bevor ich ein paar Bemerkungen mache, will ich zunächst dem Anliegen Rechnung tragen, zu berichten, was die Ministerpräsidenten nun konkret beschlossen haben.

Frau Präsidentin, ich zitiere nun wörtlich. Die Ministerpräsidenten haben unter Tagesordnungspunkt 2 der gestrigen Konferenz Folgendes beschlossen – der Beschluss hat fünf Teile, sie sind aber nur in zwei Punkten interessant, der Rest dreht sich um Besonderheiten in Thüringen, Sachsen etc. –:

1. Die Regierungschefs der Länder nehmen mit 15 : 1 Stimmen den Entwurf des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland nebst Begründung – beides Stand 08.12.2006 – mit der Maßgabe zustimmend zur Kenntnis, dass hinsichtlich der Vertragsbeendigung die Alternative 7.2.2 des Berichts der federführenden Länder Anwendung findet.

Dieser Punkt 7.2.2 bedeutet Außerkrafttreten nach vier Jahren mit Verlängerungsmöglichkeit.

Der Vertrag soll nach Einholung der Unterzeichnungsermächtigungen und der Unterrichtung der Landesparlamente Anfang 2007 im Umlaufverfahren unterzeichnet werden. Die Länder werden so dann unverzüglich die Vertragsratifizierung betreiben.

2. Das Vorsitzland wird beauftragt, den Vertragsentwurf der EU-Kommission zu notifizieren.

So viel zum Beschlusstext. Ich denke, das ist jetzt die Grundlage. Damit ist klar: Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich gestern zu diesem Staatsvertrag bekannt und eine Grundentscheidung getroffen, die natürlich erst in Gesetzeskraft erwachsen kann, wenn die Landtage dem zustimmen. Ich denke, insofern sind wir gar nicht so weit auseinander.

Herr Kollege Hahn, Sie haben in Abs. 1 gefordert, dass wir dies zunächst einmal alles zurückstellen – darauf komme ich gleich –, und in Abs. 2 haben Sie gefordert, dass die vorliegenden Stellungnahmen der Anhörung dem Landtag zur Verfügung gestellt und im Innenausschuss erörtert werden. Ich denke, das ist selbstverständlich. Das sollten wir tun. Ich kann Ihnen das für die Landesregierung nur zusagen.

Dann haben Sie gefordert, man möge das Ganze doch sehr gründlich beraten, bedenken und die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs abwarten. – Herr Kollege Hahn, es ist hierzu schon einiges bemerkt worden. Ich kann dem aus mehreren Gründen nicht beipflichten.

Zum einen. Sie haben gesagt, die Länder hätten einen Schnellschuss produziert. Ich kann mich an kaum ein Thema erinnern – wenn ich länger nachdenke, dann stelle ich fest, es gibt gar keines –, das in den letzten Monaten so intensiv und unter wirklich vielfacher Beteiligung diverser Experten beraten worden wäre wie dieses.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Hilflosigkeit!)

Zuzugeben, es gibt dazu verschiedene Auffassungen. Das ist auch nichts Neues. Ich habe auch gelesen, dass der frühere Bundesverteidigungsminister Prof. Scholz gestern in irgendeiner Zeitung fast apodiktisch erklärt hat: erstens Europarecht, zweitens sei sowieso alles falsch.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): In der „Welt“! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Herr Kollege Hahn vorgelesen!)

Das kann man tun; das macht die Sache aber nicht überzeugender, insbesondere wenn immer auf Europarecht abgestellt wird. Ich räume ein, das ist eine gute Sache, weil keiner ganz genau weiß, was das eigentlich ist. Ich will nur auf eines hinweisen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt noch sieben weitere Monopole!)

Die Entscheidung, die jetzt vom Europäischen Gerichtshof angekündigt wird, beschäftigt sich mit einer Rechtslage in Italien. Inwieweit die dortigen Entscheidungsgründe für uns eine Lösung des sehr verzwickten Problems ermöglichen, das bleibt abzuwarten. Es ist ganz sicher nicht möglich, dies 1 : 1 abzubilden. Es gibt schon europäische Entscheidungen. Das berühmte Gambelli-Urteil, das auch wie ein altes Fahrzeug ausgeschlachtet wird, denn jeder nimmt sich das, was er braucht, ist zum einen —

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwann ist es nicht mehr da!)

– Ja, es ist doch wahr. – Es ist zum einen immer als Beispiel dafür genannt worden, Europa verlange die totale Dienstleistungsfreiheit. – Mitnichten, auch das Bundesverfassungsgericht hat trotz Kenntnis des Gambelli-Urteils gesagt, nein, so sei es nicht, und die Länder hätten einen eigenen Gestaltungsspielraum. Jetzt stellt sich die Frage, wie dieser eigene Gestaltungsspielraum eigentlich aussieht.

Herr Kollege Beuth hat, wie ich finde, zutreffend darauf hingewiesen, dass das Bundesverfassungsgericht drei Grundbedingungen gegeben hat. Es hat uns gesagt: Ihr könnt für eine Übergangszeit, die Ende des Jahres 2007 ausläuft, einen ordnungsrechtlichen Rahmen setzen, und eure gesamte Genehmigungspraxis bzw. Monopolstellung könnt ihr bis zum Ende dieser Übergangszeit nutzen. Das ist nach der Verfassung möglich, wenn der ordnungsrechtliche Grundgedanke so umgesetzt wird, dass er auch in der Praxis gelebt wird.

Was ist der Grundgedanke? Warum kommen wir überhaupt zum Ordnungsrecht? Der Verfassungsgeber lässt zu, dass man sagt: Spielen ist für sich bedenklich; da die Menschen aber so sind, dass sie spielen, bedarf es eines ordnungsrechtlichen Rahmens. – Wer diese Position vertritt und die Spielsucht bekämpfen will, der muss von bestimmten Dingen Abstand nehmen, die in der Werbung und Vermittlung des Angebots liegen. Wenn man das machen will, dann muss man die jetzige Rechtslage ändern, denn sie lässt Werbung im Fernsehen, Internet und auch anderweitig in bestimmar Weise zu, die dem Gedanken der Spielsuchtvermeidung nicht Rechnung trägt.

Wenn ich auf der einen Seite den ordnungsrechtlichen Rahmen erhalten soll, dann muss ich nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – ich sage das jetzt in Anführungszeichen – Auswüchse, die der Suchtbekämpfung entgegenstehen, durch eine rechtliche Grundlage in Zukunft vermeiden. Da stellt sich die spannende Frage: Welche rechtliche Grundlage könnte es geben? Ich stelle fest: Wenn es die Länder gemeinsam machen wollen, dann braucht es einen Staatsvertrag.

Herr Kollege Hahn, da ist die Position der FDP für mich nicht wirklich schlüssig. Ich habe eine ganze Reihe von Stellungnahmen der Freien Demokraten. Die sind sehr

spannend. Ich will mich jetzt nur einmal auf Hessen beziehen. Sie haben am 19. Mai zunächst einmal darauf hingewiesen, dass es Zeit wird, dass das hessische Innenministerium endlich die Vorgaben des Verfassungsgerichts umsetzt und entsprechend etwas gegen die illegalen Anbieter unternimmt. Sie wissen, wir haben das getan. Aber auf welcher Grundlage? Ich kann doch gegen illegale Anbieter – Herr Kollege Frömmrich hat ein paar Beispiele genannt – nur auf einer Grundlage, die das Gesetz hergibt, vorgehen. Das ist dann wiederum das Ordnungsrecht.

Herr Kollege Hahn, wenn ich das Ordnungsrecht aber nicht mehr habe, dann ist Ihre Forderung nicht umzusetzen. Sie haben z. B. am 08.12. 2006 erklärt – zumindest ist das veröffentlicht worden –, es müsse – –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist unter Niveau! Wir haben doch jetzt ein Recht! Was soll denn das?)

– Jetzt einmal langsam, wir haben es eben nicht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich versuche, deutlich zu machen, was los ist! Was soll denn das?)

– Nein.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir haben ein Recht! Was soll denn das jetzt?)

– Ich versuche, deutlich zu machen, wo das Problem liegt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nicht erfolgreich!)

– Das ist eine Bewertungsfrage. – Ich nehme für die Hessische Landesregierung jedenfalls in Anspruch, dass wir außerordentlich erfolgreich sind; denn Hessen ist ein Land, dem der Hessische Verwaltungsgerichtshof ausdrücklich bestätigt hat, Herr Kollege, dass unsere Maßnahmen nach Recht und Gesetz nicht zu tadeln seien.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Gleich. – Sie müssen folgendes Problem sehen: Es gibt – nicht aber in Hessen – eine bunte Rechtsprechung, die besagt: Ihr könnt nur schließen, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. – Was sind das für Voraussetzungen? – Dass Ihr hinreichend gegen die Spielsucht vorgeht.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? – Nein, keine Zwischenfrage.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Lassen Sie mich das zu Ende führen. – Da gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen Entscheidungen, und es wird gesagt: Solange dieses und jenes für diese oder jene Anbietervariante noch statthaft ist, habt ihr nicht genügend getan, und solange ihr nicht genügend getan habt, könnt ihr nicht schließen. – Das ist in Hessen durch den VGH eindeutig entschieden. Wenn Sie jetzt – darauf will ich hinaus – diese Rechtsgrundlage erhalten wollen, dann brauchen Sie einen Staatsvertrag. Denn ohne den Staatsvertrag können wir die Werbung, die inkriminiert ist, nicht einschränken.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): 31.12.2007, Herr Innenminister!)

– In der Zwischenzeit müssen wir etwas tun. Der Ihnen sehr bekannte zuständige Glücksspielreferent – ich

könnte es Ihnen vorlesen – hat mir geschrieben, die Position der FDP sei unschlüssig.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich sage es noch einmal: Wenn wir keinen Staatsvertrag haben, dann wird es in Zukunft nicht möglich sein, gegen diese Auswüchse der Werbung vorzugehen.

(Nicola Beer (FDP): Ihr müsst doch handeln!)

Meine Damen und Herren, ich will eine zweite Bemerkung machen. Das Bundesverfassungsgericht hat zum Ausdruck gebracht, dass fiskalische Elemente keine Rechtsbedeutung haben. Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Die Frage der Förderung gemeinwohlorientierter Einrichtungen ist von Verfassungs wegen für die Frage, ob es ein Monopol geben kann oder nicht, unbedeutlich. Aber hinter den Kulissen – ich denke, auch vor den Kulissen – muss man deutlich sagen: Ich halte es für zulässig, dass das mit in die Betrachtung hineinkommt, da es hier um so viel Geld geht und es den Ländern nicht darum geht, sich ein Monopol anzumaßen, damit sie irgendwie ein bisschen wichtig sind, sondern weil es darum geht, wie man diese gemeinwohlorientierten Aufgaben in Zukunft finanzieren will. Es stellt sich dann die spannende Frage: Wie kann man das gesetzeskonform lösen?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es rechtfertigt nicht das Monopol!)

Da möchte ich noch einmal auf die Position der Freien Demokraten – Herr Kollege Frömmrich, Sie haben diese auch zitiert – eingehen. In der Drucks. 16/3506 des Deutschen Bundestages vom 21.11.2006 gibt es auf Seite 2 eine bemerkenswerte Passage, die ich Ihnen gerne vortragen möchte. Dort wird davon gesprochen, dass „nach Möglichkeit“ ein Konzessionsmodell zu erarbeiten sei – nach Möglichkeit. Dann geht es weiter:

Erforderlichenfalls ist eine europaweite Ausschreibung durchzuführen und Aspekten des Vergaberechts Rechnung zu tragen.

Jetzt kommt es:

Zwecks Erreichung der ordnungs- und sozialpolitischen Ziele sind die Anzahl der Konzessionen zu beschränken und die Erteilung angemessen zu befristen.

Herr Kollege Hahn, genau über diese Frage diskutieren wir schon seit Monaten und darüber, ob man das hinbekommen könnte.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Jetzt zitiere ich weiter, was die FDP selbst schreibt – also dazu, die Anzahl der Konzessionen zu beschränken und die Erteilung angemessen zu befristen –:

Sollte dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, ist eine gewerberechtliche Genehmigungspflicht vorzusehen. Die Konzessionsinhaber sind in geeigneter Weise ordnungsrechtlich zu überwachen. Die Strafbarkeit nicht erlaubten Glücksspiels ist beizubehalten.

Wissen Sie, was das konkret heißt? Sie schreiben hier selbst, sei das aus rechtlichen Gründen alles nicht möglich, dann müsse eine gewerberechtliche Genehmigungspflicht vorgesehen werden. Das bedeutet konkret: Es kann dann nahezu jeder eine Wettbude aufmachen, weil er sich einfach beim Gewerbeamt eine Gewerbeerlaubnis

holt. Dazu muss er lediglich ordnungsgemäß gemeldet sein.

Er darf nicht vorbestraft sein, und alles andere ist dann egal. Das bedeutet die totale Freigabe dieses Marktes. Wer so formuliert, weiß selbst, die Dinge liegen sehr viel schwieriger, als sie heute Morgen vorgetragen worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, es gibt viele Facetten, über die wir in anderer Runde – vielleicht im Innenausschuss – noch intensiv sprechen können. Der Staatsvertragsentwurf – Herr Kollege Hahn, das ist das Nächste – wird natürlich nicht nächstes Jahr in einer einstweiligen Anordnung vom Bundesverfassungsgericht angegriffen werden können, weil der erst Gesetz werden kann, wenn er durchgehend ratifiziert ist. Das Jahr wird ins Land gehen. Eine einstweilige Anordnung vom Bundesverfassungsgericht aufgrund einer europäischen Entscheidung ist erst möglich, wenn es dieses Gesetz als Staatsvertrag überhaupt gibt. Das heißt, wir sind dann im Jahre 2008.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Vielen Dank, Herr Bouffier!)

– Gut, dann sind wir uns einig. – Wir haben von vornherein das Ganze auf vier Jahre angelegt. Daran wird deutlich, alle Beteiligten sind sich darüber im Klaren, die Dinge sind im Fluss. Ich schließe nicht aus und habe mich entsprechend öffentlich geäußert, wenn ein Konzessionsmodell möglich wäre, das wirklich trägt und das nicht, wie im Antrag der FDP-Bundestagsfraktion selbst beschrieben, am Ende darauf hinausläuft, dass jeder seine eigene Wettbude aufmachen kann, dann ist die Hessische Landesregierung durchaus offen.

Wir müssen uns doch bis zum heutigen Tage aufgrund aller eingeholten Stellungnahmen unserer Fachleute darauf zurückziehen, dass wir sagen: Wir halten das derzeit rechtlich fundiert und ohne Zweifel nicht für möglich. Ob wir durch zukünftige Entscheidungen europarechtlicher Art mehr Boden gewinnen, bleibt abzuwarten. Heute halte ich es für das Land Hessen nicht für klug, aus dem Konzert der anderen Länder auszusteigen. Deshalb komme ich zum ersten Teil Ihres Antrags zurück.

Wir sollten ganz schlicht miteinander die hessischen Interessen wahren. Die hessischen Interessen wahren wir am besten insoweit, als wir mit den anderen Ländern im Moment im Geleitzug bleiben. Sollte es neue Erkenntnisse juristischer und tatsächlicher Art geben, sind wir im nächsten Jahr – auch im Ratifizierungsprozess – völlig frei, diese Gesichtspunkte erneut aufzugreifen. Deshalb meine ich dazu, diesen schwierigen Sachverhalt nicht dadurch noch schwieriger für unser Land zu machen, indem wir einen Sonderweg beschreiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung des Tagesordnungspunktes 37. Einstimmig wird der Antrag dem Innenausschuss überwiesen.

Meine Damen und Herren, ich bitte, dass wir das vorgesehene Programm bis zur Mittagspause erledigen und vielleicht ein bisschen bei den Redezeiten darauf achten.

Ich rufe zunächst **Tagesordnungspunkt 14** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen – Drucks. 16/6722 zu Drucks. 16/6068 neu –**

Das wird mit **Tagesordnungspunkt 81** verbunden:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen vom 10. März 1992, geändert durch Staatsvertrag vom 29. April 2002 – Drucks. 16/6723 zu Drucks. 16/6688 –**

Berichterstatter ist in beiden Fällen Herr Kollege Reif. – Ich bitte Sie, die Berichterstattung vorzunehmen.

#### **Clemens Reif, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf mit folgender Änderung in zweiter Lesung anzunehmen: Satz 1 von § 1 beginnt wie folgt: „Dem am 30. November und am 1. Dezember 2006 unterzeichneten Staatsvertrag ...“

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 118. Plenarsitzung am 12. Dezember 2006 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 behandelt. Nachdem der Vertreter der Staatskanzlei die Unterzeichnungsdaten des Staatsvertrages bekannt gegeben hatte, hat der Ausschuss mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die von mir genannte Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Frau Präsidentin, ich habe den zweiten Bericht in der Sache Drucks. 16/6688 zu geben. Davor war es zu Drucks. 16/6068 neu.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag abzulehnen.

Der Dringliche Antrag war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 118. Plenarsitzung am 12. Dezember 2006 zur Beratung überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 mit dem Dringlichen Antrag befasst und mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die von mir genannte Beschlussempfehlung ausgesprochen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass wir das ohne Aussprache machen können. Ich habe keine Wortmeldungen.

(Wortmeldung des Uwe Frankenberger (SPD))

– Dann müssen Sie sich bitte beeilen, weil wir vereinbart haben, dass wir ganz schnell weiterarbeiten wollen. Wir haben noch drei zweite Lesungen und eine dritte Lesung. Herr Frankenberger, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort.

### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Keine Angst – ich will nicht alle Argumente vom Dienstag wiederholen. Ich möchte gleich dem Vertreter der CDU, der darüber das Wort ergreifen wird, sagen: Am Dienstag hat der Kollege Reif sehr viel Raum und Zeit darauf verwendet, insbesondere SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu erklären, warum Sie im Staatsvertrag bezüglich der LTH zustimmen. Damit Sie nachher nicht wieder mit Kanonen auf Spatzen schießen –

(Michael Boddenberg (CDU): Wer sind jetzt die Spatzen?)

wir stimmen zu. Dieser Teil ist bei der SPD vollkommen unstrittig.

(Beifall des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wir wollen, dass die LTH neben ihren bisherigen Förderaufgaben auch weitere Aufgaben übernehmen kann. Wir wollen auch, dass die LTH am Kapitalmarkt ihre Bedingungen verbessern und dort Refinanzierungskapital generieren kann. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Womit wir aber weiterhin Probleme haben, ist die Bildung von Stammkapital bei den Sparkassen. Ich will nicht alles wiederholen, aber auf ein Argument eingehen, das der Wirtschaftsminister am Dienstag bei der Einbringung des Gesetzes – es waren zwei Argumente – gesagt hat. Sie haben gesagt: Das Ziel ist klar; wir wollen, dass zukünftig Stammkapital bei privaten Investoren möglich ist. – Herr Wirtschaftsminister, das haben Sie hier erklärt. Zweitens haben Sie gesagt: Wir wollen auch im Staatsvertrag festhalten, dass wir zu dem öffentlich-rechtlichen Wesen der hessischen Sparkassen stehen.

Herr Minister, diese Ziele sind uns nicht so klar nachvollziehbar. Sei es wissentlich, sei es unwissentlich, aber Sie gehen mit der geplanten Novellierung – das kann man nicht oft genug an die Adressen der hessischen Sparkassen mit ihren Beschäftigten und Trägern erklären – bewusst das Risiko ein, dass Ihr Gesetz von der EU einkassiert wird

(Michael Boddenberg (CDU): Oh!)

und damit das, was die FDP in ihrem Gesetzentwurf offen formuliert hat, auch in Hessen Möglichkeit wird. Das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen geht dann unter, und es wird für private Investoren zugelassen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das muss man wissen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist nicht der wahre Grund, dass Sie dagegen sind!)

Sie gehen dieses Risiko wissentlich ein. Ob Sie es in Wirklichkeit wollen, bleibt jedem einzelnen von uns und der Fantasie überlassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben viel Fantasie!)

Der dritte Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist der Bereich des Gleichstellungsgesetzes.

(Michael Boddenberg (CDU): Gleichberechtigungsgesetz heißt das!)

– Danke schön, Herr Kollege Boddenberg. Ich finde es schön, dass Sie mir aufmerksam zuhören; das bin ich von Ihnen sonst nicht so gewöhnt.

(Michael Boddenberg (CDU): Das kann am Redner liegen, Herr Kollege!)

– Sehen Sie, manchmal. – Also: der Teil des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes. Am Dienstag hat der Staatssekretär auf Nachfrage erklärt, dass er nicht gewillt ist, mit der thüringischen Landesregierung darüber zu reden, welches Gleichberechtigungsgesetz bei der Helaba Anwendung findet. Wir halten es für einen Skandal,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Ui!)

dass die Landesregierung nicht bereit ist, mit der thüringischen Landesregierung darüber zu reden, ob dieses Gesetz Anwendung findet. Deswegen werden wir den Antrag der GRÜNEN auch unterstützen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächster Redner ist Herr Reif für die Union.

### **Clemens Reif (CDU):**

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf noch einmal sagen, um was es geht. Es geht nämlich mit der Änderung des Staatsvertrages Hessen-Thüringen darum, dass die Hessische Landesregierung die Ordnung und die Rahmenbedingungen für die Durchführung des Fördergeschäfts für das Land Hessen neu setzt. Um nichts anderes geht es.

(Michael Boddenberg (CDU): Sehr richtig! – Reinhard Kahl (SPD): Das ist doch falsch, Sie wissen doch, dass andere Dinge geregelt werden!)

Sie wollen in unbilliger Weise das eine mit dem anderen vermengen und wollen sich somit aus einer Zustimmung herausmogeln, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie ablehnen, müssen Sie wissen, dass wir Ihnen nachsteigen werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Im Staatsvertrag werden doch drei Dinge geregelt!)

Wir werden in der Öffentlichkeit überall behaupten,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Sie in diesen Förderangelegenheiten eine sture, starre Haltung einnehmen und nicht bereit sind, in der Sache einer Angelegenheit, die gut ist und von der Regie-

rung durchgeführt wird, zu folgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, darum geht es.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten schon immer Probleme mit der Wahrheit, Herr Kollege!)

Als Zweites zum hessischen Sparkassengesetz – damit Sie da beruhigt sind –: Wir werden am 18. Januar eine Anhörung durchführen. In dieser Anhörung werden alle Beteiligten ihre Auffassungen nochmals darlegen können. Alle wurden einvernehmlich eingeladen.

Ich darf hier in zwei Sätzen erklären, was wir als CDU wollen: Wir wollen die Leistungsfähigkeit und die regionale Verwurzelung der Sparkassen in Hessen stärken. Nichts anderes wollen wir mit diesem hessischen Sparkassengesetz.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wollen wir veränderte rechtliche, gesetzliche Rahmenbedingungen der S-Finanzgruppe dadurch nutzen, dass mehr Möglichkeiten für diese Finanzgruppe eröffnet werden, damit wir auch in Zukunft eine starke Säule in unserem dreigliedrigen Bankensystem haben. Wir wollen, dass dieses dreigliedrige Bankensystem der Bundesrepublik Deutschland, das eine Tradition hat und mehr als 100 Jahre alt ist, auch in Zukunft seine Chance und seine Berechtigung hat. Dazu gehören die Sparkassen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Die Sparkassen können aber nur eine Zukunft haben, wenn sie sich den modernen Gesichtspunkten einer globalisierten Landschaft und Wirtschaft angleichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das und nichts anderes wollen wir.

(Beifall bei der CDU)

Sie aber wollen zurück in eine Fantasiewelt, die heute nicht mehr vorhanden ist.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Lassen Sie mich Ihnen etwas sagen. Lehnen Sie sich einmal zurück, und denken Sie daran, was im Jahre 2016 stattfinden wird

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU)

– meine Fraktionskollegen wissen, worum es jetzt geht –,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Und die Augen schließen!)

und schließen Sie die Augen; sehr richtig, Herr Vorsitzender Wagner. Dann werden Sie auf einmal aufwachen, und sämtliche 35 hessischen Sparkassen werden Stammkapital gebildet haben, und alle werden über diesen Gesetzentwurf der CDU, der hier eingebracht worden ist, glücklich sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Kollege Reif, wir würden uns freuen, wenn wir erfahren könnten – wenn es nicht ungebührlich ist –, worüber Sie gelacht haben. Wir würden auch gerne mitlachen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Erfurth.

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Offensichtlich hat es gestern Abend bei der Weihnachtsfeier der CDU eine besondere

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Eingebung!)

Eingebung gegeben; eine besondere Wolke ist dort wohl durch den Raum geschwebt und hat zu dieser Heiterkeit geführt. Herr Wagner und Herr Wintermeyer, es hätte mich aber gefreut, wenn Sie sich noch ein klein bisschen mehr mit den irdischen Dingen beschäftigt hätten

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

und wenn aus Ihrer weihnachtlichen Feier die Erkenntnis gekommen wäre, dass man sich auch ein bisschen mehr mit dem Gleichberechtigungsgesetz beschäftigen muss.

Ich fand es schon sehr erhellend, was der Kollege Frankenberger aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses berichtet hat. Der Staatssekretär hält es also nicht für nötig, sich mit der thüringischen Landesregierung darüber ins Benehmen zu setzen, ob das Gleichberechtigungsgesetz – sei es das hessische oder das thüringische – im Staatsvertrag Anwendung findet. Wenn wir noch einen weiteren Beweis dafür gebraucht hätten, dass der CDU-Landesregierung und auch der CDU-Landtagsfraktion die Gleichberechtigung und das Gleichberechtigungsgesetz völlig egal sind, dann haben Sie ihn wunderbar geliefert. Ich kann nur sagen: Frau Ravensburg, Sie tun mir leid; Sie haben in Ihrer Fraktion noch einen weiten Weg zurückzulegen, bis sie wenigstens einmal Ihren Erkenntnisstand erreicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielelleicht können Sie bis zur nächsten Weihnachtsfeier dazu einige Erkenntnisse beitragen.

Herr Reif, auch wenn Sie sich hier große Mühe gegeben haben, um darzustellen, wir würden hier ein fortschrittliches Gesetz blockieren wollen: Wir haben es gestern gesagt, Kollege Frankenberger hat es heute gesagt, und ich sage es Ihnen heute noch einmal: Wir sind mit Ihnen völlig einig, wenn es um die Umwandlung der LTH in eine Anstalt in der Anstalt geht. Herr Reif, wenn Ihnen so viel daran läge, dass wir hier eine große Übereinstimmung haben, mit der wir dieses Gesetz auf den Weg bringen, um den Staatsvertrag mit Thüringen zu ändern, warum lassen Sie dann nicht diese unselige Stammkapitalgeschichte heraus? Sie hat doch sowieso noch nicht das Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Warum beschränken Sie diesen Änderungsvorstoß nicht auf die beiden unstreitigen Punkte? Dann haben wir hier weihnachtliche Freude im ganzen Haus, und dann hätten wir das Gesetzgebungsverfahren gemeinsam durchgezogen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Clemens Reif (CDU): Es genügt, wenn wir die haben!)

– Ich glaube, ich weiß, was Sie haben. Sie haben den vorauseilenden Gehorsam gegenüber Ihrer Landesregierung so verinnerlicht, dass Sie vor nichts zurückschrecken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie folgen diesem hinlänglich bekannten Schema: Die CDU-Landesregierung hat schon einmal beschlossen, wir wollen künftig Stammkapital bilden,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

und in vorauselendem Gehorsam machen wir jetzt schon einmal den Staatsvertrag fertig, damit wir auch künftig die Hintertür öffnen können. – Herr Reif, darum geht es, und das sollten Sie bei aller vorweihnachtlichen Stimmung und Vision nicht vergessen. Sie wollen zwar jetzt nicht die Vordertür aufmachen, um Privatinvestoren in die Sparkassen zu lassen. Nein, Sie lassen die Hintertür ein kleines Stück weit offen und warten, ob sich nicht ein privater Bieter in ein Verkaufsverfahren einklagt.

Weder Sie noch ich wissen, wie das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ausgehen wird. Diese Fahrlässigkeit werfen wir Ihnen vor. Sie schließen die Haustür nicht richtig ab, wie das ein guter und vorsorgender Familienvater tun sollte,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

sondern Sie lassen sie offen und wundern sich nachher, wenn der Dieb in der Bude steht. Das werfen wir Ihnen vor.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ja!)

Das ist nicht der Sinn einer vorsorgenden Politik.

Ich wiederhole es zum Abschluss: Die Sparkassen sind uns viel zu wichtig, um sie zur Disposition zu stellen und mit ihnen zu spielen. Sie sind wichtige Partner der Infrastruktur für die kleinen und mittleren Betriebe in der Region. Die wollen wir nicht verzocken und nicht verspielen. Daher werden wir diesen Gesetzentwurf in Gänze ablehnen.

– Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Posch das Wort.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Reif, ich teile zwar die Prognose für das Jahr 2016 – aber nicht in der Weise, dass dann 35 Sparkassen Stammkapital haben werden.

(Frank Lortz (CDU): Nur noch die Hälfte!)

Ich bin sicher, im Jahr 2016 werden bei den Sparkassen die Vorstellungen der FDP Platz gegriffen haben.

(Beifall bei der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahnatal) (CDU): Die Hoffnung stirbt zuletzt! – Reinhard Kahl (SPD): Dann gibt es auch keine Sparkassen mehr, ganz klar!)

Da ich schon beim letzten Mal im Hinblick auf den Kollegen Reif gesagt habe, dass ich nicht nur schätze, was er sagt, sondern dass ich insbesondere schätze, was er denkt, bin ich bei dieser Aussage ganz optimistisch, dass sie realisiert werden kann.

Zurück zum Treuhandgesetz, zum LTH-Gesetz und zum Staatsvertrag. Herr Kollege Frankenberger, so können Sie sich nicht davonschleichen.

(Reinhard Kahl (SPD): Wieso? Beim LTH-Gesetz werden wir zustimmen! – Norbert Schmitt (SPD): Schon wieder ein Koalitionswechsel!)

Wenn Sie wollen, dass die Landestreuhandstelle Anstalt in der Anstalt wird, um damit das Fördergeschäft in Hessen einer Verbesserung zuzuführen und die Möglichkeiten, die dann bestehen, zu nutzen, dann müssen Sie, bitte schön, auch dem Staatsvertrag zustimmen. Denn beides gehört zusammen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Es ist so: Das eine gehört zum anderen.

(Reinhard Kahl (SPD): Dann müssen Sie einen Staatsvertrag vorlegen, in dem nur das eine drinsteht!)

Deswegen behandeln wir anschließend noch einen anderen Tagesordnungspunkt, in dem es um das LTH-Gesetz geht. Wenn Sie aus nicht nachvollziehbaren Gründen nein sagen,

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist aber Ihr Problem!)

dann lehnen Sie es ab, dass die Landestreuhandstelle diese Möglichkeiten bekommt, die Sie in der Sache eigentlich wollen.

(Reinhard Kahl (SPD): So ein Unsinn! – Norbert Schmitt (SPD): Also gestern die Debatte hier – Sie haben irgendwie ein Problem mit Sozialdemokraten!)

– Kommunizieren Sie einmal untereinander, oder wir machen nachher ein Kolloquium, privatissime et gratis, damit auch Sie es noch mitbekommen. Aber das lasse ich mir jetzt nicht von meiner Redezeit wegnehmen.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will noch etwas zum Aspekt der Anwendbarkeit des Gleichberechtigungsgesetzes sagen, verehrte Frau Kollegin Erfurth. Der Staatssekretär hat in dieser Sitzung darauf hingewiesen, dass der Freistaat Thüringen vor wenigen Tagen seine Zustimmung zum Staatsvertrag erteilt hat. Warum das so spät war, das habe ich bereits in der ersten Lesung kommentiert und hier dargestellt. Dann hat er darauf hingewiesen: Wenn die Zustimmung erst vor wenigen Tagen erteilt worden ist, geht man nicht gleich hin und verhandelt erneut. – Damit hat er zum Ausdruck gebracht: Wenn man das Grundsatzproblem des Gleichberechtigungsgesetzes bzw. die Gültigkeit des Gleichberechtigungsgesetzes mit der Hessischen Landesbank diskutieren will, dann muss man das an anderer Stelle tun, nicht aber hier beim Staatsvertrag zum LTH-Gesetz bzw. zum Sparkassengesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das war genau der Grund, warum wir gesagt haben: Wenn dem so ist – wir legen Wert darauf, dass das zum 01.01.2007 in Kraft tritt, denn das ist eine ganz wichtige Maßnahme –, dann kann man an diesem Punkt das Zustandekommen des Staatsvertrages und des LTH-Gesetzes nicht scheitern lassen.

Deswegen wird die FDP-Fraktion sowohl dem Staatsvertrag als auch dem LTH-Gesetz zustimmen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Rhiel das Wort.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die Landesregierung bedankt sich für das Vertrauen, das uns verbal ausgedrückt wird.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir denken, das wird auch in der Abstimmung seine letzte Konsequenz erfahren.

Meine Damen und Herren, es geht um die Stärkung der Sparkassenlandschaft in Hessen insgesamt und um die Stärkung der Sparkassen in ihrer Funktion zur Stützung und zur Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft.

(Reinhard Kahl (SPD): Was hat denn Herr Reif dazu gesagt? Jetzt verstehe ich überhaupt nichts mehr!)

Deswegen gehören beide Themen im Staatsvertrag gemeinsam behandelt.

(Reinhard Kahl (SPD): Jetzt doch?)

Wenn wir jetzt über das Gesetz reden, das aus der LTH eine Anstalt in der Anstalt macht – das ist jetzt im Staatsvertrag zu regeln –, dann bedeutet das, dass auch die Landesbank wie die LTH in ihrer Förderfunktion, als Förderbank, wesentlich gestärkt werden kann. Dieses Ziel wird hier von allen einvernehmlich unterstrichen. Dafür bedanken wir uns. Das ist der erste Teil.

Wenn wir aber die Sparkassenlandschaft in dieser Funktion insgesamt im Auge haben, dann gehört dazu natürlich auch die Frage: Wie können die Sparkassen selbst in ihrer Zusammenarbeit mit der Landesbank, aber auch in ihrer jeweiligen örtlichen Funktion und Aufgabe, für die Zukunft besser gerüstet werden? – Die Neufassung des Hessischen Sparkassengesetzes unterstreicht dieses Ziel, das, um Gültigkeit zu erlangen, einer Verankerung der notwendigen Voraussetzungen im Staatsvertrag bedarf.

Ich will den letzten Punkt im Hinblick auf die Bedenken, die Sorgen, aber auch die Ängste, die vielleicht bewusst geschürt werden, noch einmal aufgreifen, insbesondere im Hinblick auf die Europafestigkeit und -tauglichkeit der Zielsetzung, dass eine Stammkapitalbildung ausschließlich im öffentlich-rechtlichen Zusammenhang erfolgen soll. Deshalb zitiere ich noch einmal den Brief des Kommissars McCreevy vom 7. August 2006, der mir schreibt:

Aus Sicht des Binnenmarktes bestehen gegen die oben genannten Kernelemente des Gesetzes keine Bedenken. Wie ich Ihnen bereits bei unserer Zusammenkunft am 23. März 2006 mitgeteilt habe, erzwingt der EG-Vertrag keinesfalls eine Privatisierung öffentlich-rechtlicher Bankengruppen, da die Entscheidung hierüber allein den Mitgliedstaaten obliegt.

Kommissar McCreevy verweist in dem Zusammenhang auf Art. 295 des EU-Vertrags. – Meine Damen und Herren, klarer kann man das nicht sagen. Das ist nicht nur unsere Überzeugung, sondern sie wird von dem zuständigen EU-Kommissar sogar schriftlich – das ist unüblich – geteilt. Deshalb sollten Sie das Schüren von Ängsten sein

lassen. Das, was wir vorschlagen, ist europarechtlich waserdicht. Deswegen können wir diesen Weg gehen, einen Weg, der die Sparkassen stärkt – zum Vorteil der mittelständischen Wirtschaft in allen Regionen des Landes. Das ist der tiefere Sinn dieses Vorhabens. Ich bitte Sie nochmals um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Das Wort hat Herr Kollege Kahl.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unabhängig von der Frage, die sich auf die Sparkassen bezieht und in der wir eine ganz klar andere Meinung als der Minister haben, stellen wir fest, dass Herr Staatsminister Rhiel sehr deutlich darauf hingewiesen hat, dass in dem Staatsvertrag mehrere Sachverhalte geregelt werden sollen. Herr Kollege Reif, Sie hätten zuhören sollen. Es wird auf der einen Seite die LTH-Frage und auf der anderen Seite die Bildung von Stammkapital geregelt. Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie sich hierhin stellen und sagen, wir seien gegen das LTH-Gesetz.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie einen Staatsvertrag vorgelegt hätten, der nur das LTH-Gesetz umfasst hätte, dann hätten wir dem Staatsvertrag mit Thüringen zugestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Alle anderen hier im Hause haben kapiert, dass es hier auch um andere Dinge geht. Deshalb können wir diesem Staatsvertrag nicht zustimmen. Wir werden anschließend beim Thema LTH ganz deutlich machen, dass wir dem Gesetzentwurf zustimmen, weil wir diese Position inhaltlich voll teilen. Streuen Sie also nicht Dinge in die Welt, die nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Das waren Erklärungen zum Abstimmungsverhalten. Damit sind wir am Ende der Debatte zu diesen Tagesordnungspunkten.

Wir treten in die Abstimmung ein. Wer dem Gesetzentwurf für ein Gesetz über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dieser Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen und der Gesetzentwurf zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Errichtung der „Landestreuhandstelle Hessen – Bank für Infrastruktur – rechtlich unselbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ (LTH – Bank für Infrastruktur-Gesetz) – Drucks. 16/6340 zu Drucks. 16/6062 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Milde. Er hat das Wort.

**Gottfried Milde (Griesheim), Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 113. Plenarsitzung am 5. Oktober 2006 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 15. November 2006 behandelt und einstimmig den eben wiedergegebenen Beschluss gefasst.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter.

Damit treten wir in die Abstimmung ein. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Das sind alle vier Fraktionen. Herzlichen Dank dafür. Damit ist dieser Gesetzentwurf zum Gesetz erhoben.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 15:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder – Drucks. 16/6712 zu Drucks. 16/6556 –**

Berichterstatterin ist Abg. Nicola Beer.

**Nicola Beer, Berichterstatterin:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Rechtsausschuss in der 118. Plenarsitzung am 12. Dezember 2006 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 beraten und ist einstimmig zu der eben wiedergegebenen Beschlussempfehlung gekommen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Beer.

Damit treten wir in die Abstimmung ein. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. – Das sind alle vier Fraktionen. Damit ist auch dieser Gesetzentwurf angenommen und zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 53** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz – Drucks. 16/6643 zu Drucks. 16/6188 –**

Die Berichterstattung übernimmt Herr Abg. Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 115. Plenarsitzung am 21. November 2006 überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 6. Dezember 2006 behandelt und einstimmig die eben wiedergegebene Beschlussempfehlung an das Plenum ausgesprochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle vier Fraktionen. Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen und zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006) – Drucks. 16/6710 zu Drucks. 16/6635 zu Drucks. 16/6201 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Weinmeister. Er hat das Wort.

**Mark Weinmeister, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf mit folgender Änderung in dritter Lesung anzunehmen:

In Art. 1 § 1 wird die Angabe „22 524 310 600 Euro“ durch die Angabe „23.009.310.600 Euro“ ersetzt.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum außerdem, zu den Einzelplänen die Beschlüsse zu fassen, die in der Beschlussempfehlung nachzulesen sind.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 118. Plenarsitzung am 12. Dezember 2006 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 behandelt und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP die oben wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Weinmeister, für die Berichterstattung. – In der Aussprache beträgt die Redezeit fünf Minuten pro Fraktion. Als erster Redner hat sich Herr Kollege Williges für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

**Frank Williges (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der dritten Lesung des ersten Nachtrags des Haushaltspans 2006 stehen wir vor dem vorläufigen Ende – wie ich meine, einem guten Ende – eines Haushaltjahrs 2006. Jetzt steht nur noch der Kassenabschluss aus. Nach all dem, was uns prognostiziert wird und uns der Finanzminister in der Sitzung des Haushaltsausschusses gesagt hat, sieht es so aus, dass das Ergebnis des Kassenabschlusses über dem liegt, was uns als Planansatz vorliegt.

Das kommt nicht von ungefähr. Die Wirtschaft in Hessen hat wieder angezogen. In diesem Jahr haben wir ein Wachstum von 2,3 % zu verzeichnen. Daraus resultierend haben wir deutlich höhere Steuereinnahmen generiert, die uns in die Lage versetzen, die ursprünglich geplante Nettoneuverschuldung von 1,346 Milliarden € auf 880 Millionen € zu reduzieren. Hierzu hat neben den Steuermehreinnahmen natürlich auch die Ausgabendisziplin beigetragen, insbesondere die strukturellen Veränderungen, die die CDU-Fraktion mit großer Kraft und Entschlossenheit als „Operation sichere Zukunft“ umgesetzt hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich müssten diese Fakten unstrittig sein, die Rednerinnen und Redner der Opposition ans Pult treten, mir zustimmen, sich wieder setzen und uns in die Mittagspause entlassen. Da aber ein Restrisiko besteht, dass das nicht so sein wird und insbesondere Herr Kollege Frank-Peter Kaufmann vermutlich behaupten wird, alles sei ganz anders, möchte ich noch einige wenige Dinge aus der zweiten Lesung klarstellen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es steht fest, dass die Kommunen in einem erheblichen Ausmaß an den Steuermehreinnahmen partizipieren, in einem Ausmaß, an das alle drei Oppositionsfaktionen nicht geglaubt haben. Ausdruck der Ungläubigkeit war, dass die SPD-Fraktion im November des vergangenen Jahres beantragt hat, einen Fonds zur Verstärkung der Kommunalfinanzen zu bilden, der, wenn wir ihn in die Tat umgesetzt hätten, dazu geführt hätte, dass die Kommunen bis zu vier Jahre auf die ihnen zustehenden Mehreinnahmen warten müssten. Wir hingegen waren optimistischer und zuversichtlicher. Wir haben darauf verzichtet und dafür gesorgt, dass den Kommunen sehr zeitnah die ihnen zustehenden Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich mit einer Legende aufräumen, die Herr Kollege Kaufmann am vergangenen Dienstag wieder einmal zu installieren versucht hat. In den Jahren 1994 bis 1998 sind die Steuereinnahmen nicht, wie Sie behauptet haben, in einem Ausmaß eingebrochen, wie es in den vergangenen Jahren unter der Regie von Finanzminister Weimar zu verkraften gewesen ist, sondern es waren stetigere Steuereinnahmen.

Abschließend möchte ich Ihnen eines sagen. Als mir mehr Redezeit zur Verfügung stand, habe ich Ihnen vorgerechnet, dass wir eine Nettoneuverschuldung von über 2 Milliarden € zu verzeichnen hätten, wenn Rot-Grün für diesen Haushalt Verantwortung tragen würde. Herr Kaufmann, Sie behaupten, wir hätten an die Finanzpolitik ab dem Jahr 1999 anschließen müssen. Wenn das nun der richtige Weg gewesen ist, wo waren dann Ihre Änderungsanträge bei den Beratungen des Nachtragshaushaltsplans 2006? Dann hätten Sie konsequent beantragen müssen, dass wir auf zusätzliche Polizisten und Lehrer verzichten und dass wir viele andere Dinge, die heute auch bei Ihnen unstrittig sind, nicht mehr so umsetzen, wie wir sie umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Weil wir das nicht wollen und weil wir unseren Kurs fortsetzen, wird dieser Weg weiter fortgesetzt, sofern die Steuereinnahmen wie prognostiziert stabil bleiben. Im Anschluss an die Mittagspause werden wir in die Beratungen des Haushaltspans für das Jahr 2007 eintreten, mit dem der Kurs fortgesetzt wird. Hessen ist auf einem guten Weg, auch wenn Herr Schmitt lautstark versucht, das Gegenteil zu behaupten. Argumentativ wird ihm das nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Konfettikanone!)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Williges. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Pighetti für die SPD-Fraktion das Wort.

**Marco Pighetti (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Williges, das war ein interessanter Auftritt. Zuerst haben Sie gesagt, die Redner der Opposition sollten sich am besten gleich wieder setzen und gar nichts sagen. Daraufhin haben Sie noch einmal zur zweiten Lesung des Haushaltspans gesprochen und sich auf die Ausführungen meines Nachredners bezogen. Das war eine in jeder Hinsicht interessante Rede, aber keine Rede zum Thema.

Die wesentlichen Argumente zum Nachtragshaushalt 2006 haben wir bereits in der zweiten Lesung ausgetauscht. Dementsprechend werde ich mich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit, die anstehende Mittagspause und auf die Tatsache, dass das Plenum heute zum letzten Mal in diesem Jahr tagt, kurz fassen.

Wir haben vorgestern erfahren, dass der Geldsegen für das Land Hessen auch zwischen der zweiten und dritten Lesung noch anhält. Die Einnahmen sind um 485 Millionen € gestiegen. Man ist fast geneigt zu sagen, dass es schade ist, dass das Jahr nicht noch ein oder zwei Monate länger andauert. Vielleicht wären die Einnahmen dann noch höher.

Was die Verwendung dieser Mittel betrifft, so unterstützt die SPD-Fraktion den zu diesem Zeitpunkt ohnehin logischen Vorschlag, die Mittel für die Reduzierung der Neuverschuldung einzusetzen. Außerdem halten wir es für richtig, für den Teil, der erst nach endgültiger Abrechnung im nächsten Jahr zusätzlich in den Länderfinanzausgleich fließt, eine Rücklage zu bilden.

Auch wenn wir über die Höhe der prognostizierten Steuerausfälle infolge der Unternebensteuerreform nicht

glücklich sind, so sperren wir uns nicht gegen die Bildung einer Rücklage für diese Einnahmeausfälle im Landeshaushalt 2008. Ich betone das vor dem Hintergrund, dass die Mittel voll zur Reduzierung der Neuverschuldung im Jahr 2006 verwendet werden und dem Finanzminister keine zusätzliche Kreditermächtigung erwächst.

Herr Finanzminister Weimar hat vorgestern im Rahmen der zweiten Lesung gesagt, nachdem ihm die Opposition über Jahre die Schuld an der schlechten Einnahmensituation zugeschrieben habe, beanspruche er nun für sich, für die Mehreinnahmen verantwortlich zu sein. Herr Finanzminister, an dieser Stelle müssen wir Sie korrigieren. Die Opposition hat immer auf das Ausgabenproblem des Landes verwiesen, während Sie immer wieder die rot-grüne Bundesregierung für die Einnahmensituation verantwortlich gemacht haben. Insoweit nehmen wir Sie beim Wort. Die positive Entwicklung in Hessen ist dem Handeln der Bundesregierung geschuldet. In erster Linie sind es die Früchte der rot-grünen Bundesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn es sich um ein Verdienst der neuen Bundesregierung handelt, können wir das als wesentlich Beteiligte nur fröhlich zur Kenntnis nehmen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie wollten sich doch kurz fassen!)

Dass darüber hinaus noch mehr möglich gewesen wäre, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass in diesen Haushalt Einnahmen aus der Grundwasserabgabe und der Vermögensteuer eingehen. Das eine haben Sie abgeschafft. Gegen das andere sperren Sie sich. Mit beidem wäre eine Nettoneuverschuldung von null in greifbare Nähe gerückt.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage des Verkaufs der Landesimmobilien werden wir heute Nachmittag noch erörtern, sodass ich – auch wenn es Ihnen nicht gefällt – ein kurzes Fazit ziehen kann: Auch die SPD freut sich über erhebliche Steuermehreinnahmen für unser Bundesland. Die Bundesebene hat in diesem Zusammenhang ihre Hausaufgaben gemacht. In Hessen hingegen stecken noch wesentliche Potenziale, die es zu wecken gilt. Den Nachtragshaushalt 2006 lehnt die SPD-Fraktion daher ab.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Pighetti. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Frank-Peter Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Williges, weshalb ist Ihr Gedächtnis eigentlich so schwach? Haben Sie einen Bundesfinanzminister namens Theo Waigel nicht mehr in Erinnerung? Er wurde allseits der Herr der schwarzen Löcher genannt. Auch den Namen „Goldfinger“ erhielt er, weil er die Goldreserven der Bundesbank verkaufen wollte, da er infolge zurückgehender Steuereinnahmen seinen Haushalt nicht mehr finanzieren konnte. Sie hingegen erzählen, es hätte keine zurückgehenden Steuereinnahmen in den Neunzigerjahren gegeben. Das ist offensichtlich ein Denkfehler.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir befinden uns im Rahmen der Haushaltsdebatte nicht in einer komischen Oper. Deshalb sollte man sich nicht konjunktivisch verhalten, sondern lieber realpolitisch und auf das schauen, was tatsächlich ist.

Meine Damen und Herren, die höheren Steuereinnahmen sind auf keine Leistung dieser Landesregierung und kein Verdienst des Finanzministers zurückzuführen, sondern der konjunkturellen Entwicklung – in diesem Zusammenhang ist das Wort „geschuldet“ vielleicht falsch – gedacht. In diesem Zusammenhang hat die Bundespolitik sicherlich eine Rolle gespielt, aber nicht nur die Bundespolitik des vergangenen Jahres, sondern auch der Jahre zuvor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur aufgrund der verbesserten konjunkturellen Lage bleiben Sie mit Ihrer Schuldenaufnahme im Jahr 2006 im Rahmen der verfassungsmäßigen Kreditobergrenze, wenn denn nicht Immobilienveräußerungen im Wert von 768 Millionen € anstehen würden. Heute Nachmittag werden wir darüber noch streiten.

Meine Damen und Herren, natürlich muss man einen Investitionsbegriff so definieren, dass die Investitionen höher als die Kreditgrenze sind. Ansonsten zahlt man doch das laufende Geschäft aus Krediten, was man nach der Verfassung aber nicht darf.

Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass in dem Nachtrag erhebliche Korrekturen enthalten sind, z. B. im Bereich der Versorgung. In diesem Bereich sollte man in der Zukunft etwas sorgfältiger arbeiten. Deswegen wollen wir von der Landesregierung einen eindeutigen Altersstrukturbereich, um das vorausschauend betrachten zu können.

Jetzt komme ich zum Wunderwerk des Finanzministers, nämlich zu den Rückstellungen, die er mit dem Nachtragshaushalt noch hinbekommen möchte. Meine Damen und Herren, ich will Sie auf Folgendes hinweisen. Es war nicht der Hessische Staatsgerichtshof, sondern der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen. Alle anderen Länder haben eine lockerere Kreditobergrenze, als dies in Hessen mit der sogenannten engen hessischen Bindung der Fall ist. Dieser hat geurteilt, eine Kreditaufnahme widerspreche im Regelfall dem Wirtschaftlichkeitsgebot, wenn ihr in dem Haushaltsjahr, auf das sie sich bezieht, kein entsprechender Ausgabenbedarf gegenübersteht. Gleicher gelte für die haushaltspolitische Bildung von Rücklagen aus Haushaltüberschüssen bei gleichzeitigen Ermächtigungen zur Kreditaufnahme; denn die zur Rücklage vorgesehenen Mittel könnten alternativ dazu eingesetzt werden, den aktuellen Kreditbedarf zu drosseln.

Meine Damen und Herren, genau das machen die Landesregierung und die sie tragende CDU-Fraktion nicht. Einige Ausrede könnte sein, dass Nordrhein-Westfalen nicht Hessen sei und man insoweit prüfen müsse, ob das Urteil auch in Hessen gelte. Das Haushaltsgrundsätzegezetz gilt übrigens für alle Bundesländer in gleicher Weise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch diese Verpflichtung – Richtung CDU-Fraktion und Landesregierung gesprochen – sind kreditfinanzierte Rücklagen grundsätzlich unvereinbar, insbesondere allgemeine Rücklagen. Da wir im Nachtrag aber die Kreditfinanzierung behalten – die wollen Sie gar nicht heruntersetzen, zumindest nicht planmäßig, sondern nur durch das

Geld, das noch kommen soll –, ist dieser Nachtragshaushalt mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar. Denn letztendlich sind die Überschüsse, die Sie jetzt als Rücklage einstellen, aus Krediten finanziert. Das ist zumindest die Äußerung des nordrhein-westfälischen Staatsgerichtshofs. Dem kann man sich nur anschließen.

Meine Damen und Herren, insoweit ist die Rückstellung für die Unternehmensteuerreform, die die Risiken des Jahres 2008 abfedern soll, mit diesen verfassungsrechtlichen Grundsätzen nicht vereinbar. Wir hatten das im Ausschuss auch diskutiert. Was die Rückstellung für Verpflichtungen des Landes für den Länderfinanzausgleich angeht, sieht die Sache etwas anders aus, weil die im ersten Quartal des Jahres 2007 fällig werden. Jetzt die Kredite nicht aufzunehmen und die Ermächtigung auf das nächste Jahr zu übertragen, das ist ein ganz anderer Fall, als das über ein ganzes Haushaltsjahr vor sich her zu schieben.

Letzte Bemerkung, zum Thema Unternehmensteuerreform. Meine Damen und Herren, wenn die Politik die richtige Richtung einschläge und dafür sorgte, dass die Unternehmensteuerreform aufkommensneutral umgesetzt wird, dann wäre eine Rückstellung, in welcher Form auch immer, zulässiger- oder unzulässigerweise

(Norbert Schmitt (SPD): Nicht nötig!)

nicht nötig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie ist erstens unnötig, zweitens unzulässig. Deswegen sind wir dagegen und lehnen den Nachtrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Als nächster Redner hat Herr Kollege von Hunnius für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Lübcke, vielen Dank für den Vorausbeifall. Ich hoffe, er ist gerechtfertigt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das war ich nicht! – Florian Rentsch (FDP): Er hat im Geiste mitgeklatscht!)

– Ach, dann nehme ich das zurück. Das war wishful thinking. – Ich komme zur Sache. „Je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an das menschliche Rechnen.“

(Frank Lortz (CDU): Na!)

Das Zitat stammt von Bismarck, Herr Kollege, nicht von mir. Ich kann so schön gar nicht formulieren.

(Frank Lortz (CDU): Dann ist das in Ordnung! – Axel Wintermeyer (CDU): Jahrgangskollege des Vizepräsidenten!)

Aber irgendwie habe ich das Gefühl, dass Bismarck den Nachtragshaushalt 2006 erahnt hat, als er das damals geäußert hat.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das hat zwei Gründe. Der erste Grund ist in den Korrekturansätzen zu finden, die im Nachtragshaushalt zu sehen sind. Die reflektieren diese Schätzfehler, Fehlansätze, Scheindeckungen und Ähnliches. Da ist ein ganz erhebliches Ausmaß an Rechenfehlern enthalten.

Der zweite Grund ist die spezielle Rücklage, die eben schon angesprochen worden ist. Auf viel mehr Punkte möchte ich angesichts der knappen Zeit gar nicht eingehen. Die Rücklage wird gebildet, weil man erwartet, dass aufgrund der Unternehmensteuerreform, die 2008 in Kraft treten soll, Steuerausfälle in Hessen zu gewärtigen sind. Die Rücklage beträgt 200 Millionen €. Nun kann ich das mit verschiedenen Adjektiven charakterisieren.

Einmal kann ich sagen: Es ist gut, die Rücklage zu bilden, denn das Geld wird nicht ausgegeben. Da haben wir einen politischen Konsens mit der Hessischen Landesregierung. Es wird nicht für ähnliche Geschenke, z. B. an Beamte, dritte Auflage, oder Ähnliches mehr ausgegeben. Das wäre denkbar. Dafür kann das Geld nicht genommen werden.

Es ist aber schlecht, diese Rücklage zu bilden, denn es gibt keine Festlegung, die Nettokreditaufnahme entsprechend zu reduzieren. Nun hat uns der Minister mehrfach deutlich gesagt, dass er gar nicht vorhat, noch in den letzten Tagen des Jahres von der Kreditermächtigung Gebrauch zu machen. Aber wenn er das nicht vorhat, dann muss er wohl vorhaben, das im nächsten Jahr zu tun. Denn sie wird automatisch in das kommende Jahr übertragen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das haben wir doch beschlossen!)

Bedenklich ist der ganze Vorgang deshalb, weil das Projekt Unternehmensteuerreform auch innerhalb der Koalition äußerst umstritten ist.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es geht nicht verloren!)

Wir haben bisher nur eine vorläufige Einigung zwischen den beiden Koalitionspartnern. Schon am Tag nach der Einigung sind beide wieder auseinandergedriftet. Zumindest einige von der SPD haben gesagt: 5 Milliarden € sind doch zu viel Entlastung. – Wir wissen, dass die CDU eigentlich noch ein bisschen mehr Entlastung haben möchte. Der Ministerpräsident hat das immer wieder gefordert. Die genaue Ausgestaltung ist noch völlig offen. Also ist in dieser ganzen Unternehmensteuerreform offenbar nur eines sicher: die Höhe der Belastung des Landes Hessen. – Das kann doch eigentlich gar nicht sein.

Ausgesprochen falsch ist die Bildung dieser Rücklage von 200 Millionen €, weil sie nicht mit einer Reduzierung der Kreditermächtigung verbunden ist. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass die FDP-Fraktion in diesem Landtag schon vor einiger Zeit beantragt hat, die Übertragbarkeit von Kreditermächtigungen, wie sie im Augenblick vorhanden ist, generell aufzuheben.

(Beifall bei der FDP)

Das fand damals bedauerlicherweise nicht die Zustimmung unserer anderen Freunde im Parlament. Es wäre vielleicht besser gewesen, damals zuzustimmen; denn

heute sehen wir, was passiert. Die Landesregierung genehmigt sich von dem gesamten Kreditvolumen nicht benötigte 200 Millionen Euro. Denn sie werden nicht benötigt. Wir haben ja Steuereinnahmen in entsprechender Höhe. Mit den 200 Millionen € kann man in einem Jahr vor der Wahl eine ganze Menge anstellen, Herr Kollege Milde,

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gernot Grumbach (SPD) – Norbert Schmitt (SPD): Das kann man wohl sagen!)

und zwar gute Sachen und auch schlechte Sachen. Ich wundere mich sehr, dass die SPD-Fraktion diesen Effekt so herunterspielt. Vielleicht denkt sie daran, irgendwann einmal – ich glaube es war das Jahr 2020 genannt worden – zu regieren und dann von ähnlichen Spielereien Gebrauch zu machen.

(Norbert Schmitt (SPD): 2008 ist schon okay!)

– Ich glaube, Herr Kollege, 2008 ist definitiv zu früh.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Grund dafür, warum das zu früh ist, sitzt exakt neben Ihnen.

(Sabine Waschke (SPD): Eieiei!)

Die einzige richtige Konsequenz wäre es, eine ganz ehrliche Politik zu betreiben. Ehrliche Politik heißt: Wir wollen das Geld nicht in Anspruch nehmen. Also sind wir so konsequent und vermindern die Nettokreditaufnahme im Nachtragshaushalt 2006 entsprechend.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann nehmen wir uns selbst die Möglichkeit, inkonsistent zu sein und unter dem Aspekt, dass sie übertragbar ist, im Jahr 2007 200 Millionen € zu verwenden.

Frau Kollegin Wagner, als Liberaler liegt es mir fern, mich gerade auf Bismarck zu beziehen.

(Frank Lortz (CDU): Hört, hört!)

Das wäre etwas abstrus. Aber in diesem einen Punkt kann ich seine Gedanken durchaus nachvollziehen, insbesondere wenn ich mir den Nachtragshaushalt 2006 ansehe.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Keine weiteren Wortmeldungen!)

Es bleibt dabei: Der Nachtragshaushalt ist für uns auch nach der dritten Lesung leider nicht akzeptabel. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege von Hunnius. – Das Wort für die Landesregierung hat Herr Finanzminister Weimar.

### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Erfreuliche zuerst: Wir reduzieren die Verschuldung für dieses Jahr auf 880 Millionen €. Wir haben, so wie das zum heutigen Tage aussieht, noch eine berechtigte Chance, dass wir bis zum Jahresende mehr Steuern einnehmen, als das im Dezember vorigen Jahres der Fall war. Ich habe im

Haushaltsausschuss angekündigt, dass alles, was mehr ein geht, zur weiteren Reduzierung der Nettoneuverschuldung eingesetzt wird,

(Beifall bei der CDU)

dass daraus eventuell erwachsene Restkreditermächtigungen von der Landesregierung nicht in Anspruch genommen werden und dass ich bereit bin, zum Haushalt 2008 eine Abschreibung dieser Restkreditermächtigungen, deren Höhe wir im Moment noch nicht kennen, vorzunehmen, sodass, Herr von Hunnius, Ihrem Wunsch Rechnung getragen worden ist. – Wir brauchen doch nicht über Sachen zu streiten, die völlig unstreitig sind. Aus der Rücklage in Höhe von 200 Millionen € können keine Restkreditermächtigungen entstehen, denn sie sind etatisiert. Hier wird manchmal über Dinge diskutiert, die zumindest haushaltsrechtlich so nicht sind.

(Nicola Beer (FDP): So hat der Kollege das gar nicht gesagt! – Frank Lortz (CDU) und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Er hat es gut gemeint!)

Wir haben eine berechtigte Chance, zu einer der niedrigsten Neuverschuldungen seit vielen, vielen Jahren zu kommen. Ich denke, das ist als Ausblick auf das Jahresende – ich habe bewusst nicht gesagt: Weihnachten, sondern „auf das Jahresende“ – eine außerordentlich erfreuliche Sache.

Ich denke auch, dass es richtig ist, dass wir die Rücklage bilden. Natürlich hätte man das Geld absetzen können. Aber, meine Damen und Herren, auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir bilanzieren und dass wir gucken müssen, dass wir langsam dahin kommen, dass wir nicht von der Hand in den Mund leben, müssen wir sagen: Wenn finanzielle Risiken entstehen, müssen wir dafür Vorsorge treffen. Ich bin dankbar, dass das Prinzip, das wir für das vierte Quartal, in dem wir außer der täglichen Abführung aus der Umsatzsteuer keine Abführung in den Länderfinanzausgleich machen, wissen: Dort müssen wir noch Geld bezahlen. Das wird sozusagen herübergebucht. Darüber besteht große Einigkeit. Ich denke, das ist gut, und das ist auch für uns als Abgeordnete oder für uns als Landesregierung die bessere Sicht der Dinge, damit wir wissen: Da ist Geld, das eingenommen worden ist. Es ist aber nicht alles unseres, sondern wir müssen es wieder weggeben. Insofern glaube ich, kann das sehr gut stehen bleiben.

Die andere Seite ist die Rücklage für das Jahr 2008 für die Unternebensteuerreform. Herr Kollege Kaufmann, erstens werden Rücklagen nicht aus Krediten finanziert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich!)

– Nein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Rücklagen weniger Kredite! Der Haushalt ist nicht gedeckt!)

– Ja, jetzt sind wir an dem Punkt. Das Geld habe ich aber doch. Ich brauche doch dafür keine Kredite aufzunehmen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie bräuchten weniger Kredite!)

– Nein, ich brauche nicht weniger Kredite. Entschuldigung, ich habe das Geld doch. Ich nehme dafür keine Kasenkredite oder Kredite auf. Das Geld ist in der Kasse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie dürfen es trotzdem nicht!)

Das ist ein völlig anderer Fall.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist genau der Fall! – Unruhe)

Ich habe dieses Geld eingenommen, und ich gebe es nicht aus. Jedenfalls bis zum Jahr 2008 ist es in der Kasse. Dann sehen wir weiter.

Zur Unternehmenssteuerreform muss ich Ihnen sagen: Es ist doch klug, eine Rücklage zu bilden. Selbst wenn die Unternehmenssteuerreform aufkommensneutral gemacht würde, weil es um eine Veranlagungssteuer geht, würde eine Absenkung des Unternehmenssteuersatzes dazu führen, dass in den ersten beiden Jahren weniger Geld ein geht, weil nämlich die Absenkung eines Steuersatzes dazu führt – darüber gibt es große Einigkeit –, dass die Vorauszahlungen heruntergesetzt werden, und dass die Veranlagungen erst später kommen. Dies bedeutet, dass ich jedenfalls im ersten Jahr bei Veranlagungssteuern mit weniger Steuereinnahmen rechnen muss.

Daher ist es klug, Rücklagen zu bilden. Ich bin mir mit Herrn von Hunnius gar nicht uneinig darüber, dass eine Unternehmenssteuerreform auch eine Nettoentlastung für die Beteiligten mit sich bringen muss, damit sie eine Wirkung entfaltet, nämlich dauerhaft den Standort Deutschland zu sichern.

(Frank Lorz (CDU): Sehr richtig!)

Also wird weniger Geld aus der Unternehmenssteuerreform in die Kasse hineinkommen.

Es gibt ein spezielles Problem für Hessen, auf das ich hinweise, damit mir später keiner kommt und sagt, das wäre nie gesagt worden. Wenn der Steuersatz für die Körperschaftsteuer reduziert wird, ist Hessen prima facie kurzfristig der große Verlierer dieser Sache, weil wir ein körperschaftsteuerstarkes Land sind.

Das heißt, wenn man die Körperschaftsteuer absenkt, führt das dazu, dass man, wenn man die Verluste berechnen will, nicht den Durchschnitt der dadurch in Deutschland bedingten steuerlichen Mindereinnahmen zugrunde legen kann, sondern für Hessen höhere Beträge annehmen muss. Dafür mache ich eine Rücklage.

Ich finde, man sollte sagen, dass es so ist, damit niemand überrascht ist. Wir werden damit fertig, weil wir am besten damit leben, wenn der Standort Deutschland durch eine vernünftige Steuerreform nach vorne gebracht wird. Aber wir werden hier im Jahr 2008 ein Problem haben.

Ich bin nicht bereit, so zu tun, als ob alles in bester Ordnung wäre. Vielmehr wird für Probleme Vorsorge getroffen. Deswegen werden wir gut damit fahren, und es gibt auch überhaupt keinen Anlass, sich deswegen in irgendeiner Art und Weise zu echauffieren – wie auch immer Sie das bezeichnen möchten.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Finanzminister, ein freundlicher Hinweis des Präsidiums: Die vereinbarte Redezeit für die Fraktionen ist abgelaufen.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben im Jahr 2006 viel für das Land tun können. Wir haben im Nachtragshaushalt eine Menge – auch in positiver Hinsicht – bewegt. Deshalb glaube ich, dass der Haushalt 2006 ein außerordentlich erfolgreicher ist, den wir mit dem Nachtragshaushalt noch unterfüttern, damit man in der Öffentlichkeit sehen kann, wie wir gewirtschaftet haben. Wir haben gut gewirtschaftet, und wir werden weiter so wirtschaften. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2006, Drucks. 16/6710 zu Drucks. 16/6635 zu Drucks. 16/6201.

(Axel Wintermeyer (CDU): In Form der Beschlussempfehlung!)

– In Form der Beschlussempfehlung, selbstverständlich.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Ich habe die Drucksachennummern vorgelesen. Das ist doch logisch.

Wer diesem Gesetzentwurf in Form der vorliegenden Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Damit ist der Gesetzentwurf in dieser Fassung angenommen und wird zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt die unerfreuliche Aufgabe, Ihnen eine schlechte Botschaft überbringen zu müssen. Ich bin nicht schuld, aber wir haben vereinbart –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Halb drei!)

– Bitte? Wenn Sie etwas anderes ausgemacht haben, gern. Dann habe ich doch keine schlechte Nachricht, sondern eine gute. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr und wünsche Ihnen einen guten Appetit.

(Unterbrechung von 13.38 bis 14.33 Uhr)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren! Wir beginnen jetzt. Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 17 a:

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) – Drucks. 16/6711 zu Drucks. 16/6338 zu Drucks. 16/6011 –**

in Verbindung mit **Tagesordnungspunkt 42:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend bei der Umsetzung der Doppik in der Landeshaushaltsrechnung das Budgetrecht des Parlaments wahren – Drucks. 16/6561 –**

dazu **Tagesordnungspunkt 17 b:**

**Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 – Drucks. 16/6636 zu Drucks. 16/6339 zu Drucks. 16/6012 –**

(Unruhe)

– Könnten Sie mir freundlicherweise zuhören? Jetzt sind so wenige im Saal, und dabei ist es genauso laut wie sonst.

Außerdem rufe ich **Tagesordnungspunkt 17 c** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010 – Drucks. 16/6342 zu Drucks. 16/6044 –**

Berichterstatter ist der Kollege Weinmeister. Bitte sehr.

#### **Mark Weinmeister, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kaufmann, herzlichen Dank für die Zurverfügungstellung der Beschlussempfehlung.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung mit folgender weiterer Änderung in dritter Lesung anzunehmen:

In § 1 wird die Angabe „22.670.762.900 €“ durch die Angabe „23.195.433.900 €“ ersetzt.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, die in der Anlage zur Beschlussempfehlung beigefügten weiteren Beschlüsse zu fassen. Diese Beschlüsse sind dort aufgeführt.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 116. Plenarsitzung am 22. November 2006 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss je nach Eingang vom Präsidenten überwiesen.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge in seiner Sitzung am 6. Dezember 2006 behandelt und zu den Änderungsanträgen Drucks. 16/6192, 6194, 6196, 6197, 6199, 6203, 6204, 6208, 6211, 6214, 6249, 6257, 6265, 6300, 6343, 6405, 6420 bis 6545, 6548, 6550 bis 6553, 6572 bis 6597 und 6599 bis 16/6623 und zu den Einzelplänen 01 bis 08, 10, 11 und 18 Beschlüsse gefasst.

In seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 hat der Haushaltsausschuss ebenfalls den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge behandelt und zu den aufgeführten Änderungsanträgen sowie zu den Einzelplänen 09, 15 und 17 seine Beschlüsse gefasst.

Sodann hat der Haushaltsausschuss mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP die zuvor wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die an der Erstellung des Haushaltsplänenentwurfs mitgewirkt haben, besonders bei den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern der Landtagskanzlei, die bis tief in die Nacht arbeiten mussten, um dafür zu sorgen, dass unsere Änderungsanträge fristgerecht eingebbracht werden konnten.

(Allgemeiner Beifall)

Außerdem möchte ich mich sowohl bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums als auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen Ministerien herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist immer ein langer Weg, bis ein Haushalt in der endgültigen Form zur Abstimmung vorliegt. Ich denke, wir als Haushaltsausschuss haben immer eine Freude daran, wenn es ordentlich passiert. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Weinmeister, für die Berichterstattung.

Wir brauchen jetzt noch die Berichterstattung für den Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010. Berichterstatter ist Herr Kollege May, den ich allerdings nicht sehe. Kann das irgendjemand übernehmen?

(Reinhard Kahl (SPD): Es ist kein Gesetz! Da können wir auf die Berichterstattung verzichten!)

– Dann verzichten wir doch gerne und steigen in die Debatte ein. – Die Redezeit beträgt 15 Minuten. Als Erster hat sich Herr Kollege Milde für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ganz gut, dass wir noch ein paar Minuten gewartet haben, denn mit jeder Stunde werden die Prognosen für das Haushaltsjahr 2007 besser. Ich glaube, die Opposition ist froh, dass das Jahr am 31.12. abschließt,

(Heiterkeit des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

weil wir ansonsten spätestens bis zum 10. Januar für nächstes Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könnten.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wären sehr dafür, Herr Kollege!)

Herr Kollege Kaufmann, Ihnen bin ich besonders dankbar; denn wir sparen heute Nachmittag eine Viertelstunde Redezeit von Ihnen ein. Schließlich haben Sie Ihre Rede vorhin schon der Presse zur Verfügung gestellt. Insofern können wir nachher auf das zurückgreifen, was Sie der Presse schon mitgeteilt haben, im Übrigen auch über meine Rede.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht sehr originell!)

Darauf sind Sie schon eingegangen. Auch das ist nett. Ich bemühe mich natürlich auch, heute Mittag ein bisschen Zeit einzusparen. Aber lassen Sie mich in wenigen Stich-

punkten die Glanzlichter des Haushalts 2007 in Erinnerung rufen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte, was? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wird die Rede kurz!)

Meine Damen und Herren, es beginnt damit, dass, wie Sie der Presse und auch der Reaktion von Herrn Kaufmann entnehmen konnten, die Nettoneuverschuldung im nächsten Jahr um 500 Millionen € auf 825,8 Millionen € gesenkt wird. Ich denke, wenn man die letzten 20 Jahre Revue passieren lässt, dann wird man, wenn man ehrlich ist, feststellen, dass die letzten Jahre unter der Regierung Karlheinz Weimar Jahre mit einer in absoluten Zahlen – nicht einmal im Verhältnis zum Haushalt, sondern in absoluten Zahlen – sehr niedrigen Nettoneuverschuldung waren, und das in einer Phase, die man mit Fug und Recht als die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit bezeichnen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es so schwer, Steuern einzunehmen? Komisch!)

Auf Basis der November-Steuerschätzung – Herr Kaufmann, seien Sie froh, dass es nicht noch eine Dezember-Steuerschätzung gibt – ist nach LFA und KFA mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 250 Millionen € zu rechnen. Hinzu kommt die vorhin beschlossene Auflösung der Rücklage von 250 Millionen € für die erhöhten LFA-Zahlungen aus 2006. Allein von Januar bis Oktober stiegen die Steuereinnahmen in Hessen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 24,9 %.

Jetzt möchte ich einen Punkt dementieren. Manche von Ihnen haben die Aussage von Karlheinz Weimar falsch verstanden, der gesagt hat: Die Mehreinnahmen, das ist alles mein Geld. – Die 1 Milliarde € ist nicht das Verraten eines Steuergeheimnisses von Karlheinz Weimar gewesen. Dafür müsste er im nächsten Jahr 2 Milliarden € verdienen, wenn er 1 Milliarde € zusätzliche Steuern bezahlte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist jetzt der Verrat eines Steuergeheimnisses!)

Das ist natürlich die Summe aller Mehreinnahmen im Lande Hessen. Aber zu Recht hat Karlheinz Weimar darauf hingewiesen: Wenn es richtig war, dass in den Jahren, in denen die Steuereinnahmen ausgefallen sind und die Schulden demnach höher sein mussten, Karlheinz Weimar verantwortlich war, dann müssen jetzt die steigenden Steuereinnahmen auch ein Verdienst von Karlheinz Weimar sein.

(Reinhard Kahl (SPD): Das hat er nie gesagt!)

Ich meine, wir können gemeinschaftlich vor Weihnachten beschließen: Dem ist auch so. – Vielen Dank.

Wir kommen zu der Frage nach der Verfassungsmäßigkeit des Haushalts. Da haben wir in den letzten Jahren unterschiedliche Auffassungen gehabt. Eines ist klar: Im Vergleich zu anderen Bundesländern haben wir in den letzten Jahren regelmäßig einen verfassungskonformen Haushalt gehabt.

(Lachen der Abg. Reinhard Kahl (SPD) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber in den letzten drei Haushaltsjahren 2005, 2006 und 2007 lag der Entwurf bereits

(Reinhard Kahl (SPD): Herr Milde, das sind doch Märchen!)

unterhalb der engen hessischen Selbstbindung, die nur die eigenen Investitionen des Landes beinhaltet.

(Reinhard Kahl (SPD): So steht es in der Verfassung!)

Insofern sind wir auch da ein großes Stück besser, als es Rot-Grün von 1991 bis 1998 war.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hessischen Gesetze gelten hier!)

Richtig ist auch, dass das Ergebnis des Wirtschaftsaufschwungs, nämlich Hessen als die Wirtschaftslokomotive Deutschlands, in den Jahren 2006 und auch 2007 maßgeblich zu diesem Ergebnis beigetragen hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leider hängt die Lokomotive zurzeit hinter dem Zug!)

Das kommt den hessischen Bürgerinnen und Bürgern zugute. Es kommt vor allen Dingen auch den Kommunen zugute. Denn der Kommunale Finanzausgleich, der schon im Entwurf 2007 ein um 322 Millionen € besseres Ergebnis für die Kommunen ausgewiesen hat, verbessert sich mit den Nachträgen, über die wir im Haushaltsschluss beschlossen haben, um weitere 100 Millionen € zugunsten der Kommunen in Hessen. Damit sind die Kommunen die klaren Gewinner des Haushalts 2007.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will auch das nicht ausspielen: Im Vergleich der finanziellen Situation zwischen der kommunalen Ebene der Gemeinden und der Ebene der Landkreise sind die Landkreise diejenigen, die strukturell mit den höchsten Defiziten belastet sind. Zum einen sind es die deutlich erhöhten Schlüsselzuweisungen, die für die Kreise eine besondere Bedeutung haben, außerdem die Schulbaupauschalalen, die im Jahr 2007 durch die gestiegenen Einnahmen im KFA den Landkreisen zugute kommen. Es sind natürlich auch die Anrechnungsfaktoren, die verändert wurden. Aber auch die gesamten Steuereinnahmen, die bei den Kommunen in diesem Jahr und 2008 eingehen, werden sich über die Kreisumlagen positiv in den Haushalten der Landkreise auswirken. Das zeigt, dass für 2007 und 2008 nicht nur die Gemeinden, sondern auch die Landkreise Gewinner dieses Haushalts sind.

Meine Damen und Herren, wir sind und bleiben damit ein zuverlässiger Partner der hessischen Kommunen, die im Haushaltsjahr 2007 mit 420 Millionen € einen enormen Anstieg von rund 15 % der Mittel haben werden. Der Kollege Williges hat vorhin schon darauf hingewiesen, was passiert wäre, hätten wir dem Antrag der SPD zugesagt, die KFA-Mittel jedes Jahr maximal um 4 % steigen zu lassen. Dann hätten die Kommunen vier Jahre warten müssen, um dieses Geld zu bekommen.

Ich finde, man sollte an dieser Stelle in der Zusammenfassung der Debatten um den Haushalt 2007 darauf hinweisen, dass wir mit dem Haushalt 2007 inhaltlich die gegebenen Wahlversprechen Punkt für Punkt umsetzen. Sie können sich dann wieder ärgern, Herr Kollege Kaufmann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Kollege, über Sie ärgere ich mich nicht! Ich lache höchstens!)

Wenn wir Ende 2007 Regierungsprogramm und Handeln nebeneinander legen, dann wird es wieder eine ganze Menge von grünen Häkchen geben. Das kann Sie zumindest freuen, Herr Kaufmann: viele grüne Häkchen für alle umgesetzten Wahlversprechen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir freuen uns eher über die roten Punkte!)

Fangen wir einmal bei der Bildung an. Dort haben wir durch einen Änderungsantrag 5 Millionen € zusätzlich für die Ausstattung an den Schulen, für Schulbücher und Lernmaterial zur Verfügung gestellt. Auch die Unterrichtsversorgung wird 2007 mit 130 zusätzlichen Lehrern in den Bereichen Ganztagsangeboten, G 8 und SchuB-Klassen deutlich verbessert. 200 befristete Lehrerstellen werden in unbefristete umgewandelt. Damit sind seit 1999 rund 3.500 Lehrer und 2.100 Referendare neu eingestellt worden. Das werden die Wählerinnen und Wähler im Jahr 2008 zu honorieren wissen.

Meine Damen und Herren, die Eltern können sich auf die Unterrichtszeiten ihrer Kinder verlassen. Auch wenn ein Lehrer kurzfristig erkrankt ist, wird mit der Unterrichtsgarantie plus, für die wir 42 Millionen € zur Verfügung stellen, sichergestellt, dass jede Stunde Unterricht gegeben wird. Seit 1999 – das sollte Rot-Grün besonders interessieren – sind im Land Hessen im Haushalt rund 500 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt worden.

Ich will das weiterführen mit dem Thema innere Sicherheit. Die Zahl der Polizeianwärter wird im Jahr 2007 von 250 auf 400 erhöht. Im Bereich Brandschutz haben wir insgesamt 5 Millionen € zusätzlich aus originären Haushaltsmitteln bereitgestellt. Es interessiert einige in der SPD besonders, woher das Geld kommt: Es sind originäre Haushaltsmittel.

Bei der Vereinsförderung – hier freue ich mich besonders auf das Jahr 2007 – haben wir zusätzlich 10 Millionen € zur Verfügung gestellt, um dem Sanierungsbedarf bei den Sportplätzen, bei den Sporthallen und den Schwimmbädern der Kommunen – der Präsident des Landessportbunds blickt auf – Abhilfe leisten zu können. Wir werden also 10 Millionen € für diese Maßnahmen zusätzlich zur Verfügung stellen.

Wir werden außerdem im Bereich der Sozialpolitik 37,5 Millionen € für das Projekt „Erfahrung hat Zukunft“ investieren. Damit wird der hohen Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der über 50-Jährigen entgegengewirkt.

Ich will so kurz vor dem Abschluss das Thema Familie auch noch einmal aufgreifen. Denn mit dem BAMBINI-Programm, das im Haushaltsjahr 2007 umgesetzt wird, gehen 110 Millionen € an die kommunale Familie. Aufgestockt wurde das Programm in der Tat mit 10 Millionen €. Herr Kaufmann, damit Sie Ihr Gesicht wieder bekommen, sage ich Ihnen, dass es 10 Millionen € aus dem originären Bereich des Haushalts sind. 100 Millionen € stammen aus dem Bereich der gewachsenen Steuereinnahmen beim Kommunalen Finanzausgleich.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie nehmen es der kommunalen Familie und geben es den Mittelstandsfamilien!)

All Ihren Unkenrufen zum Trotz werden es alle hessischen Kommunen umsetzen. Alle Bürgermeister lassen sich reihum dafür feiern, dass sie mit den kirchlichen und den anderen freien Trägern vor Ort Vereinbarungen getroffen haben, das dritte Kindergartenjahr in Zukunft beitragsfrei zu stellen. Das ist ein grandioser Erfolg dieser

Regierung und auch der CDU-Fraktion. Dafür bin ich ganz besonders dankbar.

(Beifall bei der CDU)

Es werden noch einmal 700.000 € zur Verbesserung des Schutzes von Kindern investiert. Da waren wir uns fast alle einig. Damit werden Vorsorgeuntersuchungen finanziert, um so einen Beitrag zu einem wirksamen Frühwarnsystem gegen Verwahrlosung und Missbrauch von Kleinkindern zu schaffen.

Ich möchte Ihnen zum Abschluss noch einmal den Unterschied zwischen Theorie und Praxis erklären. Der Herr Kollege Schmitt schaut schon auf. Aber haben Sie keine Angst, ich rede jetzt nicht vom Nominierungsverfahren der SPD bei ihrem Spitzenkandidaten, sondern ich rede natürlich vom Haushalt. Wovon sonst, Herr Kollege Kaufmann? Theoretisch muss die Opposition die Haushalte immer ablehnen. Das steht im Lehrbuch für eine erfolgreiche Opposition.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke für die Qualifizierung „erfolgreich“!)

Praktisch können Sie diesem Haushalt aber eigentlich nur zustimmen. Wir machen es jedenfalls mit großer Freude. – Vielen Dank. Ebenfalls meinen herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Landesverwaltung.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Milde. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort.

### Norbert Schmitt (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt schon merkwürdige Phänomene. So, wie der Hahn glaubt, dass sein Krähen ursächlich dafür ist, dass morgens die Sonne aufgeht und die Eier gelegt werden, so gibt es in Hessen einen Mann, der glaubt, dass sein Krähen und seine Reden dafür ursächlich sind, dass es zu höheren Steuereinnahmen kommt. Dieser Mann heißt Karlheinz Weimar. Er ist Finanzminister in Hessen. Wie ein Hahn veranstaltet er ein ziemliches Spektakel. Manche Hähne hat er mit dazu geholt. Man bekommt wirklich den Eindruck, dass da ein Mann ist, der nicht nur Eier legt, sondern sogar goldene Eier legt. Aber die Wirklichkeit ist doch eine andere. Der Hahn, der Weimar heißt, kann für den Geldsegen, der momentan über das Land Hessen hereinprasselt, wahrlich nichts.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Dass sich die Nettoneuverschuldung zwischen der zweiten und der dritten Lesung reduziert, weil es doch zu erheblichen Steuermehreinnahmen kommt, ist nicht das Ergebnis des Krähens der CDU hier in Hessen, sondern das Ergebnis einer rot-grünen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die heute ihre Früchte trägt – auch in Form von Steuermehreinnahmen des Landes.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

Da kann man nur sagen: Trotz eines Wirtschaftsministers Glos und trotz dieser Hessischen Landesregierung, die über Jahre hinweg Steuermehreinnahmen auf Bundesebene blockiert hat, ist es jetzt Gott sei Dank gelungen, dass es zu Mehreinnahmen auf allen staatlichen Ebenen gekommen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Sie glauben das doch selbst nicht!)

Trotz Steuermehreinnahmen in nie bekannter Höhe in Hessen – Solche Dimensionen hatten wir in Hessen niemals zuvor, nämlich 1,37 Milliarden €, im Vergleich zum Ausgangshaushalt 2006 1,37 Milliarden € Steuermehreinnahmen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Noch mal! Damit ich es auch verstehe!)

Das sind über 10 %. Damit es auch Herr Wagner kapiert: Das sind 10 %, Herr Wagner. Das hat es bisher noch nicht gegeben. Obwohl es zu diesen ganz erheblichen Steuermehreinnahmen gekommen ist, ist und bleibt die Haushaltsslage des Landes Hessen grottenschlecht. Das ist doch die Wirklichkeit, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Nettoneuverschuldung in Höhe von 826 Millionen € liegt zwar unter dem Stand der vergangenen Jahre, aber bei diesen Steuermehreinnahmen in wirklich nie bekannter Dimension ist das doch ein schwaches Ergebnis. Das ist ein echt schwaches Ergebnis – zumal auch in diesem Jahr, Herr Finanzminister Wagner, wieder erhebliche Verkäufe anstehen, nämlich in Höhe von 466 Millionen €. In diesem Umfang soll es in diesem Jahr wieder zu Verkäufen kommen. Ohne diese Verkäufe – das liegt doch auf der Hand – wäre auch dieser Haushalt 2007 wiederum verfassungswidrig.

(Beifall bei der SPD – Reinhard Kahl (SPD): So ist es!)

Der Kollege Pighetti hat zu Recht die Frage aufgeworfen, ob die Verkäufe nicht der Nettokreditaufnahme des Landes zugerechnet werden müssen, weil sie eine Verminderung des Vermögens darstellen. Mit dieser Frage muss man sich auseinandersetzen. Ich meine, das liegt doch auf der Hand. – Herr Wagner lacht, aber das müssten normalerweise selbst Sie kapieren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Nein! Um Himmels willen!)

Wenn man etwas vom eigenen Eigentum verkauft, reduziert sich das Vermögen. Deswegen ist die Frage in der Tat berechtigt, ob die Verkäufe, die es gegeben hat, nicht der Nettokreditaufnahme hinzugerechnet werden müssen. Denn diese ganze Verkaufsaktion ist nichts anderes als eine verdeckte Kreditaufnahme.

Herr Kollege Milde, Ihre Vergleiche mit anderen Länderverfassungen waren ja schon lächerlich. Ich glaube, man muss kein Jurist sein, um zu erkennen, dass die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen für Nordrhein-Westfalen gilt, während die Verfassung des Landes Hessen für Hessen gilt. Da gibt es eben unterschiedliche Verfassungsgrenzen. Aber wir haben von dem Versuch des Finanzministers gehört. Das wird jetzt neuerlich auch durch Sie untermauert. Da gab es den Versuch, die Verfassungsgrenze nach Kassenlage zu definieren.

Wer so mit der Hessischen Verfassung umgeht, ist, so glaube ich, kein gutes Beispiel für die Menschen, die immer noch zu Recht an den Rechtsstaat Bundesrepublik glauben. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Wir waren und sind auch sehr unzufrieden mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs hier in Hessen. Er hat sich mit seiner Entscheidung über den Haushalt 2002 auch deutlich außerhalb der Entscheidungen bewegt, die andere Verfassungsgerichte getroffen haben – und das bei einer Rechtslage, die sogar restriktiver ist als in anderen Bundesländern.

Die Haushaltssituation bleibt auch deswegen so schlecht, weil dieser Finanzminister zum Sparen nicht fähig ist. Zwar wurde die „Operation düstere Zukunft“ medial großartig verkauft. Alle haben noch das Bild vor Augen, wie sensationell der Finanzminister auf der Pressekonferenz von Herrn Grüttner die Folien gewechselt hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war Herr Koch selber!)

– Und Herr Koch. Das war wirklich sensationell. Aber was bleibt denn übrig? – Außer einem sozialpolitischen Kahlschlag und der Drangsalierung von Mitarbeitern hatte diese Operation doch keine anderen Elemente, die andere Länder nicht schon längst früher und auch nachhaltiger und vor allem politisch klüger eingeleitet hatten.

Den sozialpolitischen Kahlschlag hat es so in keinem anderen Land gegeben. Und eine solche Drangsalierung von Mitarbeitern hat es auch in keinem anderen Bundesland gegeben. Das war das Spezielle. Das macht auch diese Landesregierung aus. Das sagt viel über den politischen Charakter dieser Landesregierung. Das möchte ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig hat kein Land in der Bundesrepublik bei den Ausgaben so zugelangt wie Hessen. Die Zuwachsrate seit dem Jahr 2000 waren und sind gewaltig. Von 2000 bis heute – ich nehme jetzt den Haushaltsplan 2007, wie er vorliegt – sind die bereinigten Ausgaben nach Abzug der Ausgaben für den Länderfinanzausgleich und nach Abzug des Kommunalen Finanzausgleichs um 1,4 Milliarden € gestiegen. Herr Finanzminister, ich möchte betonen, dass wir diese Rechnung gemacht und dabei den Kommunalen Finanzausgleich abgezogen haben. Denn das war Ihr tragendes Argument in mehreren Debatten. Sie haben gesagt, man müsse den Kommunalen Finanzausgleich auch noch berücksichtigen. Dann käme man zu anderen Ergebnissen bei den Zuwachsrate. Aber, wie gesagt, der Vergleich von 2000 zum Haushaltsjahr 2007 zeigt nach Abzug von LFA und KFA eine Steigerung in realen Zahlen von 1,4 Milliarden €.

Dann schauen wir uns einmal die Zuwächse an. Das sind 11 % seit dem Jahr 2000. 11 % Zuwachs bei den Ausgaben – und das in einer Situation, das wurde zu Recht dargestellt, in der die Einnahmen nicht gesprudelt sind, sondern in der sie einem ständigen Auf und Ab unterlagen. Eine Steigerung von 11 % in sieben Haushaltsjahren ist ein klarer Verstoß gegen die Vorgaben des Finanzplanungsrates zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien.

Sie haben immer behauptet, man müsse KFA und LFA herausrechnen. LFA ist unstreitig. Die Steigerungsraten von 2000 auf 2001 betrugen 3,4 %, von 2001 auf 2002 1,5 %, von 2002 auf 2003 3,4 % – da war bei uns noch die FDP beteiligt, das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen –, und dann gab es in der Tat durch die „Operation

düstere Zukunft“ einmal eine Absenkung um 0,9 %, um dann im Jahr darauf wiederum eine Steigerung von 1,1 % vorzunehmen. Es folgte ein Plus von 2005 auf 2006 von 2,6 %.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Und das ohne jede Tariferhöhung!)

In der Tat sind auch durch die nicht vorhandenen Tariferhöhungen die Personalkosten einigermaßen eingefangen worden. Insgesamt haben wir, wie gesagt, eine Steigerung von 11 %.

Herr Kaufmann hat es, so glaube ich, bei der Nachtragsdebatte am Dienstag eingeführt, und wir haben das auch schon mehrmals thematisiert: Wir hatten in Jahren, in denen die Einnahmen auch ausgefallen sind, nämlich in den letzten Jahren unter Rot-Grün, 1996, 1997 und 1998 keine Steigerungsraten, sondern haben die Haushalte real abgesenkt: um 0,5 %, 0,6 % und 0,8 %.

Wenn in diesem Land jemals gespart wurde, dann geschah dies in diesen Zeiten. Wann wird das Geld mit vollen Händen ausgegeben? Das geschieht in der Zeit, in der der Ministerpräsident Roland Koch und der Finanzminister Karlheinz Weimar heißen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Ergebnis liegt doch auf dem Tisch. Während der Regierungszeit von Roland Koch stieg die Verschuldung um 11 Milliarden €. Um 11 Milliarden € hat sich die Verschuldung mittlerweile erhöht. Das ist ein Drittel aller Schulden, die nach dem Krieg aufgenommen wurden. In nur sieben Regierungsjahren hat es die Regierung unter Roland Koch fertiggebracht, ein Drittel aller Schulden der vergangenen 60 Jahre aufzutürmen. Da muss man sagen: Das ist wirklich eine „Leistung“, allerdings eine mit negativem Vorzeichen.

Die Oppositionsfraktionen haben sich in die Haushaltberatungen konstruktiv eingebracht. Leider wurden aber nur wenige unserer Änderungsanträge von der CDU angenommen. Immerhin: Der Bürgschaftsrahmen für Unternehmen, die, aus welchen Gründen auch immer, auf eine Landesbürgschaft angewiesen sind, wurde um 10 Millionen € erweitert. Das finden wir gut. Das war unser Änderungsantrag. Dem hat auch die CDU-Fraktion zugestimmt.

Es wird auch 3 Millionen € mehr für Biomassekraftwerke geben. Dazu gab es übereinstimmende Anträge mehrerer Fraktionen. Das finden wir gut.

Sonst haben Sie aber alles abgebügelt. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde es besonders schmerzlich, dass Sie unseren Änderungsantrag zur Bereitstellung von 250.000 € zur Bekämpfung des Rechtsextremismus abgelehnt haben. Wir werden Sie da an Ihrer Aussage messen. Sie haben behauptet, entsprechende Maßnahmen könnten Sie aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Wir glauben das nicht. Dazu hätte es eigentlich einen Konsens aller Fraktionen dieses Landtags geben müssen. Wir bedauern es sehr, dass dieser nicht hergestellt werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch unsere Änderungsanträge, die Investitionen für mehr Arbeit, Bildung und die verstärkte Nutzung neuer Energien vorgesehen haben, haben Sie abgelehnt. Dem sind Sie nicht gefolgt. Dabei hinkt Hessen hinsichtlich des Arbeitsmarkts der Entwicklung in Deutschland hinterher. Das ist ein nüchternes Faktum. Hessen hinkt

wie niemals zuvor in seiner Geschichte hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen hinter der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland her. Der Arbeitsmarkt in Hessen hat sich schlechter entwickelt, als es im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer der Fall ist.

Ich finde wirklich, die CDU-Fraktion hat da eine Chance verpasst. Sie hätte wenigstens den einen oder anderen Änderungsantrag von uns annehmen können, mit dem beschäftigungswirksame Impulse für unser Bundesland gesetzt worden wären. Dabei waren auch Investitionen in wichtigen und zentralen Bereichen für die Kommunen vorgesehen. Wir hatten ein Ausbildungsplatzprogramm für junge Menschen vorgesehen, damit sie nach der Schule nicht arbeitslos werden.

Sie haben auch unsere Änderungsanträge zur Absicherung des sozialen Netzes in Hessen – wir bezeichnen das als das Sozialbudget – abgelehnt. Dem sind Sie nicht gefolgt. Sozialpolitisch waren und sind Sie Dampfwalzen. Anders kann man das nicht sagen. Es wird plattgemacht, was Ihnen im Wege steht. Das ist nicht gut. Das trifft viele, auch ehrenamtlich engagierte Menschen, die in sozialen Initiativen und im sozialen Netz in Hessen tätig sind. Sie sind auf Hilfe und Unterstützung angewiesen, um ihre Arbeit noch besser und engagierter fortführen zu können. Da fehlt es manchmal nur an wenig Geld.

Wir befinden uns in der Situation, dass wir über 1,37 Milliarden € Mehreinnahmen sprechen. Dabei geht es um 30 Millionen € für Initiativen. Das reicht von den Frauenbüros über die Frauenhäuser bis hin zu der ehrenamtlichen Arbeit für die Betreuung in der Psychiatrie. Das betrifft auch die Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt. Überall dort wurde gestrichen. Selbst in diesem Jahr, wo es doch zu erheblichen Steuermehreinnahmen gekommen ist, ist nichts geschehen. Für das Jahr 2007 könnte man aber sagen: Okay, da packen wir wieder etwas drauf, wir machen diese Kürzungen rückgängig. – Wir finden, es ist ein sozialpolitischer Skandal, dass das nicht geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben uns mehrmals heute und während dieser Plenarsitzungsruhe mit Fragen der Bildungspolitik beschäftigt. Auch da sind Sie unseren Änderungsanträgen nicht gefolgt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Gott sei Dank!)

Manchmal geht es da gar nicht ums Geld. Da haben wir natürlich unterschiedliche Konzepte.

An manchen Stellen geht es aber auch um etwas anderes. Da geht es z. B. um die Frage, ob wir die fröher kindliche Bildung stärken und dafür entsprechende Mittel zur Verfügung stellen sollen. Es geht auch um die Frage, ob man in die Schaffung echter Ganztagsschulen einsteigen soll, und zwar so, wie das in dem von den Sozialdemokraten regierten Nachbarland Rheinland-Pfalz der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Rheinland-Pfalz ist da ein hervorragendes Vorbild. Auch da sind sie --

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Auch hinsichtlich der Arbeitsmarktzahlen sind sie ein Vorbild. Das müsste auch ein Vorbild für Hessen sein. Sie sind in der Frage der Ganztagsschulen ein Vorbild. Das betrifft auch die fröher kindliche Bildung. Das gilt auch hin-

sichtlich des Beitrags für Kindergärten. Überall da hat Rheinland-Pfalz eine Vorbildfunktion. Dem sollten Sie folgen.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Schmitt, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte langsam zum Schluss Ihrer Rede.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Daran kann man sehen, wie schnell eine Viertelstunde vergehen kann. – Wir bleiben dabei, den Haushaltsgesetzentwurf für das Jahr 2007 abzulehnen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist schade!)

Denn dieser Haushalt des Jahres 2007 wird wieder keine Antwort auf die dringenden Probleme dieses Landes parat haben. Das betrifft die überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in Hessen in den letzten Jahren. Das betrifft die Lehrstellenmisere und die geringen öffentlichen Investitionen. Hessen ist hinsichtlich der Bildung zurückgefallen.

Hessen fällt zurück, weil der Landesregierung nicht einfällt, wie man es wieder nach vorne bringen kann. Ihr ist zwischen der ersten und der zweiten sowie der zweiten und der dritten Lesung dazu nichts Neues eingefallen. Hessen braucht aber neue Impulse. Hessen braucht eine andere Politik. Sie wird nach dem 27. Januar 2008 eingeleitet werden. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Schmitt, vielen Dank. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Axel Wintermeyer (CDU): Herr Kaufmann hat heute wieder einmal rot-grün geflaggt!)

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege, lieber rot-grün als so blau-bräunlich geflaggt. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir zelebrieren heute geradezu wieder einmal das übliche vorweihnachtliche Ritual. Wir werden von der Regierungsfraktion, vertreten durch den verehrten Kollegen Milde, und von dem Finanzminister noch hören, wie toll doch diese Regierung ist und dass man nicht nur stolz, sondern sogar stolzer und am stolzesten auf all das Erreichte ist.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Da sehen Sie es. – Der hessische Haushalt weist trotzdem wieder einmal ein massives Defizit von gut 800 Millionen € auf. In dieser Höhe müssen neue Schulden gemacht werden.

Das geschieht zu einem Zeitpunkt, zu dem wir einen neuen Rekordhochsprung der Steuereinnahmen in der Geschichte des Landes Hessen haben. Gleichzeitig massive Neuverschuldung zu betreiben, wenn die Steuerquellen sprudeln wie schon lange nicht mehr, und obendrein noch weiteren Immobilienbesitz zu verhökern, das ist nun

wahrlich das genaue Gegenteil einer finanzwirtschaftlich wie politisch akzeptablen Vorgehensweise.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) liest parallel zum Redner mit: Das ist nun wahrlich das genaue Gegenteil einer finanzwirtschaftlich wie politisch akzeptablen Vorgehensweise!)

– Herr Kollege Wagner, diese Landesregierung ist schlecht. Sie haben das jetzt auch schriftlich vor sich liegen. Sie ist sogar grottenschlecht. Sie kann mit Geld nicht umgehen. Man sollte ihr den Haushalt nicht länger anvertrauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir können Ihre Rede auch zu Protokoll geben!)

Die Landesregierung ist immer dann besonders schlecht, wenn sie sich besonders lobt. Das betrifft etwa das Eigenlob für die angebliche Vorreiterrolle bei der Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens. Das betrifft auch die von Ihnen selbst so gelobte angebliche Innovationskraft.

Bei einer genauen Betrachtung der Wirklichkeit zeigt sich dann aber, dass erheblich zu viel schöner Schein und erheblich zu wenig Substanz vorhanden sind. Sie werden es bestimmt nicht bestreiten: Die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen ist nicht vollständig erfolgt. Sie kann auch nicht als geglückt angesehen werden. Denn weite Teile des Haushaltsplans sind immer noch kameralistisch aufgebaut und werden so auch abgebildet. Ich möchte dabei nur an den Schulbereich erinnern.

Auch im neunten Jahr der neuen Verwaltungssteuerung wird die vollständige Umstellung immer noch nicht erreicht werden. Ich denke, das Folgende führt auch zunehmend zu Ärger: Innerhalb des kameralen Systems werden immer mehr Gruppen zusammengefasst und damit auch der Rest an Klarheit beseitigt. Das ist mehr als ein Ärgernis.

(Beifall der Abg. Tarek Al-Wazir, Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD))

Sie bringen z. B. nur noch einen Titel für alle Besoldungen der Lehrerinnen und Lehrer in Hessen mit einem Volumen von 2,6 Milliarden € aus. Meine Damen und Herren der CDU, warum bilden Sie nicht gleich einen Titel in Höhe von 23 Milliarden € für den gesamten Haushalt und sagen dann, die Regierung wird es schon richten? Daran merken Sie doch, was für ein Blödsinn das ist. Wir sind auf jeden Fall entschieden gegen diese Vorgehensweise.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine Damen und Herren der CDU und der Regierung – Herr Kollege Milde, das gilt auch für Sie –, Sie legen dem Landtag Zielsysteme und Zielbeschreibungen vor, die hinsichtlich ihrer Aussagelosigkeit kaum noch zu unterbieten sind. Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert. Sie setzen dies in Form von Punkten um, die unpräzise definiert und höchst verschwommen gegeneinander abgegrenzt sind. Sie verwenden Kennzahlen, die darauf hin deuten, dass Sie nicht einmal wissen, was Sie politisch erreichen wollen. Vielleicht wissen Sie es tatsächlich nicht. Vielleicht wollen Sie es uns, dem Haushaltsgesetzgeber

und den Bürgerinnen und Bürgern Hessens, auch einfach nicht sagen.

Zum allergrößten Teil fehlen aussagekräftige Zahlen. Häufig sind die angegebenen Kennzahlen nicht geeignet, zu messen, inwieweit das Ziel erreicht wird. – Diese Beschreibung von mir war ausgesprochen freundlich.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Während der Debatten im Ausschuss haben wir festgestellt, welcher hanebüchene Blödsinn zum Teil im Haushaltsentwurf steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Planloser Irrlauf ist da vielleicht die richtige Beschreibung.

Herr Kollege von Hunnius hat mir heute vor der Mittagspause Mut gemacht. Ich will jetzt auch meine Rede mit ein paar Zitaten auflockern. Herr Kollege von Hunnius, ich werde nicht Bismarck zitieren. Vielmehr greife ich noch ein bisschen weiter in der Geschichte zurück. Ich werde Seneca zitieren. Das war zwar kein GRÜNER, aber es war ein kluger Mann. Herr Kollege Milde, zum Thema Kennzahlensystem sage ich Ihnen, aber auch in Richtung der Landesregierung: „Wer seinen Hafen nicht kennt, für den weht kein Wind günstig.“ Denn er wird sich überall verirren.

(Heiterkeit der Abg. Tarek Al-Wazir und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Landesregierung weiß also nicht, wohin sie führen will. Wir, die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben eine Alternative vorgelegt. Sie ist konzeptionell und finanzwirtschaftlich ihrem planlosen Umherirren eindeutig und klar überlegen. Ich werde darauf zurückkommen, will aber noch einen Augenblick bei ihrem schwarzen haushaltstechnischen Herumgestochere verbleiben.

Ein weiterer Schwachpunkt bleibt die nach Verfassungsrecht dringend gebotene Wahrung des Budgetrechts des Parlaments. Wie aber soll ein Haushaltsgesetzgeber eine vernünftige Entscheidung treffen, wenn ihm die dazu notwendigen Informationen nicht vorgelegt werden?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie selbst haben von dieser Stelle aus einmal bestritten, dass der Landtag bei den Zielvorgaben des Haushalts entsprechende Einflussmöglichkeiten habe. Das haben wir mittlerweile, denke ich, anders erklärt. Aber dass Sie diese Position vertreten, erklärt vieles von dem ungenügenden und holprigen Umsetzen. Deshalb erneut Seneca: „Nicht wollen ist der Grund, nicht können ist nur der Vorwand.“ Sie behaupten immer, Sie könnten es nicht. Wir nehmen es Ihnen nicht mehr ab. Deswegen haben wir in unserem Antrag, der zur Debatte steht, konkrete Punkte zur Umsetzung der neuen Verwaltungssteuerung benannt. Darüber können wir, denke ich, im Ausschuss weiter diskutieren.

Meine Damen und Herren, mit einer Gesamtverschuldung von über 33 Milliarden € hat das Land den höchsten Schuldenstand seit seiner Gründung vor über 60 Jahren erreicht. Verantwortlich dafür ist niemand anderes als diese Landesregierung, die es vollbracht hat, innerhalb von neun Jahren die Verschuldung um 33 % zu erhöhen. Dabei rede ich nicht von der Verantwortung für wegbrechende Steuereinnahmen oder Steuerausfälle durch ver-

änderte gesetzliche Grundlagen. Ich rede von der Konzeptionslosigkeit dieser Landesregierung, dieser Herausforderung im Finanzierungssaldo zu begegnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, es ist für das Land ausdrücklich zu begrüßen, dass sich die Steuereinnahmen im Jahr 2007 – und auch schon 2006 – weitaus positiver entwickelt haben als ursprünglich vorhergesehen und vom Arbeitskreis Steuerschätzungen ermittelt. Ich weiß, dass das auch den Finanzminister freut. Er verhält sich so – jetzt kommt ein neues Zitat, ausnahmsweise nicht von Seneca –, wie Wilhelm Busch es sehr schön und trefflich beschrieben hat: „Er fühlte sich wie neu gestärkt, als er so viel Geld bemerkte.“

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, aber wenn man das bemerkt, erwächst aus dieser Situation auch die besondere Verantwortung, aus den verbesserten Rahmenbedingungen heraus in der Finanzpolitik auf einen Pfad der Nachhaltigkeit einzuschwenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das mahnen wir an, und wir sagen Ihnen: Wer das nicht tut, der begeht nicht nur einen Fehler, sondern unterliegt auch einem großen Irrtum. Deswegen Seneca zum Dritten:

(Zuruf von der SPD: Jetzt aber das Original!)

„Die Zeit wird kommen, wo unsere Nachkommen sich wundern, dass wir so offbare Dinge nicht gewusst haben.“ Herr Finanzminister, das richtet sich an Sie, der Sie bei deutlich erhöhten Steuereinnahmen nicht endlich den Weg zur Nachhaltigkeit einschlagen, sondern weiter in die Verschuldung hineinstürzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, wir fragen Sie erneut: Warum halten Sie an einem Finanzplan fest, der nach wie vor eine jährliche Neuverschuldung in Milliardenhöhe enthält? Warum verweigern Sie sich dem, was alle für dringend notwendig halten, nämlich die Neuverschuldung zu reduzieren? Wann wird in Hessen ein Haushalt endlich einmal ohne Neuverschuldung aufgestellt werden?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, warum sind Sie ohne Ehrgeiz, Haushaltkskonsolidierung zu erreichen? Packen Sie es endlich an, und sagen Sie uns hier und heute, wann wir mit Ihren Aktivitäten rechnen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesen Aktivitäten gehört als Erstes, vernünftig und ehrlich zu rechnen und nicht einen Regierungsentwurf für den Haushalt vorzulegen, in dem mit einem Federstrich die Investitionen des kommunalen Bereichs als Investitionen des Landes verbucht werden, wodurch der Haushalt scheinbar in die Lage versetzt wird, verfassungskonform weitere 400 Millionen € Kredite aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich führe ein weiteres Zitat an – ich sagte ja schon, Herr Kollege von Hunnius hat mich dazu ermuntert –, diesmal von Jean Paul Getty: „Pro-

bleme lassen sich immer am besten mit anderer Leute Geld regeln.“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Das ist das Motto des Finanzministers bei der sogenannten Verschuldungsgrenze nach Haushaltsslage, um die enge hessische Selbstbindung umzudefinieren.

Meine Damen und Herren, dank der verbesserten Konjunkturlage kommt Weimar nun in die glückliche Situation, davon keinen Gebrauch machen zu müssen. Dies war aber nichts anderes als ein Taschenspielertrick und das genaue Gegenteil einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik. Deshalb wollen wir Nachhaltigkeit als Prinzip der Finanzpolitik festgeschrieben wissen.

Meine Damen und Herren, wenn man einen vernünftigen, nachhaltigen Haushalt aufstellen will, gehört als Zweites dazu, dass man eine Vorstellung darüber entwickelt, wie man einer negativen Haushaltssituation entgegenwirken kann und nicht immer von einer Ahnungslosigkeit in die nächste fällt. Deswegen bedarf es dringend einer Neudeinition des Investitionsbegriffs. Nicht so – wenn Herr von Hunnius nun voller Spannung schaut –, wie Sie das Anfang des Jahres versucht haben, sondern es geht um eine ernst gemeinte Definition, auch im Hinblick auf Verschuldungssituationen. Der entscheidende Punkt ist, wie ich bei der Nachtragsdebatte schon erwähnt habe: Man kann nicht Vermögen abgeben und gleichzeitig sagen, alles, was man für die Anschaffung von Vermögen ausgeben wolle, sei kreditfähig. An dieser Stelle muss man vielmehr den Nettovermögenszuwachs betrachten.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Wenn Sie für rund 770 Millionen € - 768 Millionen € wären es genau – Vermögen verkaufen, dann müssen Sie diesen Betrag von der Kreditsumme, die Sie aufnehmen dürfen, abziehen. Nur das nämlich ist bei einer vernünftigen, richtigen Rechnung der mit Schulden finanzierbare Investitionsbetrag, der übrig bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich einmal klar machen: Wir verkaufen Vermögen, das langfristig gebundene Schulden produziert, für den kurzfristigen Einsatz im Haushalt, aber die Schulden bleiben in diesem Fall bestehen. Also ist die Bilanz, die Herr Weimar uns vormacht, falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich fordere Sie deshalb auf: Schwenken Sie in der Haushaltspolitik auf einen Pfad der Nachhaltigkeit ein. Das heißt, es geht nicht nur um Kürzen und Kahlschlag, sondern darum, sinnvoll zu investieren und inhaltlich Sinnvolles zu machen. Stichwörter wären hier „erneuerbare Energien“ und „soziale Infrastruktur“, aber vor allem auch „Investitionen in die Köpfe“. In diesem Zusammenhang müssten wir uns noch einmal über den Investitionsbegriff unterhalten.

Meine Damen und Herren, wie das geht, wie man einen solideren, mit weniger Verschuldung auskommenden, aber auch politisch profilierten Haushalt aufstellen könnte, haben wir GRÜNEN Ihnen mit unseren Änderungsanträgen gezeigt, die Sie – da geht es uns nicht ganz so gut wie der SPD, bei der einer genehmigt wurde – alle abgelehnt haben. Das ehrt uns. Das zeigt uns nämlich sehr

deutlich, dass die CDU nicht die richtige Konzeption für die Haushalts- und damit auch für die allgemeine Politik in den inhaltlichen Schwerpunkten hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Norbert Schmitt und Jürgen Walter (SPD))

Aber nicht nur inhaltlich, sondern auch finanzwirtschaftlich ist dieser Haushalt aus unserer Sicht konzeptionslos und inkonsequent. Ich nenne dafür noch ein Beispiel. Die Neuregelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen ist überfällig; denn in der Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs liegt eine Chance, die Finanzbeziehungen transparenter und gerechter zu gestalten. Herr Finanzminister, diese Chance darf nicht länger ungenutzt auf die lange Bank geschoben werden. Wir haben unseren Antrag zur Änderung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes gestellt, damit wenigstens ein kleiner Schritt in Richtung Gerechtigkeit getan werden kann, nämlich durch Abschaffung der Mindestzuweisung für die abundanten Gemeinden im Kommunalen Finanzausgleich. Die Mehrheit hat ihn abgelehnt, obwohl es ein Vorschlag ist, der von Herrn Weimar selbst stammt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da kann man nur noch den Kopf schütteln und sich fragen: Wohin will er mit seiner Finanzpolitik eigentlich? – Wenn man die Historie der letzten Jahre betrachtet, dann kennt man die Einstellung: „Die Ausgaben haben wir im Griff, für die Einnahmen können wir nichts, und ansonsten wird das Delta am Ende finanziert.“ In den ersten Jahren wurde es durch Kreditaufnahme finanziert, im Augenblick wird es durch Steuermehreinnahmen finanziert. Mal sehen, was in den nächsten Jahren hinsichtlich des Deltas ansteht. So kann man keine solide Haushaltspolitik machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusammenfassend stelle ich zum schwarzen hessischen Haushalt aus grüner Sicht fest: Das in Haushaltzzahlen gegossene Arbeitsprogramm der Landesregierung für das kommende Jahr bemüht sich im Vorwahljahr um Klientelbedienung und um Festigung struktureller Verkrustungen, es vernachlässigt wichtige aktuelle Herausforderungen – Stichwort: Klimaschutz, um nur eines zu nennen – und setzt seinen Kurs immer weiter steigender Verschuldung unverdrossen fort. Es ist das Gegenteil von nachhaltig und zukunftsorientiert. Es ist der Haushalt einer Regierung und einer Mehrheit, die gemeinsam abgewirtschaftet haben. Es wird Sie nicht wundern, dass wir ihn ablehnen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Schade!)

Wir wollen und wir werden es ab dem Nachtragshaushalt 2008 wieder sehr viel besser machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege von Hunnius das Wort.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

**Roland von Hunnius (FDP):**

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kaufmann, lassen Sie auch mich mit einem Zitat anfangen. Es stammt nicht von Seneca und leider auch nicht von Wilhelm Busch, dafür ist es nicht lustig genug. Es lautet: „Wann wachen unsere verantwortlichen Politiker endlich auf und machen sich Gedanken darüber, wie angesichts der beachtlichen Steuermehreinnahmen und der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 % im Jahr 2007 die Schuldenaufnahme beendet werden kann?“

(Beifall bei der FDP)

Das Zitat stammt von einem besorgten Bürger aus Oberursel. Ich muss sagen: Es charakterisiert die Situation haargenau so, wie sie ist. Die Menschen wundern sich, wie es sein kann, dass auf der einen Seite die Steuereinnahmen sprudeln, auf der anderen Seite eine Besserung, eine wirkliche Trendumkehr in Sachen Schulden nicht absehbar ist. Die Konjunktur ist in Schwung gekommen. Nach dem Export ist endlich auch die Binnennachfrage ange sprungen. Die Steuereinnahmen auf allen staatlichen Ebenen – von den Kommunen über das Land bis zum Bund – steigen wieder. Es sind unterschiedliche Steigerungsraten; wir haben gehört, dass Sachsen-Anhalt die größte Rate zu verzeichnen hat.

Auf die Ursachenanalyse sollten wir jedoch nicht allzu viel Mühe verwenden. Die Trendwende hat sicher nichts mit der Landesregierung in Wiesbaden und kaum etwas mit der sogenannten Großen Koalition in Berlin zu tun, dagegen viel mit der steigenden Produktivität der deutschen Wirtschaft, mit aufgelaufem Nachfragestau, mit dem gebremsten Wachstum der Lohnzusatzkosten und nicht zuletzt mit dem Verlauf des Konjunkturzyklus. Das sind die Ursachen für die steigenden Steuereinnahmen. Im Ergebnis ist das ausgesprochen erfreulich, aber – das ist überhaupt keine Kritik an der Landesregierung – sicherlich kein Erfolg der Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dank steigender Staatseinnahmen braucht Hessen nicht so viele neue Schulden aufzunehmen wie geplant. Die Freude darüber ist verständlich und begründet.

Die Reaktion nach dem Motto: „Es ist wieder Suppe da“, ist es dagegen überhaupt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es auch nicht begründet – ich sage es zum ich weiß nicht wievielen Male im Laufe dieses Plenums –, dass die Landesregierung jeden Beamten mit 250 € Einmalzahlung in diesem und im kommenden Jahr beglückt. Das ist eine Aktion, die dem einzelnen Beamten wenig bringt – ca. 15 € netto pro Monat, das ist immerhin ein Symbol –, aber den Steuerzahler zusätzlich Schulden in Höhe von 58 Millionen € kostet.

Vor lauter Eifer hat das Land die erste Zahlung bereits geleistet, und dies im Vorgriff auf das Gesetz, das erst heute verabschiedet worden ist. Die zweite Zahlung erfolgt pünktlich acht Wochen vor der nächsten Landtagswahl. „Honi soit qui mal y pense“ – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht aber auf dem Orden, wie Sie wissen! Zeig doch mal dein Hosenband!)

So darf eine Regierung, die ihren Bürgerinnen und Bürgern 33 Milliarden € Schulden angesammelt hat, nicht wirtschaften. Nun will ich gern zugeben, und dessen müssen wir uns alle bewusst sein, dass wir alle nicht mehr im Zustand der Unschuld sind – nicht die CDU, nicht die SPD, nicht die FDP und schon gar nicht die GRÜNEN, Herr Kollege Kaufmann.

(Hartmut Holzapfel (SPD): Was?)

Alle haben aus ihrer Regierungszeit einen Anteil an dem Schuldenberg von 33 Milliarden €.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sehr viel mehr als wir, das wollen wir festhalten!)

Das zu leugnen wäre absolut verfehlt. Das gehört zur Ursachenanalyse. Entscheidend ist aber nicht, dass wir uns gegenseitig ritualmäßig beschimpfen, sondern dass wir bereit und in der Lage sind, die Konsequenz daraus zu ziehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Konsequenz heißt Umkehr. Umkehr ist leicht gesagt und schwer zu realisieren. Da machen wir uns überhaupt nichts vor. Nur, bei dieser Landesregierung spüre ich von Umkehr überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP)

Täuschen wir uns doch nicht über die Situation hinweg. So schnell und so umfangreich kann das Wachstum der Steuereinnahmen, kann das Wachstum der Wirtschaft überhaupt nicht sein, dass es ausreichen würde, die Konsolidierung zu bewerkstelligen. Nur über strukturelle Ausgabensenkungen und nicht über den von SPD und GRÜNEN bevorzugten Weg von Steuererhöhungen, von neuen Steuern und neuen Abgaben, von neuem Quälen der Bürgerinnen und Bürger – nur über Ausgabensenkungen lässt sich der Haushalt konsolidieren.

(Beifall bei der FDP)

An dieser bitteren Wahrheit führt bedauerlicherweise kein Weg vorbei. Machen wir uns klar, was es bedeuten würde, wenn wir über Haushaltssüberschüsse den Schuldenberg abbauen wollten. Wenn ich einmal das völlig irreale Bild unterstelle, dass wir pro Jahr 1 Milliarde € Haushaltssüberschuss hätten – wir haben weiß Gott keinen Überschuss –, dann würde es irgendetwas zwischen einer und zwei Generationen brauchen, in denen Jahr für Jahr 1 Milliarde € Überschuss erwirtschaftet werden muss, um die 33 Milliarden € Schulden abzubauen. Daran können Sie erkennen, wie ernst die Situation ist und dass es niemand verantworten kann, diesen Berg noch weiter wachsen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Verehrter Herr Kollege Milde, da ist es mit Schönrederei weiß Gott nicht getan. Als Hessens Einnahmen sanken, wurden die Ausgaben trotzdem fast vollständig um den Preis steigender Schulden aufrechterhalten. Ich konze diere, wie jedes Mal an dieser Stelle, dass man beim Personalausgabenblock einen ernsthaften Ansatz gemacht hat. Das war aber das Einzige. Schon die Kürzung der freiwilligen Ausgaben ist zum Teil ein Jahr darauf wieder wettgemacht worden. In einem Punkt hat man sich im wahrsten Sinne des Wortes völlig vertan, hat die Straßenbaumittel gekürzt und anschließend wieder hochgefahren. Das war der falsche Ansatz. – Und das war es schon.

Das strukturelle Defizit im Landeshaushalt – dazu gehören auch die Verkäufe, weil sie dazu dienen, kurzfristig Geld hereinzuholen, ohne dass das strukturelle Defizit damit beseitigt werden kann – wurde nicht gesenkt, sondern es wird zurzeit vorübergehend durch den Geldsegen bei den Finanzämtern verdeckt. Zeitweise werden etwas weniger neue Schulden aufgenommen. Dies heißt aber keineswegs, dass nur ein einziger Cent des bestehenden Schuldenbergs getilgt worden wäre.

(Beifall bei der FDP)

Es gehört dazu, dass das alle bei aller Freude über die steigenden Einnahmen einsehen. Ich zitiere wieder aus dem Brief des Bürgers. Der schreibt Folgendes, und das finde ich zutreffend, das macht uns Mut, weil es zeigt, dass auch langfristig angelegte Politik, eine auf Nachhaltigkeit ziehende Finanzpolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern verstanden und akzeptiert wird, dass das plumpen Geldausgeben als schnelles Befriedigen von Konsumwünschen schon längst nicht mehr von den meisten Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert wird.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Zitat lautet:

Auf was warten Sie eigentlich?

Sie, die Politiker, wir alle.

Das mögliche 2-prozentige Wirtschaftswachstum für dieses Jahr ist hoffentlich keine Eintagsfliege, wird aber in den nächsten Jahren aufgrund unserer Überbürokratisierung auf Dauer kaum anhalten bzw. noch überboten werden.

(Beifall bei der FDP)

Auf was warten wir denn? Wir haben nicht oder nicht genug konsolidiert, als das Geld fehlte. Wir konsolidieren nicht, wenn das Geld da ist. Wann wollen wir es denn jemals tun? – Kein Konjunkturaufschwung dauert ewig. Das haben wir weiß Gott gerade mit dem Abschwung exerziert. Wenn nichts Grundlegendes passiert, ist im nächsten Abschwung die Situation exakt die alte. Die Ausgaben bleiben unverändert, und um sie zu finanzieren, muss die Nettokreditaufnahme wieder heraufgefahren werden.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wer sich in Zeiten klammer Kassen um die Konsolidierung drückt und in Zeiten steigender Einnahmen so töricht ist, die Ausgaben zu erhöhen, statt endlich mit der Sanierung zu beginnen, der handelt unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP)

Der vergeht sich an den Gestaltungs- und Freiheitsrechten unserer Nachkommen, denen nichts anderes übrig bleibt, als den überzogenen Konsum ihrer Vorfahren mit Zins und Tilgung zu bezahlen. Ich sage es noch einmal – kein Weg führt an der Erkenntnis vorbei: Einen Haushalt kann man nur strukturell durch Ausgabensenkung konsolidieren.

Dazu gehört natürlich Umstrukturierung, weil sonst keine Schwerpunkte zu bilden wären. Dazu gehört Mut, und dazu gehört ein Konzept – Mut, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen, und ein Konzept dafür, welche Aufgaben der Staat künftig wie und auf welchem Niveau erledigen muss. Das ist die entscheidende Frage, vor der wir stehen: Wie ist die Aufgabenverteilung zwischen dem Staat als Gesamtheit der Bürgerinnen und

Bürger auf der einen Seite und dem einzelnen Bürger auf der anderen Seite zu realisieren? Was ist die beste Verteilung?

Sie kann auf jeden Fall nicht so bleiben. Denn es wäre Illusion, den Menschen vormachen zu wollen, es kann alles so bleiben, wie es ist, aber wir machen es billiger. Oder ihnen vorzumachen: Es kann alles so bleiben, wie es ist, aber es ist gerade einmal genug gespart. Es kann alles so bleiben, wie es ist, und wir werden für die kommenden Jahre die große Hoffnung erleben, dass wieder Geld in Massen eingeht und ausgegeben werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Hier sagt der Bürger, und das zeigt wieder, wie klar die Erkenntnis bei unseren Wählerinnen und Wählern vorhanden ist, Folgendes:

Alle Politiker reden immer davon, die Bürger müssten mehr eigene Verantwortung übernehmen. Richtig. Doch dann sollte sich der Staat zurücknehmen und den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr finanziellen Spielraum lassen. Beides geht nicht. Mehr Eigenverantwortung einerseits zu verlangen und den Bürgerinnen und Bürgern vonseiten des Staates immer tiefer in die Tasche zu greifen, das funktioniert nicht.

(Beifall bei der FDP)

Was ist also die Antwort? – Ist es das, was wir von einem normalerweise angesichts der Steuereinnahmen freudestrahrenden Finanzminister erwarten – Augen fest zukneifen, damit der Aufschwung möglichst lange hält? Dann merken die Bürger erst nach der nächsten Wahl, welche bitteren Pillen sie eigentlich schlucken müssen, und dann können wir uns wieder einmal hinwegretten bis zur nächsten Situation ähnlicher Art. – Nein, das kann es unseres Erachtens nicht sein.

Der Haushalt 2007 ist leider kein Umsteuer- und Einsparhaushalt. Jetzt sind wir darauf gespannt, wie es mit dem Haushalt 2008 ist. Aber ich muss Ihnen leider sagen, unsere Hoffnung, dass er besser wird, ist ausgesprochen gering. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Weimar das Wort.

### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte die dritte Lesung dazu nutzen, in allem Ernst einmal ein paar Dinge vorzutragen, die hier stereotyp, insbesondere von Herrn Schmitt, wiederholt werden und die keiner Überprüfung standhalten. Gelegentlich ist es so, dass man sagt: Na ja, lass ihn reden. – Aber irgendwann wird es Zeit, dass man das eine oder andere ein bisschen richtigstellt.

Das Erste ist die Frage der Verschuldung. Bei Rot-Grün war also alles klasse. – Jetzt sage ich Ihnen Folgendes. Von 1991 bis 1998 haben Sie – Herr Schmitt, jetzt hören Sie gut zu – 8,2 Milliarden Schulden gemacht.

(Michael Boddenberg (CDU): D-Mark oder Euro?)

Das war gegenüber dem ganzen Zeitraum vorher eine Steigerung von 40 %. Ich will Ihnen noch einmal sagen, was die Zahlen waren: 1994 1,25 Milliarden neue Schulden, 1995 1,1 Milliarden, 1996 1,1 Milliarden und 1997 1,5 Milliarden. Wir reden übrigens über Euro und nicht D-Mark. Wir reden im Moment über einen Haushaltsansatz von 825 Millionen €. Ich finde, Sie haben keinen Anlass, sich aufzuregen.

(Norbert Schmitt (SPD): Doch!)

Zweiter Punkt. In den acht Jahren, die als gleicher Zeitraum nachfolgen, inklusive dem Jahr 2006 mit den Kürzungen, die Sie einrechnen müssten, ist ziemlich genau dieselbe Summe von 8,2 Milliarden € angefallen. Aber es gab drei, vier Jahre Steuerrückgänge, wie wir sie in diesem Lande noch nie hatten, mit dem Ergebnis, dass wir z. B. bei der Körperschaftsteuer zwei Jahre ein Minus hatten und mehr zurückgezahlt als eingenommen haben. Wir haben es trotzdem geschafft, es auf dem Level zu halten, und sind 2003 bei dem Ergebnis 776 Millionen €. Das Ergebnis, das ich dieses Jahr erwarte, ist wahrscheinlich so, dass wir alle Verschuldungen seit 1989 – hören Sie bitte genau zu, das war ein Jahr unter Kanther, in dem wir 340 Millionen € gemacht haben, und dann wieder rückwirkend bis 1980, da waren Sie auch an der Regierung – unterschreiten. So, und jetzt kommen Sie.

Meine Damen und Herren, das ist die Realität. Deswegen kann ich es bald nicht mehr hören, wie man die eigenen Dinge aus der Vergangenheit so ausblenden kann.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber die Rekordverschuldung haben Sie immer noch!)

Meine Damen und Herren, dabei erfolgten Ihre Verschuldungen bei wesentlich kleineren Haushaltungsvolumina.

Ich möchte Ihnen gleich noch etwas zu Rheinland-Pfalz sagen. Da dreht sich einem ja der Magen herum.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nicht hier!)

– Nein, der Magen dreht sich einem herum wegen der Art der Argumentation, nicht wegen Rheinland-Pfalz. Das sage ich ausdrücklich. Es geht hier um die Art der Argumentation des Abg. Schmitt. – Rheinland-Pfalz hat gerade einen Doppelhaushalt mit einer Verschuldung von 2 Milliarden € in den nächsten beiden Jahren verabschiedet. Aber deren Haushalt ist nur knapp halb so groß wie unser Haushalt. Übrigens will ich mich gar nicht festlegen, ob zu diesen 2 Milliarden € die ausgegliederten Straßen- und Hochbaumaßnahmen, für die sie eine eigene Gesellschaft haben, die selbst kreditaufnahmefähig ist, nicht zusätzlich noch hinzukommen.

Das müssen Sie sich einmal vorstellen: Sie erzählen hier etwas von einem Nachbarland, das deutlich mehr Schulden macht als wir, bei einem dramatisch kleineren Haushalt. Dort sind es 4 Millionen Einwohner, bei uns mehr als 6 Millionen Einwohner. Sie können jeden Parameter heranziehen. Die erhalten jedes Jahr 600 oder 700 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich, wir bezahlen im nächsten Jahr 2,4 Milliarden € hinein. Meine Damen und Herren, es ist doch absurd von Ihnen, sich hierhin zu stellen und zu sagen, wie toll das dort alles sei.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Schmitt, wenn Sie diese Maßstäbe gelten lassen würden, dann müssten Sie dreimal „Hosianna“ über die Zahlen des hessischen Landshaushalts rufen.

(Beifall bei der CDU)

Das erwarte ich von Ihnen gar nicht. Aber ich erwarte, dass Sie endlich einmal aufhören, diese Zahlen hier einfach so in den Raum zu stellen, obwohl sie einer tatsächlichen Überprüfung nicht standhalten.

Ich habe diese Entwicklung der Landesschulden als Liste des hessischen Finanzministeriums hier. Die können Sie gerne einsehen, ich stelle sie Ihnen gern zur Verfügung. Allerdings ist dann sicherlich auch vorauszusetzen, dass Sie mit diesem Unsinn aufhören, den Sie hierzu erzählen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Ein weiterer Punkt dazu. Beachten Sie, die Sie hier so intensiv zuhören, doch alle einmal, was hier gespielt wird. – Damit meine ich nicht Kollegen von Hunnius. Das muss ich sagen. Kollege von Hunnius argumentiert anders. Er hat in der Sache meinen vollen Respekt, über seine Argumente kann man diskutieren.

Aber das, was SPD und GRÜNE machen, ist doch nicht korrekt. Sie sagen auf der einen Seite, im Haushalt ist die Verschuldung viel zu hoch, man müsste strukturieren, strukturiert sparen usw. Aber schauen Sie sich Ihre Haushaltsanträge an. Die bestehen ausschließlich im Draufsatzeln.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch falsch! – Widerspruch bei der SPD)

Als Gegenfinanzierung wollen Sie die Grundwasserabgabe neu einführen und eine Vermögensteuer einführen.

(Norbert Schmitt (SPD): Stimmt!)

Das ist hier jenseits aller Seriosität und hat mit Finanzierung nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Kollege Schmitt, damit das hier auch nochmals hinterlegt wird: Die Einführung einer Vermögensteuer würde mit keinem Euro für das Jahr 2007 wirksam werden, weil das als eine Veranlagungssteuer im Jahr 2007 überhaupt nicht zum Tragen käme. Erzählen Sie mir also nichts über die Seriosität unserer Haushaltstaufstellung, wenn Sie unter Missachtung dessen, was die Öffentlichkeit vielleicht nicht weiß, solche Vorschläge machen und sagen, das sei seriös gedeckt.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir fordern sie schon seit drei Jahren!)

Was ist übrigens an Ihren Vorschlägen anders? Sie wollen Steuern und Abgaben erhöhen, um Ihre Anschläge bezahlen zu können. Meine Damen und Herren, das ist doch kein Weg, um einen Haushalt zu gesunden – sondern unser Weg ist richtig. Ich sage Ihnen noch dazu – weil das hier auch immer wieder missachtet wird –, unter dem Gesichtspunkt der Fakten: In unserem Haushalt 2007 ist, wenn man den reinen Landshaushalt betrachtet, keine Erhöhung enthalten. Unsere einzige Erhöhung auf der Ausgabenseite ergibt sich daraus, dass der Länderfinanzausgleich und der Kommunale Finanzausgleich drastisch steigen. Aber das hat mit unserem Haushalt im engen Sinne gar nichts zu tun.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, unser operativer Haushalt steigt nicht. Deswegen erfüllen wir die Anforderungen. Denn – und auch das muss man einmal sagen – die ge-

setzlichen Leistungen steigen an, beispielsweise unsere Beihilfe- und Versorgungsleistungen, automatisch, daran kann ich gar nichts ändern.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich habe es Ihnen hier vorgetragen: Die Beihilfe- und Versorgungsleistungen steigen um etwa 60 Millionen €. Das fangen wir alles auf. In der Substanz steigt der Haushalt nicht.

Deswegen sage ich: Wir setzen nicht einfach auf die höheren Steuereinnahmen, sondern wir haben die Ausgaben im Griff. Wir haben eine Menge daran gearbeitet, damit es keine Haushaltssteigerungen gibt.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): 1,4 Milliarden € Schulden seit dem Jahr 2000!)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren! Herr Weimar verschafft sich zwar Gehör, aber ich habe den Eindruck, dass er doch das Recht auf eine gesunde Stimme bis Weihnachten hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die Weihnachtslieder!)

Vielleicht könnten Sie etwas beruhigter zuhören. Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich bitte die Referenten auf der rechten Seite, außerhalb des Plenarsaals zu telefonieren. Darf ich Sie darum bitten?

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Meine Damen und Herren, jetzt zu den Verkäufen. Wir werden nachher noch darüber diskutieren, und wir haben im vorigen Jahr darüber diskutiert. Wenn Sie den Verkauf einer Immobilie rentierlicher gestalten als das Behalten dieser Immobilie, dann ist dies für den Haushalt positiv. Deswegen muss das gemacht werden. Meine Damen und Herren, kommen Sie also nicht und erzählen, das sei ein Faktor, der bei diesem Haushalt negativ zu betrachten sei. Das ist positiv zu betrachten. Denn unter dem Strich stellt dies für das Land eine deutliche Verbesserung dar.

Abschließend möchte ich Folgendes sagen. Obwohl wir den Haushalt nicht gesteigert haben, haben wir eine Vielzahl an Schwerpunkten gesetzt. Wenigstens kuriosisch will ich sie noch einmal kurz nennen: Die Personalausgabenquote am Haushalt sinkt von 40,9 auf 40,5 %.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Investitionsquote auch!)

Die Zinsausgaben sinken um 3 %; wahrscheinlich werden sie im Laufe des Jahres durch die Steuereingänge noch sehr viel stärker sinken. Was aber haben Sie in den letzten Jahren hier erzählt? Sie haben gesagt, die Zinsausgaben in Hessen würden explodieren. – Unser Zinsmanagement ist hervorragend.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur aufgrund der verbesserten Liquidität, sondern aufgrund der Tatsache, dass wir auf wirklich modernste Strukturen umgestellt haben, haben wir dem Land riesige Geldbeträge gespart. In den Schulen haben wir 130 neue Lehrer eingestellt, 200 Lehrer aus Vertretungsmitteln jetzt in Festeinstellungen umgeschichtet: 330 Lehrer werden zusätzlich fest angestellt. Darüber hinaus haben wir den Privatschulen erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Sie wissen, dass es im Hochschulbau in Hes-

sen noch nie so voranging wie im Moment. Wir schaffen für die Hochschulen in Hessen eine moderne Infrastruktur. Mittlerweile haben wir 130, 140, ja 150 Millionen € mehr als Sie für die hessischen Hochschulen im Haushalt. Bei den Schulen ist es noch signifikanter.

Meine Damen und Herren, bei Wirtschaft und Verkehr stehen 4.000 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung, auf denen im Verbund ausgebildet werden kann. „Erfahrung hat Zukunft“ – wir haben ein Programm für die Reintegration der über 50-jährigen Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Dabei liegt die Betonung nicht nur darauf, dass die eine Chance erhalten, eine Arbeitsstelle zu bekommen, sondern auch darauf, in der Bevölkerung eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen, dass diese Leute nicht zum alten Eisen gehören, sondern tatsächlich hochinteressante Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Volkswirtschaft sind.

Wir haben das Landesstraßenbauprogramm zwischenzeitlich wieder auf 85 Millionen € erhöht. Bei der Polizei haben wir 400 auszubildende Polizeianwärter statt 250 im Vorjahr. Also können wir in Zukunft hierauf aufbauen. 11.000 PCs, Monitore, Drucker, Laptops, Einzel-PCs werden für die Polizei angeschafft, damit sie endlich und immer mehr auf dem neuesten Stand ist, um mit denen mithalten zu können, die sie jagt.

Beim KFA haben wir alleine 140 Millionen € für die Schulbaupauschale eingesetzt, damit der Schulbau bei den Kommunen in Hessen deutlich vorangehen kann. Darüber hinaus haben wir das BAMBINI-Programm eingeführt – in Zukunft wird das dritte Kindergartenjahr frei sein, und unter Dreijährige werden eine entsprechende Förderung erhalten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das zahlen die Kommunen!)

Meine Damen und Herren, all das ist Schwerpunkt dieses Haushalts – ohne dass wir das Haushaltsvolumen erhöht haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich Ihnen: Man kann Politik gestalten, ohne mehr Geld auszugeben, indem man Schwerpunkte setzt – wie zu beweisen war. Dies tun wir. Das, was an neuen Steuern eingeht, nehmen wir, um den Haushalt zu entlasten, sprich: die Verschuldung zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, das ist der richtige Weg. Diesen Weg werden wir weitergehen. Ich bin der festen Überzeugung – und ich sage dazu: ich gebe zu, das muss sicher noch ein, zwei, drei Jahre so anhalten –, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, Ihnen einen Haushalt vorzulegen, der Ihnen dann zwar auch nicht gefallen wird, der aber nach den von Ihnen genannten objektiven Kriterien gut sein wird.

Meine Damen und Herren, das aber, was Sie hier machen, ist nicht okay: auf der einen Seite kritisieren, wir sollten sparsam wirtschaften und Verschuldung zurückführen, und mir vorwerfen, wenn die Steuern einbrechen, das sei meine Schuld; wenn sie steigen, sei das Geld wie Manna vom Himmel gefallen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie führen die Verschuldung überhaupt nicht zurück!)

Deswegen wehre ich mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich dagegen.

(Reinhard Kahl (SPD): Dass Sie die Verschuldung zurückführen, das stimmt doch gar nicht!)

Wenn anschließend noch gesagt wird, wie golden die Zeiten in der Vergangenheit gewesen seien und wie unsere Zeiten jetzt sind, dann sage ich Ihnen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir haben damals ein riesiges negatives Erbe vorgefunden, das wir in der Zwischenzeit abgearbeitet haben. Dem Land geht es immer besser. Das werden die Leute auch in Zukunft akzeptieren und anerkennen. Darauf sind wir stolz.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon wieder!)

Meine Damen und Herren, deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Haushalt 2007. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung des Haushaltplanentwurfs und anderer Begleitgesetze. Wir kommen jetzt in die Abstimmung.

Ich rufe nun Punkt 17 a zur Abstimmung auf, die dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltspans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucks. 16/6711; das enthält alle Beschlussvorschläge zu den Änderungsanträgen und bezieht sich auf Drucks. 16/6338 und auf Drucks. 16/6011.

Ich rufe jetzt also zur Abstimmung dieses Gesetzentwurfs in der geänderten Fassung auf. Wer ihm seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die drei anderen Fraktionen des Hauses.

Wie soll mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tagesordnungspunkt 42, verfahren werden?

(Zurufe: In den Ausschuss!)

– Der Antrag wird an den Haushaltausschuss überwiesen.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 17 b, dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007, Drucks. 16/6636 zu Drucks. 16/6339 zu Drucks. 16/6012. Wer diesem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die drei anderen Fraktionen. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 17 c, Beschlussempfehlung des Haushaltausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2006 bis 2010, Drucks. 16/6342 zu Drucks. 16/6044. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Herr Kaufmann, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

#### Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir möchten eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Wir haben gegen die Beschlussempfehlung gestimmt, obwohl sie auf „Kenntnisnahme“ lautet. Wir haben den Finanzplan zwar zur Kenntnis genommen, aber wir wollen auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass wir mit den Inhalten dieses Finanzplans einverstanden wären. Das dokumentieren wir, indem wir gegen die Beschlussempfehlung stimmen. Das heißt nicht, Herr Kollege Milde, dass wir zu blöd sind, sie zu lesen, aber wir halten das, was die Landesregierung vorhat, für falsch. Deshalb haben wir dagegen gestimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

#### Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, Sie haben die Erklärung zur Abstimmung gehört.

Ich halte fest, dass damit der Gesetzentwurf zur Feststellung des Haushaltspans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 zum Gesetz erhoben wurde.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007, der ebenfalls zum Gesetz erhoben ist. Damit haben wir den Haushalt beschlossen. Ich wünsche gute Umsetzung.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 72**:

#### Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Zusammenführung und Änderung von Vorschriften der Kinder- und Jugendhilfe – Drucks. 16/6713 zu Drucks. 16/6655 zu Drucks. 16/6059 –

Außerdem rufe ich **Tagesordnungspunkt 74** auf:

#### Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Hessisches Ausführungsge setz zum Tagesbetreuungsausbau gesetz (HAG-TAG) – Drucks. 16/6715 zu Drucks. 16/4542 zu Drucks. 16/4341 –

Zunächst bitte ich Herrn Schäfer-Gümbel, die Beschlussempfehlung zu dem ersten Gesetzentwurf vorzutragen.

#### Thorsten Schäfer-Gümbel, Berichterstatter:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung in dritter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 118. Plenarsitzung am 12. Dezember 2006 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 behandelt und ist mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu dem zuvor genannten Votum gelangt.

Zuvor waren der Änderungsantrag Drucks. 16/6687 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Änderungsantrag Drucks. 16/6689 der Fraktion der SPD jeweils mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt worden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Danke sehr. – Dann bitte ich Herrn Reißer, die Beschlussempfehlung zu dem Gesetzentwurf betreffend das Tagesbetreuungsausbaugesetz vorzutragen.

**Rafael Reißer, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf aufgrund der Beschlussfassung über das Gesetz zur Zusammenführung und Änderung von Vorschriften der Kinder- und Jugendhilfe, Drucks. 16/6713 zu Drucks. 16/6655 zu Drucks. 16/6059, in dritter Lesung für erledigt zu erklären.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschusses in der 81. Plenarsitzung am 13. Oktober 2005 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf zuletzt in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 behandelt und ist einstimmig zu dem eben genannten Votum gelangt.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herzlichen Dank. – Wir treten in die Aussprache ein. Redezzeit: zehn Minuten je Fraktion. Als erster Rednerin ertheile ich Frau Schulz-Asche für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, schon die Berichterstattungen haben gezeigt, wie ausführlich und über welch langen Zeitraum wir diese Zusammenführung von insgesamt sechs Einzelgesetzen beraten haben und mit welcher Vielfalt an Ideen gearbeitet wurde. Die Zusammenführung halten wir für sinnvoll, das Ergebnis, über das heute abgestimmt werden soll, allerdings nicht. Das ist schade angesichts von so viel Arbeit und so guten Ideen, die leider keinen Niederschlag in dem gefunden haben, was die CDU-Fraktion gleich beschließen wird.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf zeigen die Landesregierung und die CDU-Fraktion erneut, dass sie kein verlässlicher Partner für die Eltern in Hessen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erneut zeigt die Landesregierung, dass sie keine Antwort auf die massiven Veränderungen in den Familienstrukturen und den Lebenslagen der Familien in Hessen hat, dass sie nicht erkannt hat, dass es neue Bedarfe gibt und dass die Familien neue Formen der Unterstützung und Beratung brauchen, um ihre Aufgaben zu meistern.

Wenn wir ernsthaft davon ausgehen, dass wir eine Politik brauchen, die die Kinder in den Mittelpunkt stellt, dann sollten wir beim Aspekt „Kindeswohl“ anfangen. Wir brauchen natürlich auch verbindlichere Gesundheits-

untersuchungen, da hat die Landesregierung recht. Aber wir brauchen vor allem sehr viel mehr Prävention. Wir brauchen sehr viel mehr Angebote, die die Familien darin unterstützen, das tägliche Leben zu meistern. Deswegen wollen wir – das ist leider verhindert worden – Kindergarten zu Familienkompetenzcentern weiterentwickeln, damit die Familien tatsächlich die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erlauben Sie mir eine Bemerkung im Zusammenhang mit dem zuvor verabschiedeten Haushalt für das Jahr 2007. Prävention heißt auch, dass es ein Angebot von sozialen Dienstleistungen für Familien in Not gibt. In diesem Zusammenhang ist erneut darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung dafür verantwortlich ist, dass im Bereich der Suchthilfe, im Bereich der Schuldnerberatung und vor allem im Bereich der Erziehungsberatung und der Elternbildung im Jahr 2004 mit der „Operation düstere Zukunft“ tiefe Einschnitte in das präventive Netz in Hessen erfolgt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen zweiten Schwerpunkt setzen. Wir benötigen – ich denke, bei der Notwendigkeit sind wir uns alle einig – einen Qualitätssprung in Bildung und Betreuung für die Kinder in Hessen. Wir haben einen Mangel an Plätzen und Mängel in der Qualität. Das Gesetz hat sich die Beseitigung dieser Mängel zum Anspruch gesetzt, aber es erfüllt diesen Anspruch nicht.

Um Verbesserungen bei der Kleinkindbetreuung herbeizuführen, haben wir sehr ausführlich gesetzliche Änderungen vorgeschlagen. Wir gehen davon aus, dass bei den unter Dreijährigen ein Betreuungsbedarf von mindestens 20 % im Landesdurchschnitt und von bis zu 40 % in den Großstädten besteht. Deshalb besteht ein großer Nachholbedarf in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, ich stelle klar, dass wir keine Kinderaufbewahrungsanstalten wollen, sondern wir wollen eine frühe individuelle Förderung für alle Kinder in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich möchte zu einem weiteren Punkt kommen, der in diesem Gesetzentwurf geregelt wird, mit Qualität meiner Meinung nach aber nichts zu tun hat, nämlich zur Abschaffung der Elternbeiträge. Sie wird aus dem Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 65 Millionen € finanziert. Wenn wir die Situation in Hessen betrachten, dann stellen wir fest, dass 90 % bis 95 % der Kinder des entsprechenden Alters das Angebot des dritten Kindergartenjahrs in Anspruch nehmen, während dieser Wert für das erste Kindergartenjahr zwischen 60 % und 75 % liegt.

Durch die Abschaffung der Elternbeiträge im dritten Kindergartenjahr schaffen wir keinen einzigen zusätzlichen Platz. Wir erreichen dadurch auch keine Qualitätsverbesserung. Es kommt zwar zu einer finanziellen Entlastung der Eltern; dies trifft aber nicht die sozial Ärmsten. Unseres Erachtens müssen wir zusehen, dass insbesondere die kleinen Kinder möglichst früh gefördert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb appelliere ich an Sie: Wenn Ihnen 65 Millionen € zur Verfügung stehen, dann lassen Sie uns dieses Geld dafür verwenden, bei den Eltern dafür zu werben, ihre Kinder rechtzeitig von einer vernünftigen und gut organisier-

ten Betreuung und Bildung profitieren zu lassen. Das betrifft meiner Meinung nach das erste Kindergartenjahr. Wir müssen dafür werben, dass mehr Kinder, insbesondere benachteiligte Kinder, gute Angebote in Anspruch nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen bei den Eltern dafür werben, dass es sinnvoll ist, die besonderen Fähigkeiten ihrer Kinder zu entwickeln. Dabei rede ich nicht nur von Defiziten, sondern auch von hochbegabten Kindern. Wir müssen bei den Eltern dafür werben, dass es wichtig ist, dass ihre Kinder soziale Kompetenzen entwickeln. Viele Kinder wachsen in Kleinfamilien auf. Soziale Kompetenzen kann man aber vor allem in altersgemischten Gruppen erlernen.

Wir sind uns inzwischen alle einig, dass das gute Beherrschen von Sprache ein wesentliches Mittel ist, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Sprachkompetenzprüfung für Vier- und fünfjährige, die die Landesregierung derzeit plant, hat keinen Bezug zu bestehenden Einrichtungen. Deshalb möchten wir in diesem Bereich strukturierter vorgehen.

Daher schlagen wir vor, eine verbindliche Kindergarteneingangsumfrage einzuführen. Damit kann getestet werden, welche sprachlichen Kompetenzen die Kinder haben, welchen Gesundheitszustand sie haben, aber auch welchen Entwicklungszustand sie insgesamt haben. Ich denke, dass die Kindergarteneingangsumfrage eine einfache einzuführende Lösung ist, weil infolge des Rechtsanspruchs ohnehin alle Kinder bekannt sind. Auf der Grundlage dieser Untersuchung kann dann eine gezielte Beratung der Eltern stattfinden, welche Förderung für ihre Kinder die Beste ist und welche Kinderbetreuungseinrichtung am besten geeignet ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kindergarteneingangsumfrage bietet einen weiteren Vorteil. Hiermit können wir auch Angebote der Gesundheits- und Jugendhilfe zusammenführen und kommen somit endlich zu einem Angebot der Kinderuntersuchung aus einem Guss. Außerdem wird damit endlich die Zersplitterung von Zuständigkeiten aufgehoben. Dies ist unseres Erachtens ein geeignetes Instrument, um für Eltern und Kinder in Zukunft ein Angebot aus einem Guss anbieten zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf ein weiteres Instrument bzw. Angebot hinweisen, von dem wir meinen, dass es für die Zukunft wichtig ist, sich damit zu befassen, während die Landesregierung dies nicht tut. Wir denken, dass es notwendig ist, auf der Grundlage des sich zurzeit in der Erprobung befindlichen Bildungs- und Erziehungsplans Strukturen zu organisieren, die für Eltern und für Kinder ein verlässliches Angebot für die Altersgruppe von der Geburt bis zum zehnten Lebensjahr ermöglichen. Wir nennen dieses Konzept BIBER: Bildung, Betreuung, Erziehung von null bis zehn. Das Wesentliche daran ist, dass wir versuchen, für Eltern einen Ansprechpartner vorzuschlagen, Jugendhilfe und Schulämter zusammenzufassen, sozusagen die verschiedenen Anbieter zusammenzuführen, damit Eltern nicht alle drei bis vier Jahre ihr gesamtes Betreuungsangebot neu organisieren müssen und sich darauf verlassen können, dass Angebote von guter Qualität sowie altersgerechte Bildungsangebote vorhanden sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Zusammenführung verschiedener Gesetze der Kinder- und Jugendhilfe hätte die Möglichkeit geboten, zu einem gemeinsamen Konzept des Zusammenwirkens verschiedener staatlicher Träger – von der Jugendhilfe über Gesundheitsämter bis zu den Schulämtern – zu kommen. Dass Sie das nicht getan haben, obwohl Sie mit dem Bildungs- und Erziehungsplan durch die Gegend laufen und damit Propaganda machen, das ist der zentrale Vorwurf. Sie haben eine richtige Überlegung angestellt. Eine Zusammenführung erfolgt aber nur durch eine Aneinanderreihung von Gesetzen. Sie haben es aber leider versäumt, ein systematisches Konzept, eine Vision für eine Betreuung und Bildung für Kinder von null bis zehn Jahren in Hessen zu entwickeln. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Als Nächste spricht Frau Kollegin Eckhardt für die Fraktion der SPD.

### **Hannelore Eckhardt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, es ist überaus bedauerlich und fast schon katastrophal, dass wir heute das Kinder- und Jugendhilfegesetz in dieser Form verabschieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Es wird in keiner Weise den gesellschaftspolitischen und fachlichen Herausforderungen einer qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Kinder- und Jugendpolitik gerecht.

Seit mehr als fünf Jahren steht die Ankündigung eines Kindertagesstättengesetzes im Raum. Für uns als Opposition stieg die Spannung Jahr um Jahr ins Unermessliche. Wir stellten hierzu regelmäßig Anträge – zur Erinnerung, zur Bekräftigung und zur Unterstützung. Nach Übereinkunft aller Fraktionen haben wir diese Anträge in Erwartung dieses wunderbaren Gesetzes auf Halde gelegt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was liegt uns nun vor? Ein an wenigen Stellen marginal verschlippbessertes Gesetz. Leider ist es ganz und gar nicht der große Wurf geworden. Dieser Gesetzentwurf bleibt weit hinter den fachlichen Erwartungen an eine moderne Kinder- und Jugendhilfe in Hessen und weit hinter den Anforderungen an eine gelingende Bildung, Erziehung und Betreuung für unsere Kinder zurück.

Für dieses Gesetz müssen Sie nun die alleinige Verantwortung tragen. Zumindest im Ausschuss zeichnete sich ab, dass Sie hierfür keine Zustimmung bekommen werden.

Alle Oppositionsfraktionen haben Ihnen eine konstruktive Mitwirkung angeboten. Zahlreiche schriftliche und mündliche Stellungnahmen hätten bei fachlicher Berücksichtigung ein herausragendes Gesetz entstehen lassen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben alle Fachkompetenz und wertvollen Verbesserungsvorschläge missachtet. Was bleibt, ist große Enttäuschung bei den Vertretern der Verbände und der Organi-

sationen, bei den Trägern, bei den Einrichtungen, bei den Kommunen und nicht zuletzt bei den Eltern.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, es bleibt schlicht und ergreifend zu viel auf der Strecke. Eine Weiterentwicklung von kinder- und familienfreundlichen Rahmenbedingungen gibt es nicht. Es gibt keine Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es gibt keine Verbesserung der Chancengleichheit von Kindern, unabhängig davon, woher sie kommen. Die Förderung früher und integrativer Bildung bleibt ebenfalls auf der Strecke. Qualitäts- und Quantitätsverbesserungen bei den Betreuungsangeboten von Kleinst- bis hin zu den Schulkindern wird es nicht geben. Außerdem wird es keine partnerschaftliche Finanzierungsverantwortlichkeit von Land und Kommunen geben. Es gibt keine verbindliche Förderung zum gleichmäßigen Ausbau bedarfsgerechter Jugendhilfeleistungen. Darüber hinaus gibt es keine erkennbare Chance für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans in Hessen. Ich denke, mehr muss man dazu nicht sagen.

Eines noch. Tagesmütterland Nummer eins, Familienland Nummer eins, Bildungsland Nummer eins: Frau Ministerin, mit diesem Gesetzentwurf haben Sie schlicht und ergreifend alles versenkt.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Reißer für die Fraktion der CDU.

#### **Rafael Reißer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir führen bei diesem Gesetzentwurf heute die dritte Lesung durch. Wir haben uns im Ausschuss noch einmal ausführlich über die Argumente ausgetauscht. Ich möchte Folgendes für die CDU-Fraktion festhalten: Wir unterstützen mit diesem Gesetzentwurf die Familien in Hessen, und wir leisten mit der Zusammenführung in diesem Gesetzentwurf einen hervorragenden Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Eieiei!)

Wir haben ganz bewusst das letzte Kindergartenjahr ausgewählt, weil wir in dem Übergang zur Schule einen Schwerpunkt gesehen haben. Auch bei den Beratungen zu diesem Gesetzentwurf haben wir das als Einstieg gesehen. Das heißt, Ziel muss es sein, den Kindergarten über kurz oder lang komplett, vom ersten bis zum letzten Tag, gebührenfrei zu gestalten. Das ist ein langfristiges Ziel. Wir haben mit einem Schritt in die richtige Richtung begonnen.

Die Kommunen können für jedes Kind im Kindergarten 100 € in Anspruch nehmen. Für die Kinder von null bis drei Jahren gibt es für den Vormittag 100 € und 200 € für den ganzen Tag. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das halten wir für ganz wichtig. Das sind 110 Millionen € - ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich möchte etwas zu den Änderungen aufgrund der Anhörung sagen. Es ist teilweise schon abenteuerlich, wie Sie argumentieren. Wenn wir als CDU-Fraktion aufgrund einer Anhörung keine Änderungen vornehmen, dann reden Sie von Arroganz der Macht. Nehmen wir Änderungen

vor, die begründet sind, dann reden Sie davon, dass es schlecht gemacht war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie soll man mit solchen Argumentationen von Ihrer Seite umgehen?

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Florian Rentsch (FDP): Konstruktiv, Herr Kollege Reißer!)

Wir als CDU-Fraktion haben ein solches Selbstbewusstsein, dass wir uns das angucken, was in der Anhörung vorgebracht worden ist, und das im Gesetzentwurf ändern, was richtig ist. Dann ist das gut so.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage nur: § 28!)

– Ich darf auch etwas zu § 28 sagen, weil Sie dazu immer Kritik äußern. Sie haben übrigens nicht erwähnt, was Sie eigentlich machen wollen. Vielleicht kommt es noch. Wir machen zum ersten Mal den Ausgleich zwischen den Kommunen. Das war und das ist nicht ganz unumstritten. Aber es ist ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

(Demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

weil es zum ersten Mal die Möglichkeit gibt, das auch über die Kommunen auszuteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt ist der Kollege Schmitt leider Gottes nicht da. Denn ich hätte ihm gerne ein Beispiel zur Finanzierung im Verhältnis zu Rheinland-Pfalz genannt. Daher ist der, der relativ unrasiert auf der anderen Seite regiert.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Also, das war jetzt unnötig!)

Wenn wir die Höhe der Finanzierung und Unterstützung der Kommunen aus Steuermitteln im Vergleich von Hessen und Rheinland-Pfalz sehen, dann stellen wir fest, dass der Unterschied 200 Millionen € beträgt. Hessen stellt den Kommunen 200 Millionen € mehr zur Verfügung. Das ist kommunalfreundlich. Damit ist Hessen das kommunalfreundlichste Land in ganz Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kommen wir nun zu dem Änderungsantrag der SPD in der dritten Lesung. Es gibt eine Frau Eckhardt aus Bad Arolsen. Frau Eckhardt, das muss Ihre Schwester sein, sonst hätte sie diesen Antrag nicht stellen können. Denn Sie haben dort ganz klar gefordert, dass Sie das Geld abrufen wollen, das es von Hessen gibt.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Was für ein wirres Zeug reden Sie eigentlich? – Reinhard Kahl (SPD): Was denn sonst, Herr Kollege? – Zurufe der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Nun stellen Sie im Landtag den Antrag, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf um ein Jahr zu verschieben. Wir als CDU-Fraktion müssen die kommunale SPD vor Ihnen auf Landesebene schützen, damit Sie das Geld bekommen.

(Zuruf der Abg. Hannelore Eckhardt (SPD))

Deswegen ist es wichtig, dass wir dieses Gesetz jetzt durchsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Denn wir sind verlässlich für Eltern und für Familien in diesem Hessenlande. Deswegen werden wir das machen.

(Reinhard Kahl (SPD): Die Kommunen werden schon eigenes Geld abrufen! Das ist klar! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dieses Gesetz gibt den Rahmen. Da unterscheiden wir uns ganz deutlich von Ihnen. Wir müssen einen Rahmen bilden, damit die Kommunen auch die Möglichkeit haben, diesen Rahmen auszufüllen; denn die Kommunen sind in erster Linie für die Kinderbetreuung zuständig. Wir werden das weiterentwickeln, und wir werden auch den Bildungs- und Erziehungsplan, wenn er erprobt ist, in diesen Rahmen eingliedern und damit eine bessere Qualität erreichen. Wir sind auf einem guten Weg.

Ich denke, dass wir ein hervorragendes Gesetz entwickelt haben. Ich bitte um die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf und wünsche allen ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr, und den Familien in Hessen ebenfalls. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Rentsch für die Fraktion der FDP.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Reißer, wir wünschen allen Familien in diesem Lande nur das Beste.

(Dr. Judith Pauly-Bender (SPD): Genau!)

Sie können davon ausgehen, dass das für die FDP-Fraktion, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch für die SPD gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb streiten wir in diesem Hohen Hause um den besten Weg, Herr Kollege. Der beste Weg für die Familien ist dieses Gesetz mit Sicherheit nicht. Das lässt sich feststellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, trotz der großen Sympathie, die Ihnen in diesem Hause entgegenschlägt

(Lachen der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– jedenfalls bei uns; bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und, ich merke, vereinzelt auch in der CDU nicht unbedingt; ich gehe aber davon aus, dass die gesamte CDU-Fraktion Sie unterstützt –, kann man leider nicht von einem großen Wurf reden. Das habe ich schon in der zweiten Lesung gesagt. Es bleibt dabei, weil Sie nichts mehr an diesem Gesetzentwurf geändert haben.

Meine Damen und Herren, Sie haben mit diesem Gesetzentwurf eine riesige Chance vertan. Wir hätten uns gewünscht, dass ein Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch in Hessen ein roter Faden ist, von der Geburt bis zum Erwachsenwerden, und alle Problemlagen, die auf diesem

Wege auftreten können, quasi von gesetzgeberischer Seite umfasst und Antworten auf die Probleme hat.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Gegenruf der Ministerin Silke Lautenschläger: Sehr gut, Frau Wagner, danke!)

Das haben Sie nicht getan. – Frau Kollegin Wagner ist mit mir der Meinung, dass es nicht darum ging, bestehende Gesetzbücher zusammenzufassen, einfach Paragraphen von einem Gesetzbuch in ein anderes zu übertragen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Es kann nicht der Sinn von Gesetzgebung sein, dass man etwas von der einen Seite auf die andere Seite schreibt. Der Sinn von Gesetzgebung ist es, dass man als Gesetzgeber Antworten auf Probleme hat. Das ist bei Ihrem Entwurf nicht der Fall.

Erstens haben Sie auf den Bildungs- und Erziehungsplan, der noch in der Erprobung ist – das wissen alle Oppositionsfaktionen, Herr Reißer –, im materiellen Sinn keinen Bezug genommen. Frau Ministerin, wir sind uns doch darüber einig, dass der Bildungs- und Erziehungsplan der richtige Weg ist. Man muss doch bei einer Kinder- und Jugendpolitik auf diese wichtige Grundlage Bezug nehmen. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben ein ganz wichtiges Thema nicht angesprochen, und zwar die Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern genauso wenig wie die Frage, wie man Maßnahmen gegen Verwahrlosung treffen kann, um diese schwierigen Verhältnisse anzugehen, diesen Trend zu verhindern. Wir hätten uns das besonders deshalb gewünscht, weil Sie in den letzten Monaten in diesem Bereich sehr aktiv gewesen sind.

Ich sage: Ich halte das für richtig. Sie haben dort richtige Problemfälle angesprochen. Es ist ein gesellschaftliches Thema, wenn es Kinder in unserem Land gibt, die unter solchen Bedingungen leben müssen, wenn es Eltern gibt, die sich nicht mehr um ihre Kinder kümmern. Dann kann die öffentliche Hand, dann kann der Hessische Landtag nicht wegsehen. Deshalb hätten wir uns gewünscht, der Gesetzgeber hätte dieses Thema aufgenommen und es in diesen Gesetzentwurf eingebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben das Thema der Erziehungskompetenz von Eltern nicht aufgenommen. Ich sage das deshalb noch einmal, weil dieses Thema auch im Rahmen des Sparpakets – Frau Kollegin Schulz-Asche hat es angesprochen – vor ungefähr zweieinhalb Jahren eine wichtige Rolle im Hessischen Landtag gespielt hat. Die Frage der Erziehungskompetenz spielt auch auf der kommunalen Ebene eine große Rolle. Wir stellen immer mehr fest – das belegen die Zahlen der Kinder- und Jugendhilfe, die sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt haben –, dass Erziehungskompetenz bei Eltern immer weniger vorhanden ist.

Frau Ministerin, das haben Sie in einer ganzen Reihe von Pressemitteilungen selbst festgestellt. Ich teile Ihre Auffassung, dass man Eltern auf dem Wege helfen muss, wieder zu lernen, wie man mit Kindern umgeht, wie man als Erwachsener Kindern gegenübertritt und wie man sie auf den Weg ins Leben bringt, dass man sie in gewissen Fällen

unterstützen muss. Nicht mehr alle Eltern wissen, wie das funktioniert.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Leider!)

Meine Damen und Herren, das liegt auch daran, dass nicht mehr drei Generationen unter einem Dach leben, wie wir das vor 20, 30 Jahren noch gewohnt waren, wo man das Wissen über Erziehung von Generation zu Generation weitergegeben hat. Nein, meine Damen und Herren, das ist heute anders. Wir haben viele Single-Haushalte. Eltern leben oft Kilometer von dem Ort entfernt, wo ihre Kinder ihre Kinder großziehen. Man hat diese Möglichkeiten überhaupt nicht mehr.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche, das nehme ich wohlwollend zur Kenntnis. – Deshalb hätten wir uns gewünscht, dass wir dieses Thema auch in das Gesetzbuch aufnehmen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Frage, welche Angebote die öffentliche Hand machen kann – da erwarte ich mir auch mehr; da gibt es Ideen in anderen Bundesländern –, sondern auch hinsichtlich der Frage, wie man z. B. die Elternarbeit in Kindergärten und Schulen verstärken kann. Es geht auch darum, dass wir dafür sorgen, dass wir eine verbindlichere Einbeziehung von Eltern, gerade im Kindergarten, bekommen. Wir werden hierzu in den nächsten Wochen eine parlamentarische Initiative vorstellen. Meine Damen und Herren, es ist schade, dass das nicht von der Landesregierung übernommen worden ist.

Herr Kollege Reißer, das Gleiche gilt für das Thema Tagespflege. Das Thema Tagespflege ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der Kinderbetreuung. Da sind wir uns einig. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass das Thema Tagespflege nicht isoliert vom BAMBINI-Programm sowie vom Bildungs- und Erziehungsplan diskutiert werden kann.

(Unruhe)

– Ich merke, die Aufmerksamkeit ist dermaßen groß, dass Sie ganz gespannt auf den Redner hier vorne schauen.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

– Der Kollege von Hunnius tut es, sonst hätte er an dieser Stelle nicht klatschen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

– Danke schön. – Wir hätten erwartet, dass Sie im Rahmen der Tagespflege in Hessen auch etwas für die Qualifikation von Tagesmüttern und Tagesvätern unternehmen.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Ministerin, es kann doch nicht wahr sein, dass dieser Bereich völlig außen vor bleibt. Auch hier bleiben Sie eine Antwort schuldig.

Herr Kollege Reißer, bei dem Thema BAMBINI haben Sie einen ganz wunden Punkt angesprochen. Ich verstehe auch, dass die Kommunen Anträge stellen und versuchen, sich das Geld, das ihnen eigentlich auf anderem Wege bis jetzt zugestanden hat, zurückzuholen.

Herr Kollege Reißer, ich glaube, wir müssen die Diskussion auf kommunaler Ebene – die Kommunen versuchen natürlich, das Geld zurückzuholen; es wäre fast schon der Straftatbestand der Untreue erfüllt, wenn man das als

Stadtverordneter oder Kreistagsabgeordneter nicht machen würde –

(Beifall bei der FDP und der SPD)

von der Frage trennen, die wir uns als Landesgesetzgeber im Hessischen Landtag stellen, nämlich ob der Weg, den wir einschlagen, richtig ist. Das sind zwei paar Schuhe.

Frau Ministerin, ich denke, das BAMBINI-Programm ist vom Grundsatz her richtig. Es gibt nichts daran zu kritisieren, wenn man sagt, man wolle Geld für die Kinderbetreuung ausgeben, und wenn man die Kinderbetreuung zum Teil kostenlos stellen will. Dass man den Kommunen dieses Angebot macht, halte ich für richtig.

Nichtsdestotrotz bleibt es bei dem, was ich schon vor zwei Tagen gesagt habe: Es gibt Kommunen, die dabei Geld drauflegen, weil sie vorher, bedingt durch die Arbeitsmarktkosten, höhere Betreuungskosten bei Arbeitslosen hatten. Deshalb ist das nicht für alle Kommunen ein großer Wurf, und deshalb ist es auch unehrlich, zu sagen, alle Eltern profitierten davon. Die Eltern profitieren mit Sicherheit davon; aber die Kommunen legen in vielen Bereichen Geld drauf.

(Beifall bei der FDP)

Abschließend möchte ich sagen: Es bleibt dabei, dass wir die Art und Weise, wie wir in den letzten Wochen und Monaten über diesen Gesetzentwurf diskutieren mussten – wobei „Monate“ fast schon zu weitgehend ist –, nicht für einen guten Umgangstil zwischen der Landesregierung und den Fraktionen halten. Wir erwarten eigentlich nicht, dass der Landesregierung erst kurz vor Jahresschluss auffällt, dass ein Gesetz irgendwann ausläuft, und sie den Gesetzesapparat in Gang setzt und noch einmal hektisch ein Gesetzgebungsverfahren einleitet.

Frau Ministerin, wir hätten uns gewünscht, dass Sie das wichtige Thema, das Sie sehr lange angekündigt haben und mit dem Sie sehr lange – übertrieben gesagt – schwanger gegangen sind, angemessen behandeln. Sie haben gesagt, Sie wollten einen großen Entwurf machen und einen wichtigen Punkt der Landespolitik regeln. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie dann auch dem hessischen Parlament Zeit geben, über diesen Entwurf in einer gebührenden Weise zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Herr Kollege Reißer, das, was Sie heute vorgestellt haben, zeigt: Sie wollen gar nicht auf die guten Ratschläge der Mitglieder der Oppositionsfaktionen eingehen. Wir haben es gut gemeint. Sie haben es schlecht gemacht. Dabei bleibt es. – Wir wünschen Ihnen trotzdem eine schöne Weihnachtszeit. Wir sind nicht nachtragend. Aber für die Familien in Hessen wird es mit diesem Gesetz sicherlich nicht besser. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Ministerin Lautenschläger.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will kurz zusammenfassen, was wir mit diesem Gesetzentwurf auf den Weg gebracht haben. Wir haben ein Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch geschaffen. Wir haben den Bildungsauftrag in diesem Ge-

setzbuch umfassend geregelt, und zwar nicht nur, wie früher, für den Kindergarten, sondern von Anfang an.

Wir haben das BAMBINI-Programm in dem Gesetzentwurf verankert. Das heißt, wir haben den Ausbau der Plätze für die unter Dreijährigen dort verankert und damit einen wichtigen Schritt in Richtung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, wenn es darum geht, die Bildungschancen der Kinder zu erhöhen. Das zieht sich wie ein roter Faden durch diesen Gesetzentwurf; denn es handelt sich darum, die Eltern zu entlasten und die Bildungschancen der Kinder – gerade der Kinder, die sich im dritten Kindergartenjahr befinden – zu verbessern.

Wir werden das weiterhin konsequent umsetzen. Ich weiß, Sie tun gern so, als würde es die dazugehörige Verordnung nicht geben. Dort ist auch geregelt, wie wir in Hessen in Bezug auf die Tagesbetreuung vorgehen. Wir sind nach wie vor Vorreiter, wenn es um die Qualifizierung der Tagesmütter, um Beratung und um weitere Modelle geht, mit denen z. B. erprobt wird, wie die Kommunen, die Tagesmütter und die Kindergärten zusammenarbeiten können. Ich freue mich sehr, dass Sie alle den Bildungs- und Erziehungsplan immer wieder erwähnen und dass Sie sagen, das sei der richtige Weg.

(Zuruf von der SPD: Wir schon!)

– Ja, wir sagen, das ist der richtige Weg. Deswegen werden wir im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Erziehungsplan nichts in einem Gesetz verankern, worüber wir mit den beteiligten Verbänden noch nicht zu Ende diskutiert haben. Wir sind in der Auswertungsphase. Wir werden einen entsprechenden Entwurf für den Bildungs- und Erziehungsplan vorlegen. Aber – das gehört ebenfalls dazu – wir werden den Trägern auch im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsplans die Möglichkeit der eigenen Gestaltung und der eigenen Konzeption lassen. Wir wollen nämlich, dass es dort viele unterschiedliche Konzepte gibt, die der Förderung der Kinder und der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Einrichtungen dienen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen ist der Bildungsauftrag im Gesetz verankert. Aber darum wird der Bildungs- und Erziehungsplan dann gemeinschaftlich umgesetzt werden. Es ist unser Ziel, die Kinder von Anfang an zu fördern. Auch das ist selbstverständlich im Bildungs- und Erziehungsplan verankert. Es geht dort darum, die Partnerschaft zwischen Einrichtungen und Eltern wesentlich zu stärken.

Wir wollen durch das Gesetz die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Wir haben die Mittel im Haushalt so gebunden, dass dort weiter ausgebaut werden kann, sodass es mehr Plätze für unter Dreijährige gibt und auch mehr Ganztagsplätze entstehen. Aber wir haben gleichzeitig auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Wahlrechte der Eltern zu verbessern. Damit haben wir einen großen, weiten Wurf gemacht, um das im Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch zu verankern und die Eltern dauerhaft zu entlasten.

Ich weiß, dass dies für die Opposition ein schwieriges Thema ist, weil wir das auf den Weg gebracht haben. Aber es ist der richtige Weg für die Eltern in diesem Land, und deswegen bin ich sicher, dass wir sowohl den Bildungs- und Erziehungsauftrag umsetzen als auch die Eltern dabei unterstützen werden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leben.

Aber vor allem wollen wir die Kinder von Anfang an kindgerecht fördern, ob das nun bei den Eltern ist, bei der Tagesmutter, in der Krippenbetreuung, in altersgemischten Gruppen oder später in der Grundschule. Es kommt darauf an, das zu verzähnen. So haben wir dieses Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch angelegt. Das ist auch der Weg, den wir in Zukunft weiter beschreiten werden.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich als Letztes eine Anmerkung zum Kinderschutz machen. Wir werden der Frage, wie wir die Kinder am besten vor Misshandlungen schützen können, selbstverständlich weiter nachgehen. Ich habe es schon in der zweiten Lesung erwähnt: Wir haben ein Konzept vorgelegt und die Mittel im Haushalt bereitgestellt.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch weist uns darauf hin, dass die Kinder zu schützen sind. Aber was die Umsetzung im Detail betrifft, so werden wir nicht müde, zu sagen: Wir brauchen eine bundesgesetzliche Regelung, damit es zu einer Einheitlichkeit kommt. Ansonsten werden wir alle Vorkehrungen dafür treffen, dass die Melddaten so ausgetauscht werden, dass der Kinderschutz verbessert wird, und dass wir ein Einladungssystem für Ärzte bekommen. Aber das muss nicht im Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch geregelt werden, sondern das gehört aus unserer Sicht an eine andere Stelle.

Es ist gar nicht entscheidend, in welchem Gesetz das geregelt wird, sondern es geht darum, dass wir auch dort den Schutz der Kinder in den Vordergrund stellen und die Kinder fördern. Dafür sind alle Voraussetzungen geschaffen. Gleichzeitig werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass es in Deutschland ein möglichst einheitliches System gibt; denn wir wollen keine voreiligen Regelungen, sondern den Schutz der Kinder. Wir wollen vernünftige Regelungen haben, die vorbereitet sind.

Deswegen würde es mich freuen, wenn die Oppositionsfraktionen es sich noch einmal überlegen. Aber ich weiß, das wird wahrscheinlich nicht möglich sein. Wir sind jedoch froh, wenn die Eltern nach der Verabschiedung eines Gesetzes wissen, dass die CDU-Fraktion und die Landesregierung es auf den Weg gebracht haben. Wir haben die Entlastung der Eltern und vor allem die Förderung der Kinder fest im Blick.

(Beifall bei der CDU)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Wintermeyer, zur Geschäftsordnung.

### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantrage, Tagesordnungspunkt 74 für erledigt zu erklären. Das ist der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das ist in den Beschlussempfehlungen enthalten, aber wir müssen es wegen der Geschäftsordnung hier noch einmal beantragen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das haben wir schon festgehalten!)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich halte zunächst einmal fest, dass wir über Tagesordnungspunkt 72 abstimmen. Das ist nämlich die Reihenfolge. Zum Tagesordnungspunkt 74 gibt es eine Beschluss-

empfehlung, in der exakt dies unter A steht. Ich lese das vor, damit es korrekt zugeht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Die Erledigung ist hiermit beantragt!)

– Ich nehme das zur Kenntnis. Bisher hat es immer auch anders geklappt.

Wir sind bei Tagesordnungspunkt 72, dritte Lesung. Ich stelle fest, es gibt keine Wortmeldungen mehr.

Ich lasse abstimmen. Wer diesem Gesetzentwurf in dritter Lesung seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen und damit zum Gesetz erhoben worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Zu Tagesordnungspunkt 74. Entsprechend der Ausschussvorlage ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/6713 zu Drucks. 16/6655 zu Drucks. 16/6059, für erledigt zu erklären.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das war die falsche Nummer!)

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Vorsitzender, nur für das Protokoll: Sie haben eben die Drucksachennummern des Gesetzentwurfs der Landesregierung verlesen. Die Drucksachennummern des Gesetzentwurfs der GRÜNEN lauten anders.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): 6715!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Okay, dann ist auch die Drucksachennummer in der Vorlage des Berichterstatters falsch. – Gut, das ist erledigt.

Wir stimmen also im Sinne des Antrags ab, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für erledigt zu erklären. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 73** auf:

#### **Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes – Drucks. 16/6714 zu Drucks. 16/6656 zu Drucks. 16/6060 –**

Die Berichterstatterin ist Frau Kollegin Ravensburg. Ich bitte um Ihren Bericht.

#### **Claudia Ravensburg, Berichterstatterin:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung in dritter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 118. Plenarsitzung am 12. Dezember 2006 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung zurücküberwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 2006 behandelt und ist mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu dem zuvor genannten Votum gelangt.

Zuvor war der Änderungsantrag Drucks. 16/6691 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Dr. Pauly-Bender für die Fraktion der SPD.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese jetzt bevorstehende Verabschiedung der CDU-Novelle zum HGIG ist ein frauenpolitischer Tiefpunkt in unserem schönen Hessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Eieiei!)

In Hessen ist lila Pause, seit die CDU regiert. Doch diese minimalistische Novelle hat das Zeug zum Clou. Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz von 1993 war ein frauenpolitischer Pionierstein. Seit 2003 fordern wir von der CDU-Landesregierung eine starke Novelle des Gleichberechtigungsgesetzes. Nach umfangreichen Verwaltungsreformen, Personalabbau und zahlreichen Privatisierungen in Land und Kommunen brauchen wir in Hessen eine HGIG-Novelle, die so konsequent Beispiel gibt wie das Ursprungsgesetz von 1993.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Lautenschläger, es wäre an Ihnen gewesen, zu handeln. Auf die FDP können Sie seit 2003 nichts mehr schieben. Mit den Fachleuten aus Fachverbänden, Gewerkschaften und Frauenverbänden und mit den Frauenbeauftragten haben alle politischen Frauenorganisationen in Hessen, eingeschlossen die Frauenunion, bemängelt, dass diese Novelle gegen elementare Mindeststandards der Frauenförderung verstößt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verfassungsrechtlich gefordert ist jetzt die wirksame Weiterführung der Frauenförderung. Gefordert ist insbesondere, den verbindlichen Frauenförderplan zum Maßstab zu machen, natürlich auch bei Verlagerungen in private Rechtsformen. Im Vorfeld auf Ihren Refrain sage ich: Gute Experimente schließt das nicht aus. Ausgeschlossen werden müssen jedoch Experimente mit der Verbindlichkeit.

Nötig gewesen wäre auch die rechtliche Verankerung des Gender-Prozesses. Wie nötig das ist, zeigen die üblichen völlig uninformierten Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion, z. B. bei der Diskussion der zweiten Lesung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nötig wäre auch gewesen, die Weisungsunabhängigkeit der Frauenbeauftragten festzuschreiben, ebenso ein praktikables Durchsetzungsinstrumentarium.

Meine Damen und Herren, das Verbessern von Instrumenten war von dieser Frauenministerin aber nie gewollt. Unvergessen ist im Lande: Lange hatte sie noch erwogen, das Gesetz komplett zu kassieren.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund haben Sie sich zu keinem Zeitpunkt für Verbesserungsvorschläge interessiert, noch nicht einmal für jüngste gute Beispiele aus anderen CDU-Ländern, wie sie die SPD-Fraktion in Anlehnung an die Zusammenstellung der Gesetze des Kommentators von Roetteken nach der zweiten Lesung eingebracht hat.

Fragt man, warum, ist die Antwort einfach. Sie wollen nicht wie Ihre CDU-Kolleginnen in Bayern und Baden-Württemberg streiten: für behinderte Beschäftigte, für die Ausgestaltung des Gender-Prozesses, für die Regelung im Falle von Privatisierungen, für die Vergabe freiwilliger Leistungen, für die sogenannte Entscheidungsquote, für die beste Fortbildung, für die besten Rückkehrerregelungen, für die beste Teilzeit, für die Rechte der Frauenbeauftragten, für den Diskriminierungsbegriff, für Sanktionen und für ein Clearing im Falle von Kontroversen.

Dabei wissen wir, dass Sie hart und durchsetzungsfähig sind, Frau Lautenschläger. Wir werden Ihre Unerbittlichkeit nie vergessen, in der Sie, freilich nach unten, Ihr „Projekt der düsteren Zukunft“ im Lande Hessen durchgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nach oben wollen Sie nicht hart und durchsetzungsfähig kämpfen – für die Frauen im hessischen öffentlichen Dienst und gegen die etablierten Interessen und tradierten Rollenbilder. Da könnte man sich vielleicht in Kabinett und Landesverband unbeliebt machen.

Frau Lautenschläger lässt es kalt, wenn für die Frauen an den privatisierten Kliniken weder Tarifvertrag noch HGIG gilt. Sie lässt es unberührt, wenn in privatisierten Betrieben Vereinbarkeitsprojekte gestoppt werden. Sie findet es natürlich, wenn in den Sparkassenaufsichtsräten nahezu ausschließlich Männer residieren. Sie findet es gut, wenn sich die Frauenbeauftragte im Konfliktfall totlaufen kann an einer ganz experimentell uneinsichtigen Hausleitung.

Ja, statt den verlangten Förderbericht vorzulegen und sich kritischen Fragen auszusetzen, speisen Sie die Beschäftigten und die Öffentlichkeit mit den von Ihnen persönlich gefühlten Förderergebnissen ab. Dürfen die Bürger jetzt auch fühlen, so frage ich die Hessische Landesregierung, ob sie genug Gesetze beachten?

Frau Lautenschläger, wir meinen, eine Frauenministerin, die nicht nach oben für Frauenrechte kämpft, die den Frauen im öffentlichen Dienst am Ende dieses Jahres 2006 Steine statt Brot schenkt, die hat ihrerseits ein Jahresendgeschenk verdient. Für minimalistische Frauenpolitik und Tausende enttäuschter Frauen in Hessen verleiht Ihnen die SPD-Fraktion dieses Hauses heute die frauenpolitische Gurke 2006.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Judith Pauly-Bender versucht, Ministerin Silke Lautenschläger eine mit lila Schleife geschmückte Gurke zu überreichen. – Ministerin Silke Lautenschläger: Sie können sie gerne behalten! – Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD): Dann gebe ich sie zu Protokoll! – Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD) legt die Gurke auf das Stenografenpult.)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Pauly-Bender, ich darf Sie bitten, die Gurke wieder mit auf Ihren Platz zu nehmen.

(Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD) geht mit der Gurke zu ihrem Platz. – Beifall bei der SPD)

Das Wort hat Herr Rentsch.

### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident! Ich möchte zunächst einmal mit der Frage anfangen: Ist es überhaupt erlaubt, Lebensmittel in den Plenarsaal zu bringen?

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Sie können ein Rechtsgutachten anfertigen.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Florian Rentsch (FDP):**

Vielleicht sollte ich dann Platz machen für den Ältestenrat. Wenn das gewünscht wird, würde ich meine Redezeit spenden.

Frau Ministerin, wir müssen uns entschuldigen. Die FDP-Fraktion hat leider kein Geschenk vorbereitet. So schnell haben wir auch nichts mehr organisiert bekommen. Die Gemüestände auf dem Markt haben leider schon geschlossen; denn sonst hätten wir auch noch etwas aus dem Hut gezaubert.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben doch extra dafür den Ladenschluss geändert!)

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei, wie wir es in der zweiten Lesung angekündigt haben – ich bitte Sie, sich wieder zu beruhigen; wir haben noch ein paar Minuten gemeinsam zu tagen –: Die FDP-Fraktion wird dem Gesetz aus formalen Gründen nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, es ist falsch, dass Sie, Frau Ministerin, die Evaluierung, die wir, FDP und CDU, gemeinsam beschlossen haben, nicht durchgeführt haben. Dies ist der falsche Weg. Die FDP hält sich an das, was sie damals beschlossen hat. Wir halten es für den richtigen Weg, gesetzgeberisches Handeln nach einer gewissen Zeit zu überprüfen, zu schauen, welche Wirkung dieses Handeln entfaltet hat.

Sie tun das nicht, und das bedauere ich. Denn ich glaube, es wäre der richtige Weg, als Gesetzgeber immer wieder zu kontrollieren, ob das, was wir machen – wir sind nicht unfehlbar; keine Fraktion in diesem Hause ist dies –, die gewünschten Ergebnisse zeitigt.

Zum Schluss möchte ich es mit dem Kollegen Reißer halten. Er hat vorhin den Familien in Hessen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr gewünscht. Das geht natürlich genauso in Bezug auf die Frauen in Hessen. Wir wünschen ihnen ein frohes neues Jahr und ein schönes Weihnachtsfest.

Herr Reißer, ich weiß nicht, ob Sie irgendwelche Geschenke für die Frauen in Hessen vorbereitet haben. Die Frau Ministerin hat jetzt ärgerlicherweise alleine ein Geschenk bekommen. Ich denke, vielleicht gibt es auch noch Geschenke für die Frauen in Hessen. Das Gesetz ist es möglicherweise. Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Aber dazu warte ich auf die Rede der Ministerin. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler (FDP) – Florian Rentsch (FDP): Oh, etwas wenig Applaus!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Es gibt heute keine Geschenke mehr. Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit für Frau Kollegin Ravensburg von der Fraktion der CDU.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden heute nach der dritten Lesung ein zukunftsweisendes Gesetz für die Frauen in der hessischen Verwaltung auf den Weg bringen.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Nachdem ich die Rede von Frau Dr. Pauly-Bender gehört habe, stelle ich fest, dass sie zwar lange geredet hat, aber heute nichts Neues hinzugekommen ist. Das einzige Spektakuläre war die Preisüberreichung, die ihr auch nicht gelungen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Michael Siebel (SPD): Ich fand sie sehr gelungen!)

Sie sagen, wir sollen das Gesetz zurückziehen. Sie geben uns Gesetzesfragmente anderer Gesetzgeber hinzu. Wir sagen Ihnen klar und deutlich: Wir stehen zur föderalen Struktur in unserer Bundesrepublik. Damit hat Hessen nicht nur die gesetzgeberische Verantwortung für das Gleichberechtigungsgesetz, sondern wir nutzen auch die Möglichkeiten, Gesetze in Hessen so zu gestalten, dass sie unser Land bestmöglich voranbringen. Da brauchen wir uns auch keinesfalls vor anderen Bundesländern zu verstecken.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Armes Hessen!)

Denn das gilt auch für das moderne HGIG. Deshalb schenken wir der Sozialministerin heute unsere volle Zustimmung für dieses Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Liebe Kollegen, wenn Sie von der SPD erneut das Zurückziehen oder Verschieben des Gesetzes fordern, dann stehen Sie ohne ausreichende Begründung für den Stillstand. Meine Fraktion wird heute für das Gesetz stimmen. Denn wir lassen Frauenpolitik in Hessen keineswegs stillstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Michael Siebel (SPD): Das glaubt Ihre eigene Fraktion nicht mehr!)

Deshalb will ich Ihnen ganz kurz unsere Eckpunkte der Gesetzesnovelle noch einmal darstellen. Ich denke, die Argumente sind in erster und zweiter Lesung ausführlich ausgetauscht worden. Wir sind für die Aufnahme des Ziels der Chancengleichheit für Frauen und Männer als Leitprinzip im Gesetz. Wir stehen für die Schwerpunktsetzung auf den gleichberechtigten Zugang zu Maßnahmen der Personalentwicklung und Fortbildung, um Frauen ebenso wie Männern zielgerecht Förderung zukommen zu lassen und sie zu qualifizieren, damit auch für Frauen bei der Besetzung von höherwertigen Positionen und der Über-

nahme von Leitungsfunktionen die Chancengleichheit ermöglicht wird.

Flexible Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind ein weiterer Schwerpunkt. Insbesondere werden für Frauen mehr Spielräume zur Organisation ihrer Berufstätigkeit und gleichzeitigen Verantwortungsübernahme für Familie geschaffen, und der berufliche Wiedereinstieg nach familienbedingter Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit wird erleichtert.

Als letzten Punkt möchte ich Ihnen noch die Beibehaltung der klassischen Frauenförderpläne nennen, aber auch die Implementierung innovativer Modellvorhaben als gleichwertige Alternative zu den starren Frauenförderplänen. Damit schafft Hessen ein wegweisendes, zukunftsähiges Gesetz, das den gestiegenen Anforderungen an eine moderne Verwaltung nicht nur gerecht wird, sondern auch die Chancengleichheit zu einem Steuerungsinstrument moderner Personalpolitik für Frauen macht.

Wenn Sie, Frau Hölldobler-Heumüller, jetzt vermutlich zum zweiten Mal sagen werden, dass ich das nicht verstanden habe und ich mit Unkenntnis ausgestattet bin, dann kann ich Ihnen nur vehement widersprechen. Das weise ich entschieden zurück. Vielleicht hat das auch damit zu tun, dass Sie das anwenden, was man schon in der Schule gelernt hat, dass man nämlich dann, wenn einem sachliche Argumente fehlen, das rhetorische Mittel verwendet, dem Gegenredner Unkenntnis vorzuwerfen, um ihn zu disqualifizieren. Diese Rechnung wird aber auch heute nicht aufgehen. Denn wir werden heute dem Gesetzentwurf zustimmen und dafür sorgen, dass Hessen auch im kommenden Jahr eine hervorragende gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Frauenbeauftragten haben wird, die den neuen Verwaltungsstrukturen ebenso gerecht wird wie den modernen Anforderungen an Personalentwicklung und Frauenförderung im Land Hessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Hölldobler-Heumüller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) tritt mit Stoppuhr an das Rednerpult. – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Zehn Minuten muss man nicht ausschöpfen!)

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Ravensburg, ich wiederhole das nur ungern. Aber im letzten Plenum erwies sich doch leider, dass Sie nicht einmal wussten, dass unser Gesetzentwurf schon abgelehnt war. Das, fand ich, war ein etwas peinlicher Fehler. Auf der anderen Seite muss ich sagen: Die Erläuterung, was Gender-Mainstreaming ist, gelingt bislang weder Ihnen noch der Ministerin. Aber wir sind gute Dinge, dass das irgendwann doch einmal verstanden wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber ich werde Ihnen auch erklären, warum man über die Inhalte dieses Gesetzes sehr wenig ernsthaft reden kann. Denn das, was Sie hier vorgelegt haben, ist ein reines Alibi-gesetz. Es ist ein Gesetz, dessen Nichtbeachtung keine Konsequenzen hat und keine Sanktionen nach sich zieht. Es ist ein Gesetz, das nur deutlich macht, dass Sie, was die Gleichberechtigung von Frauen in Hessen betrifft, nicht lenkend eingreifen wollen.

Was soll ein Gesetz, dem keine Sanktionen folgen? Stellen Sie sich vor, man würde bei den Ampeln den Rotlicht-verstoß und die Sanktionen dafür – die Punkte und die Geldstrafen – abschaffen. Was meinen Sie, was dann nachts an roten Ampeln los wäre?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Ministerin Silke Lautenschläger)

Das ist mit so einem Gesetz nichts anderes. – Seien Sie unbesorgt: Wir würden die Sanktionen nicht in Bußgeld und Punkten enden lassen. Aber unsere Kreativität ist an dieser Stelle nicht gefragt, und von Ihrer Seite kommt leider keine.

Wenn sich Strukturen verfestigt haben – und das haben sie –, dann muss man umsteuern, und zum Umsteuern muss man bekanntmaßen Kraft einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiß das seit der Gründung. Deswegen haben wir seit 25 Jahren die Frauenquote und fahren gut damit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Sie haben sich in der Anhörung klammheimlich über den Widerstand der kommunalen Vertreter gefreut. Denn die Kombination eines folgenlosen Gesetzes mit unwilligen Anwendern garantiert wirklich die größtmögliche Nichtbeachtung dieses Gesetzes. Das allein war Ziel dieser Aktion, die Sie hier gestartet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Unsere inhaltlichen Forderungen an dieser Stelle sind hinlänglich bekannt. Den Änderungsantrag haben Sie abgelehnt. Sie haben alles außer dem Passus der sexuellen Belästigung abgelehnt. Das ging dann selbst irgendjemandem in der CDU über die Hutschnur, dass man so ignorant ist und diesen Passus nicht einmal mehr aufnehmen wollte. Außer diesem Passus haben Sie alles abgelehnt.

Das bedeutet bei den Maßnahmen, die wir gefordert haben, wie effektive und überprüfbare Personalentwicklung, die Verbesserung der Befugnisse der Frauenbeauftragten, die schon erwähnten fehlenden Sanktionsmöglichkeiten: Fehlanzeige. Aber die Einschränkung des Gel tungsbereiches: Bingo. Da waren Sie dann dabei.

Den Umgang der Hessischen Landesregierung mit dem Thema Gleichberechtigung von Frauen hat auch Minister Rhiel eindringlich unter Beweis gestellt, als es um den Staatsvertrag der Sparkassen ging. Er hat das Gleichberechtigungsgesetz vergessen. Er hat es einfach vergessen. Das ist der Umgang der Hessischen Landesregierung und des hessischen Kabinetts, wenn es um Fragen der Gleichberechtigung geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb brauchen wir heute wenig über Inhalte zu reden, sondern eher über Ihren Unwillen aufseiten der CDU-Fraktion und aufseiten der Hessischen Landesregierung, überhaupt Frauenpolitik zu betreiben.

Das Einzige, was an diesem Gesetz konsequent ist: Sie lehnen Gleichberechtigung ab. Deswegen haben Sie so ein Wischiwaschi produziert.

Wenn man sich die Hessen-CDU der Ära der grauen Herren Dregger, Kanther und Koch ansieht, stellt man fest, dass diese offenbar bei den Frauen den Typus der grauen Mäuse bevorzugt, die unauffällig, aber oft eifrig durch die Gegend huschen und eifrig das ausführen, was sich die Herren Koch, Wagner und Boddenberg ausgedacht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen nicht, dass Frauen Verantwortung übernehmen. Sie wollen nicht, dass Frauen gestalten. Sie wollen nicht, dass Frauen Neues kreieren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt ist aber gut!)

Aber diese Frauen stellen sich ans Rednerpult und verkaufen – einmal bemüht frech, einmal bemüht brutalstmöglich – Kürzungen der Frauenprojekte und Gleichstellungsgesetze, die keine sind; und sie sind willige Claqueure eines Christian Wagner, der sich als Freund der türkischen Frauen aufspielt und nur Fremdenfeindlichkeit sehen will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie sind Claqueure in scheinheiligen Debatten, in denen es um die Morde an Frauen geht, die gegen Familiennormen verstößen haben. Sie haben aber vorher zugestimmt, dass die Schutzeinrichtungen für diese Frauen geschlossen werden. Sie setzen sich nicht dafür ein, dass der Landespräventionsplan umgesetzt wird. Dann sitzen sie hier und vergießen Krokodilstränen. Das ist unsäglich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn Frauen in Not bei Ihnen für billige Propaganda und Polemik missbraucht werden, ist im Arbeitsleben keine Gerechtigkeit zu erwarten. Die Hessen-CDU steht dafür, dass sich in Hessen nichts verändert. Aber damit werden Sie einer sich stetig wandelnden Welt nicht gerecht. Sie fürchten, Neues umzusetzen. Unter Ihrer Ägide wird Hessen erstarren.

(Lachen bei der CDU)

So, wie wir GRÜNEN bei den Themen des Umweltschutzes, des Klimawandels und der Bürgerrechte von Anfang an auf der richtigen Schiene waren, werden auch Sie, was die Frauenthemen betrifft, irgendwann umschwenken müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis es so weit ist, ziehen Sie ruhig Ihre Alibi- und Hochglanzbroschürentaktik durch. So naiv sind Hessens Frauen nicht, um nicht zu merken, dass sie nur benutzt und verschaukelt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden Ihnen weitere konkrete frauenpolitische Vorschläge unterbreiten. Wir wollen den Schwung, die Energie und die Kreativität von Frauen nutzen und dafür optimale Rahmenbedingungen schaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller, wenn ich nicht wüsste, dass, sobald Sie ein Mikrofon vor der Nase haben, alles nur noch Show ist, dann könnte ich Ihnen Zynismus gegenüber den hessischen Frauen vorwerfen,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

mangelnde Sachkenntnis im Übrigen noch dazu.

Aber ich glaube, damit wollen wir heute nicht das gesamte Parlament aufhalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die Regierung so etwas nötig hat!)

Denn Hessen hatte bisher ein modernes Gesetz, und es wird auch in Zukunft ein modernes Gesetz zur Gleichberechtigung haben, weil wichtige Neuerungen darin verankert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dann kann man nur noch einmal darauf hinweisen, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller, dass – was die Sanktionsmöglichkeiten betrifft, die Sie einfordern – Sie darüber reden können, dass Sie dort theoretisch Klagerechte einbauen könnten. Wir halten das nicht für den richtigen Weg. Sie haben das damals auch nicht für den richtigen Weg gehalten. Denn das Gesetz ist nicht eingeschränkt worden – weder in seinem Geltungsbereich noch beim Thema Klagemöglichkeiten. Ich halte das für ein Höchstmaß an Heuchelei, was Sie hier vortragen und sich mit diesem Gesetz so beschäftigen, wie Sie das heute hier getan haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Frau Kollegin Pauly-Bender, ich bitte um Verzeihung, dass ich Ihr Geschenk nicht angenommen habe. Man hat ein bisschen Sorge dabei, dass – würde man ein solches Geschenk tatsächlich annehmen – Sauertöpfigkeit ansteckend sein könnte. Das habe ich für die Zukunft nicht vor.

(Beifall und Lachen bei der CDU – Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann und Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Hessische Gleichberechtigungsgesetz, das ein gutes war und fortentwickelt wurde, wird auch in Zukunft für die hessischen Bedienten die Möglichkeiten schaffen, dass wir Frauen fördern.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann und Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Es wird vor allem den einen ganz wichtigen Punkt mit aufnehmen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in diesem Gesetz verankert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin davon überzeugt, dass wir das gemeinsam mit den hessischen Frauenbeauftragten weiter vorantreiben werden. Denn sie wissen, wo junge Frauen der Schuh drückt und wo wir helfen müssen, wenn es um die Wiedereingliederung von Frauen geht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Hölldobler-Heumüller, wenn Sie heute hier versuchen, einen Popanz aufzubauen, was das betrifft, dass man sich um Ehrverletzungen von Frauen kümmert, was sonst nicht möglich wäre, dann muss ich schon sagen: Ich kann mich nur wundern, aus welchem Anlass Sie über dieses Hessische Gleichberechtigungsgesetz sprechen.

Wir haben mit dem Landespräventionsrat viele Schutzmaßnahmen für Frauen vorangetrieben. Aber wir haben vor allem mit dem hessischen Integrationsbeirat erstmals eine bundesweit beachtete Tagung zum Thema Frauen in Migration durchgeführt. Dort haben wir das Thema Ehrverletzung und Morde aufgearbeitet. Ich kann Ihnen versichern: Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden sowohl das Hessische Gleichberechtigungsgesetz umsetzen und weiter vorantreiben, als uns auch der anderen Themen annehmen.

Sie wollen heute nach wie vor so tun, als wäre das ein Thema der GRÜNEN. Das ist schon längst kein Thema der GRÜNEN mehr.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allem ist es kein Thema der CDU! Das ist das Problem! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guck mal auf die Regierungsbank! Da hast du deine Antwort!)

– Gucken Sie auf die anderen Bänke. Dann habe ich meine Antwort auf der Oppositionsseite.

(Zurufe von der CDU)

Die Aufregung bei Ihnen wird sehr deutlich. Nicht einmal die Spitzenkandidatin ist hier, weil sie sich nicht für das Thema Frauenförderung interessiert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Bei uns ist dieses Thema gut aufgehoben. Ich will Ihnen auch sehr deutlich sagen, warum das der Fall ist. Sowohl in der Landesregierung als auch in der hessischen CDU-Fraktion befinden sich genug junge Frauen und Männer, die Gleichberechtigung leben und die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umsetzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Landesregierung ist das nur eine, nämlich du!)

Es sind dort viele, die diese Position übernommen haben. Wir, die Mitglieder der Union, aber auch die der Landesregierung, sind deshalb weitergegangen und haben Programme verändert. Wir können deshalb heute sehr selbstbewusst sagen: Wir werden das auch in Zukunft umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich merke sehr deutlich, warum sich die Mitglieder der SPD-Fraktion darüber ärgern. Denn das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat bei vielen von Ihnen nie eine Rolle gespielt.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich gehört die Frauenförderung mit dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden uns das von Ihnen nicht vorwerfen lassen. Wir werden das mit einem modernen Gesetz umsetzen. Darin sind Personalentwicklungsmaßnahmen genauso wie die hergebrachten Frauenförderpläne enthalten. Vor allem arbeiten wir aber auch mit der privaten Wirtschaft zusam-

men, um von der Wirtschaft neue Methoden in die Verwaltung zu übernehmen.

Ich möchte an das „audit berufundfamilie“ erinnern, das von dieser Landesregierung zum ersten Mal praktisch für alle Ministerien durchgeführt wurde.

Wir wollen mit der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs ein modernes Gesetz erhalten, das der Gleichberechtigung in diesem Land auch in Zukunft gerecht wird. Wir wissen, dass dort nach wie vor Nachholbedarf besteht. Aber wir werden das vorantreiben. Wir brauchen keine Belehrungen von der linken Seite. Das ist längst nicht nötig. Man merkt das auch, wenn man in Ihre Reihen schaut. Bei diesem Thema ist nahezu niemand von Ihnen mehr da. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Dr. Judith Pauly-Bender (SPD) tritt an das Rednerpult. – Zurufe von der CDU – Anhaltender Beifall von der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich habe das Wort noch nicht erteilt. Ich warte, bis Ruhe im Saal ist. – Hinterher liefern Sie die Gurke bitte bei mir ab. Das ist in Ordnung so.

Das Wort hat Frau Dr. Pauly-Bender.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Herr Präsident, vielen Dank. – Ich habe die Gurke noch einmal mitgebracht, die ich vorhin nicht losgeworden bin. Ich wollte keinen Fehler machen. Zu Protokoll durfte ich sie auch nicht geben.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich wollte nur ganz kurz auf die Rede von Frau Lautenschläger replizieren. Das, was Sie an diesem Gesetz gut finden, wurde von Rot-Grün hineingeschrieben. Damals war es eines der ersten dieser Ländergesetze und in seiner Art wegweisend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dieses Gesetz kurz nach dem Inkrafttreten im Jahre 1994 vor dem Staatsgerichtshof beklagt. Diese Klage wurde von den Kollegen der CDU-Fraktion angeführt, die heute noch dort in diesen Reihen sitzen.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist das!)

Bei der ersten Gelegenheit haben Sie eine Novelle aufgelegt, um den Kern dieses Gesetzes herauszuziehen. Das betrifft den verbindlichen Förderplan.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist richtig!)

Heute tun Sie das alles, weil Sie wissen, dass die Gerichte Sie erwischen werden, wenn Sie das Gesetz auslaufen oder totlaufen lassen würden. Das zu tun hatten Sie einige Jahre lang vor. Sie lassen dieses Gesetz deshalb in minimalistischer Form weiterlaufen.

Ich habe festgestellt, dass es im Lande Hessen durchaus nicht so ist, dass die Frauen das nicht mitkriegen. Die Mitglieder Ihrer Frauenunion haben im Landes-Frauen-Rat Hessen genauso gestimmt wie alle anderen. Es handelte sich also um einen einstimmigen Beschluss.

(Beifall bei der SPD)

Diese Frauen erwarten, dass die Frauenförderpläne verbindlich sind. Diese Frauen erwarten, dass die Frauenbeauftragten eine Klagemöglichkeit haben. Diese Frauen erwarten, dass sie nicht die Schirmherrinnen von Männerfleischskandalen in hessischen Gremien sind.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil ich das so sicher weiß, stehe ich hier und habe das vorgetragen. Wir werden das in Hessen bekannt machen. Frau Lautenschläger, nach unten hin setzen Sie Kürzungen durch, nach oben kuscheln Sie. Sie wollen den hessischen Frauen nicht helfen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort erhält nun Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Lautenschläger, eigentlich gibt es nur zwei Dinge, die ich gerne von Ihnen wissen würde. Das eine ist Folgendes. Sie haben anlässlich der einzigen Evaluierung dieses Gesetzes, die immerhin schon in der letzten Legislaturperiode erfolgt ist, gesagt, dieses Gesetz erreiche die vorgesehene Wirkung nicht. Ich frage mich, warum Sie heute etwas völlig anderes sagen. Sie haben jetzt den Entwurf für ein Gesetz gemacht, das genauso wenig Wirkung haben wird. Das spricht dafür, dass Sie keine Wirkung wollen. – Das war der erste Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der zweite Punkt ist folgender. Sie haben sich hierhin gestellt und erzählt, was bei der Frauenförderung schon alles erreicht wurde. Ich frage mich da schlicht und ergreifende Folgendes. Die Zeitschrift „Capital“ ist zu der Erkenntnis gekommen, dass sich Hessen auf Platz 12 hinsichtlich der Beteiligung der Frauen an der Regierung befindet. Das bezieht sich auch auf die Verwaltung. Das wurde dort untersucht.

Hessen befindet sich also auf Platz 12 von doch immerhin 16 Bundesländern. Ich frage mich, wie Sie sich dann hierher stellen und behaupten können, es sei schon viel erreicht worden. Es ist dann schon zu fragen, wie es um Ihre Sachkenntnis bestellt ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Wir kommen damit zur Beschlussfassung über den Gesetzentwurf in dritter Lesung.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes in dritter Lesung seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf mit den Stimmen der

Mitglieder der CDU gegen die Stimmen der restlichen Mitglieder des Hauses angenommen und damit zum Gesetz erhoben worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 59** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Durchführung der Immobilientransaktion 2006 „Leo II“, Verkauf und Rückmietung eines Portfolios von 36 landeseigenen Immobilien; hier: Genehmigung der Veräußerung durch den Hessischen Landtag nach § 64 Abs. 2 LHO – Drucks. 16/6642 zu Drucks. 16/6376 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Caspar. Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Caspar für die Fraktion der CDU. – Herr Kollege Caspar, bitte schön, Sie haben das Wort.

#### **Ulrich Caspar (CDU):**

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Bei der Behandlung des vorhergehenden Tagesordnungspunkts hätten wir die Übergabe eines, so hoffe ich, hessischen Grünländerzeugnisses erleben sollen. Ich würde jetzt auch gerne ein Grünlanderzeugnis übergeben, und zwar einen Blumenstrauß an unseren Finanzminister Weimar.

(Beifall des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Denn ihm ist es in hervorragender Art und Weise gelungen, die Immobilientransaktion „Leo II“ abzuwickeln.

Vor zwei Jahren erfolgte der Verkauf des Behördenzentrums Gutleutstraße. Die Art und Weise, wie das abgewickelt wurde, fand bundesweit Beachtung. Im letzten Jahr hatten wir die Transaktion „Leo“, die ebenfalls hervorragend abgewickelt wurde.

Diesmal konnten durch die Veräußerung von 36 Immobilien 768 Millionen € erzielt werden. Das ist ein hervorragendes Ergebnis, insbesondere wenn man daran denkt, dass auf der anderen Seite in Zukunft Mieten in Höhe von nur 41,8 Millionen € zu zahlen sind. Das heißt, der Verkauf ist etwa zum 18,4-Fachen des Ertrags aus der Miete gelungen. Das ist für die Immobilienbranche ein ganz hervorragendes Ergebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dazu kann man nur sagen: alle Achtung.

Mit den 36 Immobilien wurden solche ausgesucht, die als Büro genutzt werden. Dies sind Immobilien, die das Land Hessen braucht, die von uns für Verwaltungsaufgaben benötigt werden. Es handelt sich dabei aber um Büroflächen, die der Staat nicht selbst im Eigentum halten muss. Denn es ist nicht die Aufgabe des Staats, in unserem Land Büroflächen bereitzustellen. Das kann die Privatwirtschaft in außerordentlich guter und professioneller Art und Weise leisten und leistet dies auch.

In diesem konkreten Paket befindet sich eine Vielzahl von Objekten. Es wurde auch noch etwas anderes gemacht, meiner Ansicht nach sehr professionell. Das Land hat, je nach Bedarf und Notwendigkeit der Nutzung, die Möglichkeit, einseitig aus den Mietverträgen auszusteigen. Bei verschiedenen dieser Immobilien gibt es z. B. die Möglichkeit, nach zwei oder vier Jahren oder zu einem späte-

ren Zeitpunkt aus dem Mietvertrag auszusteigen. Wenn es uns also gelingt, den Verwaltungsaufwand im Land Hessen durch Entbürokratisierung und eine Reduzierung der Anzahl der Vorschriften weiter zu verringern – damit wird dann auch ermöglicht, dass die Größe der Verwaltung insgesamt vermindert wird –, dann haben wir in sehr einfacher Art und Weise die Möglichkeit, überhängige Büroflächen abzubauen. Wenn man Eigentümer ist, ist das natürlich erheblich schwerer.

Es wurde bei der ersten Transaktion kritisiert, das Ganze sei überhaupt nicht wirtschaftlich. Mittlerweile hat man im Haushaltsausschuss ein Verfahren erörtert, wie man damit umzugehen und zu beurteilen habe, ob eine solche Maßnahme sinnvoll, wirtschaftlich und richtig sei. Es gibt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die mit dem Hessischen Rechnungshof abgestimmt ist. Auch bei dieser Transaktion liegt eine solche Wirtschaftlichkeitsberechnung vor, die für jede einzelne dieser 36 Immobilien aufgemacht worden ist. Ich fasse das anhand der Beurteilung aus dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung zusammen. Dort heißt es:

Für jede der 36 Immobilien des Transaktionsportfolios wurde auf Basis der mit dem Hessischen Rechnungshof abgestimmten Vorgehensweise nachgewiesen, dass sich das Szenario „Verkauf“ gegenüber dem Szenario „Verbleib“ unter Zugrundelegung der vertraglich vereinbarten Einzelkaufpreise als vorteilhaft darstellt.

Das Ganze ist natürlich auch berechnet worden, und wenn Sie den wirtschaftlichen Verkaufsvorteil bei diesen 36 Immobilien addieren, dann kommen Sie darauf, dass das Land Hessen im Kapitalwertvergleich über 180 Millionen € günstiger fährt, wenn das Land – was es jetzt getan hat – diese Immobilien veräußert, statt selbst Eigentümer zu bleiben.

Es wurde alles in allem erfolgreich, professionell und mit einem wirtschaftlich hervorragenden Ergebnis abgewickelt. Herr Minister Weimar, Sie leisten mit dieser Maßnahme einen wichtigen Beitrag dazu, Hessen auch in Zukunft gesund und finanziell stark zu erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. von Hunnius für die Fraktion der FDP.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir teilen die emotionale Zuneigung von SPD und GRÜNEN zu Beton und Glas nicht, sondern unser Verhältnis zu Beton und Glas ist rein sachbestimmt. Es zählt allein der Nutzen. Es zählt allein der ökonomische Sinn von Immobilieneigentum; denn wir wissen, dass der Staat in der Regel kein guter Immobilienmanager ist, zumindest kein optimaler Immobilienmanager.

Die Frage „Verkaufen und rückmieten oder behalten?“ ist eine Frage, die man kühl und sachlich entscheiden kann. Wir haben schon vor längerer Zeit einen Antrag eingereicht mit dem Ziel, ein einheitliches Bewertungsschema zu entwickeln. Dieser Antrag wurde erfreulicherweise angenommen, und der Hessische Rechnungshof hat

ein Schema entwickelt, das insgesamt auf 32 DIN-A4-Seiten zusammengefasst worden ist.

Dieses Schema stellt die beiden Szenarien – „Verkauf“ auf der einen Seite und „Verbleib“ auf der anderen Seite – einander gegenüber. Beim Verkauf fallen ins Gewicht: Verkaufserlös, Transaktionskosten, Grundsteuer und Mietzahlungen. Beim Verbleib fallen ins Gewicht: die Kosten für die Beseitigung von Mängeln an Dach und Fach, der Aufwand für Dach und Fach und der Liquidationserlös zum Ende des Betrachtungszeitraums. Die Zahlungsströme werden auf den Transaktionszeitpunkt diskontiert, sodass man auch den künftigen Nutzen in eine vernünftige Relation zum Aufwand bringen kann.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mehr kann man nicht tun, und anderes kann nicht zählen. Jetzt können wir über das Schema bitte nicht mehr streiten, weil es von allen akzeptiert worden ist. Sie können vielleicht über die Annahmen streiten, die hier eingehen – das mag sein. Sie müssten im Einzelfall aber sagen, welche Inflationserwartung Sie in den nächsten Jahren haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Zinssatz, bitte!)

Sie müssten uns sagen, welche anderen Parameter Sie eingehen lassen würden. Alles andere ist nur ein Gerede aus dem hohen Bauch. Wir haben immer deutlich gesagt, dass diese Transaktion nicht dazu führen dürfe, dass sich das Land unmäßig lange bindet, dass also künftige Möglichkeiten einer Verwaltungsstrukturreform beschnitten werden. Wir stellen erfreut fest, dass wir Bindungen haben, die von fünf bis zu 30 Jahren reichen. Von daher ist man auf dieses Argument durchaus eingegangen. Wir haben auch gesagt, das Ganze müsse sich rechnen. Wir stellen fest, dass der Barwertvorteil – wie er hier nachgewiesen ist – 180 Millionen € beträgt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausgerechnet, nicht nachgewiesen!)

– Ausgerechnet und nachgewiesen. Natürlich, Herr Kollege, aufgrund von Annahmen – mehr können Sie nicht machen. Es bleibt eine Angelegenheit von Annahmen. Das heißt, es sind 180 Millionen €, und wer dagegen stimmt, der muss hier bitte aufstehen und sagen, dass er 180 Millionen € für das Land nicht haben will.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht könnten die Annahmen auch falsch sein!)

– Ein Missverhältnis in Höhe von 180 Millionen € kann nur mit ideologischen Vorbehalten begründet werden. Oder Sie müssen die Annahmen, die hier eingegangen sind, im Einzelnen widerlegen. Meine Damen und Herren, das dürfte Ihnen im Einzelnen aber vergleichsweise schwer fallen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Außerdem muss man noch eines sehen: Auch wenn die Objekte im Eigentum des Landes verbleiben würden, unterliegen sie einem Risiko. Ein Risiko können wir auf keinen Fall vermeiden. Wir müssen die beiden Risiken miteinander vergleichen, und die Differenz haben wir hier deutlich vor uns.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege, das ist doch Unsinn. Das wissen Sie selbst auch. Das ist sogar unter Ihrem Niveau, und das bedeutet schon einiges.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei nüchterner Abwägung der Fakten und Beurteilung des Schemas und seiner Auswirkungen, die wir hier vor uns liegen haben, bleibt für uns nur eine einzige Entscheidung übrig: Wir stimmen zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Kollegin Erfurth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollten den Verkauf dieses Immobilienpaket „Leo II“ durch das Plenum entscheiden lassen. Denn wir sind der Ansicht, dass es um eine so wichtige Entscheidung geht, nämlich um 36 Gebäude, in denen sich Ministerien, Polizeibehörden, Gerichte, Finanzämter und andere Landesbehörden befinden. Das kann der Haushaltsausschuss nicht alleine, das muss das Plenum entscheiden. Schließlich geht es hier um Weichenstellungen für die Zukunft, und das wollten wir nicht allein im Haushaltsausschuss lassen.

Der Finanzminister verhökert Landesvermögen,

(Zuruf der CDU: Na, na!)

um den Schuldenstand nicht noch weiter ins Uferlose anwachsen zu lassen, und beschert damit künftigen Landtagen feste Kosten in Form von Mietzahlungen in Millionenhöhe. Wir brauchen diese Objekte – abgesehen von zwei abgrenzbaren kleinen Flächen – noch über Jahre hinweg. Ich denke, das ist eine Entscheidung, die wir hier im Plenum treffen müssen und für die wir alle Verantwortung übernehmen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Landesregierung setzt mit dieser Vorlage einen Kurs fort, den wir schon in der Vergangenheit kritisiert haben und der für uns mit zukunftsfähiger Bewirtschaftung von Landesvermögen nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir wollen Ihnen durchaus noch einmal die Gelegenheit geben, in sich zu gehen und diesen Kurs zu korrigieren.

(Zuruf von der CDU: Das werden wir aber nicht tun!)

– Vielleicht hören Sie mir erst einmal zu, und dann können Sie noch einmal ins Nachdenken einsteigen. – Sie wollen dieses Immobilienpaket an einen Finanzinvestor mit Sitz in Wien verkaufen. Unsere Frage, ob und in welchem Umfang das Geschäft durch den Investor über Steuervorteile finanziert wird oder auch zusätzlich durch Steuervorteile interessant wird, konnte im Haushaltsausschuss nicht überzeugend beantwortet werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, das muss diskutiert werden!)

Für uns bleibt nach wie vor offen, ob und in welchem Umfang Steuerzahlerinnen und Steuerzahler diese Transaktion über Verlustmodelle mitfinanzieren. Diese Frage konnte nicht beantwortet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung vergleicht sich immer gern mit einem Unternehmen der freien Wirtschaft. Gesunde Unternehmen trennen sich von Betriebsgrundstücken in der Regel nur aus steuerlichen oder haftungsrechtlichen Gründen. Da für das Land Hessen nach meiner Kenntnis beides ausscheidet, kann ich nur folgern: Das Land Hessen hat mit einem gesunden Unternehmen nichts gemein, ist damit nicht vergleichbar und muss zu solchen Finanzierungstricks greifen, um Liquidität abzusichern und die Verschuldung nicht noch dramatischer ansteigen zu lassen. Das ist der einzige Grund.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei VW wäre der Finanzminister schon rausgeflogen! – Minister Karlheinz Weimar: Wie wollen Sie das beurteilen?)

Wir haben zu diesem Verkaufspaket „Leo II“ wie auch zu dem Verkaufspaket „Leo I“ ein umfangreiches Papier bekommen, das auch einiges wiegt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Finanzminister, verkaufen Sie einmal Ihr Eigenheim!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Al-Wazir, das Wort hat Ihre Kollegin, Frau Erfurth. – Bitte schön, Frau Erfurth.

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das Papier, das wir bekommen haben, ist überschrieben mit: „Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Immobilientransaktion ‚Leo II‘“. Herr Kollege von Hunnius hat es schon zitiert, auch Herr Kollege Caspar. In diesem Paket kommen die Verfasser – wen würde es wundern? – für jedes Objekt zu dem Ergebnis: Der Verkauf ist wirtschaftlich sinnvoll und für das Land vorteilhaft.

Wenn ich mir das anschau, dann finde ich, dass mit dem Begriff „Wirtschaftlichkeit“ und „Wirtschaftlichkeitsberechnung“ sehr viel Schindluder getrieben wird und dass in diesem Papier der Begriff „Wirtschaftlichkeit“ zu Unrecht verwendet wird, zumindest wenn man die Landesicht betrachtet. Für die Käufer ist es sicherlich hoch rentierlich und wirtschaftlich.

(Ulrich Caspar (CDU): Das ist doch Schwachsinn!)

Ich möchte das einmal an einem Beispiel festmachen. Es geht mir in der Liste um die Liegenschaft Nr. 32, ein historisches, zum Stadtbild der Landeshauptstadt gehörendes Gebäude. Die meisten von Ihnen kennen es unter dem Namen „Landeshaus“. Es ist – wie bekannt – derzeit im Besitz des Wirtschaftsministeriums. Dieses Gebäude wurde für staatliche Zwecke 1907 errichtet. Seit 1949 hat dort das hessische Wirtschaftsministerium seinen Sitz. 1990/91 wurde ein moderner Erweiterungsanbau errich-

tet, und für dieses Objekt wurde – wenn man so will – ein recht stattlicher Veräußerungserlös erhandelt, knapp 43 Millionen €.

(Ulrich Caspar (CDU): Trotz Denkmalschutz!)

– Ja, ich komme darauf noch. – Das ist eine beachtliche Summe, wenn man bedenkt, dass die Gutachten bzw. vorigen Wertschätzungen nur 28,6 Millionen € ergeben hatten. Da kann man einmal sehen, wo Schätzungen landen. Wir hätten sicherlich noch einen höheren Verkaufserlös erhandeln können, wenn man dem Investor zugesagt hätte, wir gingen mit den Mietzahlungen noch hoch. Diese Konnexität können wir Ihnen auch nicht ersparen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): So ist es! – Minister Karlheinz Weimar: Das ändert aber nichts an der Rechnung!)

– Herr Finanzminister, zu der Rechnung komme ich noch.

– Für dieses Objekt wird die Landesregierung in den nächsten 30 Jahren, Jahr für Jahr ansteigend, zunächst mindestens 2,2 Millionen € Miete jährlich zahlen. Darauf kommt noch die Grundsteuer – in jedem Jahr mindestens rund 67.000 € –, sodass am Ende knapp 2,3 Millionen € im Jahr zu zahlen sind.

(Ulrich Caspar (CDU): Wo fließt die Grundsteuer hin?)

– Herr Caspar, wahrscheinlich ist die Grundsteuer das Einzige, was wir an diesem Geschäft jemals wieder vereinnahmen werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Stadt Wiesbaden kann sich freuen!)

– Einen Teil kriegt auch das Land, aber das wollen wir jetzt nicht weiter diskutieren.

(Zurufe von der CDU)

Um die Wirtschaftlichkeit des Verkaufs nachzuweisen, macht die Landesregierung – etwas vereinfachend dargestellt – die folgende Rechnung auf: Bleibt das Gebäude bei uns, wird am Ende der Mietzeit ein Verkaufserlös geschätzt. Davon werden die ebenfalls geschätzten Instandhaltungskosten abgezogen, die das Land normalerweise als Eigentümer zu tragen hätte. Wenn das Ergebnis dieser Berechnung – geschätzter Verkaufswert am Ende der Mietzeit minus Instandhaltungskosten – geringer als der tatsächliche Kaufpreis nach Abzug des Barwertes der Mietzahlungen ist, soll damit die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden. – Ich gebe zu, ich mutte Ihnen ein bisschen viel zu.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das liegt an der Rhetorik!)

Aber darauf kommt es an. Bei dem Nachweis der Wirtschaftlichkeit geht die Landesregierung davon aus, dass diese Immobilie, über die wir jetzt sprechen – nämlich das Landeshaus – am Ende dieser 30 Jahre nur noch ungefähr 1 Million € wert ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Eine absolute Lachnummer!)

Ich frage Sie einmal: Wie rechnen Sie? Wir wollen jetzt für 43 Millionen verkaufen, und nach 30 Jahren ist dieses Objekt nur noch ungefähr 1 Million € wert? Ich frage mich, was ist da noch wirtschaftlich, und wie wird das gerechnet?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Von diesem angeblichen wirtschaftlichen Wert im Jahre 2036 werden noch Instandhaltungskosten abgezogen. In jedem Jahr – so wird gerechnet – werden in dieses Projekt mindestens 200.000 € investiert. Das wächst mit der Inflationsrate auf. Im Jahre 2036 werden es 310.000 € sein. Im Jahre 2036, wenn wir dieses so wertvoll instand gesetzte Objekt haben, ist es nur noch 1 Million € wert. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Das ist eine unglaubliche Rechnerei, die mit Wirtschaftlichkeit überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, das sind die Zahlen aus diesem Papier, das sich Wirtschaftlichkeitsberechnung nennt. Ich referiere diese Zahlen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Der Rechnungshof bescheinigt, dass die richtig ist!)

– Dann müssen wir uns vielleicht mit dem Rechnungshof näher ins Benehmen setzen,

(Norbert Schmitt (SPD): Die haben Annahmen unterstellt, die sind nicht bewertet worden!)

oder wir müssen schauen, wie diese Annahme zustande kommt. Diese Berechnung ist weder mit der Alltagserfahrung vereinbar, noch mit der Betriebswirtschaftslehre erklärbar. Schlicht und einfach – ich sage es einmal – sollte ein bestimmtes Ergebnis erreicht werden. Wer so rechnet, der setzt sich dem Verdacht aus, dass ein bestimmtes Ergebnis von Anfang an beabsichtigt war

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und dass die angebliche Wirtschaftlichkeit des Verkaufs mit aller Macht nachgewiesen werden sollte. Diesen Verdacht können Sie bisher nicht widerlegen. Herr Minister Weimar, wir haben Ihnen vorgerechnet, dass der Verkauf der Gebäude mehr als kurzsichtig ist und dass der Verkaufserlös aus den Gebäuden weit vor Ablauf der Mietzeit verfrühtstückt sein wird. Unsere Berechnung ist zugegebenermaßen eine einfache Amortisationsrechnung.

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar: Die ist witzig!)

Das ist so. Das ist eine einfache Amortisationsrechnung. Sie haben uns vorgehalten, dass diese finanziell nicht haltbar sei. Ich kann Ihnen nur sagen, unsere Methode ist solider, transparenter und einfacher nachvollziehbar als Ihre Berechnung, die mit falschen Annahmen und Parametern nur ein Ziel hat,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Aber falsch! – Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

eine wissenschaftlich verbrämte Untermauerung für eine politische Vorgabe zu liefern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Diese politische Vorgabe war, kurzzeitig Druck aus dem Haushalt zu nehmen. Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht mehr als durchsichtig. Ich kann nur noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen von der CDU appellieren, diesen Unsinn nicht mitzumachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Verkaufen können wir nur einmal, aber Miete zahlen müssen wir über mindestens sechs Legislaturperioden, und das belastet künftige Haushalte. – Ich danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Pighetti für die SPD-Fraktion.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist der Spezialist!)

**Marco Pighetti (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen kurz vor Jahresende über die erneute Durchführung einer umfangreichen Immobilientransaktion, den Verkauf und die anschließende Rückmietung von 39 landeseigenen Immobilien unter dem nach wie vor ominösen Titel „Leo“, diesmal „Leo II“.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): 39? Drei haben wir behalten!)

Der Verkauf dieser zum Teil noch in Jahrzehnten benötigten Gebäude stößt bei uns Sozialdemokraten auf Ablehnung.

(Beifall bei der SPD)

Er passt auch nicht zu der von Ihrem Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung im Jahre 1999 propagierten Linie, nicht mehr benötigtes Landesvermögen nach dem Prinzip Vermögen gegen Vermögen zur Zukunftssicherung auf den Prüfstand zu stellen. Was Sie hier betreiben, ist etwas anderes. Zum einen werden die Immobilien noch benötigt, und zum anderen wird nicht Vermögen gegen Vermögen, sondern Schuldzins gegen Mietzins getauscht.

(Beifall bei der SPD)

Hier werden Gebäude, die älter als das Land selbst sind, Immobilien, die sich zum Teil seit über 100 Jahren im öffentlichen Besitz befinden, hier wird Grundbesitz des Landes verkauft. Meine Damen und Herren, dies ist für uns kein Ausdruck nachhaltiger Politik.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie verkaufen Immobilien mit einem Wert von 770 Millionen €, um dafür in den nächsten Jahrzehnten ohne Miet erhöhung ca. 1,1 Milliarden € an Miete zu zahlen. Wir wollen uns das Geschäft deshalb etwas näher anschauen.

Was uns vorliegt, ist die bereits beschriebene Kapitalwertmethode – eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die den alternativen Verbleib im Landesbesitz der Variante Verkauf und Rückmietung der Immobilie gegenüberstellt. Die Frage, um die es geht, ist: Steht sich das Land langfristig

günstiger, wenn es seine Immobilien behält, regelmäßig instand setzt und sich hierdurch entgehende Einnahmen auf dem Kapitalmarkt besorgt, oder ist es günstiger, zu verkaufen und dann Miete zu zahlen?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass sich der überwiegende Teil der Privatpersonen nicht so verhält, wie es das Land jetzt macht – eher umgekehrt. Wer in der Lage ist, sich ein Haus zu finanzieren, der zahlt der Bank Zinsen und erwirbt im Laufe der Zeit Eigentum. Fälle von Personen, die ihr Haus verkaufen, um sich dort in den nächsten 20 bis 30 Jahren einzumieten, sind hingegen kaum bekannt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Dazu kommen wir noch. Herr Milde, für das Land scheinen andere Gesetze als für jeden vernünftigen Privatmann zu gelten. Woran liegt das? – Wer sich die vorliegende Prognoserechnung etwas genauer ansieht, die nach 15, 20 oder 30 Jahren einen Verkauf rentierlich zu machen scheint, dem fallen zwei wesentliche Variablen auf. Die eine ist die Diskontierung, die zweite der Restwert des Gebäudes am Ende der Laufzeit. Mit der Diskontierung wird versucht, eine Risikoabschätzung vorzunehmen. Die enthält Elemente wie Wirtschaftslage, Standort, die Vermarktungsfähigkeit und natürlich die Gebäudestruktur.

All diese Elemente, auf Jahrzehnte in die Zukunft gerechnet, sind genauso wie die zukünftige Zinsentwicklung von erheblichen Unsicherheiten begleitet. Das Ganze kann nicht mehr als eine ungefähre Vermutung der Zukunft sein. Aber entscheidend ist, je nachdem, wie dieser Risikofaktor schließlich gewählt wird – ob man also die Risiken eher höher oder geringer einschätzt –, verändert sich die anschließende Berechnung, und zwar umso gravierender, je länger die Berechnungsphase ist.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte an dieser Stelle an die Stellungnahme des Landesrechnungshofes zum Behördenzentrum Gutleutstraße erinnern, dem ersten großen Verkaufsdeal. Daraus ging klar hervor, dass man bei solchen Einschätzungen realistischerweise ein Intervall bestimmt, das die Wirklichkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit abdeckt. Je nachdem, ob man den Wert eher am oberen Rand oder eher am unteren Rand des Intervalls ansetzt, kommt man zu einer Einschätzung, ob und wie rentierlich so ein Geschäft ist oder eben nicht ist.

Deshalb sage ich ganz klar: Die Rechnungserkenntnisse in der Absolutheit, wie sie in der Wirtschaftlichkeitsanalyse vorgestellt werden, sind nichts als glatter Humbug.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer so viele Variablen hat, die auf Einschätzungen und zukünftigen Entwicklungen basieren, der kann am Ende nicht sagen: Ich gebe eine Zahl aus, die habe ich ausgegerechnet, und das ist der Barwertvorteil, den wir haben. – Das ist ja, wie wenn man den Wetterbericht für nächstes Jahr Weihnachten schon heute punktgenau vorausberechnen wollte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Bedauern habe ich festgestellt, dass sich der Rechnungshof mit dem Verkauf nicht näher beschäftigt. Er hat

nämlich im Haushaltsausschuss bei der Frage darauf verwiesen, dass wir ein standardisiertes Verfahren haben, auf das zurückgegriffen werde. Ansonsten gibt es dazu keine weiteren Kenntnisse und Beschäftigungen.

Nun will ich gar nicht behaupten – um das klar zu sagen –, dass diese standardisierten Verfahren reiner Unsinn seien. Sie bilden einen Orientierungsrahmen. Und den bilden sie – das ist ganz wesentlich – nicht nur für das Land, sondern natürlich auch für den privaten Käufer. Man kann sich ganz sicher sein, der wird bei diesem Geschäft bestimmt seinen Gewinn machen, und zwar eine Rendite, die über dem liegt, was er erzielen könnte, wenn er seine 770 Millionen € nehmen und in Einlagen stecken würde.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann entsteht schon die Frage, wie bei einem solchen Geschäft – bei dem das Land scheinbar einen Riesenvorteil erzielt, ein privater Investor aber einen großen Gewinn macht, bei dem zudem noch Transaktionskosten entstehen – der enorme Mehrwert entsteht. Herr von Hunnius, allein aus der Tatsache, dass zukünftig ein Privater die Instandhaltungskosten an Dach und Fach übernimmt, resultiert es jedenfalls nicht. Solche Effizienzgewinne wären ein Wunder, zumal das Land die Mietsache weiter auf eigene Kosten bewirtschaftet.

Woher kommt dieser Gewinn also? Genau gefragt: Welches Steuersparmodell des Investors steht dahinter? Welche staatliche Ebene wird in welcher Höhe von den hieraus resultierenden Steuermindereinnahmen betroffen sein? Ich frage vor dem Hintergrund, dass solche Steuersparmodelle wirklich bekämpft werden sollen, statt ihnen auf Landeseite Vorschub zu leisten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Weil dies alles sehr zweifelhaft ist, möchte ich mich der zweiten Variablen zuwenden. Frau Erfurth hat es schon getan. Es geht um den Gebäudewert plus Bodenwert am Ende des Mietzeitraums, also den fiktiven Liquidationswert. Ich kann da nur zustimmen: Herr Finanzminister, wie dieser Wert zustande kommt, ist kaum nachvollziehbar und in keiner Weise plausibel.

Ungünstigerweise habe ich jetzt genau dasselbe Beispiel gewählt, denn das ist sehr signifikant – wir haben uns nicht abgesprochen. Ich kann es daher kürzer machen.

(Michael Boddenberg (CDU): Natürlich habt ihr das abgesprochen!)

– Nein, ich hätte dann schon ein anderes genommen, denn das hätte dann mehr Gewicht gehabt. Man hätte hier 20 oder 30 Beispiele nehmen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Gebäude fällt nun jedem, der durch Wiesbaden fährt, ins Auge. Das ist jetzt über 100 Jahre alt, ein altehrwürdiges, repräsentatives Gebäude. Dafür erzielen wir jetzt immerhin einen Wert von 43 Millionen €. Nur 30 Jahre später ist dieses Gebäude aber nur noch 1 Million € wert. Wer sich auf diese Weise arm und kaputt rechnet, der kommt am Ende wirklich zu der Einschätzung, alles sofort zu verkaufen, weil er sonst überhaupt nichts mehr dafür bekommt. Aber das ist doch nicht realistisch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, da muss man schon einmal nachfragen: Wie viel hätte man für dieses Gebäude denn eigentlich vor 30 Jahren bekommen, wenn es alle 30 Jahre so viel an Wert verloren?

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das auch deswegen, weil Sie in Ihrer Vorlage davon ausgehen, dass Investitionen in Dach und Fach jedes Jahr in der Höhe von 200 bis 300 Millionen € vorgenommen werden – und natürlich auch vor dem Hintergrund, dass das Land die Mietsache selbst auf eigene Kosten bewirtschaftet und sicher so bewirtschaftet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in 29 Jahren dort noch arbeiten, keinen Putz auf den Kopf bekommen, weil sie in einem baufälligen Gebäude arbeiten. Sonst dürfte man nämlich nach 29 Jahren auch keine Miete mehr dafür bezahlen, wenn es so baufällig und heruntergekommen wäre.

Ich sage, ich glaube es einfach nicht, dass diese Gebäude, die zum Teil über 100 Jahre alt sind und über deren Verkaufserlös man heute so viel erzählen kann, in 20 oder 30 Jahren nichts mehr wert sein sollen.

Man merkt: Hier wird so gerechnet, dass am Ende das gewünschte Resultat herauskommt.

(Norbert Schmitt (SPD): Na klar!)

Dazu passt übrigens auch, dass Sie uns noch vor drei Jahren erklärt haben, ein Kauf der Staatskanzlei sei billiger als deren Anmietung. Herr Finanzminister, das kann jetzt nicht mehr gelten. Ich frage also: Wann wird die Staatskanzlei verkauft? Oder ist es vielleicht so, dass die jetzt verkauften Behördengebäude eines Tages für teures Geld zurückgekauft werden?

So etwas hat bei Ihnen Tradition. Die Landesregierung Wallmann mit Finanzminister Kanther hat einst 50 % der Helaba-Anteile für 530 Millionen DM verkauft – die Regierung Roland Koch hat dann im Jahr 2001 immerhin 10 % der Anteile für sage und schreibe 600 Millionen DM zurückgekauft. Auch das ist eine Art und Weise, wie man öffentliche Mittel verbrennen kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun wird sich der Herr Finanzminister sicher nochmals aufregen und mir erklären, wie viele Fachleute an diesem Verkauf beteiligt waren. Herr Weimar, ein Makler wird denjenigen, die etwas verkaufen wollen, immer zuraten, denn schließlich will er daran auch verdienen.

Man darf auch nicht erzählen, hierdurch würden wir als Land flexibler. Es ist schon richtig: Diesmal sind die Mietverträge variabler abgeschlossen worden. Trotzdem gibt es mehrere Gebäude, für die wieder eine Festlegung für 20 oder 30 Jahre stattgefunden hat. Selbst wenn das für manches Gebäude die letzten 30 Jahre zu sein scheinen, so ist eine derart langfristige Bindung in Zeiten schneller Veränderungen und Umstrukturierungen in der Verwaltung alles andere als angemessen.

Was ist denn, wenn sich in 15 Jahren herausstellt, dass bestimmte Gebäude nicht mehr gebraucht werden? Dann können wir diese Immobilien nicht mehr verkaufen, sondern müssen Untermieter suchen, und dabei wünsche ich dann viel Spaß.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Marco Pighetti (SPD):**

Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, diese Art von Geschäften bedeutet nichts anderes als den kompletten Ausverkauf des Vermögens unseres Landes. Irgendwann wird dann der Landtag das letzte noch zu verkaufende Gebäude sein, und vielleicht werden wir den auch noch verkaufen müssen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber erst, wenn er fertig ist!)

Damit erreichen Sie nicht die Neuverschuldung null, sondern ein Landesvermögen null. Dieser Politik werden wir nicht zustimmen. Diese Immobilientransaktionen „Leo“ sind und bleiben letztlich ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Finanzminister Weimar.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sehr herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium, die mit der Abwicklung dieser Sache betraut waren, danken. Sie haben eine großartige Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig ist es mir ein Anliegen, der beteiligten Kanzlei und dem Bankhaus – die uns rechtlich beraten und bei der Vermarktung und dem Verkauf der Immobilien unterstützt haben – zu danken. Da war ein klasse Team zusammen, das ein hervorragendes Ergebnis erzielt hat.

Meine Damen und Herren, es ist schon sehr schwierig, wenn hier mit wechselnden Argumenten – die nun wirklich nichts mit einer mathematischen Betrachtung von Zukunftsszenarien zu tun haben – vorgegangen wird. Ich schätze Frau Erfurth ansonsten wirklich sehr, weil sie immer bemüht ist, sehr fundiert einzusteigen. Sie gibt eine Pressemeldung heraus, in der sie schreibt: Ja, wir verkaufen das, dann müssen wir Miete bezahlen, und das reicht dann für 16 Jahre. Das ist ganz schrecklich.

Allein der Hinweis, dass wir Geld bekommen, für das wir Zinsen einsparen und auf diese Weise die Zeit auf fast 30 Jahre verlängert wird – ohne dass wir dabei die Risiken der Bauunterhaltung und Sonstiges tragen –, ist in einer solchen Presseerklärung gar nicht enthalten.

Also wissen Sie, man kann ja versuchen, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, aber dieses Unterfangen sollte doch einen Rest von Seriosität haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt der Richtige!)

Zweitens. Sie haben den Wunsch gehabt – Herr von Hunnius hat das sehr dezidiert gefordert, und ich habe dem sofort zugestimmt –, Ihnen ein Raster vorzulegen, nach dem diese Berechnungen durchgeführt wurden. Das ist übrigens kein Hexenwerk, sondern jeder, der – auch privat –

im investiven Bereich tätig ist, muss bei langjährigen Verpflichtungen, die er eingeht, nach einem gewissen Raster rechnen. Das wurde Ihnen zur Verfügung gestellt. Außer freihändigen Erklärungen über Einzelparameter dieser Berechnung habe ich von niemandem gehört, dass es irgendjemanden in der Immobilienbranche gibt, der unser Raster – der Rechnungshof hat es sich angeschaut, und wir haben eine Einigung darüber erzielt, wie man das macht – im Grundsatz bestreitet.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Niemand!)

– Niemand. Das können Sie nicht ernsthaft. Denn die Dinge liegen völlig klar. Schauen Sie, alle Leute, die bei den offenen Immobilienfonds, den REITs-Vorbereitungen und Sonstigem tätig sind, müssen doch auch die Wirtschaftlichkeit ihrer Unterlagen nach Berechnungsparametern darstellen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer prüft diese Parameter?)

Natürlich haben wir ein solches Raster gewählt. Und jetzt kommen Sie und sagen, das passt Ihnen politisch nicht. Sie erzählen etwas von irgendwelchen Einzelparametern, die nicht stimmen. Ich finde, das ist nicht besonders seriös. Ich bleibe dabei: Dieses Geschäft, das wir gemacht haben, ist für das Land Hessen ausgesprochen attraktiv.

Im Übrigen darf ich noch hinzufügen: Die Gefahr des zufälligen Untergangs ist von uns ganz weg. – Wie Sie wissen, haben wir für unsere Immobilien keine Versicherung. Das hat uns bei Weiterstadt schon einmal heftig getroffen. Jedes Gebäude, das zerstört würde, müssten wir aus eigenen Mitteln wieder aufbauen – in Zukunft nicht mehr, denn Dach und Fach sind Sache der Käufer.

Ich will Ihnen nur einmal sagen, welche Vorteile die Sache noch hat.

Herr Pighetti, zum Thema Restwert: Sie rechnen, dass Sie für einen Zeitraum X jährlich einen durchschnittlichen Betrag in die Immobilie stecken, um deren Substanz zu erhalten. Übrigens beantwortet das auch die Frage von Abg. Kaufmann, die er einmal im Ausschuss gestellt hat: Wie kannst du denn davon ausgehen, dass im letzten Jahr noch jemand Geld hineinsteckt? – Ei, er wird im letzten Jahr wahrscheinlich kein Geld hineinstecken. Aber mathematisch gesehen wird der Aufwand über die Laufzeit der Verträge auf die Einzeljahre verteilt – damit Sie anschließend abzinsen können. Natürlich kann das alles viel ungünstiger werden. Das liegt auf der Hand. Sie können relativ kurzfristig große Schäden haben, die Sie reparieren müssen. Das sind dann nicht mehr unsere Schäden, sondern wir haben dann den Vorteil.

Die Frage, welchen Wert die Immobilie am Ende noch hat, bestimmt sich nach der Funktionsfähigkeit und den Möglichkeiten, die Sie mit diesem Gebäude noch haben. Genau das ist doch einer der Gründe, warum wir verkaufen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn nach 30 Jahren ist eine heutige Immobilie für Bürozwecke ganz sicher überhaupt nicht mehr so nutzbar. Nach spätestens 30 Jahren müssten Sie hingehen und das Gebäude vollständig umbauen, sodass Sie praktisch eine neue Immobilie errichten. Das reduziert natürlich den Wert.

Ich könnte jetzt bei jedem einzelnen Punkt sagen, wie das berechnet wird. Aber damit das nicht hier so im Raum

steht: Wir haben Mietverträge von zwei Jahren bis 30 Jahren abgeschlossen. Wir können flexibel kündigen. Das ist hier dankenswerterweise anerkannt worden. Wir haben uneingeschränkte Unter Vermietungsmöglichkeiten. Beispielsweise haben wir beim Amtsgericht Rüsselsheim 800 m<sup>2</sup>, die leer stehen, überhaupt nicht zurückgemietet. Wir haben also bei diesem Vertrag in hohem Maße diese Flexibilität erhalten, die wir brauchen, um in Zukunft unsere eigenen Nutzungsbedürfnisse realisieren zu können.

Übrigens sind wir in der Lage, intern in dem Gebäude uneingeschränkt zu wirtschaften. Wir können bei gleichem Mietzins an- und ausbauen. Die notwendigen Möglichkeiten, in Zukunft die Gebäude auszustalten, wie wir wollen, sind hier bestens gegeben.

Eine letzte Bemerkung. In der Wirtschaft ist es relativ üblich – das ist übrigens auch die Diskussion der REITs, die momentan stattfindet –, dass gerade auch Firmen Immobilien aus der Gesellschaft herausgeben, denn auch dort wurde gelernt, dass die Spezialisten besser mit der Immobilie umgehen können; und dass die Immobilie übrigens einen bedeutenden Wert bei der Refinanzierung hat. Sie wissen, bestimmte Branchen bzw. Finanzierungsformen müssen beispielsweise mit Immobilien unterlegt sein. Von daher ergibt es Sinn, dass es Käufer gibt, die solche Immobilien in großen Portfolios erwerben, um sie dann anschließend wieder verwerthen zu können.

Meine Damen und Herren, das alles ist aber relativ selbstverständlich und tägliches Geschäft am Markt. Wir haben diese Chancen genutzt, weil Immobilien gesucht werden. Wir haben einen hervorragenden Preis erzielt, von dem jeder Privatmann unter allen erdenklichen Umständen sagt: Es ist gar nicht möglich, dass man einen solchen Preis erzielt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil kein Privater das macht!)

Wir bekommen das Achtzehnfache der zu zahlenden Miete für die Immobilien. Meine Damen und Herren, das ist ein Traumpreis, und deswegen bitte ich Sie herzlich, dem zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Roland von Hunnius (FDP))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort der Abg. Al-Wazir, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, wenn Sie den Mietvertrag auf 40 statt auf 30 Jahre geschlossen hätten, dann wäre der Preis noch höher gewesen. Das ist aber doch keine ordentliche Rechnung. Das kann doch kein ernsthaftes Argument sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil hier erstens ein falscher Zungenschlag hereingekommen und weil zweitens gesagt worden ist, dass die Parameter genauer betrachtet werden müssen.

Erstens. Der Rechnungshof hat ausdrücklich gesagt, dass er das Verfahren für in Ordnung hält, nicht aber die Para-

meter, die eingesetzt worden sind. Das ist ein großer Unterschied. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Im Laufe des Verfahrens sind drei Objekte herausgenommen worden. Die drei Objekte sind deshalb herausgenommen worden, weil man zwischenzeitlich etwas anderes vorhatte und diese Objekte gar nicht mehr brauchte. Wenn Sie das Verkaufsverfahren ein halbes Jahr früher durchgeführt hätten, hätte es sein können, dass wir jetzt einen Mietvertrag auf 30 Jahre für ein Gebäude haben, das wir gar nicht mehr brauchen, weil es neue Überlegungen gibt. Schon allein an der Tatsache, dass zwischen Ausschreibung und Verkauf drei Objekte herausgenommen wurden, weil neue Pläne vorlagen, sieht man die Gefahr, die in Mietverträgen steckt, die auf 30 Jahre geschossen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Mich erinnert das sehr an manche Immobiliengeschichten in Frankfurt, die damals ebenfalls von einer CDU-Regierung beschlossen worden sind. Ich erinnere nur an den Stadtkämmerer Gerhardt. Die Geschichte Hersch Beker lasse ich jetzt einmal außen vor.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bleiben wir beim Thema Verkauf des Landeshauses.

(Zurufe von der CDU)

Beim Landeshaus wurde gerade gesagt, dass Sie dort mit einem Restwert – Stichwort: Wie rechnen wir uns die Wirtschaftlichkeit gerade? – von 1 Million € gerechnet haben. Ich habe mir die Presseerklärung des Finanzministers herausgezogen und festgestellt: Das Objekt hat ein Grundstück von 12.281 m<sup>2</sup>. Ich habe mich informiert und bin bei einem Grundstück in bester Wiesbadener Stadtlage auf einen Wert von 81 €/m<sup>2</sup> gekommen. Dann habe ich die Kollegin Erfurth gefragt: Wie kommen die Leute vom Finanzministerium bei ihrer Wirtschaftlichkeitsrechnung zu so einem Ergebnis? Wir haben festgestellt: Sie rechnen mit einem Restwert von 3 Millionen € – das sind immer noch sehr unterdurchschnittliche 244 €/m<sup>2</sup> – und rechnen davon 2 Millionen € für Abbruchkosten ab – für den Abbruch eines denkmalgeschützten Gebäudes, das 1907 erbaut worden ist.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD: Unglaublich!)

Wenn man so rechnet, ist am Ende alles wirtschaftlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie davon ausgehen, dass am Ende der Laufzeit des Mietvertrages, also nach 30 Jahren, ein denkmalgeschütztes Gebäude, das seit 1907 dort steht, abgebrochen werden muss, Sie die Kosten draufrechnen und sagen, der Verkauf sei wirtschaftlich sinnvoll.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben keine Ahnung, Herr Al-Wazir! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen nur noch einmal raten: Das, was Sie jetzt gleich beschließen werden, ist ein Riesenfehler, der Aus-

wirkungen auf Generationen von Menschen, auch auf Politikerinnen und Politiker im Lande Hessen haben wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lebhafte Zurufe von der CDU)

Ich will das noch nicht einmal eine Milchmädchenrechnung nennen, denn wenn man das eine Milchmädchenrechnung nennen würde, dann könnten die Leute darauf kommen, dass der Vergleich von Karlheinz Weimar mit einem Milchmädchen eine Beleidigung für alle Milchmädchen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt worden ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 82** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Verzicht des Landes Hessen auf die Rückübertragung der kreiseigenen Liegenschaft Darmstädter Straße 269 in Bensheim-Auerbach; hier: Zustimmung des Hessischen Landtags nach § 64 LHO – Drucks. 16/6726 zu Drucks. 16/6372 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Weinmeister. – Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Erste Wortmeldung, Herr Kollege Schmitt für die Fraktion der SPD. Redezeit: fünf Minuten pro Fraktion.

### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hätten gerne darauf verzichtet, diesen Punkt noch aufzurufen. Die Dehnung der Geschäftsordnung – um es vorsichtig auszudrücken – führt aber dazu, dass wir diese Immobilientransaktion jetzt noch behandeln müssen.

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Schmitt, ich will Sie nur darauf hinweisen, dass der Ältestenrat festgestellt hat, dass es sich nicht um eine Dehnung handelt, sondern um eine korrekte Verfahrensweise.

(Reinhard Kahl (SPD): Das hat er nicht festgestellt!)

Ich bitte Sie, die Behauptung zu unterlassen, die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sei durch den amtierenden Präsidenten gedehnt worden. Das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

**Norbert Schmitt (SPD):**

Um was geht es? Ein Gebäude in Bensheim-Auerbach, das seit dem letzten Krieg als Kinderheim genutzt worden ist – ursprünglich von der US-Militärregierung beschlagnahmt, dann dem Lande Hessen mit der Auflage übertragen, dass das Gebäude an den Kreis Bergstraße weitergegeben werden soll, damit es als Kinderheim genutzt wird –, soll jetzt verkauft werden.

Nachdem der Kreis Bergstraße – ich finde, auch durch eigenes Verschulden – durch die Aufnahme von Schulden immer tiefer ins Defizit gerutscht ist, hat er sich das Land zum Vorbild genommen und will nun Immobilien verkaufen, aus unserer Sicht: öffentliches Vermögen verschleudern.

Zunächst hat es – das macht den ganzen Vorgang noch interessanter – eine Ausschreibung gegeben, die sich aber als rechtswidrig und dubios herausgestellt hat. Das hat der Rechnungshof festgestellt, nachdem ich ihn angerufen habe und nachdem auch der Finanzminister gesagt hat, er möchte untersucht haben, ob dieses Kinderheim überhaupt veräußert werden dürfe, nachdem es diese Auflage der US-Militärregierung gibt, die auch im Grundbuch eingetragen ist.

Eine Mehrheit aus Mitgliedern der Fraktionen der CDU und der FDP im Haushaltsausschuss hat gesagt: Jawohl, das Kinderheim soll verkauft werden. – Wir haben dem widersprochen und das Plenum angerufen, weil wir glauben, dass dieser Verkauf auch sozialpolitisch ein Skandal ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Dass jetzt noch in diesem Jahr Fakten geschaffen werden sollen, ist auch deswegen problematisch, weil mittlerweile eine Petition des Trägervereins anhängig ist. Ich hoffe, dass wenigstens die parlamentarischen Gepflogenheiten gewahrt werden, dass die Entscheidung des Petitionsausschusses abgewartet wird, bevor der Kaufvertrag am Ende vollzogen wird, wenn Sie Ihre Entscheidung aus dem Haushaltsausschuss aufrechterhalten.

Der Verkauf ist aus unserer Sicht falsch und auch nicht zu rechtfertigen. Die Behauptung, das Kinderheim sei überflüssig, ist völlig aus der Luft gegriffen. Das Kinderheim ist ausgelastet. Selbst nach der Beschlussfassung im Oktober dieses Jahres hat der Kreis wieder ein Kind in dieses Heim eingewiesen. Das Kinderheim ist zur Hälfte mit Kindern aus dem Kreis Bergstraße und zur Hälfte mit Kindern aus anderen Landkreisen belegt. Würde das Haus verkauft, würde es zu einer Verknappung von Kinderheimplätzen kommen. Was hätte das zur Folge? Es würde zu Engpässen bei der Einweisung kommen, und es würde zu steigenden Preisen der Heimunterbringung führen. Das liegt doch auf der Hand, wenn das Angebot verknüpft würde. Beides ist schlecht, und beides muss vor einem Verkauf bedacht werden. Für die SPD-Fraktion steht jedenfalls fest, dass dieser Verkauf ein sozialpolitischer Skandal und eine völlig falsche Weichenstellung ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Mittlerweile sind wir so weit, dass das Land und der Kreis Bergstraße ein Kinderheim verkaufen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen. Der Kämmerer des Kreises und der Finanzminister freuen sich über Einnahmen von jeweils 1,3 Millionen €. Wer sich aber nicht freut, sind die betroffenen Kinder, die Mitarbeiter und der Trägerverein. Denen haben Sie kurz vor Weihnachten ein böses Geschenk gemacht. Das ist eine ganz üble Sache. Ich

fordere Sie noch einmal auf, diesen Verkauf nicht zu vollziehen – zumal die Sache im Petitionsausschuss anhängig ist –, die Sache noch einmal zu überlegen und möglicherweise im nächsten Jahr zu entscheiden, wenn das Petitionsverfahren abgeschlossen ist. Wir werden diesem Verkauf nicht zustimmen. Sie schlagen hier den falschen Weg ein.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. von Hunnius, FDP-Fraktion.

**Roland von Hunnius (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schmitt, Sie sprechen von einem „Skandal“. Ich muss aber sagen, die Art und Weise, wie die SPD des Kreises Bergstraße den gesamten Landtag hier in Anspruch nimmt, um ihre Spielchen aus dem Kreistag fortzuführen, das ist der wirkliche Skandal.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das Ganze wird noch getoppt durch den Kollegen Kahl, der in einer eigenartigen Auslegung der Geschäftsordnung versucht, zu erreichen, dass die Besprechung erst im nächsten Jahr erfolgt.

(Reinhard Kahl (SPD): Über die Auslegung reden wir noch! Die deutsche Sprache ist eindeutig!)

Er tut dies in der klammheimlichen Hoffnung, dass bis dahin der Käufer abgesprungen ist. Das ist doch das Spiel, das Sie hier betreiben. Sie wollen die Angelegenheit hier behandeln, um sie zu verzögern. Diese Taktik ist nicht aufgegangen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dieses Spielchen machen wir nicht mit.

(Reinhard Kahl (SPD): Lesen Sie die Geschäftsordnung! – Weitere Zurufe von der SPD)

In Ihrer Begründung haben Sie sich zu der Behauptung verstiegen, der Kreis habe gesagt, man brauche das Kinderheim. Das Gegenteil ist richtig, Herr Kollege Kahl. Fragen Sie einmal den Kollegen Schmitt. Der Kreis braucht das Kinderheim eben nicht. Das ist doch Fakt.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das ist nicht wahr! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Der Kreis hat gesagt, er braucht das Heim nicht.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie müssen lesen, was im Bericht steht!)

– Lesen Sie den Bericht durch. Das steht da gar nicht drin.

Worum geht es also? Ihnen liegt der schriftliche Bericht vor. Es gibt in Bensheim-Auerbach ein Kreiskinderheim. Dieses Kreiskinderheim befindet sich auf einem relativ großen Grundstück. Herr Kollege Schmitt, ich darf Sie daran erinnern, dass der Kreistag bereits im Jahr 2002 beschlossen hat, diese Liegenschaft zu einem Kaufpreis von 2,4 Millionen € zu veräußern. Schon damals scheint die Not groß gewesen zu sein; denn im Jahr 2002 gab es eine Große Koalition im Kreis Bergstraße, an der die SPD beteiligt war.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Wie lange dauert eine Legislaturperiode? Sie erzählen Unsinn! Es gab keine Große Koalition 2002! Das stimmt gar nicht!)

– Natürlich. Lesen Sie das doch nach, am 4. November 2002.

Allerdings sollte ein Teil davon dem Kinderheim zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Okay. Das nehme ich zurück. Es war ein Irrtum, was den Zeitpunkt der Großen Koalition anbetrifft.

Es gibt dort insgesamt 14 Plätze und sechs Inobhutnahmen. Inobhutnahme bedeutet, dass junge Menschen dort vorübergehend untergebracht werden können. Im Kreis Bergstraße gibt es ein Angebot von 230 Plätzen, davon sind 100 Plätze frei. Jetzt begründen Sie mir bitte einmal, weshalb im Kreis Bergstraße ausgerechnet dieses Kreiskinderheim in Bensheim-Auerbach benötigt wird. Das müssen Sie mir einmal darlegen. Da es ein Überschussangebot gibt, kann sich der Bedarf also noch vermehren. Er kann sich verfünfachen, und das Angebot reicht immer noch aus. Weshalb wir ausgerechnet das Kinderheim in Bensheim-Auerbach benötigen, weiß ich nicht. Sie wissen es offensichtlich auch nicht.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, es wird einfach nur mit Emotionen gespielt, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion. Sie sagen, es handele sich um Kinder, die auf die Straße gehen. Das wollen Sie damit insinnieren. Das ist aber überhaupt nicht der Fall. Wenn das Kreiskinderheim erst zum 31.12.2007 geschlossen wird, dann hat der Kreisausschuss noch ein ganzes Jahr lang Zeit, um Plätze für diese Kinder zu finden. Angesichts der Situation von Angebot und Nachfrage besteht kein Zweifel daran, dass diese Plätze gefunden werden können.

(Beifall bei der FDP)

Auf der anderen Seite wird ein Verkauf dem Kreis und dem Land Einnahmen von jeweils 1,3 Millionen € bescheren. Jetzt sagen Sie mir doch bitte einmal, was ernsthaft gegen diesen Verkauf spricht. Was spricht gegen diesen Verkauf, abgesehen davon, dass es dann dort einmal ein Kinderheim gab und Sie meinen, es müsse dort immer ein Kinderheim geben? Die 1,3 Millionen € kommen der Kasse des Landkreises Bergstraße sehr zugute, und die 1,3 Millionen € kommen auch dem Land Hessen sehr zugute.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber nicht den Kindern!)

Nüchtern betrachtet ist dies ein ganz einfacher Vorgang, den wir wie folgt zusammenfassen können: Der Verkauf ist gut für den Kreis. Der Verkauf ist gut für das Land. Der Verkauf schadet weder den jetzigen noch den künftigen Kindern, die in diesem Heim leben.

(Norbert Schmitt (SPD): Doch!)

Also gibt es nur eine einzige Entscheidung. Diese Entscheidung ist positiv. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Caspar für die Fraktion der CDU.

#### **Ulrich Caspar (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hierbei geht es nicht darum, dass das Land Hessen etwas verkauft, sondern das Land Hessen hat bereits im Jahr 1953 das Grundstück abgegeben, weil es der Meinung war, es brauche dieses Grundstück nicht mehr, und zwar an den Landkreis Bergstraße. Dabei hat es ein Rückübertragungsrecht für bestimmte Fälle festgelegt. Dieses könnte das Land nun ausüben. Es ist also ein klarer Vorgang. – Der Versuch, das Thema emotional zu gestalten und so zu tun, als würden Heimplätze entfallen, ist aus Sicht des Landkreises Bergstraße natürlich nachvollziehbar.

Fakt ist, dass dieses Kinderheim noch bis zum 31.12.2007 betrieben werden kann und im Kreis insgesamt über 100 Plätze frei sind, sodass keines dieser Kinder in irgendwelche Probleme und Schwierigkeiten kommt. Ich meine, es bringt wenig, dieses Thema aus der Sicht des Landkreises Bergstraße weiter zu vertiefen.

Der Vorschlag ist aus Sicht des Landes eine ordentliche Sache und bringt dem Land zusätzliche Einnahmen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erteile das Wort Frau Abg. Erfurth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von der SPD: Das ist das Schlusswort für dieses Jahr! – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Finanzminister macht mich gerade darauf aufmerksam, dies sei die letzte Rede im alten Jahr, und ich möge deshalb freundlich sein. Ich bin doch immer freundlich, aber hart in der Sache.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Auf dem immerhin fast 7.000 m<sup>2</sup> großen Grundstück in bester Lage in Bensheim-Auerbach steht seit vielen Jahrzehnten ein Kinderheim. Ich finde, auch das passt ganz gut zu Weihnachten.

Was ist nun das Besondere an dieser Grundstücksangelegenheit? Weshalb lassen wir nicht den Haushaltsausschuss darüber entscheiden, sondern reden im Plenum darüber?

Die Amerikaner haben dieses Kinderheim samt Grundstück im Jahr 1947 an das Land Hessen übergeben. Das Land wiederum hat das Grundstück im Jahr 1953 an den Kreis Bergstraße weitergegeben.

(Unruhe)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Warten Sie bitte einmal einen Augenblick, Frau Kollegin Erfurth. – Ich warte, bis alle wieder sitzen. – Herr Kollege Weinmeister, bitte nehmen Sie wieder Platz. Sie können auch Platz nehmen. Die Nutzung des Stuhls ist kostenlos. – Frau Erfurth, Sie haben das Wort.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Es ist eindrucksvoll, bei der letzten Rede im alten Jahr vor einem vollen Haus zu reden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir legen Wert auf die Feststellung, dass wir nicht voll sind! Wir haben genug!)

Die Amerikaner haben im Jahr 1947 das Grundstück mit-  
samt dem Kinderheim an das Land Hessen übertragen.  
Das Land wiederum hat es dem Kreis Bergstraße über-  
tragen.

(Unruhe)

– Ich kann warten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass insbeson-  
dere diejenigen stören, die sich nachher immer bei mir be-  
schweren, dass es so laut sei. Ich schreibe mir die Namen  
demnächst einmal auf, gebe sie aber nicht weiter. Ich bitte  
um Ruhe. Das gilt für alle Fraktionen.

Frau Kollegin Erfurth, wir haben viel Zeit. Wir warten.  
Nach Ihrer Rede folgt zumindest noch meine Rede.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Bedingung der Amerikaner war seinerzeit, dass der Kreis  
das Kinderheim als Immobilie benutzt. Bedingung war  
weiterhin, dass die Immobilie wieder in den Landesbesitz  
übergeht, wenn der Kreis diese besondere Nutzung auf-  
gibt. Das sind die Verpflichtungen, die sich aus dem  
Grundbuch ergeben. Es ist also eine relativ vertrackte Si-  
tuation für diejenigen, die das Objekt in dieser reizvollen  
Lage nutzen wollen.

Für diese sehr attraktive Immobilie finden sich offenbar  
mühelos private Investoren. Deshalb möchte der Kreis,  
um aus den beschriebenen finanziellen Zwängen herau-  
zukommen, das Projekt gern an private Investoren ver-  
kaufen. Diese wollen dort aber alles andere als ein Kin-  
derheim betreiben.

(Norbert Schmitt (SPD): Abreißen!)

Jetzt winkt ein Verkaufspreis von immerhin 2,6 Millio-  
nen €, den sich Land und Kreis hälftig teilen. Jetzt stellt  
sich die Frage, was mit dem Kinderheim passiert. Es heißt  
immer, der Kreis Bergstraße benötige diese Plätze nicht  
mehr, weil das Kinderheim nicht mehr von Kindern aus  
dem Kreis Bergstraße belegt werde. Wir wissen aber, dass  
dieses Kinderheim gut ausgelastet ist. Außerdem gibt es  
durchaus Kinder außerhalb des Landkreises Bergstraße,  
die der Heimerziehung bedürfen. Vor diesem Hinter-  
grund halten wir es für fahrlässig, jetzt zu verkaufen und  
auf dieses Kinderheim zu verzichten, das wir für einen so-  
zialen Hintergrund im Land benötigen.

Deshalb fordern wir Sie auf, den Verzicht auf die Rück-  
übertragung abzulehnen. Wir bitten Sie, dem Antrag der  
Fraktion der SPD zuzustimmen und diesen Antrag abzu-  
lehnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schade!)

Ich stelle jetzt die Beschlussempfehlung zur Abstimmung  
und frage, wer ihr zustimmen möchte. – Wer ist dagegen?  
– Ich stelle fest, dass die Beschlussempfehlung mit den  
Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die  
Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN angenommen ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 45** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses  
zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN betreffend Rücknahme der Rundfunkgebühr auf  
Internet-PCs – Drucks. 16/6416 zu Drucks. 16/5906 –**

Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den  
bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Die  
Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Fraktionen  
der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktion  
der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 46** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses  
zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend keine  
Rundfunkgebührenpflicht für Internet-PCs – Drucks.  
16/6417 zu Drucks. 16/5962 –**

Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den  
bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Die  
Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Fraktionen  
der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktion  
der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 54** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsaus-  
schusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend  
Verwendung steigender Einnahmen – Drucks. 16/6637 zu  
Drucks. 16/6229 –**

Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wir stimmen getrennt ab. Ich lasse zunächst über Punkt  
A. 1 abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das  
Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Die Beschlussempfeh-  
lung zu Punkt A. 1 ist mit den Stimmen der Fraktionen der  
CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen  
die Stimmen der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe die Abstimmung zu Punkt A. 2 auf. Wer stimmt  
zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? –  
Dann stelle ich hier fest, dass A. 2 mit den Stimmen von  
den Fraktionen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung  
der GRÜNEN beschlossen worden ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 55** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsaus-  
schusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend  
Wiedereinführung der Vermögensteuer in Hessen –  
Drucks. 16/6638 zu Drucks. 16/6292 –**

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Erfurth. Wir verzich-  
ten auf die Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der FDP angenommen worden ist.

#### **Tagesordnungspunkt 56:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Verwendung der Steuermehreinnahmen einzig zur Absenkung der Nettoneuverschuldung – Drucks. 16/6639 zu Drucks. 16/6293 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Milde (Griesheim). Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass die Beschlussempfehlung mit Zustimmung der CDU und der FDP gegen die SPD bei Enthaltung der GRÜNEN so beschlossen worden ist.

#### **Tagesordnungspunkt 57:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend sofortige Weitergabe der den Kommunen zustehenden Steuermehreinnahmen – Drucks. 16/6640 zu Drucks. 16/6295 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. von Hunnius. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Ich lasse abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Zugestimmt haben CDU und GRÜNE. Dagegen waren SPD und FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 58** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend konjunkturelle Erholung greift – Einnahmen der Kommunen steigen – Drucks. 16/6641 zu Drucks. 16/6371 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege von Hunnius. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen worden ist.

#### **Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Modellversuch der heroin-gestützten Behandlung – Drucks. 16/6659 zu Drucks. 16/6167 –**

Berichterstatter ist der Kollege Holler. Wir verzichten auf Berichterstattung und stimmen getrennt ab.

Es geht dabei um Punkt 2. Wir stimmen zunächst über die Punkte 1, 3 und 4 des Antrages Drucks. 16/6167 ab. Wer diesen Punkten zustimmt, bitte ich um das Handzeichen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Der Beschlussempfehlung! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Des Antrags!)

– Gemäß der Beschlussempfehlung. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann sind die Punkte 1, 3 und 4 einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe dann die Punkt 2 auf. Wer ihm zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Axel Wintermeyer (CDU): Diesen Punkt des Antrags ablehnen!)

– Selbstverständlich. Herr Kollege Wintermeyer, wir haben eine Beschlussempfehlung vorliegen. Die Beschlussempfehlung ist unterteilt in Punkte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ist sie nicht! – Wortmeldungen der Abg. Axel Wintermeyer (CDU) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei der Beschlussempfehlung geht es unter A darum, dass der Sozialpolitische Ausschuss zu vier Punkten des Antrages abgestimmt hat. Im Bericht steht, dass die Punkte 1, 3 und 4 anzunehmen sind und Punkt 2 abzulehnen ist. Ich mache das Verfahren der Abstimmung analog zu dem, was hier steht.

Wer also der Beschlussempfehlung folgen will und die Punkte 1, 3 und 4 annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Stimmenthaltungen? – Somit ist das einstimmig beschlossen.

Wer entsprechend der Empfehlung des Ausschusses unter A Punkt 2 ablehnen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann stelle ich fest, dass die Fraktionen von CDU und SPD zugestimmt haben, Punkt 2 abzulehnen, und FDP und GRÜNE haben dagegen gestimmt. Also ist er abgelehnt. Nichts anderes hatte ich vorhin auch gemacht.

#### **Tagesordnungspunkt 61:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Hessen sagt Nein zur Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in Deutschland und zum Eintritt in die Staatsmedizin – Drucks. 16/6660 zu Drucks. 16/6303 –**

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Müller-Klepper. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer wünscht zuzustimmen?

(Axel Wintermeyer (CDU): Der Beschlussempfehlung!)

– Herr Kollege Wintermeyer, das versteht sich bei diesem Tagesordnungspunkt von selbst. Wer wünscht zuzustimmen? – Wer lehnt ab? – Wer enthält sich der Stimme?

Es ist guter Brauch im Hause, dass man auch in verkürzter Sprache ausdrücken kann, was eigentlich alle verstehen; manchmal nicht alle. – Der Beschlussempfehlung haben zugestimmt die Fraktionen von CDU, SPD und die GRÜNEN. Die Fraktion der FDP hat die Beschlussempfehlung abgelehnt. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 62:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen wehrt sich gegen die Gesundheitsreform 2006 – Drucks. 16/6661 zu Drucks. 16/6364 –**

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Müller-Klepper. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer wünscht der Beschlussempfehlung zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP gegen die GRÜNEN angenommen worden.

#### Tagesordnungspunkt 75:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Novellierung des Hessischen Kindergartengesetzes dringend notwendig – Drucks. 16/6716 zu Drucks. 16/4388 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Reißer. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann stelle ich für diese Beschlussempfehlung einstimmige Beschlusslage fest.

#### Tagesordnungspunkt 76:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend verbesserte Betreuung von Kindern als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe – Elternwille berücksichtigen – Drucks. 16/6717 zu Drucks. 16/5296 –**

Berichterstatter ist der Kollege Reißer. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig beschlossen.

#### Tagesordnungspunkt 77:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kleinkind- und Hortbetreuung verbessern statt Mittel streichen – Drucks. 16/6718 zu Drucks. 16/5385 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Reißer. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist das einstimmig beschlossen.

#### Tagesordnungspunkt 78:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend mit den richtigen familienpolitischen Rahmenbedingungen das „Ja“ zu Kindern erleichtern – Drucks. 16/6719 zu Drucks. 16/5439 –**

Berichterstatter ist Herr Reißer. Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Auch hier gibt es eine einstimmige Beschlusslage.

#### Tagesordnungspunkt 79:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Rechentricks der Landesregierung beim beitragsfreien dritten Kindergartenjahr und dem Ausbau der Kleinkinderbetreuung – Drucks. 16/6720 zu Drucks. 16/5766 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Reißer. Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer wünscht zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Es gibt eine einstimmige Beschlusslage.

#### Tagesordnungspunkt 80:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend BAMBINI haben in Hessen Vorfahrt – Drucks. 16/6721 zu Drucks. 16/5774 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Reißer. Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer wünscht der Beschlussempfehlung zuzustimmen? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist die Beschlussempfehlung einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, gemäß Vereinbarung der Geschäftsführer trage ich Ihnen vor, wie mit den übrigen Punkten umzugehen ist. Danach bitte ich Sie, noch zwei Minuten sitzen zu bleiben.

Die **Tagesordnungspunkte 22, 23, 24, 26, 27, 30 und 39** werden im nächsten Plenum aufgerufen.

Den **Tagesordnungspunkt 28** rufe ich auf:

**Antrag der Fraktion der Fraktion der SPD betreffend die Schaffung eines „Hauses für Jugendrecht“ in Hessen – Drucks. 16/6071 –**

Der Antrag soll zur abschließenden Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen werden. – Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Die **Tagesordnungspunkte 29, 31, 32, 33 und 34** sollen im nächsten Plenum aufgerufen werden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 35** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD bereffend Ablehnung einer Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens – Drucks. 16/6357 –**

Der Antrag soll zur abschließenden Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen werden. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

#### Tagesordnungspunkt 36:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend soziale Ausgrenzung in Hessen verhindern – Programm Soziale Stadt fortführen, weiterentwickeln, öffnen – Drucks. 16/6409 –**

Es wird empfohlen, den Antrag ohne Aussprache an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und an den Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, zu überweisen. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

#### Tagesordnungspunkt 43:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend bürgerschaftliches Engagement stärken – keine Umsatzsteuerpflicht für Freiwilliges Soziales und Ökologisches Jahr (FSJ/FÖJ) – Drucks. 16/6563 –**

Es wird empfohlen, den Antrag zur abschließenden Beratung an den Haushaltsausschuss, federführend, und den Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, zu überweisen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich stelle fest, dass die letzten Maßnahmen, die wir in diesem Jahr ergreifen, sind, festzustellen, dass die **Tagesordnungspunkte 47 und 65** beide im Januar 2007 auf die Tagesordnung des Plenums kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung erschöpft, Sie sind es mit Sicherheit noch nicht. Ich darf mich ganz herzlich für das Engagement und für den Fleiß im abgelaufenen Jahr bedanken. Sie waren ein fleißiges Parlament – ohne zu bewerten, was dabei herausgekommen ist.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich glaube schon, wir haben gezeigt, dass wir, auch was die Menge betrifft, einiges erledigen können.

Wir sind noch in diesem Hause. Wir bedanken uns bei der Stadt Wiesbaden, dass wir weiterhin bei ihr zu Gast sein dürfen.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

– Herr Dr. Wagner, dass dies gerade aus Ihrem Mund kommt, verstehe ich überhaupt nicht. Wir werden im nächsten Jahr in verschiedenen Tranchen umziehen.

(Heiterkeit und Beifall)

– Ich bin von Natur aus ein Optimist und unterscheide mich darin fundamental von denen, die glauben, es klappt nicht. – Aber Spaß beiseite. Es ist unsere Hoffnung, dass wir im nächsten Jahr trotz des Wasserschadens umziehen werden. Diese Hoffnung kann ich nähren, ohne sie mit einem Zeitpunkt zu verbinden.

Ich möchte mich ganz herzlich bei der Verwaltung des Hessischen Landtags bedanken: beim Direktor sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Anhaltender Beifall)

Nicht immer, aber meistens werden sie gerecht behandelt. Sie haben an den Plenartagen einiges zu leisten, und die Trennung von Plenarsaal und Verwaltungsgebäude hat doch einige Spuren hinterlassen, was die Parlamentsbetreuung betrifft.

Ich möchte mich bei der Regierung und bei allen Mitarbeitern der Ministerien bedanken, die letztendlich dazu beitragen, dass wir etwas zu arbeiten haben. Ich hoffe, dass das im nächsten Jahr mit derselben Sachlichkeit wie im abgelaufenen Jahr vorstatten geht.

Wir haben jetzt vier Jahre hinter uns. Eigentlich wären wir fertig. Aber wir haben noch ein Jahr drangehängt. Wir haben 120 Sitzungen hinter uns gebracht. Nächstes Jahr kommen noch einmal ca. 30 Sitzungen hinzu. Dann sind wir bei 150 Sitzungen. Es könnte sein, dass es nächstes Jahr kurz vor Weihnachten nicht ganz so friedlich zugeht. Ich bitte Sie darum, die Phase wenigstens in diesem Jahr zu nutzen.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und Ihnen und Ihren Familien alles Gute. Kommen Sie im Jahr 2007 gesund wieder. – Danke schön.

(Schluss: 18.25 Uhr)